

Kurt Mühler, Florian Dittrich, Tabea Fleps,
Paul Grohmann, Alexandra Heyden,
Peer Keßler, Janosch Radici

Die Leipziger Waffenverbotszone

Analysen zu Kriminalitätsverlauf, Akzeptanz
und Sicherheitsgefühl

Kurt Mühler, Florian Dittrich, Tabea Fleps, Paul Grohmann,
Alexandra Heyden, Peer Keßler, Janosch Radici
Die Leipziger Waffenverbotszone

Rothenburger Beiträge zur Polizei- und Sicherheitsforschung

Die „Rothenburger Beiträge zur Polizei- und Sicherheitsforschung“ sind die Schriftenreihe der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH). Seit 1999 widmen sich die „Rothenburger Beiträge“ der ganzen Bandbreite interdisziplinärer anwendungsorientierter Polizei- und Sicherheitsforschung. Sie umfasst neben einsatzbezogenen, kriminalistischen, juristischen und verkehrswissenschaftlichen Themen auch sozial- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen, etwa aus Kriminologie, Politikwissenschaft, Soziologie, Pädagogik, Psychologie und Sprachwissenschaft.

Herausgeber:

Sächsisches Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (SIPS)
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Rothenburg/O.L., Deutschland

Wissenschaftlicher Beirat der Schriftenreihe:

Prof. Dr. Henning Schwier (Vorsitzender)
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Prof. Dr. Maria Theresia Brauer
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Dr. Dirk Dalberg
Slovak Academy of Sciences

Prof. Dr. Frank Lohse
Hochschule Meißen (FH)

Prof. Dr. Dieter Müller
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Prof. Dr. Viktor Nerlich
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Prof. Dr. Matthias Schmidt
Hochschule Zittau/Görlitz

Prof. Dr. Marcel Schöne
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Prof. Dr. Tom Thieme
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Polizeidirektor Dr. Leif Woitke
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Kurt Mühler, Florian Dittrich, Tabea Fleps,
Paul Grohmann, Alexandra Heyden,
Peer Keßler, Janosch Radici

Die Leipziger Waffenverbotszone

**Analysen zu Kriminalitätsverlauf,
Akzeptanz und Sicherheitsgefühl**

**Rothenburger Beiträge zur Polizei- & Sicherheitsforschung –
Band 109**

Eigenverlag der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)
Rothenburg/Oberlausitz

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Eigenverlag der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Rothenburg/O. L.,
Deutschland.

Vi.S.d.P.: Rektor/Prorektor der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH),
Friedensstr. 120, 02929 Rothenburg/O. L.

ISBN 978-3-938015-88-9 | ISSN 2749-8603

Printed in Germany.

© 2022 – Das Copyright liegt bei dem Autor bzw. den Autoren. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Vervielfältigung, Veröffentlichung, Bearbeitung und Übersetzung des Werkes insgesamt oder in Auszügen bedürfen der Zustimmung des Autors bzw. der Autoren.

Inhalt

Perspektive, Ansatz und Befundstruktur der Analysen	9
1. Theoretische und methodische Probleme der Evaluierung einer Waffenverbotszone	13
1.1 Vorhermessungen	13
1.2 Multikausalität	14
1.3 Einschätzung der Wirkung und des Wirkungskriteriums	15
1.4 Generelle Einschätzung eines Wirkungsziels	16
1.5 Der Stellenwert individueller Einstellungen und Einschätzungen	18
1.6 Einschränkungen bezüglich der Voraussetzungen einer Evaluierung	19
2. Evaluierungskomponenten und methodische Anlage	21
2.1 Die Evaluierungskomponenten	21
2.1.1 Kriminalitätsaufkommen	21
2.1.2 Sicherheitsempfinden	22
2.1.3 Akzeptanz	22
2.2 Methodische Zugänge	23
2.2.1 Vorbemerkungen	23
2.2.2 Prozessdaten	25
2.2.3 Postalische Bevölkerungsbefragung	25
2.2.4 ExpertInneninterviews	26
2.3 Zusammenfassung	27
3. Beschreibung der Ortsteile	29
3.1 Vorbemerkung	29
3.2 Allgemeines über die beiden Ortsteile	33
3.3 Sozio-demographische Beschreibung der Ortsteile	35
3.4 Die Waffenverbotszone	40
4. Prozessdatenanalyse	43
4.1 Methodische Herangehensweise und Grenzen der Prozessdatenanalyse	43
4.2 Die Situation in der Eisenbahnstraße	46

4.3	Ergebnisbeschreibung	48
4.4	Schlussfolgerungen bezüglich eines Evaluierungsergebnisses	65
4.5	Empfehlungen für eine künftige Datenerhebung	67
5.	Befragung der Wohnbevölkerung	73
5.1	Beschreibung des Datensatzes	73
5.2	Aufbau des Fragebogens	79
5.3	Ergebnisse	85
5.3.1	Häufigkeitsverteilungen der Variablen	85
5.3.2	Unterschiede zwischen BewohnerInnen außerhalb und innerhalb der WVZ	110
5.4	Prüfung von bivariaten Zusammenhängen der Evaluierungskomponenten mit Einstellungen, Meinungen und Wahrnehmungen	118
5.4.1	Sicherheitsempfinden	118
5.4.2	Akzeptanz der WVZ	121
5.5	Prüfung multivariater Zusammenhänge mit den Evaluierungskomponenten	123
5.6	Schlussfolgerungen im Sinne eines Evaluierungsergebnisses	139
5.7	Empfehlungen für eine künftige Datenerhebung	143
6.	Zusätzliche Bemerkungen aus der postalischen Befragung	145
6.1	Erläuterung der Struktur	145
6.2	Kritische Beurteilungen der Polizeiarbeit aus politischer Perspektive	146
6.3	Kritische Beurteilungen einer Inaktivität der Polizei gegenüber sozialen Incivilities	148
6.4	Kritische Beurteilung einer Inaktivität der Polizei und des Ordnungsamtes gegenüber physischen Incivilities	152
6.5	Sonstige Bemerkungen	153
6.6	Polizeiliche Kontrolle und Racial Profiling	156

7. ExpertInneninterviews	159
7.1 Beschreibung der Erhebung	159
7.1.1 Auswahl der ExpertInnen und Vorgehensweise des Feldzugangs	159
7.1.2 Erläuterung der vertrauensbildenden Maßnahmen sowie Pseudonymisierung	161
7.2 Bemerkungen zur Forschungsmethode und dem Aufbau des Interviewleitfadens	164
7.3 Ergebnisse zu den Einstellungen der ExpertInnen	166
7.3.1 Sicherheitsempfinden	166
7.3.2 Akzeptanz der WVZ	169
7.3.3 Kriminalitätseinschätzung	172
7.3.4 Einschätzung polizeilichen Handelns	176
7.3.5 Einschätzung des Viertels	179
7.4 Ergebnisse der Einschätzung kollektiver Meinungen zur WVZ	182
7.4.1 Vorbemerkungen	182
7.4.2 Sicherheitsempfinden	182
7.4.3 Kriminalitätseinschätzung	186
7.4.4 Wahrnehmung Polizei	186
7.4.5 Akzeptanz Waffenverbotszone	188
7.4.6 Veränderungen des Viertels	190
7.5 Schlussfolgerungen im Sinne eines Evaluierungsergebnisses	192
7.6 Empfehlungen für künftige ExpertInnenbefragungen	196
8. Fazit und Ausblick	197
8.1 Vorbemerkung zu den Evaluierungskomponenten	197
8.2 Das Kriminalitätsaufkommen	198
8.3 Das Sicherheitsempfinden	201
8.4 Die Akzeptanz der WVZ	205
8.5 Ein Szenario für die WVZ einschließlich der beiden Ortsteile	209
Literaturverzeichnis	215

Anlagen

Anlage 1 (Kapitel 4): Prozessdatenanalyse	221
Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen	233
Anlage 3 (Kapitel 7): ExpertInneninterviews	271
Anlage 4 (Kapitel 8): Zusammenfassung des Ergebnisberichts zur Evaluierung WVZ Eisenbahnstraße	275
Abbildungsverzeichnis	281
Tabellenverzeichnis	283
Bisher erschienene Titel der „Rothenburger Beiträge“	285

Perspektive, Ansatz und Befundstruktur der Analysen

In dieser Untersuchung werden die Auswirkungen einer in Leipzig eingerichteten Waffenverbotszone untersucht. Zur Einleitung wird hier zunächst die Perspektive der Studie erklärt. So wird deutlich, welche Art von Ergebnissen von einer Analyse wie der hier durchgeführten erwartet werden kann. Eine umfassende Zusammenfassung der Befunde erfolgt im 8. Kapitel.

Im Hinblick auf polizeiliche Maßnahmen, die spürbar in das Leben der Bevölkerung eingreifen, entsteht stets auch ein Evaluationsbedürfnis. Genau genommen handelt es sich dabei um das Bedürfnis nach einer Wirkungsevaluation der betreffenden polizeilichen Maßnahme. Um es vorwegzunehmen: Eine Wirkungsevaluation ist außerordentlich voraussetzungsvoll und konnte nicht das Ziel der hier berichteten Studie sein.

Drei Voraussetzungen, die aus unterschiedlichen Gründen für die vorliegende Studie nicht erfüllt waren, gehören zu den Grundlagen, um eine Wirkungsanalyse ernsthaft anzugehen:

1. Ein zeitlich ausreichender Vorlauf der Datenerfassung,
2. eine Datenerfassung, die von Beginn an in Abstimmung mit der evaluierenden Einrichtung geschieht, und
3. ein experimentelles Design, mit einer Vergleichseinheit ohne den interessierenden (experimentellen) Faktor, um eine Kausalhypothese empirisch prüfen zu können.

Zudem ist dafür eine komplexe theoretische und modellhafte Durchdringung des Objektbereichs erforderlich. Hierzu ist generell ein Mangel bezüglich der theoretischen und methodischen Grundlagenforschung zu Kausalität in den Sozialwissenschaften bemerkbar.

Zunächst stehen in dieser Studie die kriminalitätsrelevanten Prozesse im Vordergrund. Immerhin sind sie der Anlass für die Einrichtung einer Waffenverbotszone. Eine Reduzierung auf diese Prozesse sowie auf die juristische Konstellation, die sich aus einer Waffenverbotszone ergibt, käme einer Vereinfachung der Perspektive gleich. Im Prinzip stehen zwei Güter zur Aushandlung: das Kriminalitätsniveau und die Bürgerrechte. So funktional die Verfolgung kriminalitätsreduzierender Maßnahmen durch Polizei ist, so legitim ist es, den demokratischen Souverän mit einzubeziehen.

Denn eine Waffenverbotszone ist ein Eingriff in das öffentliche Leben und die Freiheitsrechte der Bürger. Wie schon Emile Durkheim feststellte, gibt es keine Gesellschaft ohne Kriminalität. Es geht demnach auch um die Frage, wie viel Kriminalität geduldet wird. Sie sollte nicht ohne Einbeziehung der Bevölkerung, die es betrifft, beantwortet werden.

Eine Waffenverbotszone kann zudem kein Dauerzustand sein. Eine Waffenverbotszone sollte eher als ein Prozess aufgefasst werden: In dem Maß, in dem mit Waffen geführte Gewalt zurückgedrängt werden kann, sollten bürgernahe polizeiliche und kommunale Ordnungskräfte gestärkt und sukzessive auf soziale Integration gestützte zivile Formen informeller Sozialkontrolle gefördert werden.

Aus diesen Gründen – dem Kriminalitätsverlauf und der Notwendigkeit einer Einbeziehung der Wohnbevölkerung – stützt sich die Studie auf drei methodische Vorgehensweisen: Eine Prozessdatenanalyse zu Kriminalitätsverläufen, eine Bevölkerungsbefragung zum Sicherheitsempfinden und zur Akzeptanz der Waffenverbotszone sowie ExpertInnenbefragungen, um Veränderungen in den Ortsteilen, wie sie aus kollektiven Wahrnehmungen und Bewertungen hervorgehen. Letztere dienen auch dazu, um Meinungen von mit der Bevölkerungsbefragung nicht oder nur schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen einzubeziehen. Die Analysen richten sich auf die Waffenverbotszone und das übrige Territorium der beiden Ortsteile, über die sich die Waffenverbotszone erstreckt.

Entstanden ist daraus eine Art Regionalanalyse zweier kriminalitätsbelasteter Ortsteile, in die eine komplexe Einschätzung der Waffenverbotszone Eisenbahnstraße eingebettet ist.

Aus der *Prozessdatenanalyse* geht ein differenziertes Bild des Zusammenhangs zwischen polizeilichen Kontrollen und Rohheitsdelikten hervor. In Abhängigkeit der Häufigkeit der Kontrollen sinken Rohheitsdelikte temporär und steigen später wieder an. Es lässt sich im Zeitverlauf im Zusammenhang mit durchgeführten Kontrollen ein Mix aus zeitverzögerten Effekten, Strohfuefereffekten, Verdrängung von der Waffenverbotszone in die Umgebung und gegenläufigen Effekten hypothetisch, aber aufgrund der Datenlage nicht eindeutig interpretieren.

Innerhalb der Waffenverbotszone geht die größte Kriminalitätsbelastung von Diebstählen ohne erschwerende Umstände aus, außerhalb dagegen von Diebstählen unter erschwerenden Umständen. Eigentumsdelikte sind demnach innerhalb und außerhalb der Waffenverbotszone die im Alltag häufigste Kriminalitätserscheinung. Es spricht für die Waffenverbots-

zone, dass Diebstahl unter erschwerenden Umständen geringer ausfällt als Diebstahl ohne erschwerende Umstände. In beiden Ortsteilen geht ein Anstieg der Rauschgiftdelikte vom November 2017 bis Oktober 2018 und besonders im Zeitraum von November 2018 bis Oktober 2019 aus den Daten hervor. Die meisten beschlagnahmten Gegenstände im Zeitraum von November 2018 bis August 2020 waren Stichwaffen, also jegliche Arten von Messern (279). An zweiter Stelle folgen Tierabwehr- und Pfeffersprays mit 57 Fällen. Sechs Schusswaffen wurden beschlagnahmt.

Das *Sicherheitsempfinden* ist insgesamt hoch. Es zeigen sich keine Besonderheiten gegenüber einschlägigen Erhebungen: Tagsüber ist das Sicherheitsempfinden höher als nachts; weibliche und ältere Befragte weisen ein geringeres Sicherheitsempfinden auf als männliche und jüngere. In der Selbsteinschätzung der Befragten hat sich das Sicherheitsempfinden seit Einführung der Waffenverbotszone nicht verändert. Die Höhe des Sicherheitsempfindens der Befragten in der Waffenverbotszone und außerhalb unterscheidet sich nur geringfügig. Maßgeblich haben, den ExpertInnenmeinungen zufolge, die in den letzten Jahren stattgefundenen strukturellen Veränderungen der Eisenbahnstraße das Sicherheitsempfinden erhöht. Durch den Zuzug junger Menschen, vor allem StudentInnen und einer Belegung des öffentlichen Raums (kulturelle und gastronomische Einrichtungen) sind Zufluchtsorte entstanden und erhöhte sich die soziale Kontrolle.

Hinsichtlich der *Akzeptanz* der Waffenverbotszone ist in den Befragungsdaten eine Polarisierung erkennbar. Die statistischen Gruppen lassen sich nur tendenziell beschreiben. Befragte mittleren und höheren Alters, in Familien mit Kindern lebend, LangzeitbewohnerInnen und Erwebstätige befürworteten die Waffenverbotszone eher bzw. kritisieren sie nicht grundsätzlich. Jüngere vor allem studentische BewohnerInnen lehnen sie hingegen mehrheitlich ab.

Diese Konstellation macht sich nicht nur in Bezug auf die Akzeptanz der Waffenverbotszone bemerkbar, sondern auch im Hinblick auf die gesamte Situation in den Ortsteilen. Auch wenn eine grundsätzliche Befürwortung polizeilicher Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität in den beiden Ortsteilen besteht, kritisiert die erste Gruppe die Wirkungslosigkeit der Waffenverbotszone im Hinblick auf unverminderte Eigentums kriminalität und auf die Ausbreitung physischer (vor allem Müll im öffentlichen Raum) und sozialer (öffentlicher Drogenkonsum, nächtlicher Lärm und Verkehrsrowdium) Incivilities. Die zweite Gruppe lehnt die Waffenverbotszone

wegen Racial Profiling und polizeilicher Kontrollen vorrangig ab. Die Bereitschaftspolizei wird als unnahbar, verunsichernd und fremd sowie wirkungslos gegenüber organisierter Kriminalität eingeschätzt.

Deutlich geht aus den Befragungsdaten und den ExpertInneninterviews aber auch der ausgeprägte Wunsch nach einer erhöhten Präsenz bürgernaheer Polizei (Polizeiposten, Fußstreifen) sowie einem aktiven Ordnungsamt hervor.

Wir bedanken uns für die vielfältige Hilfe, die wir bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projekts erhalten haben. Besonders danken wir unserem Kooperationspartner, dem Sächsischen Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (SIPS) der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg/O. L., namentlich Herrn Prof. Dr. Marcel Schöne, für die sehr gute Zusammenarbeit während der gesamten Projektzeit und Frau Kerstin Feller für ihre hilfreiche organisatorische Unterstützung. Wir danken Herrn Karsten Lauber für die Beratung zur inhaltlichen Vorbereitung der Erhebung und polizeiwissenschaftlichen Unterstützung des Projekts, dem Einwohnermeldeamt und dem Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, besonders dessen Amtsleiter PD Dr. Thomas Schmitt sowie Frau Dr. Andrea Schultz für die Unterstützung bei der Ziehung der beiden Stichproben (für das Gebiet der WVZ und das Gebiet außerhalb der WVZ in beiden Ortsteilen) sowie der Datenzusammenstellung zu den beiden Ortsteilen Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf. Abschließend danken wir Frau Marion Apelt für die haushälterische Betreuung des Projekts.

1. Theoretische und methodische Probleme der Evaluierung einer Waffenverbotszone¹

1.1 Vorhermessungen

Evaluierungen stellen einen spezifischen Anwendungsfall der empirischen Sozialforschung dar (Rossi & Freeman 1993, 5). Sie greifen auf deren Methodenrepertoire zurück und prüfen idealerweise auf theoretischen Grundlagen formulierte Wirkungszusammenhänge. Bedingt durch ihren Praxisbezug sind die theoretischen Grundlagen, auf denen Evaluierungen basieren, jedoch meist relativ schwach. Das betrifft aber nicht nur diesen Gegenstand, sondern Evaluierungen im Allgemeinen. Evaluierungen bemühen deshalb meist einfache Konzepte, die an Inputparametern oder eher aufgrund administrativer Eigenlogik an forschungsfremden Outputparametern orientiert sind (Cronbach 1982, 321 ff.).

Evaluierungen, die auf die Wirkung einer Maßnahme gerichtet sind, basieren idealerweise² auf der Betrachtung des Evaluationsgegenstandes vor und nach dem Einsetzen der Maßnahme (Treischl & Wolbring 2020, 72.). Ein grundsätzliches Problem besteht deshalb darin, dass Evaluierungen einen Erhebungsvorlauf von Daten benötigen, die den Gegenstand und die angenommene Wirkung hinreichend abbilden können. D. h. es sollten von einer Modellvorstellung bezüglich der Spezifik des zu evaluierenden Objekts ausgehend, bereits für eine Evaluierung relevante Daten deutlich vor einem Beginn der Maßnahmen erhoben werden. Bevor also ein Evaluierungszeitraum oder Evaluierungsereignis eintritt, ist es erforderlich, theoretisch begründete Parameter festzulegen und kontinuierlich zu erfassen. Die Praxis ist aber, dass laufende Prozesse häufig erst im Nachhinein Gegenstand eines Evaluierungswillens werden oder ein solcher Evaluierungswille als solcher erst bewusst wird. Ein Beispiel dafür ist das Pilotprojekt Videoüberwachung in Leipzig im Jahre 1996. Mit dem Beschluss

¹ Im folgenden WVZ.

² Das methodische Ideal, um die Wirkung einer Maßnahme zu evaluieren (Wirkungsevaluation), stellen eigentlich experimentelle Forschungsdesigns mit Kontrollgruppen dar. Wegen des hohen Anspruchs und Aufwands, sowie oft auch ethischer Umsetzungsprobleme finden sie in der Evaluationspraxis jedoch nur selten Anwendung (Diekmann 2011, 356; Treischl & Wolbring 2020, 140 f.).

der Einrichtung und der hohen überregionalen Aufmerksamkeit mit der zu rechnen war, hätte dieses Projekt zunächst nicht mit den Kameras, sondern prozessvorbereitender Vorhermessungen beginnen müssen. Damit wurde eine Gelegenheit für eine systematische wissenschaftliche Begleitung und eine Versachlichung der zu erwartenden politischen Kontroverse um Videoüberwachung verpasst.

Die Frage sollte deshalb nicht sein, was kann von dem, was ohnehin erfasst wird, für eine Evaluierung verwendet werden, sondern was wird an Daten benötigt, um eine valide Evaluierung durchzuführen und was kann aus Sicht der Gesetzeslage, z. B. zusätzlich an Daten erfasst werden. Schließlich: Evaluierungen eignen sich nicht als Kampagne, sondern benötigen eine Dauerbeobachtung, also im Sinne einer theoretisch begründeten und kontinuierlichen Datenerfassung.

1.2 Multikausalität

Die Einschätzung von Wirkungen einer Maßnahme ergibt sich aus der Komplexität des jeweiligen Evaluierungsobjekts. Ursache und Wirkung sind nicht lediglich ein eindimensionales Geschehen im Sinne von „danach, also infolgedessen“. Die zeitliche Abfolge des Auftretens eines Sachverhalts und der Veränderung eines zweiten Sachverhalts bietet keine Gewähr für einen Kausalzusammenhang.

Zudem bilden bivariate Zusammenhänge zwar einen Grundbaustein von Kausalmodellen. Ihre Vermittlung erfordert im Grunde wenig Fachwissen und sie lassen sich medial mitunter auch gut skandalisieren, wie z. B. bivariate Zusammenhänge mit der Variable Geschlecht oder einer Ost-West-Variable. Aber erst die theoretisch basierte Berücksichtigung möglicher Drittvariablen schützt hinreichend vor Scheinzusammenhängen und Stigmatisierungsfolgen für die „betroffenen“ statistischen Gruppen. Drittvariablen sind der Schlüssel zur Beurteilung von bivariaten Zusammenhängen. Leider werden in medialen Präsentationen nicht selten bivariate Zusammenhänge herausgestellt, die sich unter Kontrolle von Drittvariablen vermutlich zumindest auf ein Maß reduzieren, dass kaum öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Mit anderen Worten: Der Kern jeder Evaluierung besteht in der theoretischen Begründung eines komplexen Kausalmodells und einer daraus entwickelten Konzeptspezifikation (Treischl & Wolbring 2020, 43), die ne-

ben den Wirkungszusammenhängen im engeren Sinne auch mögliche Kofundierungen durch Drittvariablen abbildet. Genau daran mangelt es häufig sowohl im Allgemeinen als auch hinsichtlich konkreter Evaluierungen.

Schließlich sind beliebige Sachverhalte häufig nicht durch lediglich einen anderen Sachverhalt verursacht, sondern multikausal, also mehrere Sachverhalte tragen dazu bei. Mortalität wird z. B. nicht nur durch unterschiedliche Geschlechterrollen beeinflusst, sondern auch durch den sozioökonomischen Status. Die Berücksichtigung von Multikausalität erweitert die Einsicht in die Komplexität der Verursachung eines interessierenden Sachverhalts und ermöglicht Interventionen mit höherer Wirksamkeit auszuarbeiten.

Der Weg zu valider Wirkungsevaluation führt über die theoretische Fundierung komplexer Kausalmodelle. Dazu muss man allerdings feststellen, dass sich im letzten Jahrzehnt die Evaluierungsbedürfnisse in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen schneller entwickelt haben, als die dafür erforderliche Grundlagenforschung mithalten konnte. Dieser generelle Umstand bestimmt selbstverständlich auch die Grenzen dieses Evaluierungsprojekts. Ein ganz zentrales Forschungsdefizit besteht z. B. in der Begründung und empirischen Prüfung von Hypothesen zur Wirkung polizeilicher Kontrollen bezüglich verschiedener sozialer Milieus, auf die Ausübung unterschiedlicher Delikte und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

1.3 Einschätzung der Wirkung und des Wirkungskriteriums

Im Allgemeinen sind politische oder generell administrative Institutionen die Auftraggeber von Evaluierungen. Dabei macht sich eine qualitative Verschiedenheit zwischen interessenbasierten Institutionen und Wissenschaft bemerkbar. In dem Maß, in dem unterschiedliche Interessen im Spiel sind, besteht auch eine eingeschränkte Evidenz bzw. Bereitschaft hinsichtlich der Einschätzung bzw. Akzeptanz von Wirkungen. Anders ausgedrückt, es fällt Interessenvertretern umso leichter ein Evaluierungsergebnis anzuerkennen, je mehr es mit den von ihnen verfolgten Interessen übereinstimmt. Demgegenüber vertritt Wissenschaft in der Forschung das Prinzip der Werturteilsfreiheit. Werturteilsfreiheit wissenschaftlicher Forschung im Feld von Evaluierungen durchzusetzen ist deshalb eine besondere Herausforderung (Döring & Bortz 2006, 98 f.). Woran also soll die

Wirkung einer Maßnahme oder eines Prozesses beurteilt werden und auf welche Art von Messung soll sich das methodische Design stützen? Wie weit soll der Evaluierungsrahmen gezogen werden? Die Rahmenbedingungen eines Evaluierungsprojekts bieten deshalb schon zahlreiche Einfallstore einer späteren Relativierung der Ergebnisse.

1.4 Generelle Einschätzung eines Wirkungsziels

Eine restriktive Kriminalpolitik bzw. die Ausführung restriktiver kriminalpolitischer Elemente ist auch in demokratischen Gesellschaften nicht ausgeschlossen. Jedoch ist dies dann nicht wie in autoritären Gesellschaften ein Zustand, sondern ein Prozess. Die in New York in den 1990er Jahren praktizierte Polizeistrategie der Zero-Tolerance ist für eine Verdeutlichung der Kompliziertheit einer Einschätzung der Wirkung restriktiver polizeilicher Maßnahmen besonders geeignet. Als der 1993 neu ernannte Polizeichef William Bratton das „große Aufräumen“ in New York in Gang setzte, hatte er bereits als Leiter der *New York Transit Police* eine Rückeroberung der New Yorker Metro mit Zero-Tolerance-Maßnahmen erreicht. Diese Maßnahmen waren insofern legitimiert, als dass die Metro für die durchschnittliche Bevölkerung nur noch unter einem großen Viktimisierungsrisiko benutzbar war. Bezüglich der Anwendung dieser extremen Polizeistrategie auf die Stadt New York zeigte sich aber, dass nach einer anfänglichen Zustimmung in der Bevölkerung, wie zu erwarten, mit zunehmender Dauer und Rigorosität den polizeilichen Maßnahmen das öffentliche Mandat wieder entzogen wurde. So kamen in der Folgezeit auf die Stadt New York enorme Kosten aus verlorenen Gerichtsprozessen zu, die von den von Polizeimaßnahmen Betroffenen angestrengt wurden.

Einerseits weist die danach entbrannte Auseinandersetzung um die Ursachen der in der Folgezeit sinkenden Kriminalitätsbelastung der Stadt New York auf die Grundsätzlichkeit kontroverser Beurteilung von Wirkungen hin.³

Andererseits bleibt im Verlauf einer restriktiven Maßnahme und deren Auswirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen einer Bevölkerung

³ Hess setzt sich mit dem Pro und Contra der Beurteilung von Ursachen für das Sinken der Kriminalität in New York der 1990er Jahre auseinander (1996).

die jeweilige Relation von Nutzen und Kosten (Betroffenheit) in Bewegung. Im Rahmen der demokratischen Verfasstheit eines Politischen Systems verfügen verschiedene soziale Gruppen über differenzierte Beschwerdemacht. Eine nicht neue Lehre daraus ist, dass eine (extrem) restriktive Polizeistrategie unter demokratischen Bedingungen deshalb nur ein *temporäres* Mittel sein kann, um ein soziales Übel zurückzudrängen.

Das heißt jedoch nicht, wie mitunter daraus gefolgert wird, dass restriktive Maßnahmen nicht wirken. Z. B. hat Singapur nicht nur wirksam den in dieser Region jahrzehntelang herrschenden Drogenhandel nahezu zum Erliegen gebracht, sondern der Stadtstaat gilt heute auch als besonders sicher, sauber und strukturiert. Es ist demnach nicht eine Frage, ob Restriktionen wirken, sondern welchen Stellenwert Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum in der Präferenzordnung verschiedener Bevölkerungsgruppen einnehmen und welchen Preis in Form von Einschränkungen ihres Handelns sie dafür aufzubringen bereit sind.

Neuerlich erreicht das Sozialkreditsystem in China weltweite Aufmerksamkeit. Mehr noch als die nahezu lückenlose Kontrolle, die bis tief ins Private reicht, verwundert dabei die bisher hohe Zustimmung der chinesischen Bevölkerung. Davon zeugt auch eine Anzahl freiwillig Teilnehmender in der Testphase des Sozialkreditsystems.⁴

Demokratische Gesellschaften sind offene Gesellschaften, d. h. die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verhandeln über ihre politischen Akteure, wie viel Restriktion und Kontrolle sie jeweils bereit sind hinzunehmen. Mit anderen Worten, die Resultate dieser Aushandlungen sind weder richtig noch falsch oder vorbestimmt. Zu welchen Entscheidungen Evaluierungsergebnisse führen, ist deshalb auch nicht Sache der Wissenschaft, sondern der Politik und sie unterliegen den Aushandlungsprozessen im Politischen System. So ist es auch verständlich, dass aus den gleichen Evaluierungsergebnissen z. T. sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden können.

⁴ Die besorgte und aus den Idealen demokratischer Gesellschaften hervorgehende berechtigte Kritik am chinesischen Sozialkreditsystem darf allerdings nicht übersehen, dass Ansätze dafür auch in Deutschland bestehen. Z. B. einerseits im Schufa-System, das seine Rechte gegenüber Bürgern, die sich in finanziell schwieriger Situation befinden, immer weiter ausdehnt und andererseits in der freiwilligen Zustimmung z. B. von KraftfahrerInnen im Hinblick auf die Kontrolle ihrer Fahrweise durch Autoversicherer, um einige Euro ihres Versicherungsbeitrags zu sparen. Auch die gut gemeinten Absichten zu Smart-Citys führen letztlich in eine umfassende Kontrolle.

1.5 Der Stellenwert individueller Einstellungen und Einschätzungen

Einen weiteren Aspekt betrifft das Verhältnis von objektiven zu subjektiven Daten bezüglich ihres Evaluationswerts. Wenn sich z. B. eine Evaluierung auch auf individuelle Daten, vornehmlich Befragungsdaten stützt, dann ist eine theoretisch fundierte Einschätzung des Zustandekommens subjektiver Faktoren erforderlich. Gleichwohl fehlt aber eine solche in den meisten befragungsbasierten Evaluierungsprojekten. So fußt z. B. die Evaluierung und damit auch administrative Bewertung der Qualität der Lehre und des Studiums an Hochschulen zu großen Teilen auf der Befragung von Studierenden, obwohl kein hinreichendes theoretisches Modell über die Konstituierung von Urteilen Studierender über den Lehr- und Lernprozess besteht. Grob vereinfachend werden Studierende im Evaluierungsvorgang als Träger objektiver Daten betrachtet, die man an ihnen abliest (Kromrey 2001, 119). Erst eine theoretische Modellierung studentischer Einstellungen, die bspw. die Studienmotivation und Interessen der Studierenden berücksichtigt und die einer Validierung der Daten zugrunde liegt, würde auch eine verobjektivierte Einschätzung dieser individuellen Urteile im Sinne einer Evaluierung ermöglichen.⁵

In Bezug auf die vorliegende Studie, deren Konzeption (folgendes Kapitel) die Einbeziehung von Befragungsdaten vorsieht, existieren gut replizierbare Befunde aus kriminologischen Forschungen zur Konstitution verschiedener Komponenten von Kriminalitätseinstellungen. Gleichwohl können auch die den Forschungen zugrundeliegenden theoretischen Annahmen nicht als abgeschlossen gelten. Besonders Ergebnisse zum Kriminalitätsfurchtparadox sowie zur Wirkung von Viktimisierungserfahrungen überhaupt, sind nach wie vor Gegenstand wissenschaftlichen Meinungsstreits.

⁵ Großmann (2016) fokussiert z. B. auf Motivation und weist signifikante Unterschiede in der Beurteilung von Lehrveranstaltungen und Studienbedingungen nach.

1.6 Einschränkungen bezüglich der Voraussetzungen einer Evaluierung

Allein durch das Fehlen von hinreichenden Vorhermessungen und gesetzlicher Beschränkungen hinsichtlich der Dauer der Speicherung von Daten stehen der Evaluierungsanspruch bezüglich Veränderungen der Kriminalitätsbelastung und deren Zusammenhang mit Urteilen der Wohnbevölkerung auf einer kontrovers interpretierbaren Grundlage. Aufgrund dieser Ausgangslage trägt das anzustrebende Ergebnis einen *explorativen* Charakter. Zugleich könnte es eine Grundlage für die Dauerbeobachtung von Prozessen in den beiden Ortsteilen sein, in denen die WVZ derzeit eingerichtet ist. Eine belastbare Entscheidungsvorwegnahme für ein Fortbestehen oder eine Aufhebung der WVZ kann mit einer erstmaligen bzw. einmaligen Datenerhebung nicht erzielt werden. Es ist weder eine hinreichende Validität der Daten erreichbar noch können sich zeitlich überlagernde Prozesse oder verzögerte Effekte mittels Querschnittdaten ausgeschlossen werden. Auch wenn Querschnittdaten Einblicke in Forschungsobjekte und systematische Hypothesenprüfung ermöglichen, bleibt Kausalität letztlich hypothetisch. Dennoch sind empirisch nachweisbare Zusammenhänge die Voraussetzung für Erkenntnisse zur Kausalität zwischen interessierenden Sachverhalten.

2. Evaluierungskomponenten und methodische Anlage

2.1 Die Evaluierungskomponenten

2.1.1 Kriminalitätsaufkommen

Das plausible Ziel der Evaluierung einer WVZ ist die Prüfung der Veränderung des Kriminalitätsaufkommens. Auch wenn es im Sinne der vorangegangenen Bemerkungen zu kurz gedacht wäre, diese Komponente als alleinigen Bestandteil der Evaluierung einer WVZ anzusehen, so ist es unumgänglich, die Kriminalitätsbelastung als die initiale Größe der Einrichtung einer WVZ als erstrangig zu betrachten. Eine Kontroverse um die Einschätzung der Kriminalitätsbelastung des besagten Areals ist von Anfang an nicht zu übersehen. Das weist darauf hin, dass es auch ein Votieren dafür gibt, eher einen bestimmten Grad an Hinnehmbarkeit von Kriminalität zu akzeptieren als dauerhafte polizeiliche Restriktionen zu deren Verringerung. Genau das betrifft die im vorangehenden Abschnitt mit der in demokratischen Gesellschaften üblichen auf den Interessen verschiedener beteiligter sozialer Gruppen gemeinte Abwägung von Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung. Mit anderen Worten, bereits die Einschätzung, ob ein bestimmtes Niveau an Kriminalität akzeptabel ist, unterliegt einem interessenbasierten Framing. Darüber hinaus besteht an der Selbstevidenz des Objektiven einer Statistik schon deshalb häufig Zweifel, weil Statistik immer zwangsläufig auch aus einer komplexitätsreduzierenden Perspektive heraus erstellt werden muss und sich auf das richtet, was direkt sichtbar wird, also hier: das Kriminalitätshellfeld.

2.1.2 Sicherheitsempfinden

Das Sicherheitsempfinden⁶ ist die zweite Evaluierungskomponente. Einerseits wird das Sicherheitsempfinden intensiv beforscht. Andererseits aber bleibt es ein kompliziertes Phänomen, das sich einfachen Erklärungen entzieht. So etwa der Erwartung, dass eine Verringerung der Kriminalitätsbelastung zu einer Steigerung des Sicherheitsempfindens führen muss. Das Kriminalitätsfurchtparadox oder das Verhältnis zwischen der Wahrnehmung von Polizei und dem Sicherheitsempfinden sind zwei Sachverhalte, die für die Kompliziertheit der Konstituierung des Sicherheitsempfindens stehen. Nicht nur die theoretischen Einsichten haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen, sondern auch die methodische Kritik an der Messung des Sicherheitsempfindens (z. B. Kreuter 2002). Infolgedessen wurden verschiedene Varianten zur Messung des Sicherheitsempfindens im Fragebogen angewandt (siehe 5.2).

2.1.3 Akzeptanz

Die Akzeptanz der WVZ bildet die dritte Evaluierungskomponente. Etwas über die Akzeptanz der Wohnbevölkerung des betroffenen Gebiets empirisch in Erfahrung zu bringen, kann ein politisches Mandat in diesem Aushandlungsprozess sowohl stärken als auch schwächen. Hier sei bereits darauf hingewiesen, dass es zutrifft, dass empirische Erhebungen hinsichtlich ihrer Repräsentativität zunehmend schwieriger werden. In gewisser Weise ist die Bevölkerung seit geraumer Zeit insbesondere durch vielfältige Befragungen, vor allem im Rahmen von Markt- und anderen demoskopischen Erhebungen geradezu „überbefragt“.

Das hat Konsequenzen für die Validität insbesondere von Häufigkeitsverteilungen. Leider erschöpft sich meist das öffentliche Interesse bereits in solchen Verteilungen, für oder gegen jemanden oder etwas zu sein. Auch wenn die Organisierung von Mehrheiten ein Grundprinzip demo-

⁶ Die Bezeichnung *Sicherheitsempfinden* steht in einem inversen Verhältnis zur Bezeichnung *Kriminalitätsfurcht* und wird häufig synonym behandelt. Während Kriminalitätsfurcht seinen Ursprung in der kriminologischen Forschung der 1960er Jahre hat, kam die Bezeichnung *Sicherheitsempfinden* im Zusammenhang mit öffentlichen Diskursen deutlich später in Verwendung.

kratischer Aushandlungen ist, so besteht der Ertrag wissenschaftlicher Forschung im Nachweis von (Kausal-)Zusammenhängen. Nicht flüchtige Häufigkeitsverteilungen, sondern Erklärungen für das Zustandekommen eines interessierenden Ereignisses sind konstitutiv für wissenschaftliches Vorgehen. Wer Prozesse verstehen und beeinflussen will, muss letztlich in deren Kausalität eindringen.

Mit anderen Worten, die Messung der Akzeptanz der WVZ als Repräsentation der Meinungen in der Wohnbevölkerung im Sinne ihrer Häufigkeit ist eingeschränkt und mit den verfügbaren methodischen Mitteln nur bedingt valide. Dennoch erlaubt das Design Zusammenhänge mit geringer oder hoher Akzeptanz herauszufinden, die künftig weiterverfolgt werden können.

Diese drei Evaluierungskomponenten des Projekts sind als eigenständige Faktoren zu verstehen, die in einem komplizierten Wechselverhältnis stehen, das sich häufig auftretenden alltagstheoretischen Überlegungen entzieht. Die Veränderung einer Komponente hat nicht zwingend eine bestimmte Veränderung einer anderen Komponente zur Folge. Mit dem Rückgang der Kriminalitätsbelastung muss das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung nicht zwangsläufig steigen und mit einem Steigen des Sicherheitsempfindens muss nicht zwangsläufig die Akzeptanz der WVZ steigen. Mit dem Evaluierungsprojekt sollen auch Erkenntnisse erzielt werden, die eine theoretische Modellierung für künftige Evaluierungen verbessern können.

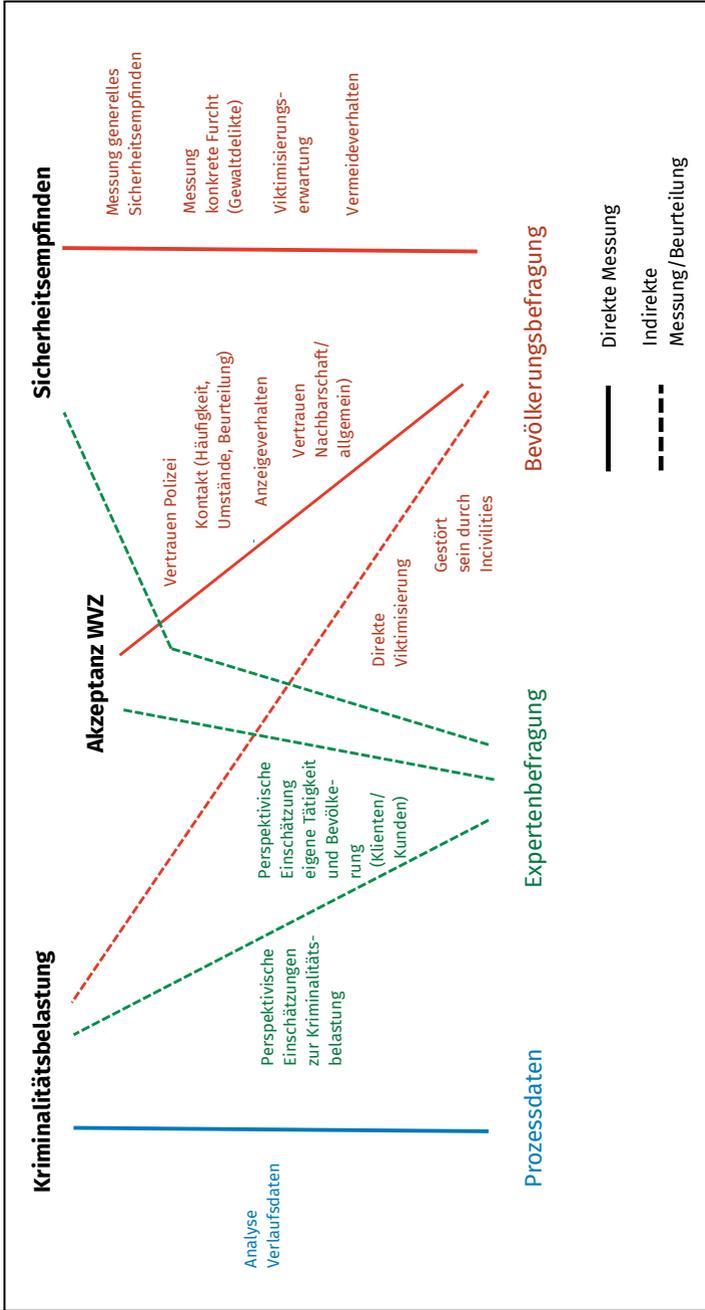
2.2 Methodische Zugänge

2.2.1 Vorbemerkungen

In Abbildung 1 sind die methodischen Zugänge und basalen Sachverhalte enthalten, die gemessen wurden.

Die in Abbildung 1 durchgezogenen Linien bezeichnen die jeweils direkten Analysezugänge zu einer der Evaluierungskomponenten. Die unterbrochenen Linien dienen als Unterstützung der direkten Erhebung. Die Prozessdaten und die postalische Befragung sichern die direkten Zugänge zu den Evaluierungskomponenten. Die ExpertInneninterviews unterstützen die Interpretation der jeweils gefundenen Ergebnisse.

Abbildung 1: Die Evaluierungskomponenten



2.2.2 Prozessdaten

Das Kriminalitätsaufkommen bzw. dessen Veränderung kann grundsätzlich nur aus der Analyse von Prozessdaten hinreichend eingeschätzt werden. Das bedeutet dennoch nicht, dass es sich um ein Abbild der Kriminalitätsrealität handelt, sondern um die gegenwärtig beste Möglichkeit des einschlägigen aggregierten polizeilichen Erfahrungswissens.

Die Prozessdaten beziehen sich sowohl auf Input- als auch auf Outputereignisse. Dazu zählen einerseits die polizeilichen Kontrollaktivitäten in der WVZ und andererseits die Erfassung des Kriminalitätsaufkommens im Hellfeld (Kap. 4).

2.2.3 Postalische Bevölkerungsbefragung

Die eingesetzte Bevölkerungsbefragung und die ExpertInnenbefragungen sind Ergänzungen der Einschätzung des Kriminalitätsaufkommens. Mithilfe der Bevölkerungsbefragung wird für einen zurückliegenden Zeitraum – die methodische Konvention bezieht sich auf einen Zeithorizont von 12 Monaten⁷ – die direkte Viktimisierung deliktspezifisch abgefragt, was Aufschlüsse über einen Teil des relativen Teils des Dunkelfelds geben kann.

Die Begrenztheit hinsichtlich einer Aufhellung des relativen Dunkelfelds besteht u. a. darin, dass Betroffene eine Viktimisierung aufgrund ihres subjektiven Rechtsverständnisses definieren. Im untersuchten Gebiet betrifft das z. B. *Catcalling*.

Darüber hinaus bestehen Schwächen dieses Standarddesigns insbesondere in „falschen Nichtopfern“, Personen, die z. B. zeitnah viktimisiert wurden (die Viktimisierung aber noch nicht kognitiv verarbeitet ist) und „vergessenen Opfern“, deren Viktimisierung vor dem Zeithorizont von

⁷ Methodisch hat sich eine Kritik am Zeithorizont von 12 Monaten formiert. In neueren Untersuchungen wird auch ein Zeithorizont von fünf Jahren gewählt. Grundsätzlich werden dadurch aber die Kritik einer Zeitschranke und die daraus folgende Unvollständigkeit der Erhebung der Viktimisierungserfahrung nicht aufgehoben. Sinnvoll wäre für künftige Befragungen u. a. ein gestuftes Erhebungsverfahren mit einem Zeithorizont und davor liegenden Viktimisierungserfahrungen. Für den Gegenstand dieser Befragung wäre eine solche Vorgehensweise aber zu umfangreich gewesen.

12 Monaten liegt (Boers 1991, Kapitel III). Eine korrigierende Einschätzung des Kriminalitätsaufkommens kann aus der Viktimisierungsabfrage auch deshalb nicht abgeleitet werden. Wie bereits betont, liegt der Wert dieser Messung in erster Linie in der Analyse von Zusammenhängen mit den subjektiven Evaluierungskomponenten Sicherheitsempfinden und Akzeptanz der WVZ.

Im Rahmen der postalischen Bevölkerungsbefragung wurde auch eine Onlinebefragung freigeschaltet. Sie dient insbesondere als Angebot an den überdurchschnittlich hohen Anteil junger Menschen in den beiden Ortsteilen (siehe Kap. 5).

2.2.4 ExpertInneninterviews

Der Stellenwert von ExpertInnenbefragungen in dieser Untersuchung kann aus zwei Perspektiven heraus beurteilt werden.

Zum einen können ExpertInnenbefragungen einen Eigenwert aufweisen, indem die ExpertInnen selbst das Untersuchungsobjekt darstellen. Mit Tiefeninterviews, exakter Transkription und einer semantischen Analyse kann versucht werden „hinter“ die kognitiven Einschätzungen der Befragten zu kommen, um – so bezüglich des Objekts WVZ – etwas über die Wirkung auf die Person und deren Einschätzung herauszufinden. Das kann im Rahmen der Analysen dieses Projekts jedoch nicht geleistet werden.

Zum anderen werden ExpertInnen im Rahmen dieser Untersuchung als Träger kollektiver Informationen bezüglich ihrer Kontaktgruppen angesehen. Der ExpertInnenstatus ergibt sich aus deren professionellem Handeln und Beurteilen im Gebiet der WVZ. In diesem Sinn wurde eine an den Evaluierungskomponenten orientierte Auswahl von ExpertInnen vorgenommen.

ExpertInnen im Befragungsgebiet kommen unter unterschiedlichen Handlungszielen mit der Wohnbevölkerung in Kontakt. Damit werden sie zu Trägern von Informationen und kumulierten Einschätzungen tendenzieller Zusammenhänge eben auch von Bevölkerungsgruppen, welche durch die postalische Befragung kaum erreichbar sind. Der Interviewleitfaden gliedert sich deshalb entsprechend der beiden Perspektiven in zwei Teile im Rahmen der beschriebenen Zwecksetzung (Kap. 7).

2.3 Zusammenfassung

Die Beurteilung einer WVZ ist ein besonders kompliziertes Unterfangen. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass hierbei unterschiedliche Gewalten beteiligt sind. Die Gewaltenteilung, deren gegenseitige Unabhängigkeit, ist ein Garant der demokratischen Verfasstheit einer Gesellschaft. Im Konkreten heißt das aber nicht, dass sie nicht auch kooperieren sollten. So wirksam einerseits polizeiliche Maßnahmen zur Reduzierung von Kriminalität und zum Schutz der Bevölkerung sind, so sozial bedeutsam sind andererseits die gruppenspezifischen Interessen in der Bevölkerung, denen in politischen Aushandlungsprozessen Nachdruck verliehen wird. Eine WVZ kann deshalb eher als ein dynamischer Prozess angesehen werden, dessen Kriterium nicht einseitig der Grad der Kriminalitätsbelastung ist, sondern darüber hinaus auch das Sicherheitsempfinden und die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung.

Die Perspektive dieser Arbeit ist keine juristische, die auf eine bestimmte Verbotsnorm gerichtet ist, sondern eine sozialwissenschaftliche, mit dem Anspruch eine WVZ explorativ als prozessuales Zusammenspiel zwischen den staatlichen Gewalten und der Bevölkerung in einer städtischen Region zu analysieren. Dieser Komplexität soll mit den drei Evaluierungskomponenten nachgekommen werden.

3. Beschreibung der Ortsteile

3.1 Vorbemerkung

Die drei Evaluierungskomponenten stehen auch in einem Zusammenhang mit dem sozio-demographischen Charakter eines Ortsteils. Städtische Wohnquartiere ziehen in der kriminologischen Forschung seit den 1920er Jahren, zunächst im Rahmen von Forschungen der Chicagoer Schule, Aufmerksamkeit auf sich. Die moderne Stadt, wie auch ihre Ortsgliederungen und die Struktur ihrer Wohnviertel oder Kieze, kann als eine „Integrationsmaschine“ angesehen werden. Urbane Räume mit ihrer Siedlungsdichte und heterogenen Sozialstruktur schaffen Opportunitäten für spontane Begegnungen aus denen stabile Strukturen entstehen können. Der öffentliche Raum ist grundsätzlich für alle zugänglich und eröffnet die Möglichkeit durch die Entstehung sozialer Beziehungen soziale Schranken zu überwinden. Aus der grundsätzlichen Offenheit des öffentlichen Raums folgen nachhaltige Wirkungen ebenso auf die städtische Lebensqualität und den Sozialcharakter einer Stadt, wie auch auf die in einem Gebiet lebenden Menschen. Dennoch entstehen permanent durch die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen angestrebte informelle und formelle Begrenzungen für diese uneingeschränkte Zugänglichkeit des öffentlichen Raums.

Die soziale Offenheit der Stadt ist neben interessen geleiteten Bestrebungen (z. B. des Konsumierens) zu Semiprivatisierungen des öffentlichen Raums durch Segregation und Gentrifizierung bedroht. Diese Prozesse einer sozialstrukturellen Entmischung der Stadt haben erhebliche Folgen für deren Stabilität und ihren Sozialcharakter. Mit anderen Worten, die sozio-demographische Struktur eines urbanen Raums hat Auswirkungen auf die Kriminalität, das Sicherheitsempfinden, die Akzeptanz polizeilichen Handelns ebenso wie auf die Entstehung und Stabilität informeller Sozialkontrolle, die von den Bewohnern selbst ausgeht. Im Folgenden können entsprechende Zusammenhänge, die in einem kriminologischen Zusammenhang relevant sind, allerdings nur skizziert werden.

Insbesondere im Rahmen der Theorien sozialer Desintegration wird der Zusammenhang zwischen sozio-demographischer Struktur und Kriminalität intensiv beforscht. Skogan formuliert drei Faktoren der sozio-demographischen Struktur (Stabilitätsfaktor, Armutsfaktor und ethnischer

Faktor), die mit Disorder, Kriminalitätsfurcht und Kriminalität in Zusammenhang stehen (1990).

Sampson & Groves nennen ähnliche strukturelle Faktoren (Kumulation niedriger ökonomischer Status, ethnische Heterogenität, residentielle Mobilität, Häufung Alleinerziehender und Urbanisierungsgrad) für die Entstehung von Devianz und Delinquenz (1989).

Wenngleich häufig nicht in diesem Zusammenhang genannt und auch nicht den Theorien sozialer Desintegration zugerechnet weist Braithwaite, im Rahmen einer theoretische Begründung des reintegrierenden Beschämens, auf komplexe kriminalitätsrelevante Faktoren sozio-demographischer Beschaffenheit hin. Seinen Annahmen zufolge beeinflussen sich der Grad der Interdependenz (wechselseitige Angewiesenheit in einer räumlich verbundenen Bevölkerung) und der Grad des Kommunitarismus (Gemeinschaftlichkeit) wechselseitig. Während Letzteres (auch als Basis informeller Sozialkontrolle im Sinne der Theorien sozialer Desintegration verstehbar) durch Urbanisierung und residentielle Mobilität geschwächt wird, schwächen hohe Jugendquote, hoher Anteil an Männern und Ledigen, Arbeitslosigkeit und geringe Bildung/Bildungsaspiration die Entstehung und Stabilität von Interdependenzen (1993, 99).

In der inzwischen recht bekannt gewordenen Broken-Windows-Theorie von Wilson & Kelling werden schließlich folgende Zusammenhänge angenommen: Physische und soziale Disorder⁸ schwächen das Sicherheitsempfinden und führen dadurch zu einem Rückzug aus dem öffentlichen Raum, was wiederum zu einer geschwächten informellen Sozialkontrolle führt und schließlich eine Kriminalitätsspirale in Gang setzt (1996). Von Anfang an unterliegt diese Theorie⁹ einer generellen, auch aus einem nicht

⁸ Verbreitet ist auch die Bezeichnung Incivilities. Als Incivilities werden in der Forschung die wahrnehmbaren Zeichen für soziale Desorganisation definiert (Hohage 2004, 79).

⁹ Gelegentlich wird auch, um eine kritische Distanz zur Broken-Windows-Theorie auszudrücken, die Bezeichnung „Theorie“ abgesprochen. Theorie kann als ein System von Begriffen definiert werden, die in einem hypothetischen Zusammenhang stehen, um Erkenntnis über einen Bereich von Sachverhalten bis hin zur Erklärung oder Vorhersage von Ereignissen zu erlangen. Demnach kann eine Theorie falsifiziert oder verifiziert werden, der Status als Theorie leitet sich jedoch aus der Erfüllung ihrer Definition her. Den Anspruch Theorie kann man am ehesten jenen als Theorie bezeichneten gedanklichen Gebilden absprechen, die sich nicht empirisch auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen lassen.

fachspezifischen Kontext stammenden Kritik, obwohl mit ihr auf keine anderen Faktoren Bezug genommen wird, wie sie z. B. auch in der etablierten Theorie sozialer Desintegration von Skogan vorkommen. In gewisser Weise diskreditiert ist die Broken-Windows-Theorie allerdings schon vorab, weil sie als Begründung für die restriktive Polizeistrategie „Zero-Tolerance“ diente. Ihr wissenschaftlicher Makel aber liegt darin begründet, dass sie zwar empirisch prüfbar ist, aber zu diesem Zeitpunkt nicht geprüft war. Inhaltlich muss zwischen zwei Teilen der Hypothese der Broken-Windows-Theorie unterschieden werden: Zum einen wird angenommen, dass der Beginn des Auftretens von Disorder (eine zerbrochene Fensterscheibe) in einem Wohngebiet die Kriminalitätsfurcht steigert und die informelle Sozialkontrolle dadurch geschwächt wird. Zum anderen wird angenommen, dass dieser Prozess unweigerlich in eine Kriminalitätsspirale führt, in deren Finale es zu Schwerstkriminalität kommt. Inzwischen ist das Interesse an einer empirischen Prüfung der Broken-Windows-Theorie erwacht. Keuschnigg & Wohlbring¹⁰ haben mit Feldexperimenten geprüft, ob das Auftreten von Disorder in einem Wohngebiet zur Verletzung niederschwelliger Strafrechtsnormen führt (2015). Mit ihren Experimenten konnte der Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Disorder und der Entstehung von Kriminalität nicht bestätigt werden. Zweifellos wird der von Wilson & Kelling angenommene Determinismus der Komplexität der verursachenden Faktoren von Kriminalität nicht gerecht.

Hiervon wird jedoch nicht der erste Hypothesenteil berührt, in dem ein Zusammenhang zwischen Disorder und Kriminalitätsfurcht bzw. Sicherheitsempfinden angenommen wird. Diese Annahme ist inzwischen gut geprüft (Hohage 2004, Lüdemann 2006, Lüdemann & Peter 2007, Mühlner 2016). Derzufolge senkt die Wahrnehmung von Disorder in einem Wohngebiet das Sicherheitsempfinden der Bewohner. Dennoch besteht auch eine Schwäche im ersten Teil der Broken-Windows-Annahme. Diese liegt im fehlenden Kausalverständnis für das Auftreten von Disorder. Disorder entsteht in der Theorie von Wilson & Kelling faktisch aus dem Nichts.

Das kritisieren Sampson & Raudenbush. Sie stellen den ersten Teil der Broken-Windows-Annahme zum Zusammenhang von Disorder und Si-

¹⁰ Zuvor haben sich Keizer, Lindenberg & Steg (2008) bereits einer empirischen Prüfung der Wirkung von Disorder angenommen.

cherheitsempfinden sowie informeller Sozialkontrolle praktisch vom Kopf auf die Füße: Geringe informelle Sozialkontrolle als Grad der Fähigkeit von Nachbarschaft sozial wirksam zu sein, ist eine vorrangige Ursache für das Auftreten von Disorder und weiteren sozialen Übeln (Sampson, Raudenbush & Earls 1997; Sampson & Raudenbush 1999). Dass die „zerbrochene Fensterscheibe“ nicht ersetzt wird, ist die Folge mangelnder informeller Sozialkontrolle.

Das monieren auch Keizer, Lindenberg & Steg (2008), indem sie darauf verweisen, dass Wilson & Kelling zum einen nicht erklären, was Disorder verursacht und zum anderen was dazu führt, dass sich Disorder ausbreitet. Ihre zentrale Hypothese richtet sich darauf, dass geringe informelle Sozialkontrolle in einer Nachbarschaft Ursache für Disorder und deren Ausbreitung ist, was sie in sechs Feldexperimenten prüfen.

Insgesamt werden in der Broken-Windows-Theorie die angenommenen Zusammenhänge deutlich unterkomplex und deterministisch betrachtet. Ohne Zweifel aber hat sie nachhaltig eine wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen informeller Sozialkontrolle, Disorder und Sicherheitsempfinden bewirkt.

Eine weniger beachtete Arbeit, die aber eine wichtige ergänzende Perspektive enthält, stammt von Friedrichs (2014). Diese Perspektive richtet sich nicht explizit auf die Entstehung von Kriminalität, sondern auf komplexe Zusammenhänge der sozio-demographischen Struktur eines Wohngebiets, ihrer Verflechtungen und den sich daraus ergebenden Folgen. Friedrichs bemängelt, dass bisher keine klare Differenzierung zwischen Kontexteffekten und Mechanismen in Wohngebieten vorgenommen wurde. Beispielsweise kann Skogans Risikofaktor Armut als *Eigenschaft* eines Wohngebietes verstanden werden, indem ein hoher Anteil Armer und ein geringer Anteil Wohlhabender in diesem Gebiet ansässig ist. Die Folgen (*Kontexteffekte*) bestehen im Fehlen von Rollenvorbildern für sozial verträgliches Verhalten. Die in einem Gebiet wirksamen *Mechanismen* sind Sozialisation und Ansteckung (Friedrichs 2014, 291).

Ein weiteres Beispiel: Das Image, der Ruf eines Gebietes kann als eine *Eigenschaft* im Sinne der Modellvorstellung Friedrichs betrachtet werden, Ablehnung bei der Jobsuche als *Kontexteffekt* und Diskriminierung als *Mechanismus* (ebenda).

Neben den genannten Theorien, die den Zusammenhang zwischen sozio-demographischer Struktur und Kriminalität zum Gegenstand haben und häufig auch das Sicherheitsempfinden einbeziehen, tritt das Sicher-

heitsempfinden auch als ein eigenständiges Forschungsobjekt auf (siehe Abschn. 5.2). Das Sicherheitsempfinden entzieht sich einer linearen Interpretation im Verhältnis zur Kriminalitätsbelastung und es steht in einem komplizierten Verhältnis zur individuellen Opferwerdung (Mühler 2017b). Das Sicherheitsempfinden zieht insbesondere aufgrund eines gut replizierten Kriminalitätsfurchtparadox, trotz aller Kritik daran, eine beständige Aufmerksamkeit auf sich. Dem Kriminalitätsfurchtparadox zufolge weisen insbesondere jene sozio-demographischen Gruppen mit der geringsten Kriminalitätsbelastung (Frauen und alte Menschen) die höchste Kriminalitätsfurcht auf. Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen der sozio-demographischen Struktur urbaner Räume und dem Sicherheitsempfinden bedeutet das, dass sich das aggregierte Sicherheitsempfinden auch ändert, wenn sich die alters- und geschlechtsbezogene Zusammensetzung eines Wohngebiets ändert. Je älter die Wohnbevölkerung ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit eines geringeren aggregierten Sicherheitsempfindens (obwohl diese Gruppen tendenziell eine geringere Viktimisierung aufweisen). Allerdings wird diese Tendenz wiederum z. B. durch Bildung abgeschwächt. Insbesondere wenn ältere Kohorten eine höhere Bildung aufweisen, schwächt sich darüber hinaus auch das Kriminalitätsfurchtparadox ab. In Bezug auf die Gruppe der Frauen scheint dieses Verhältnis jedoch komplizierter zu sein (Hovestadt & Mühler 2020).

Diese Vorbemerkungen sollen genügen, um die Bedeutung der sozio-demographischen Struktur für die Evaluierungskomponenten zu verdeutlichen.

3.2 Allgemeines über die beiden Ortsteile

Im Zentrum der WVZ steht die Leipziger Eisenbahnstraße. Die Eisenbahnstraße (die Eisi, wie sie von vielen ihrer BewohnerInnen genannt wird) gehört zu den bekanntesten Straßen Deutschlands. Die verbreitete Assoziation ist allerdings eine andere als jene mit der Kö in Düsseldorf, dem Ku'damm in Berlin oder der Maximilian-Allee in München, obgleich sich auch hier bunte jedoch weniger luxuriöse Geschäfte aneinanderreihen. Die mediale Verleihung des Titels „gefährlichste Straße Deutschlands“ überhöht im Dienst des Nachrichtenwerts das Kriminalitätsaufkommen, wenngleich einige aufsehenerregende kriminelle Großereignisse mit Todesfolge unter dem Gebrauch von Schusswaffen und anderen waffenartigen Gegen-

ständen zwischen organisierten Banden und Familienclans die öffentliche Sicherheit im Bereich der Eisenbahnstraße eingeschränkt haben.

Mit der Einführung der Waffenverbotszone im November 2018 erklärte der Sächsische Innenminister Roland Wöllner: „In der Eisenbahnstraße registriert die Leipziger Polizei jährlich rund 600 Straftaten, darunter zahlreiche Tötungs- und Körperverletzungsdelikte. Dutzende Angriffe werden dabei mit Messern verübt. Die Waffenverbotszone soll als ein wirkungsvolles Instrument zur Deeskalation und zur Senkung der Zahl von entsprechenden Straftaten beitragen.“ (Medieninformation des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 5. November 2018). Der damalige Polizeipräsident Leipzigs, Bernd Merbitz fügte hinzu: „... wir – Land, Stadt und Polizeidirektion – sind keinesfalls gewillt, sehenden Auges auf weitere Eskalationen zu warten. Wir handeln konsequent, präventiv und nachhaltig.“ (ebenda).

Zur Attraktivität der beiden Ortsteile Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf, durch die sich die Eisenbahnstraße zieht, zählt u. a. ihre zentrumsnahe Lage. Diese Ortsteile gehören demographisch, sozial, ethnisch und politisch zu den sozialwissenschaftlich interessantesten innerstädtischen Quartieren Leipzigs. Dennoch gibt es noch zu wenig fundiertes Wissen über das Leben und die Alltagsbeschaffenheit in diesen Ortsteilen, das direkt von den Menschen, die in diesen städtischen Quartieren leben, stammt. Das soll keineswegs die fundierte Erhebung von Daten im Rahmen der kommunalen Bürgerumfragen des Amts für Statistik und Wahlen für die Stadt Leipzig schmälern. Stattdessen aber dominiert bisher mediale Skandalisierung wie und was vor allem überregional über diese Ortsteile kommuniziert wird. Auch in dieser Beziehung kann die vorliegende Studie als ein Beitrag angesehen werden, der über eine Beurteilung der WVZ und des polizeilichen Handelns hinausgeht.

Die Eisenbahnstraße bildet den Kern der WVZ und ist über die Stadt hinaus medial als „gefährlichste Straße Deutschlands“ bekannt geworden. Auch wenn das Areal um die Eisenbahnstraße eine erhöhte Kriminalitätsbelastung aufweist, ist jedoch wenig über die Lebendigkeit und Vielfältigkeit dieser Straße verbreitet. Es ist verständlich, wenn eine Mehrheit der Wohnbevölkerung durch diese mediale Skandalisierung eine erhöhte Sensibilität für die Stigmatisierung entwickelt hat, die sich durch die Einrichtung einer WVZ sicher nicht verringert.

Zwei Einschätzungen aus unterschiedlichen Perspektiven von Betroffenen verweisen auf den ambivalenten Charakter dieses Quartiers. So ist in

der Leipziger Internetzeitung im November 2018 zu lesen: „Die bunteste Straße Leipzigs ist sie wohl – beliebt bei Menschen mit kleinen Geldbeuteln, Migranten und Studierenden. Das prägt ihr Flair. Das begründet aber auch die Probleme, keine Frage. Etwa die Drogenproblematik, die hier nun seit zwei Jahrzehnten mit immer größerem Polizeiaufgebot ‚bekämpft‘ wird. Lerneffekt? Keiner.“¹¹

Der Vorsitzende des Bürgervereins Neustadt-Neuschönefeld, Henry Hufenreuter, verweist ebenfalls auf die ambivalente Situation des Quartiers um die Eisenbahnstraße: „Die Eisenbahnstraße ist eine Straße mit zwei Gesichtern. Sie hat einerseits sehr erfreuliche, freundliche Züge entwickelt, weil junge Menschen zuziehen und sich kulturell einiges tut. Sie ist von daher abwechslungsreicher und urbaner als etwa die Georg-Schwarz-Straße. Andererseits ist sie ein Hotspot des Drogenhandels, der Kleinkriminalität und der organisierten Kriminalität. Beides existiert nebeneinander, beides ist Wahrheit: das positive Lebensgefühl ebenso wie die Angst, Opfer von Kriminellen zu werden.“¹²

3.3 Sozio-demographische Beschreibung der Ortsteile

Beide Ortsteile weisen eine große Ähnlichkeit in der Zusammensetzung ihrer Wohnbevölkerung auf (Tab. 1).

Eine der sozio-demographischen Besonderheiten besteht darin, dass die Wohnbevölkerung der beiden Stadtteile einen hohen Anteil junger Menschen aufweist (Tab. 2).

Noch deutlicher als in der Jugendquote drückt sich die Besonderheit der beiden Ortsteile im Anteil der Ledigen aus (Tab. 3). Auch wenn der Ledigenanteil und die Jugendquote, wie eingangs beschrieben, in der Kriminologie als Risikofaktoren gelten, muss hier zwingend beachtet werden,

¹¹ Die Waffenverbotszone in der Eisenbahnstraße stigmatisiert das ganze Quartier. In: Leipziger Internet Zeitung. Verfügbar unter: <https://www.l-iz.de/politik/engagement/2018/11/Die-Waffenverbotszone-in-der-Eisenbahnstrasse-stigmatisiert-das-ganze-Quartier-241963>. Abgerufen am: 04. 11. 2018.

¹² Bürgervereinschef: ‚Eisenbahnstraße hat zwei Gesichter‘. In: Leipziger Volkszeitung. 08. 11. 2018. Verfügbar unter: <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Auf-Umsetzung-gespannt-Buergerevereinschef-zur-Waffenverbotszone>. Abgerufen am: 08. 11. 2018.

Tabelle 1: Demographische Struktur (EinwohnerInnen und Anteil Männer/ Frauen)

	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
EinwohnerInnen	13 148	13 174	601 668
Männer	6 148	7 005	297 064
Frauen	6 400	6 169	304 604

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019
(<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

Tabelle 2: Demographische Struktur (Alter)

	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
Durchschnittsalter	34,6	34,5	42,4
Jugendquote^{a)}	16,7 %	21,2 %	20,9
Altenquote^{b)}	11,9 %	12,5 %	30,8

a) Jugendquote: Zahl der EinwohnerInnen im Alter bis 15 zur Zahl der EinwohnerInnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

b) Altenquote: Zahl der EinwohnerInnen im Alter von 65 und älter zur Zahl der EinwohnerInnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019
(<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

Tabelle 3: Familienstand

	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
ledig	8 270	8 072	305 446
verheiratet	2 808	2 669	195 063
geschieden	800	889	47 063
verwitwet	385	482	36 354

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019
(<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

Tabelle 4: Bildung (Angaben in Prozent)

	Neustadt- Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
Hauptschul- abschluss	5	8	12
Realschulabschluss	18	16	35
Hochschulreife	64	59	41
Hochschulabschluss	49	46	28

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019
(<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

dass dieser hohe Anteil vor allem dadurch zustandekommt, dass Studierende diese Ortsteile seit geraumer Zeit für sich entdeckt haben.

Die vorangegangene Feststellung bestätigt sich insbesondere in den Anteilen höherer Bildung. Gegenüber dem Durchschnitt der Stadt Leipzig zeigt sich ein deutlich höherer Anteil an Personen mit Hochschulreife (Tab. 4). Es ist aber darüber hinaus ebenfalls bemerkenswert, dass sich die Attraktivität der beiden Ortsteile auch darin ausdrückt, dass der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich hoch ist.

Das zeigt sich auch im Anteil der Erwerbstätigen (Tab. 5). Darüber hinaus weist der geringere Anteil der Personen mit Renten- und Pensionsbezug auf das junge Durchschnittsalter der Wohnbevölkerung hin. Kriminologisch gesehen bildet ein hoher Anteil älterer Menschen, neben der

Tabelle 5: Einkommen (Auswahl/Angaben in Prozent)

	Neustadt- Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
Erwerbseinkommen	69	70	61
Arbeitslosenbezüge	12	12	5
Renten u. Pensionen	14	11	28

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019
(<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

Verbreitung von Wohneigentum, in einem Wohngebiet tendenziell einen Stabilitätsfaktor (Wächtereffekt und Anteil sozialer Bindungsfaktoren [Skogan 1990]). Beides ist eher geringer als im Stadtdurchschnitt ausgeprägt. Des Weiteren liegt die Anzahl der Arbeitslosenbezüge etwas über dem Stadtdurchschnitt.

Auch bezüglich der Wahlpräferenzen weichen die beiden Ortsteile vom Durchschnitt der Stadt Leipzig ab. Vor allem *Die Linke* aber auch *Bündnis90/Die Grünen* liegen bezüglich der Landtagswahl 2019 deutlich über dem Durchschnitt der Stadt (Tab. 6). Demgegenüber schneiden die „klassischen“ Parteien und die *AfD* deutlich schlechter ab.

Schließlich, und das ist ein markantes Merkmal beider Ortsteile, wohnt hier ein überdurchschnittlich hoher Anteil an MigrantInnen und Personen mit Migrationshintergrund. Der Anteil von MigrantInnen an der Wohnbevölkerung beträgt für Neustadt-Neuschönefeld 38,0 % und für Volkmarsdorf 42,2 %. In der Stadt Leipzig liegt der Anteil dagegen mit 15,4 % deutlich darunter.

Ebenfalls von Bedeutung ist, dass beide Stadtteile für 2019 (und davor liegende Jahre) ein positives Wanderungssaldo (175 bzw. 320) aufweisen (Tab. 7). Dazu muss allerdings ergänzt werden, dass insgesamt ein hoher Anteil an Zu- und Abgewanderten besteht, also eine hohe Wanderungsbewegung vorliegt. Ohne auf vor allem in neuerer Zeit aufkommende Diskussionen hier einzugehen, stellt der Anteil von LangzeitbewohnerInnen einen Stabilitätsfaktor dar. Demgegenüber sind hohe Wanderungsbewegungen tendenziell destabilisierend. Dahinter steht die Annahme, dass residentielle Instabilität die informelle Sozialkontrolle in einem Wohngebiet schwächt, weil es erschwert wird, gemeinsame Normen aufrecht zu erhalten bzw., dass solche gemeinsamen Normen entstehen und sich ausbreiten können.

Kurz zusammengefasst ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Wohnbevölkerung jung, gebildet und politisch links orientiert. Darüber hinaus weisen beide Ortsteile einen überdurchschnittlichen Anteil an MigrantInnen sowie eine hohe Wanderungsbewegung auf. Daraus ergeben sich für die Unterstützung von Prozessen der sozialen Integration besondere Anforderungen.

Tabelle 6: Parteienpräferenzen (Wahl zum Sächsischen Landtag 2019/Angaben in Prozent)

	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf	Leipzig (gesamt)
CDU	11,3	10,7	25,4
SPD	7,9	7,5	9,9
Bündnis90/ Die Grünen	29,3	24,6	18,2
Die Linke	29,4	33,4	15,9
FDP	2,8	1,6	3,9
AfD	9,3	10,7	17,3

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019 (<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

Tabelle 7: Wanderungen

	Neustadt-Neuschönefeld		Volkmarsdorf	
	2018	2019	2018	2019
Zuzüge über Stadtgrenze	1 241	1 230	1 388	1 270
Wegzüge über Stadtgrenze	964	939	903	890
Innerstädtische Zuzüge	1 302	1 143	1 299	1 233
Innerstädtische Wegzüge	1 308	1 259	1 307	1 293

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten 2019 (<https://statistik.leipzig.de/statdist/index.aspx>)

3.4 Die Waffenverbotszone

Die WVZ erstreckt sich entlang der Eisenbahnstraße bis zur Ortsteilgrenze Volkmarsdorf. Die Eisenbahnstraße endet im Ortsteil Sellerhausen-Stünz. Dieser Teil der Eisenbahnstraße gehört nicht zur WVZ. Zusätzlich zur Eisenbahnstraße erstreckt sich die WVZ über Teile von bzw. im Gesamten folgender Straßen:

Rosa-Luxemburg-Straße, Mariannenstraße, Herrmann-Liebmann-Straße, Ludwigstraße, Elisabethstraße, Konradstraße, Lorenzstraße und Konstantinstraße und das Rabet.

Kennlich gemacht wird der Eingang in die WVZ durch ein in Abbildung 2 enthaltenes Schild.

Abbildung 2: Beschilderung der WVZ



Das Areal der WVZ erstreckt sich über ca. 40 ha (der Ortsteil Neustadt-Neuschönefeld ist 85 ha und der Ortsteil Volkmarsdorf 104 ha groß). Ca. 10 000 Personen wohnen in der WVZ.

Das genaue Areal der WVZ bildet ein Polygon über die Ortsteile Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf (Abb. 3).

Abbildung 3: Das Gebiet der WVZ (aus: Flyer der PD Leipzig, Referat 3)



4. Prozessdatenanalyse

4.1 Methodische Herangehensweise und Grenzen der Prozessdatenanalyse

Die Prozessdatenanalyse soll vor allem dabei helfen, den Verlauf der Hellfeldkriminalität einzuschätzen und im Hinblick auf die Auswirkungen der WVZ möglichst komplex zu erfassen. Wie bereits in den Kapiteln 1 und 2 bemerkt, geschieht dies in den Grenzen verfügbarer Daten.

Die Erwartungen an die Prozessdaten beziehen sich vor allem darauf, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob eine Verringerung in der Kriminalitätsbelastung, insbesondere Schwerekriminalität, seit der Einführung der WVZ nachgewiesen werden kann.

Für eine Einschätzung liegen detaillierte Daten zu den Ortsteilen ab 2016 und davor nur aggregierte großräumige Daten zum Straftatenaufkommen vor. Es sind aber keine Informationen zum Polizeiaufkommen und zu den Kontrollen vor November 2018 verfügbar. Im Folgenden wird versucht, aus diesen Daten eine Einschätzung vorzunehmen. Von der Polizeidirektion (PD) Leipzig wurden dazu drei tabellarische Erfassungen übermittelt:

- Kontrollen seit Einführung der WVZ (November 2018), aufgeteilt in Personenkontrollen und Verkehrskontrollen,
- Ordnungswidrigkeiten in Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf seit Einführung der WVZ, einschließlich TäterInnen-Angaben (Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Geburtsort und -land) und
- Straftaten in Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf seit Januar 2016, einschließlich Opfer- und TäterInnen-Angaben (Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Geburtsort und -land).

Die beiden letzten Tabellen enthalten außerdem genaue Angaben zur Tatzeit und Tatort, sodass es möglich ist, zu differenzieren, ob eine Tat innerhalb oder außerhalb der WVZ begangen wurde. Zudem finden sich Informationen über die Tatmittel. Diese Tabellen stellen die Input-Daten dar.

Mögliche Output-Daten, d. h. Aussagen, die aus den Tabellen folgen bzw. Häufigkeiten, die aus den Tabellen errechnet werden können, sind:

- Die Anzahl an Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Kontrollen, die seit Einführung der WVZ stattgefunden haben.
- Enthalten sind ferner genaue Angaben über den/die TäterIn bzw. die kontrollierte Person.
- Es lassen sich die Anzahl und die Personenangaben von Straftaten vor der Einführung mit den Zahlen nach der Einführung vergleichen, wenn auch nur deskriptiv.

Zunächst ist es sinnvoll zu beschreiben, wie die polizeilichen Daten entstehen. Im Zuge der Einführung der WVZ wurden, im Hinblick auf eine Evaluierung, Daten erhoben, die über die übliche prozessuale Datenerhebung hinausgehen. Dazu zählen vor allem Informationen über das Kontrollverhalten innerhalb der WVZ. Wie bereits bemerkt, liegen keine Daten über das polizeiliche Kontrollverhalten im untersuchten Gebiet vor November 2018 vor. Dem Projekt stehen Daten aus dem Softwaresystem IVO¹³ zur Verfügung, auf dem die folgenden Analysen basieren. Die oben aufgezählten Daten, die übermittelt wurden, sind für diese Erhebung händisch aus diesem System herausgefiltert und in Excel-Tabellen eingefügt worden. Das IVO arbeitet mit Textmarkern. Hier ist es möglich, einen expliziten Verweis auf die WVZ zu setzen. Diese Marker sind allerdings weder einheitlich noch obligatorisch. Außerdem ist es den BeamtInnen möglich, aber nicht verpflichtend, die WVZ in einem Kurzsachverhalt zu erwähnen.

Hieraus ergeben sich auch mögliche Beeinträchtigungen in der Datenlage:

Da die BeamtInnen zwar angehalten aber nicht verpflichtet sind, einen Marker zu setzen, entsteht daraus eine erste potentielle Fehlerquelle.

Eine weitere mögliche Fehlerquelle stellen Löschfristen dar, die im IVO automatisiert sind. Gemäß des Sächsischen Polizeigesetzes dürfen die Daten für Jugendliche maximal fünf und für Erwachsene maximal zehn Jahre gespeichert werden (§ 43 Abs. 4 SächsPolG). Dabei sind die Fristen auf ein erforderliches Maß zu beschränken (§ 43 Abs. 3 SächsPolG). Die tatsäch-

¹³ IVO ist eine durch die PD Leipzig (Pilotdienststelle für den Freistaat Sachsen) mit Inkrafttreten der Waffenverbotszone initiierte recherchierbare Erfassung des im Kontext stehenden polizeilichen Handelns im Vorgangsbearbeitungsprogramm. Diese Datenerfassung folgt keinem Erlass, sondern ist eigens für eine Evaluierung der WVZ vom Referat Kriminalitätsbekämpfung entwickelt worden.

lichen automatisierten Löschfristen sind i. d. R. deutlich kürzer und unterscheiden sich zwischen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten.

Außerdem werden von dieser Datenbank polizeiliche Maßnahmen und Kontrollen ausgeschlossen, die gegebenenfalls informell ablaufen. Helffelddaten müssen mit dem Wissen betrachtet werden, dass sie häufig eben nicht die gesamte Polizeiaktivität abbilden.

Eine weitere Problematik geht daraus hervor, dass die oben erwähnten Tabellen hauptsächlich Daten der Polizeidirektion enthalten. Ordnungswidrigkeiten dürfen jedoch auch vom zuständigen Ordnungsamt ermittelt und aufgenommen werden. Dazu sind Daten über gefundene Gegenstände übermittelt worden.¹⁴

Da die Daten händisch ermittelt wurden, kann es zudem auch hier zu Ungenauigkeiten gekommen sein. Das ist wohl in der Regel dann der Fall, wenn weder der Textmarker „Waffenverbotszone“ gesetzt, noch das Wort „Waffenverbotszone“ oder die Abkürzung WVZ (teilweise auch WaffVerbZVO oder Anderes) in den Kurzsachverhalten vermerkt worden ist. Dieses Problem schwächt sich aber z. T. ab, da zusätzlich geographische Daten für die Ermittlung der relevanten Taten herangezogen werden konnten.

Es bleibt zu vermerken, dass der Erhebung wichtige und nützliche Daten von der Polizeidirektion zugrunde liegen, die es, zwar eingeschränkt, aber grundsätzlich ermöglichen die Kriminalitätsbelastung in den beiden Ortsteilen Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarisdorf aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und individuelle Einstellungen aus der postalischen Befragung anhand von objektiven Daten zu kontextualisieren.

¹⁴ Das vom Ordnungsamt verwendete Bußgeldverfahren Saar-Owi ist seit 1996 in Gebrauch. Das Verfahren lässt nur eingeschränkte statistische Erfassungen zu. In diesem Zusammenhang sind u. a. detaillierte Registrierungen zu Tatorten und Orts- oder Stadtteilen und zu den damit im Zusammenhang stehenden – ganz unterschiedlichen – Ordnungswidrigkeiten technisch nicht möglich. Mithin kann keine spezifische territorial bezogene Analyse zu den verschiedenen erfassten Ordnungswidrigkeiten innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der Leipziger Waffenverbotszone vorgenommen werden.

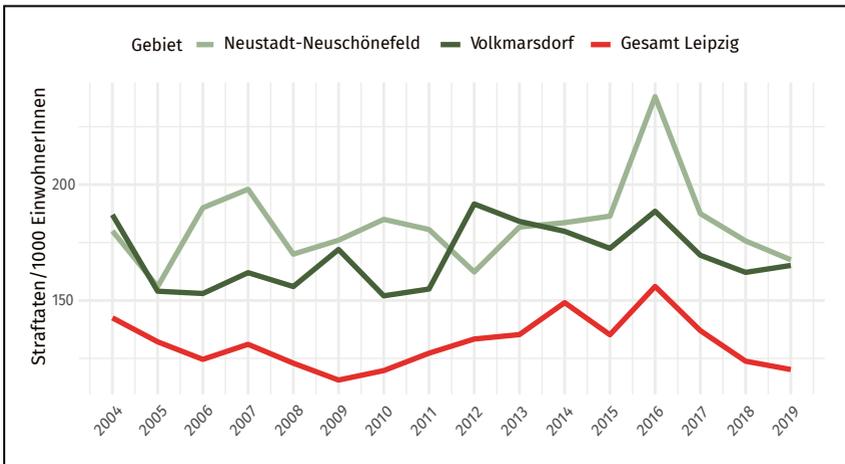
Es sind jedoch Angaben zu Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Waffenverbotszone und darauf fußenden Bußgeldern sowie Art und Umfang von Sicherstellungsanordnungen zu Waffen oder gefährlichen Gegenständen verfügbar (vgl. Abb. 7).

4.2 Die Situation in der Eisenbahnstraße

Auch wenn es eine mediale Übertreibung ist, die Eisenbahnstraße als die gefährlichste Straße Deutschlands zu bezeichnen, handelt es sich bei diesem Bereich um einen Kriminalitätsschwerpunkt. 2016 wurden für Neustadt-Neuschönefeld 238 und in Volkmarsdorf 189 Straftaten auf 1 000 EinwohnerInnen registriert (Abb. 4).

2017 zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei beachtet werden muss, dass die Straftatendichte im Jahre 2016 einen Höhepunkt erreicht hat. So wurden 156 Straftaten pro 1 000 EinwohnerInnen im gesamten Stadtgebiet festgestellt. Im Vergleich waren es im Jahr davor und im Jahr danach jeweils nur 135 bzw. 137. Es ist auch ersichtlich, dass die Straftaten danach weiter abnehmen. Man spricht hier auch von einer *Regression zur Mitte* (Diekmann 2014). Diese Tendenz zeigt sich auch in Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld. Diese Erkenntnis ist eines der Begleitmomente, um die Kompliziertheit einer Wirksamkeitsbeurteilung zur Einführung der WVZ einzuschätzen. Sollte sich tatsächlich eine Abnahme der Straftaten nach der Einführung einer Maßnahme zeigen, muss ein Gesamttrend zur Einordnung herangezogen werden (Diekmann 2014).

Abbildung 4: Straftaten je 1 000 EinwohnerInnen im Zeitverlauf

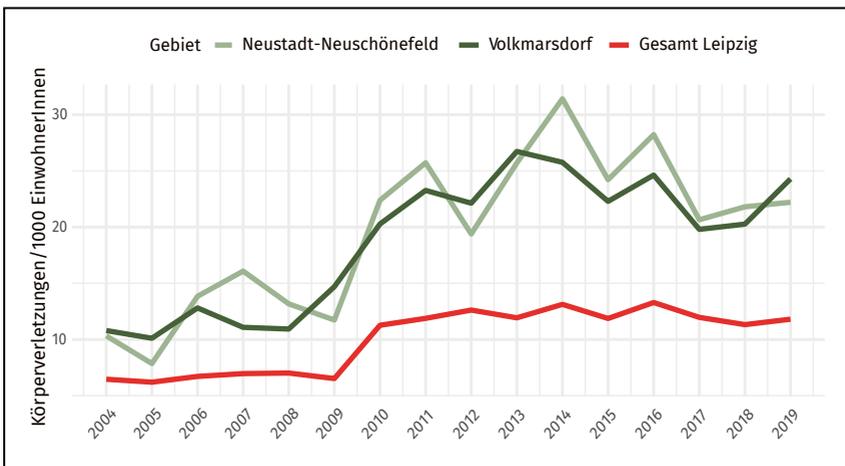


Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten (<https://statistik.leipzig.de/statdist/table.aspx?cat=13&rub=1>).

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn spezifische Straftaten betrachtet werden. Legt man das Augenmerk beispielsweise auf Körperverletzungen in Leipzig, wird die Rolle des Gebietes als Kriminalitätsschwerpunkt nochmals deutlicher. Im Jahr 2016 wurden 28,23 in Neustadt-Neuschönefeld und 24,62 Körperverletzungen auf 1 000 EinwohnerInnen festgestellt (Abb. 5). Im gesamten Stadtgebiet waren es dabei nur 13,29 Körperverletzungen auf 1 000 EinwohnerInnen. 2017 sank die Zahl, blieb aber dennoch im Vergleich sehr hoch. Seitdem lässt sich eine leichte Aufwärtstendenz erkennen. Damit gehören diese Ortsteile zu den in Leipzig am schwersten von Körperverletzungen betroffenen Ortsteilen.

Wie viele der Körperverletzungen im längeren Zeitverlauf, also vor November 2016 in den Bereich der heutigen WVZ fallen, lässt sich anhand der Datenlage nicht ermitteln. Es lässt sich aber anhand der vorliegenden Daten zeigen, dass im Zeitraum November 2016 bis Oktober 2017 47 einfache und 50 gefährliche und schwere Körperverletzungen registriert wurden. Im Bereich der heutigen WVZ waren es hingegen im selben Jahr 109 einfache und 65 gefährliche und schwere Körperverletzungen. Diese Zahlen sind aber nur bedingt vergleichbar. Eine Gewichtung mit der Anzahl der EinwohnerInnen ist zwar denkbar, jedoch nur bedingt sinnvoll,

Abbildung 5: Körperverletzungen je 1 000 EinwohnerInnen im Zeitverlauf



Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Kleinräumige Daten
 (<https://statistik.leipzig.de/statdist/table.aspx?cat=13&rub=1>), eigene Berechnungen.

da es sich bei dem nahen Umfeld um die Eisenbahnstraße nicht um ein reines Wohngebiet handelt. Der besondere Charakter der Eisenbahnstraße ist auch durch eine gewisse Dichte an gastronomischen Einrichtungen, Spielotheken u. ä. geprägt.

In Bezug auf Straftaten gegen das Leben liegen keine Daten vor, um eine verlässliche Aussage über das Ausmaß dieser Straftatenkategorie in den entsprechenden Ortsteilen treffen zu können und diese mit anderen Ortsteilen zu vergleichen. Aus dem Sicherheitsbericht der PD Leipzig geht hervor, dass im Jahre 2017 in ganz Leipzig insgesamt 30 Tötungsdelikte registriert wurden.¹⁵ Im Zeitraum von November 2016 bis Oktober 2017 entfallen allein sechs Tötungsdelikte (13,63 % der Fälle 2017) auf Neustadt-Neuschönefeld oder Volksmarsdorf (Anlage 1, Tab. 1). Zwei dieser Fälle fanden außerhalb und vier innerhalb des jetzigen Bereichs der WVZ statt. Auch hier ist der Vergleich aus den oben genannten Gründen nur bedingt möglich.

Für eine differenziertere Beschreibung der Lage in der Eisenbahnstraße vor der Einführung der WVZ liegen keine ausreichenden Daten vor. Die offiziellen Statistiken beziehen sich zumeist auf ganze Ortsteile und nicht auf kleinräumigere Gebiete. Außerdem liegen häufig nur Daten über einzelne Deliktgruppen vor. Zwar reichen diese Zahlen aus, um die betroffenen Ortsteile mit anderen, hinsichtlich dieser Deliktgruppen, zu vergleichen, jedoch ist eine Aussage darüber hinaus nicht möglich.

Zusammenfassend lässt sich, trotz der nur eingeschränkten Vergleichbarkeit, feststellen, dass es sich bei den betroffenen Ortsteilen um Kriminalitätsschwerpunkte in Leipzig handelt.

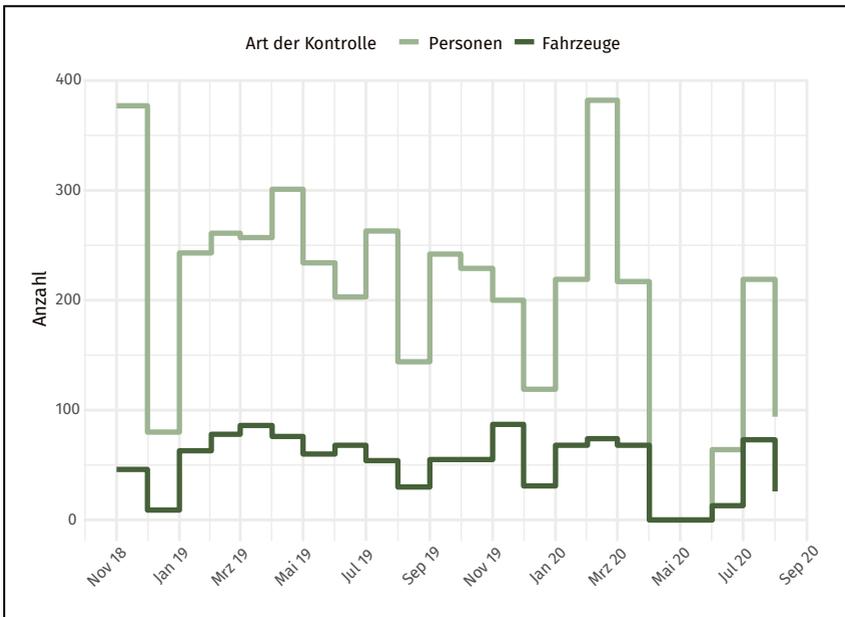
4.3 Ergebnisbeschreibung

Kontrollaktivitäten

In Abbildung 6 sind die absoluten Zahlen der Kontrollaktivität der Polizei im Zeitverlauf von November 2018 bis September 2020 abgebildet. Unterschieden wird zwischen Personen- und Fahrzeugkontrollen.¹⁶ Zur Erstel-

¹⁵ Polizeidirektion Leipzig, Sicherheitslage 2017, Zahlen der kreisfreien Stadt Leipzig.

¹⁶ Im Hinblick auf die Entwicklung und die erlassenen Gesetzlichkeiten im Freistaat Sachsen zum Schutz vor dem Coronavirus (Sächsische Corona-Schutz-Verordnung – SächsCoronaSchVO) der durch die PD Leipzig ausgesprochene Einsatzbefehl 02 ab

Abbildung 6: Kontrollaktivität in der WVZ im Zeitverlauf

lung dieses Diagramms wurden die einzelnen Kontrolldaten, die mit Tag, Monat und Jahr vermerkt werden, in Monat und Jahr zusammengefasst, um die Grafik übersichtlicher gestalten zu können.

Insgesamt zeigen die Daten keinen eindeutigen Verlauf. Mit Beginn der WVZ vermerkt die Polizei einen Kontrollhöhepunkt von 377 Personen im November 2018, der im Folgemonat, Dezember 2018, auf unter 100 Personen sinkt, um danach wieder anzusteigen. Ein zweiter Höhepunkt war im Februar 2020 zu bemerken, bevor die Kontrollaktivität, aufgrund der

dem 20. März 2020 bis zum 2. Juni 2020, 00:00 Uhr außer Kraft gesetzt. Im Ergebnis dessen erfolgten ab dem 20. März 2020 bis zum 2. Juni 2020, 00:00 Uhr keine expliziten Kontrollen zur Einhaltung der WVZ. Eine statistisch recherchierbare Erfassung von im Kontext stehenden Personenkontrollen/Identitätsfeststellungen erfolgte daher nicht. Jedoch bleibt zu vermerken, dass die Polizei trotz dessen präsent in der Stadt und in den relevanten Vierteln war, um eben die Corona-Schutz-Verordnung zu kontrollieren und durchzusetzen. Ob es überhaupt einen Unterschied gegeben hat in der Wahrnehmung der EinwohnerInnen und welchen Einfluss diese Form der Präsenz hat, kann mit dieser Erhebung nicht festgestellt werden.

Coronamaßnahmen, im März, April und Mai 2020 eingestellt wurde. Ab Juni 2020 wurden erneut Kontrollen durchgeführt, wodurch die Kurve auf 219 Personenkontrollen im Juli 2020 ansteigt und mit unter 100 Kontrollen im August 2020 wieder sinkt. Die Kurve der Fahrzeugkontrollen verläuft äquivalent, bis auf zwei Höhepunkte, die bei den Fahrzeugkontrollen im März und November 2019 bei jeweils 86 liegen. Mit dem August 2020 endet der Analysezeitraum.

In welchem Umfang Kontrollen im Bereich der WVZ vor deren Einführung durchgeführt wurden, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht beurteilen. Weiter lassen sich weder Aussagen über den Umfang der gesamten Polizeipräsenz noch über deren Veränderungen treffen. Die ersichtlichen Schwankungen lassen saisonale Gründe vermuten, durch die ein höheres Aufkommen an Menschen auf den Straßen ein höheres Aufkommen an polizeilichen Kontrollen erklärt.

Kontrollergebnisse

Abbildung 7 zeigt die absolute Anzahl der von der Polizei und vom Ordnungsamt¹⁷ beschlagnahmten Gegenstände, die aufgrund der WVZ-Verordnung in diesem Gebiet untersagt sind. Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum von November 2018 bis August 2020.

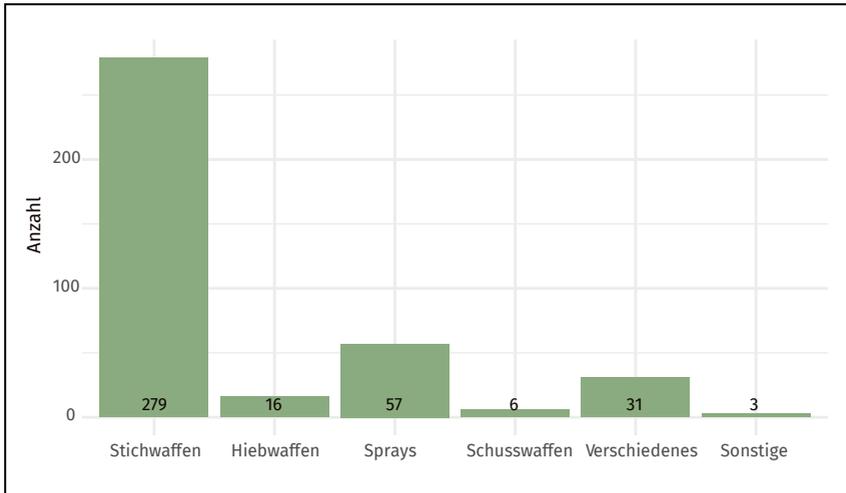
Die meisten beschlagnahmten Gegenstände waren Stichwaffen, also jegliche Art von Messer (279). An zweiter Stelle folgen Tierabwehr- und Pfeffersprays mit 57 Fällen. Verschiedenes beinhaltet Fälle, in denen mehrere Gegenstände vorlagen.

Es liegen keine gesicherten Informationen über den Vorgang der Datenerhebung vor. Es ist also ungewiss, in welchem Verhältnis die Kontrollaktivität der Polizei und die Menge der polizeilich beschlagnahmten Gegenstände stehen. Es lassen sich demnach keine Aussage darüber treffen, ob die beschlagnahmten Gegenstände im Rahmen von Kontrollen zur Durchsetzung der WVZ-Verordnung oder im Rahmen anderer Polizeitätigkeit gefunden wurden.

Darüber hinaus eignet sich diese Statistik nicht zu einer Beurteilung des Erfolgs der Kontrollen. Nicht nur weil es kein empirisch vergleichbares oder theoretisch begründetes Maß darüber gibt, wie viele Beschlagnah-

¹⁷ Vom Ordnungsamt liegen Daten über die beschlagnahmten Gegenstände nach Erfassungsdatum (Nov. 2018–Dez. 2020) mit Bußgeldangabe vor.

Abbildung 7: Vom Ordnungsamt und der Polizei beschlagnahmte Gegenstände



mungen auf eine Kontrolleinheit kommen sollten, um sie als erfolgreich zu bezeichnen. Vor allem deshalb steht diese Statistik eigentlich nur für sich, weil nicht ermittelt werden kann, wie hoch die Präventionswirkung der Kontrollen ist.

Deliktarten

Die absoluten und relativen Zahlen der jeweiligen Deliktarten für die WVZ und für den Bereich außerhalb der WVZ in den Ortsteilen Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf sind in den Anlagen enthalten (Anlage 1, Tab. 1, 2 und 3). Es werden drei Jahreseinheiten betrachtet:

- von November 2016 bis Oktober 2017 (Zeitraum 1),
- von November 2017 bis Oktober 2018 (Zeitraum 2) und
- von November 2018 bis Oktober 2019 (Zeitraum 3).

Die ersten beiden Einheiten geben also die Daten vor der Einführung der WVZ wieder und die dritte Einheit jene im ersten Jahr der WVZ. Wie bereits erwähnt, liegen aufgrund von gesetzlichen Löschfristen keine Daten für einen früheren Zeitraum vor.

Innerhalb des Bereichs der WVZ (Anlage 1, Tab. 2) wurden insgesamt 3 415 Straftaten registriert. Davon fielen 1 077 in den Zeitraum 1, 1 145 in den Zeitraum 2 und 1 193 in den Zeitraum 3. Es ist also ein geringer Anstieg erkennbar, der aber im Vergleich mit dem Anstieg der Gesamtstraftaten des kompletten Bereiches (Anlage 1, Tab. 1) nicht auffällig ist. Der Diebstahl ohne erschwerende Umstände bildet innerhalb der WVZ die größte Gruppe mit 685 Fällen im gesamten Zeitraum, was eine relative Anzahl von 20,1 % ausmacht. Mit 19,6 % (N = 668) bildet der Diebstahl unter erschwerenden Umständen die zweitgrößte Gruppe, gefolgt von Sonstigen¹⁸ mit 13,6 % (N = 465) und Rauschgiftdelikten mit 11,8 % (N = 404). Auch innerhalb der einzelnen Zeiträume bleibt diese Mengenreihenfolge bestehen, mit der Ausnahme, dass im Zeitraum November 2017 bis Oktober 2018 mehr Diebstähle unter erschwerenden Umständen registriert wurden als ohne erschwerende Umstände.

Außerhalb der WVZ (Anlage 1, Tab. 3) wurden im gesamten Zeitraum 9 544 Straftaten begangen, davon 3 023 im Zeitraum 1, 3 201 im Zeitraum 2 und 3 320 im Zeitraum 3. Auch hier ist ein Anstieg der absoluten Straftaten zu erkennen, der ebenfalls nicht auffällig ist.

Im Gegensatz zur WVZ, bildet der Diebstahl unter erschwerenden Umständen im Gebiet außerhalb der WVZ die größte Deliktgruppe mit 33,2 % (N = 3 173). Auch innerhalb der einzelnen Zeiteinheiten ist diese Deliktart die am häufigsten auftretende (Anlage 1, Tab. 3).

Werden die zwei späteren Zeiteinheiten im Besonderen betrachtet, sind innerhalb der WVZ (Anlage 1, Tab. 2) bei den Diebstählen unter erschwerenden Umständen und bei den Rauschgiftdelikten die größten Veränderungen erkennbar und außerhalb der WVZ (Anlage 1, Tab. 3) bei den beiden Diebstahl-Delikten. Tab. 2 zeigt: Die Diebstähle unter erschwerenden Umständen nahmen vom Zeitraum 2 bis 3 im Bereich der WVZ um 10,5 % ab, während die Rauschgiftdelikte in diesem Zeitraum um 7,1 % zunahmen. Die relativen Unterschiede der anderen Deliktarten bewegen sich im Bereich unter 3 %.

Insgesamt sind wenige starke Veränderungen erkennbar (Anlage 1, Tab. 3). So ist eine Verringerung der Diebstähle unter erschwerenden Umständen von 4,2 % zu verzeichnen, während die Anzahl der Diebstähle

¹⁸ Beinhaltet z. B. Verletzung der Unterhaltungspflicht, Straftaten gegen die Umwelt und Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU.

ohne erschwerende Umstände um 3,4 % steigt. Auffällig ist, dass die Zahlen aus beiden Gebieten (innerhalb und außerhalb der WVZ) zusammengekommen einen Anstieg der Diebstähle ohne erschwerende Umstände um 2,1 % und eine Abnahme der Diebstähle unter erschwerenden Umständen um 5,8 % zeigen (Anlage 1, Tab. 1). Die Veränderungen außerhalb der WVZ sind dahingehend nicht auffällig, jedoch die Veränderungen innerhalb der WVZ, da dort eine Abnahme der Diebstähle ohne erschwerende Umstände um 1,5 % zu sehen ist (Anlage 1, Tab. 2). Weiter muss erwähnt sein, dass, obwohl diese Zahlen herausstechen, sie nur deskriptive Aussagen zulassen und aus diesen Veränderungen keine kausalen Aussagen gefolgert werden können. Dafür ist es unzureichend, lediglich einen Häufigkeitsverlauf zu betrachten.

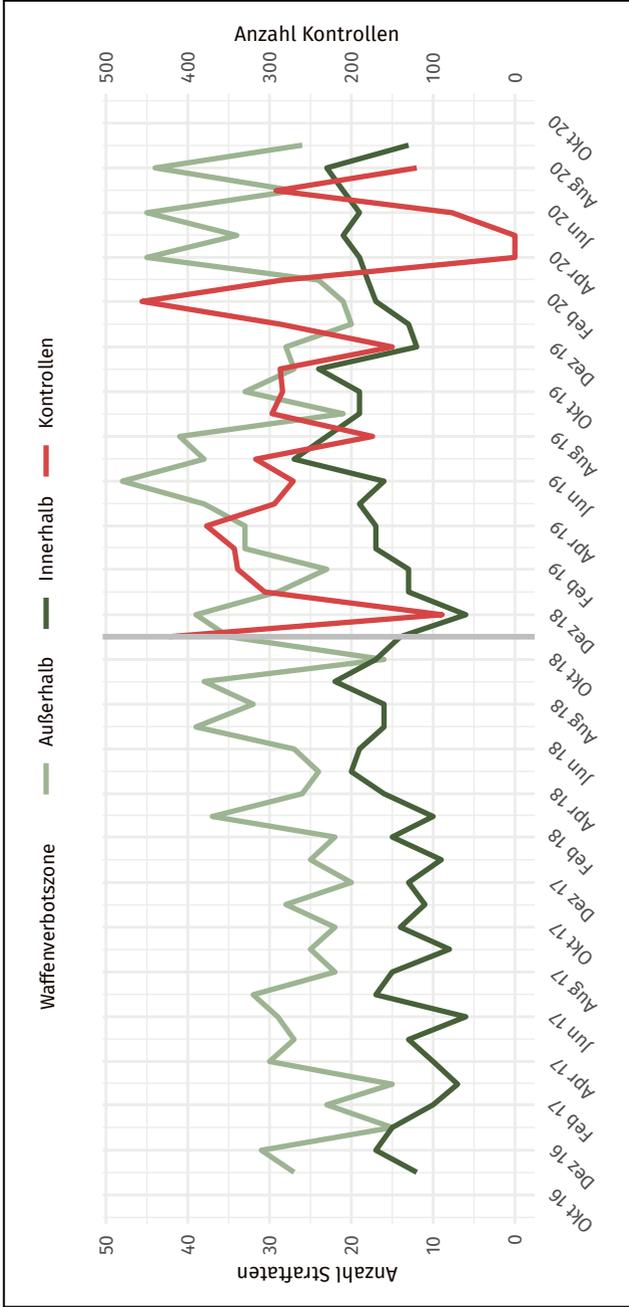
Rohheitsdelikte

Die folgenden Abbildungen haben Rohheitsdelikte im Besonderen zum Gegenstand. Darunter fallen *gefährliche und schwere Körperverletzung*,¹⁹ *Raub* und *Straftaten gegen die persönliche Freiheit*. Die gesonderte Betrachtung liegt darin begründet, dass ein erhöhtes Aufkommen an Gewaltstraftaten die grundlegende Begründung für die Einführung der WVZ darstellte. Genaue Aussagen über das Ausmaß der mit Waffen verübten Straftaten sind nicht möglich, aber es ist anzunehmen, dass ein Großteil von Straftaten mit Waffengewalt unter den Bereich der Rohheitsdelikte fällt.

Abbildung 8 zeigt den zeitlichen Verlauf der Rohheitsdelikte innerhalb und außerhalb der WVZ. Die rote Linie stellt dabei die polizeiliche Kontrollaktivität, die schon in Abbildung 6 thematisiert wurde, dar. Der betrachtete Zeitraum wird bezüglich der Rohheitsdelikte um die Monate Dezember 2019 bis August 2020 erweitert. Durch eine über den Zeitraum 3 hinausgehende Betrachtung wird die Berechnung eines statistischen Zusammenhangs zwischen Rohheitsdelikten und der Anzahl der Kontrollen unterstützt.

¹⁹ Der PKS-Schlüssel 222000 beinhaltet gefährliche und schwere Körperverletzung sowie die *Verstümmelung weiblicher Genitalien*. Zwischen 2015 und 2019 sind der Polizei keine Fälle der Verstümmelung weiblicher Genitalien bekannt geworden (vgl. Landeskriminalamt Sachsen 2019, 18). Aus diesem Grund und wegen des fehlenden Zusammenhangs mit der WVZ wird dieser Teil des Schlüssels nicht erwähnt. Landeskriminalamt Sachsen (Hrsg.) (2020): *Polizeiliche Kriminalstatistik, Kriminalitätsatlas 2019*. Verfügbar unter <https://www.polizei.sachsen.de/de/73115.htm>, abgerufen am 21.02.2021.

Abbildung 8: Rohheitsdelikte innerhalb und außerhalb der WvZ und Kontrollaktivität im Zeitverlauf



Während die Anzahl der begangenen Rohheitsdelikte außerhalb der WVZ, trotz erheblicher Schwankungen, einen Trend nach oben zeigt, ist dieser innerhalb der WVZ nur geringfügig zu beobachten. Bis September 2018 verlaufen die beiden Kurven weitestgehend parallel. Außerhalb der WVZ erfährt die Anzahl an Rohheitsdelikten im Januar und März 2017 sowie im Oktober 2018 jeweils einen Tiefpunkt, im Gebiet der WVZ ist dies im Dezember 2018 der Fall. Allerdings ist dort schon seit September 2018 ein Abwärtstrend zu erkennen. Beide Kurven steigen jedoch nach der Einführung der Zone wieder an. Werden nun die Polizeikontrollen mit hinzugezogen, ist zu erkennen, dass die Verlaufskurve bis Juli 2019 annähernd parallel zu der Kurve der Delikte innerhalb der WVZ verläuft. Außerhalb der WVZ verläuft die Kurve zunächst gegenläufig zu den Polizeikontrollen. In den darauffolgenden Monaten erreicht sie mit 48 Fällen ihren Höhepunkt. Weiter ist zu erkennen, dass punktuell, wenn die Polizeikontrollen, die nur das Gebiet der WVZ abbilden, steigen, die Rohheitsdelikte außerhalb der Zone sinken und wenn die Kontrollen sinken, steigen die Delikte. Einerseits wäre ein umgekehrter Zusammenhang, im Sinne einer Verdrängung in das nicht verstärkt kontrollierte Gebiet zu erwarten gewesen. Andererseits jedoch ist es plausibel, dass kein zeitgleicher Zusammenhang entsteht, sondern ein zeitversetzter, also das Ansteigen von Kontrollen sich erst im Folgemonat präventiv auswirkt. Im zusätzlich betrachteten Zeitraum (Nov. 2019 bis August 2020) sinkt die Zahl der Rohheitsdelikte im Gebiet der WVZ wieder.

Insgesamt zeigt sich keine Kontinuität im Verlauf seit Einführung der WVZ. Dennoch lässt sich prüfen, ob ein statistischer Zusammenhang zwischen Deliktarten und Polizeikontrollen (Anlage 1, Tab. 4) nachweisbar ist. Für die elementare Prüfung eines statistischen Zusammenhangs können Korrelationen berechnet werden. Das Ergebnis ist nicht mit Kausalität gleichzusetzen. Es ist aber eine notwendige Voraussetzung für den Nachweis von Kausalität (5.4.1).

Für eine solche statistische Prüfung wurden die Daten aus dem gesamten verfügbaren Zeitraum der Existenz der WVZ verwendet, um möglichst viele Datenpunkte zu berücksichtigen.²⁰

²⁰ Die Berechnung der Korrelation wurde mithilfe aggregierter Variablen durchgeführt. Für jeden Monat wurde zum einen ermittelt, wie viele Kontrollen stattfanden, und zum anderen, wie viele Straftaten aus den jeweiligen Obergruppen registriert wurden. Aus Fahrzeug- und Personenkontrollen wurde ein additiver Index erstellt. Die

Insgesamt ist bei dieser Analyse problematisch, dass die Kontrollen nur einen Anteil der polizeilichen Präsenz im Viertel ausmachen. Es ist durchaus denkbar, dass im Zusammenhang mit der Verteilung von Ressourcen nur Kontrollen durchgeführt wurden, wenn Polizeikräfte nicht bereits anderen Aufgaben im Bereich der Eisenbahnstraße nachgingen.

Bezogen auf die Kontrollen in der WVZ, zeigen sich aufgrund der vorliegenden Daten folgende statistischen Ergebnisse (siehe auch Anlage 1, Tab. 4).

Ein mittlerer negativer Zusammenhang²¹ zwischen Kontrollen und Delikt ergibt sich für:

- Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Schwache negative Zusammenhänge betreffen:

- Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz,
- Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen,
- Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge,
- Beleidigung,
- Diebstahl unter erschwerenden Umständen und
- Diebstahl ohne erschwerende Umstände.

Kontrollen dienen hier als Index für die polizeiliche Präsenz. Für den Bereich außerhalb der WVZ liegen hierfür jedoch keine Daten vor. Daher spiegeln die Daten auf der rechten Seite der Tabelle den Zusammenhang von Kontrollen innerhalb der WVZ und der Intensität der Straftaten außerhalb der WVZ wider. Sowohl die Kontrollen als auch die Anzahl der Straftaten variieren stark genug, damit eine Korrelation nach Pearson berechnet werden kann. Das Ausbleiben von Signifikanz ist auch auf die geringen Fallzahlen zurückzuführen. Um diese Fallzahlen nicht noch weiter zu reduzieren, wurde der gesamte Zeitraum einbezogen, für den vollständige Daten vorlagen (November 2018 bis August 2020). So konnten insgesamt Daten für 22 Monate analysiert werden.

²¹ Es existieren in der Literatur Standardbeurteilungen für die Stärke des Zusammenhangs zweier Variablen (z. B. Cohen 1988). Dabei wird häufig übersehen, dass die Beurteilung der Stärke eines Zusammenhangs von der Komplexität der Sachverhalte abhängt, welche von den Variablen repräsentiert wird. Für sozialwissenschaftliche Objekte können sehr hohe Korrelationen nur selten und eben im Allgemeinen nur für elementare Sachverhalte nachgewiesen werden.

Auffällig sind die z. T. deutlich stärkeren negativen Zusammenhänge zwischen Kontrollen innerhalb der WVZ und Delikten außerhalb der WVZ in den beiden Ortsteilen (Anlage 1, Tab. 4). Das kann hier nur als ein deskriptiver statistischer Befund angesehen werden. Für eine hinreichende Interpretation sind das theoretische Inventar zur Erklärung der Präventionswirkung von Kontrollen und die verfügbaren Daten nicht ausreichend.

Insgesamt bedeutet das: Ist die Kontrollaktivität hoch, wurden weniger dieser Delikte beobachtet (negative Korrelation).

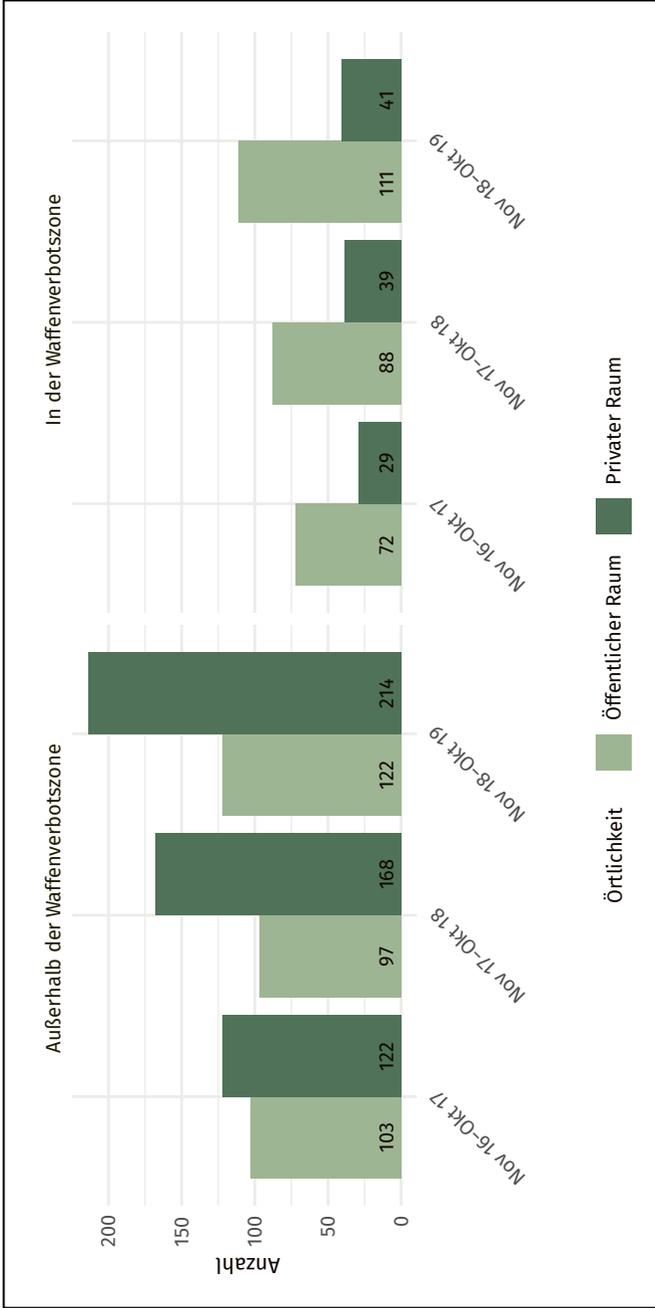
Um nochmals darauf hinzuweisen: Mit einer Korrelation wird anhand einer standardisierten Maßzahl Stärke und Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen ermittelt. Damit wird die Beurteilung von Häufigkeitsverteilungen zweier Datenreihen erleichtert. Gleichzeitig stellen Korrelationen eine elementare Form der Prüfung eines Zusammenhangs dar. Erst eine multivariate Prüfung, also die Einbeziehung von Drittvariablen, führt zu einer zuverlässigeren Beurteilung eines gefundenen Zusammenhangs (Abschn. 5.5). Voraussetzung für eine multivariate Prüfung ist ein theoretisch begründetes Modell und eine darauf basierende Datenerfassung über einen längeren Zeitraum. Erst dann kann sich zeigen, welche bivariaten Zusammenhänge stabil sind oder auf die latente Wirkung von Drittvariablen zurückgeführt werden müssen. Eine solche stringente Prüfung ist hier nicht möglich. Die präventive Wirkung von polizeilichen Kontrollen insgesamt stellt ein Forschungsdesiderat dar. Es mangelt an einem komplexen Modell und dessen empirischer Prüfung.

Eben darum kann eine Kausalbeziehung aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Abbildung 9 zeigt die Rohheitsdelikte²² der Gebiete nach Menge an Straftaten im öffentlichen und privaten Raum. Dabei zeigt sich, dass die Anzahl der Rohheitsdelikte, die im privaten Raum vollzogen wurden, außerhalb der WVZ stetig ansteigen, während sie innerhalb der WVZ nahezu gleichbleiben. Im Gegensatz dazu ist außerhalb der WVZ kein klarer Trend bei den Rohheitsdelikten im öffentlichen Raum zu erkennen, während sich

²² In den entsprechenden Tabellen (Anlage 1, Tab. 1–3) sind die Straftatenkategorien zusammengefasst, sodass die „fahrlässige Körperverletzung“ und die „Misshandlung von Schutzbefohlenen“ nicht gesondert in den Tabellen enthalten sind, sondern unter „sonstige“ gezählt wurden. Daraus ergeben sich Differenzen zwischen den zusammengefassten Rohheitsdelikten in den Abbildungen und den Rohheitsdelikten in den Tabellen.

Abbildung 9: Tatörtlichkeiten der Rohheitsdelikte innerhalb und außerhalb der WWZ im Zeitverlauf



innerhalb der WVZ eher ein leichter Trend abzeichnet. Für einen Prozess der Verdrängung mit Einführung der WVZ gibt es bezüglich einer territorialen Dimension hieraus keine Anhaltspunkte, aber die Daten November 2018 bis Oktober 2019 sprechen dafür, dass außerhalb der WVZ eine Verdrängung von Rohheitsdelikten vom öffentlichen in den privaten Raum stattfand, während innerhalb der WVZ die Rohheitsdelikte über die drei Zeiträume im öffentlichen Raum anstiegen.

Mehr Aufschlüsse könnte auch durch eine vertiefte händische Gruppierung der Tatörtlichkeiten erreicht werden. Eine nähere Beschreibung dieses Problems der vorliegenden Daten erfolgt im Abschnitt 4.5.

Zunächst kann zusammengefasst werden:

Wird der gesamte Zeitraum, für den Daten verfügbar sind, betrachtet, dann fällt auf, dass Rohheitsdelikte im öffentlichen Raum innerhalb der WVZ zunächst leicht steigen. Betrachtet man aber den Verlauf seit Einrichtung der WVZ und wird der Zeitraum bis August 2020 einbezogen, dann zeigt sich ein differenzierteres Bild. In Abhängigkeit der Häufigkeit der Kontrollen sinken Rohheitsdelikte temporär und steigen danach wieder an, bewegen sich aber auf einem niedrigeren Niveau als im ersten Zeitraum der Einführung der WVZ.

In Abbildung 8 zeigt sich ein Mix aus Effekten, die interpretierbar sind als *zeitverzögerte Effekte*, *Strohfeuereffekte*, *Verdrängung* von der WVZ in die Umgebung und *gegenläufige Effekte* zwischen Kontrollen und Straftaten.

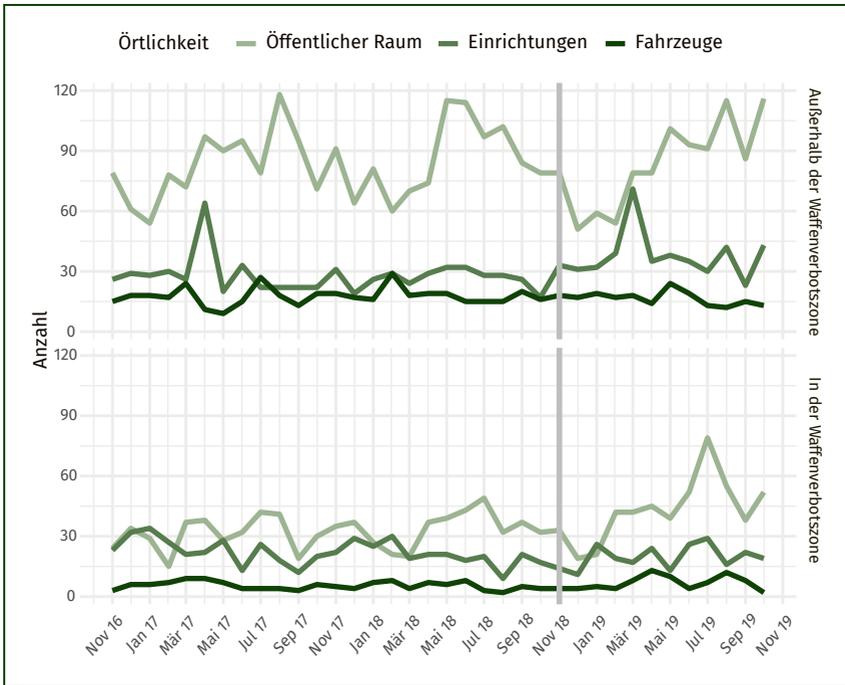
Insgesamt wird hierbei deutlich, dass die Wirkungen von Kontrollen ein sehr komplexer, aber mangelhaft erforschter Gegenstand sind. Es mangelt sowohl an Theorie als auch an empirischen Daten für eine hinreichende Erklärung des Prozessverlaufs. Zwar sind die gefundenen Korrelationen relativ niedrig, aber sie weisen dennoch auf einen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Kontrollen und sinkenden Rohheitsdelikten hin. Daraus lässt sich jedoch nicht zweifelsfrei Kausalität ableiten. Dazu wären zum einen theoretisch begründete Drittvariablen erforderlich, um den Zusammenhang multivariat zu prüfen und zum anderen Daten über einen längeren Zeitraum.

Eine Kausalbeziehung kann dennoch nicht ausgeschlossen werden.

Tatörtlichkeiten

In Abbildung 10 werden die Tatörtlichkeiten von registrierten Straftaten insgesamt im Zeitverlauf erfasst. Die obere Graphik zeigt die Verlaufskur-

Abbildung 10: Straftaten im öffentlichen Raum im Zeitverlauf

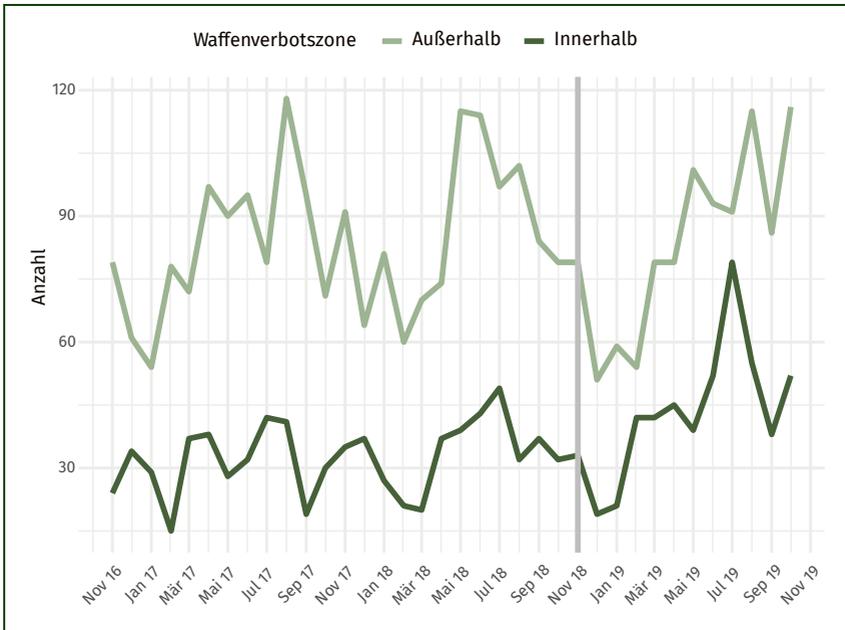


ve außerhalb der WVZ, die untere für den Bereich innerhalb der WVZ. Die zeitliche Einführung der WVZ ist mit einer grauen Linie gekennzeichnet.

Da sich dieses Forschungsprojekt vor allem mit den Straftaten im öffentlichen Raum beschäftigt, werden in der Graphik nur diejenigen Tatörtlichkeiten angezeigt, die öffentlich oder potenziell öffentlich sind. Unter *Einrichtungen* zählen z. B. Supermärkte, Bars/Cafés/Restaurants, Praxen aber auch Schulen.

Die Graphiken zeigen bei den Einrichtungen und im Verkehr im Gebiet der WVZ einen annähernd konstanten Verlauf. Außerhalb der WVZ sind saisonale Schwankungen im Bereich der Einrichtungen zu erkennen. Die Höhepunkte ereignen sich in beiden Fällen im beginnenden Frühjahr.

Interessanter sind die Verläufe der Straftaten im öffentlichen Raum. Außerhalb der WVZ ist zunächst ein schwankender Verlauf auf hohem Niveau zu erkennen, der seinen Kurvenhöhepunkt im August 2017 findet. Die Kurve liegt dabei stets über jener der Einrichtungen, während sich die

Abbildung 11: Straftaten nach Tatörtlichkeiten im Zeitverlauf

Kurven der Einrichtungen und des öffentlichen Raums innerhalb der WVZ mehrmals schneiden. Von Mai 2018, also kurz vor der Einführung der WVZ, bis Dezember 2018 ist ein Abwärtstrend außerhalb der WVZ zu erkennen. Danach folgt ein Aufwärtstrend.

Gleichzeitig zeigt sich im Gebiet innerhalb der WVZ bis zur Einführung ein Verlauf auf einem im Vergleich niedrigeren Niveau, mit weniger starken Schwankungen welcher insgesamt von November 2016 bis November 2018 annähernd gleichbleibt. Den Höhepunkt erreicht die Kurve im Juli 2019 mit 79 Fällen im öffentlichen Raum. Bezieht man Abbildung 11 mit ein, dann sieht man einen weitestgehend parallelen Verlauf der Häufigkeit von Straftaten im öffentlichen Raum innerhalb und außerhalb der WVZ. Abbildung 11 bildet also einen gleichzeitigen Anstieg sowie gleichzeitigen Abstieg der Straftaten im öffentlichen Raum innerhalb und außerhalb der WVZ ab.

TäterInnen und Opfer

Die tabellarische Übersicht zu den Straftaten gehörenden TäterInnen und Opfern ist in den Anlagen enthalten (Anlage 1, Tab. 5 und 6). Die Opfer sind im Schnitt älter als es flächendeckende Statistiken ausweisen. Fast durchgängig sind die meisten Opfer männlich und zwischen 30 und 40 Jahren, wobei laut PKS eigentlich Heranwachsende die höchste Opfergefährdung aufweisen.²³ Dabei sind die registrierten Opfer außerhalb der WVZ marginal älter als diejenigen innerhalb der WVZ. Hier lässt sich keine wesentliche Änderung über die Zeit feststellen.

In den Tabellen 8 und 9 sind die Opfer bzw. die TäterInnen nach Nationalität und Geschlecht abgebildet. Das Verhältnis von deutschen zu nicht-deutschen Opfern ist außerhalb der WVZ sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen relativ konstant bei etwa 70 zu 30 %. Dieses Verhältnis findet sich auch bei den weiblichen Opfern in der WVZ wieder, während sich das Verhältnis bei ihren männlichen Konterparts zu etwa 50 zu 50 verändert. Auch hier gibt es nur minimale Unterschiede über die Zeit.

Die TäterInnenzahlen schwanken im Vergleich mit den Opferzahlen ein wenig stärker. Dennoch kann für den Bereich außerhalb der WVZ keine merkliche Veränderung in dem Verhältnis von deutschen und nicht-deutschen Täterinnen festgestellt werden. Innerhalb der WVZ nimmt der Anteil der nicht-deutschen männlichen Täter im Vergleich zu den deutschen Tätern zu. Dieser Anstieg ist aber bereits vor der Einführung der WVZ erkennbar. Der Effekt lässt sich nicht sicher auf die Einführung der WVZ oder die Intensität der Polizeipräsenz zurückführen.

Eine plausible Erklärung hierfür wäre der ansteigende Zuzug von nicht-deutschen Personen.²⁴ Unter Annahme konstanter Kriminalitätsquoten in beiden Gruppen ist ein Anstieg nicht-deutscher Personen in der Tatverdächtigenbelastung zu erwarten.

Einschätzung der Datenerfassung

Die Datenmenge und die Datenerfassung sind für eine belastbare Wirkungsevaluierung nicht hinreichend.

²³ Bundeskriminalamt (BKA) (2019): PKS 2019 – Band 2: Opfer.

²⁴ Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, kleinräumige Daten (<https://statistik.leipzig.de/statdist/table.aspx?cat=2&rub=4>)

Tabelle 9: Registrierte TäterInnen nach Nationalität und Geschlecht

Nationalität	Nov. 16–Okt. 17		Nov. 17–Okt. 18		Nov. 18–Okt. 19	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Außerhalb der WVZ	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
Deutsch	688	59,0	208	78,2	771	54,2
Nicht Deutsch	479	41,0	58	21,8	651	45,8
Gesamt	1 167	100	266	100	1 422	100
In der WVZ						
Deutsch	212	42,7	67	75,3	190	74,5
Nicht Deutsch	285	57,3	22	24,7	322	25,5
Gesamt	497	100	89	100	512	100

Für eine detaillierte Beschreibung der Kriminalitätsbelastung im Hellfeld der beiden Ortsteile liegen nicht ausreichend viele gleichgroße Erhebungszeiträume vor, um einen Zeitverlauf abbilden zu können, der es erlaubt zufällige, temporäre Schwankungen valide zu beurteilen.

Zudem erforderte es einen erheblichen Aufwand, um die gesamten polizeilichen Rohdaten für eine statistische Analyse aufzubereiten. Zahlreiche Variablen ließen sich anhand des Umfangs und der zur Verfügung stehenden Zeit nur begrenzt beurteilen. So enthält die von der Polizei bereits händisch zusammengefasste Excel-Tabelle 20 882 Straftaten, von denen jeder einzelne Fall in einem Freifeld beschrieben wird, welches keiner einheitlichen Systematik folgt. Verglichen mit der Stundenzahl, die auf die händische Gruppierung der Tatörtlichkeiten aufgewandt wurde, hätte eine umfangreichere Inhaltsanalyse der Straftatbeschreibungen vorgenommen werden müssen, die im Rahmen des konzipierten Projekts (Personalkapazität, Zeitaufwand) nicht zu leisten war.

Probleme, vor allem Verbesserungsvorschläge, wie diese werden in Abschnitt 4.5 noch genauer beschrieben.

4.4 Schlussfolgerungen bezüglich eines Evaluierungsergebnisses

Aus den Analysen lassen sich Tendenzen, aber keine eindeutigen Schlussfolgerungen ziehen. Folgendes lässt sich festhalten:

- Die *Gesamtzahl* der Straftaten im öffentlichen Raum innerhalb der WVZ bewegt sich vor Einführung der WVZ auf einem geringfügig schwankenden Niveau. Nachdem die Anzahl der Straftaten im öffentlichen Raum nach Einführung der WVZ kurzzeitig sank, ist sie danach bis Juli 2019 zu einem Höhepunkt im betrachteten Gesamtzeitraum angestiegen, während die Anzahl der Straftaten in Einrichtungen über den gesamten Zeitraum konstant blieb.
- Innerhalb der WVZ geht die größte Kriminalitätsbelastung von *Diebstählen ohne erschwerende Umstände* aus, außerhalb der WVZ von *Diebstählen unter erschwerenden Umständen* (Anlage 1, Tab. 2 und 3). Eigentumsdelikte sind demnach innerhalb und außerhalb der WVZ die im Alltag häufigste Kriminalitätserscheinung. Es spricht für die WVZ, dass Diebstahl unter erschwerenden Umständen geringer ausfällt, als

Diebstahl ohne erschwerende Umstände. Die registrierten Straftaten Diebstahl unter erschwerenden Umständen sind im ersten Zeitraum (November 2018 bis Oktober 2019) nach Einführung der WVZ deutlich gesunken.

- In beiden Ortsteilen ist ein Anstieg der Rauschgiftdelikte vom Zeitraum November 2017 bis Oktober 2018 und besonders im Zeitraum von November 2018 bis Oktober 2019 zu erkennen (Anlage 1, Tab. 1). Die Anzahl dieser Delikte unterscheidet sich innerhalb und außerhalb der WVZ nicht, hat sich aber innerhalb der WVZ vom Zeitraum 2017/18 zum Zeitraum 2018/19 nahezu verdoppelt.
- Wird der gesamte Zeitraum, für den Daten verfügbar sind, betrachtet, dann fällt auf, dass die Rohheitsdelikte im öffentlichen Raum innerhalb der WVZ zunächst leicht ansteigen. Betrachtet man aber den Verlauf seit Einrichtung der WVZ und wird der Zeitraum bis August 2020 einbezogen, dann zeigt sich differenzierteres Bild. In Abhängigkeit der Häufigkeit der Kontrollen sinken Rohheitsdelikte temporär und steigen wieder an. Es zeigt sich im Zusammenhang mit durchgeführten Kontrollen ein Mix aus Effekten, die interpretierbar sind als zeitverzögerte Effekte, Strohuereffekte, Verdrängung von der WVZ in die Umgebung und gegenläufige Effekte (Abb.8 u. 9).

Auf das initiale Anliegen der WVZ bezogen lassen sich hauptsächlich folgende Ergebnisse (bis August 2020) feststellen:

Ein mittlerer negativer statistischer Zusammenhang zwischen Kontrollen und Delikt ergibt sich für:

- Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Schwache negative statistische Zusammenhänge betreffen:

- Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz,
- Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen,
- Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge,
- Beleidigung,
- Diebstahl unter erschwerenden Umständen und
- Diebstahl ohne erschwerende Umstände.

Es ergeben sich z. T. deutlich stärkere negative Zusammenhänge zwischen Kontrollen innerhalb der WVZ und Delikten außerhalb der WVZ in den beiden Ortsteilen (Anlage 1, Tab. 4). Das kann hier nur als ein deskriptiver Befund angesehen werden. Für eine Interpretation dieses Befunds erweisen sich das theoretische Inventar zu Präventionswirkungen und die verfügbaren Daten als nicht ausreichend.

Schließlich interessiert, ob sich ein Verdrängungseffekt von der WVZ in das angrenzende Gebiet der beiden Ortsteile nachweisen lässt. Das Ergebnis ist uneindeutig. Eine Analyse erfordert zum einen einen erheblichen händischen Aufwand zur weiteren Gruppierung der vorhandenen Angaben und zum anderen ein verbessertes Erhebungsdesign, um zeitverzögerte Effekte nachweisen zu können. Folgende Befunde sind erzielt worden:

- Ein gegenläufiger Verlauf der Polizeikontrollen innerhalb und Rohheitsdelikten außerhalb der WVZ (Abb. 8), der auf mögliche zeitversetzte Verdrängung hinweisen könnte, aber nicht hinreichend prüfbar ist und
- es zeigt sich, dass die Anzahl der Rohheitsdelikte, die sich im privaten Raum ereignet haben, außerhalb der WVZ stetig ansteigen, während sie innerhalb der WVZ nahezu gleichbleiben. Im Gegensatz dazu ist außerhalb der WVZ kein klarer Trend bei den Rohheitsdelikten im öffentlichen Raum zu erkennen, während sich dieser innerhalb der WVZ eher zeigt.

Für einen Verdrängungsmechanismus von Rohheitsdelikten sind demnach für eine territoriale Dimension keine stichhaltigen Indizien vorhanden. Die vorhandenen Daten enthalten Anhaltspunkte für eine Verdrängungsdimension vom öffentlichen in den privaten Raum, allerdings außerhalb der WVZ.

4.5 Empfehlungen für eine künftige Datenerhebung

Die Analyse der Prozessdaten macht den Kern des Anliegens einer Wirkungsevaluation aus. Die Frage, die sich hierbei stellt, ist, ob die Einführung einer polizeilichen Maßnahme, in diesem Fall die Einführung einer WVZ, einen Effekt auf das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen und vor allem auf die besonders schweren Delikte hat. Abgesehen von den Pro-

blemstellungen einer Untersuchung des Hellfeldes ergeben sich auch bestimmte methodische Probleme und Anforderungen an eine solche Evaluation. Im Folgenden wird auf einige dieser Anforderungen eingegangen und einige Empfehlungen für eine künftige Evaluation vorgeschlagen.

Eine Wirkung der WVZ bedingt im strengen wissenschaftlichen Sinn den Nachweis eines Kausalzusammenhangs. An einen empirischen Nachweis von Kausalität werden besonders hohe Maßstäbe angelegt. Deshalb werden einerseits auch Kompromisse gebildet, um eine Grundlage für praxisbezogene Entscheidungen zu erbringen. Andererseits ist Zweifel und Unzufriedenheit mit den Ergebnissen eine Grundlage für wissenschaftlichen Fortschritt. Darum ist zur gegebenen Zeit das wissenschaftlich bestmöglich erzielbare Ergebnis auch das temporär geltende.

Darin besteht der Rahmen für die nachfolgenden Ausführungen.

Zunächst muss bedacht werden, dass es sich bei diesen kriminologischen Hellfelduntersuchungen um ein unvollständiges Untersuchungsdesign handelt. Grundsätzlich erfordern Wirkungsevaluationen ein experimentelles Design. Das bedeutet zunächst, dass eine Vergleichseinheit erforderlich ist, die mit dem Gebiet um die Eisenbahnstraße sozio-demographisch identisch ist und in der die Maßnahme nicht eingeführt wurde. Die WVZ-Maßnahmen können dann als experimenteller Faktor hinsichtlich ihrer Kausalität wesentlich valider geprüft werden.²⁵

Für die WVZ in der Eisenbahnstraße wäre es wichtig, die gesamte Polizeipräsenz zu erheben. Konkrete Kontrollen, die darauf abzielen die Verordnung zur Einführung einer WVZ durchzusetzen, sind das eine, die allgemeine Polizeipräsenz aber etwas anderes. Wie bereits erwähnt, kann schon eine reine Präsenz von Polizeieinheiten einen präventiven Einfluss auf die Kriminalitätsintensität haben. Es ist außerdem zu erwarten, dass unterschiedliche Polizeieinheiten durch ihr Auftreten heterogene Wirkungen auf die Bevölkerung haben. Daher sollte auch erhoben werden, welche Einheiten in welchem Umfang zum Einsatz kommen. Wie aus den ExpertInneninterviews hervorgeht, werden Großeinsätze der Polizei besonders wahrgenommen. Auch hier lassen sich Effekte vermuten.

²⁵ So hat z. B. im Rahmen des KPR der Stadt Leipzig im Jahre 2015 ein experimentelles Design zur Prüfung der Wirkung einer Informationskampagne zur Wohnungssicherung auf das individuelle Präventionsverhalten stattgefunden (Lauber & Mühler 2015 und Lauber & Mühler 2016).

Um die Präsenz und vor allem die Quantität der beschlagnahmten Gegenstände einordnen zu können, wäre es außerdem hilfreich, die Aktivitäten des Ordnungsamtes in der gleichen Weise, also dem Gebiet zugeordnet und über einen längeren Zeitraum, statistisch zu erfassen.

Regressionseffekte stellen eine weitere Hürde dar. Regressionseffekte besagen im Wesentlichen, dass einer extremen Situation eine weniger extreme Situation folgt. Das bedeutet, dass die Kriminalitätszahlen nur bis zu einem bestimmten Punkt steigen. Im Anschluss ist zu erwarten, dass das Kriminalitätsaufkommen wieder sinkt. Gerade für kriminalpolitische Maßnahmen ist dies, wie Diekmann feststellt, relevant. So ist es plausibel, dass Maßnahmen zur Eindämmung von Kriminalität häufig genau dann eingeführt werden, wenn die Kriminalität einen Hochpunkt erreicht (Diekmann 2014, 360). In gewisser Weise stellt der Regressionseffekt die Gesamtheit der Residuen einer Erklärung dar. Solange diese aber nicht expliziert und nachgewiesen werden, sind sie das „schlechte Gewissen“ einer hypothetischen kausalen Erklärung, welches weitere Forschung vorantreibt.

Ein demgegenüber praktisches Argument ergibt sich aus der Modellvorstellung eines „Tipping-Point“. Diese Vorstellung folgt der Beobachtung epidemischer Verläufe. Dabei wird vorhergesagt, dass es zu einem exponentiellen Wachstum kommt, wenn ein Prozessverlauf einen Umschlagpunkt (Tipping-Point) überschritten hat, weil vorher keine Gegenmaßnahmen ergriffen wurden (Gladwell 2000). Aus dieser Perspektive versagt Regression und eine systemzerstörende Tendenz nimmt weiter zu, wenn es zu keiner oder zu spät zu einer Gegenmaßnahme kommt. Daraus lässt sich auch ableiten, dass eine Maßnahme umso gravierender sein wird, je später sie erfolgt.

Für das konkrete Forschungsvorhaben bedeutet das, dass die Vorbereitung einer Evaluierung bereits geraume Zeit vor der Maßnahme beginnen muss. Problematisch ist in diesem Fall, dass die polizeilich erhobenen Daten Löschfristen unterliegen. Es müsste geprüft werden, ob erforderliche Daten für eine Wirkungsevaluation in anonymisierter Form auch langfristig gespeichert werden können.

Diese Daten müssten zudem auch vollständig geführt werden. Zwar war es möglich, den Tatort relativ genau entweder dem Gebiet innerhalb oder außerhalb der WVZ zuzuordnen, es konnte durch die Erfassung der Daten jedoch keine Vollständigkeit garantiert werden. Es bedarf einheitlicher Vorgaben an die BeamtenInnen, wie die Daten in das interne System einzupflegen und wie bzw. welche Kategorien verpflichtend auszufüllen

sind. Eine Zuordnung der Gebiete anhand von Stichwörtern kann eine direkte Zuordnung mithilfe einer Variable nicht ersetzen.

Auch nach der Einführung der WVZ müssen Daten über einen längeren Zeitraum erhoben werden. Diekmann spricht im Zusammenhang mit gesetzlichen Maßnahmen von der Möglichkeit eines „Strohfeuereffekts“ (Diekmann 2014, 369). Es kann dazu kommen, dass Gesetze nach ihrer Einführung zunächst besonders streng befolgt werden und der Effekt der Maßnahme im Zeitverlauf abnimmt. Um den Effekt der Maßnahme nicht zu überschätzen, müsse demnach der Prozessverlauf langfristig beobachtet werden.

Problematisch ist zudem die Auswahl der Leistungskriterien, die an die Einführung einer Maßnahme gestellt werden. Entscheidend ist im Anschluss vor allem, dass diese Kriterien durch die zur Verfügung stehenden Daten überprüfbar sind. Das Evaluationsbedürfnis bezieht sich auf die Straftaten, die mithilfe von Waffen durchgeführt werden. Es war mit den Daten jedoch nicht möglich, diejenigen Straftaten, die mit Waffen begangen wurden, automatisiert zu kategorisieren. Zwar wäre es theoretisch denkbar gewesen, die einzelnen Tatmittel mithilfe der Kurzsachverhalte in sinnvolle Kategorien zu unterteilen, jedoch bedürfte diese Vorgehensweise entweder deutlich mehr Zeit oder einen unverhältnismäßig hohen Personalaufwand. Immerhin handelt es sich um annähernd 21 000 Sachverhalte.

Für die Ordnungswidrigkeiten war ein derartiges Vorgehen wiederum aufgrund der niedrigeren Fallzahlen durchführbar. Es bedarf demnach einer handhabbaren Einordnung der Tatmittel. Denkbar wäre es, zunächst zu erheben, ob es sich um eine Waffe, ein gefährliches Werkzeug oder keines von beiden handelt. Im Anschluss könnten dann die Waffen kategorial spezifiziert werden, wie es beispielsweise im Zusammenhang mit den gefundenen Gegenständen (Abb. 7) vorgeschlagen wurde. Gleiches gilt für die Erhebung der Tatörtlichkeit. Von Bedeutung ist dabei die Unterscheidung in privaten und öffentlichen Raum. So sollte die WVZ zu einem Rückgang der Straftaten im öffentlichen Raum beitragen. Hierzu müssen zählbare und gut voneinander abgetrennte Kategorien eingeführt werden. Für den Zweifelsfall bedarf es eindeutiger Zuordnungskriterien zu einer dieser Kategorien. Eine freie schriftliche Erhebung macht auch hier die händische Zuordnung zu einem überproportionalen Arbeitsaufwand. Um die direkte Wirksamkeit der Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt einzuordnen, müssen die bei diesen Kontrollen gefundenen Gegenstände kategorisiert festgehalten werden. Wichtig ist hierbei die Unterscheidung

danach, in welchem Kontext die Gegenstände gefunden wurden. So macht es einen Unterschied, ob ein Gegenstand im Zuge einer gezielten Kontrolle oder durch andere Polizeiaktivitäten gefunden und beschlagnahmt wurde.

Unsere Empfehlungen für zukünftige Untersuchungen sind zusammengefasst folgende:

- Beginn der Datenerhebung idealerweise drei Jahre im Voraus der Einrichtung einer WVZ;
- weitere Datenerhebungen nach der Einführung der Maßnahme;
- umfassende Erhebung der Polizeipräsenz mit zusätzlichen Informationen darüber,
 - welche Einheit aktiv ist;
 - welchen personellen Umfang der Einsatz hat;
 - in welchem zeitlichen Rahmen die Einsätze durchgeführt werden;
 - in welchem Umfang die Mitarbeiter des Ordnungsamtes aktiv sind;
- Erhebung relevanter Daten mithilfe von festen abzählbaren Kategorien; darunter u. a.
 - Einsatz von gefährlichen Gegenständen und Waffen;
 - Erhebung der Art der Waffe;
 - Erhebung der Tatörtlichkeit; mindestens Unterscheidung von öffentlichem und privatem Raum;
 - Erhebung der gefundenen und beschlagnahmten Gegenstände und Differenzierung nach Einsatzart.

In den folgenden Kapiteln stehen insbesondere die Evaluierungskomponenten Sicherheitsempfinden und Akzeptanz der WVZ im Mittelpunkt.

5. Befragung der Wohnbevölkerung

Um das Ausmaß des Sicherheitsgefühls und der Akzeptanz der BewohnerInnen des Leipziger Osten zu untersuchen, greift das Forschungsprojekt auf zwei Erhebungsinstrumente zurück. Zum einen wurden zufällig ausgewählte BewohnerInnen der Stadtteile Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarisdorf im September gebeten, an einer postalischen bzw. Online-Befragung teilzunehmen. Zum anderen wurden von August bis Oktober insgesamt 19 leitfadengestützte Interviews mit ExpertInnen im Gebiet der WVZ geführt, um auch eine Einschätzung insbesondere von sozialen Gruppen zu ermöglichen, die mittels postalischer Befragung nur schwer oder gar nicht erreichbar sind. (Kap. 7).

5.1 Beschreibung des Datensatzes

Auf Antrag wählte die Meldebehörde der Stadt Leipzig unterstützt durch das Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig aus den ca. 30 000 AnwohnerInnen der beiden Ortsteile zufällig, gleichgewichtet und anonymisiert 3 000 Personen aus, welche postalisch am 02. September 2020 kontaktiert wurden. Um in den Analysen bezüglich der 1 000 angeschriebenen BewohnerInnen der WVZ von den 2 000 angeschriebenen BewohnerInnen der angrenzenden Gebiete der beiden Ortsteile unterscheiden zu können, wurden die Fragebögen mit einem gelben (außerhalb der WVZ) und einem grünen Einband (innerhalb der WVZ) versehen.

Insgesamt fielen 215 Fälle stichprobenneutral aus, da diese Briefe nicht durch die Post zugestellt werden konnten. Dies kann zum einen durch Abwanderung von EinwohnerInnen und der damit verbundenen Veränderungen der Meldeadressen liegen. 80 % der nicht zugestellten Briefe waren an Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit adressiert. Zum anderen scheint es naheliegend, dass unter den Bedingungen der Corona-Pandemie Bürgerämter eingeschränkt für die Öffentlichkeit zugänglich waren bzw. insgesamt auf das Meldeverhalten ein negativer Einfluss eintrat.

Insgesamt wurden 543 ausgefüllte Fragebögen bis Ende Dezember zurückgesendet. Zudem füllten 119 Personen den Fragebogen online aus. Somit ergibt sich eine Stichprobengröße ohne stichprobenneutrale Ausfälle

Tabelle 10: Stichprobengröße (außerhalb der WVZ)

Bruttostichprobe						
männl.	weibl.	deutsch/ männl.	deutsch/ weibl.	nicht-dt./ männl.	nicht-dt./ weibl.	gesamt
1 035	965	749	772	286	193	2 000
Nettostichprobe						
männl.	weibl.	deutsch/ männl.	deutsch/ weibl.	nicht-dt./ männl.	nicht-dt./ weibl.	gesamt
954	918	723	749	231	169	1 872

Angaben in absoluten Zahlen

von 662 Fällen (Tab. 10 und 11). Der Rücklauf liegt mit 23,86 % (bezogen auf die Stichprobengröße ohne stichprobenneutrale Ausfälle) etwas über den erwarteten durchschnittlichen 20 % einer postalischen Befragung.²⁶

Gemessen an der großen öffentlichen Aufmerksamkeit am Geschehen in der WVZ ist der Response allerdings als eher gering einzuschätzen. Um dem Befragungsphänomen sozialer Erwünschtheit entgegenzuwirken, wurden die Fragebögen so anonymisiert, dass keine Nachverfolgung zu den Befragten möglich ist. Deshalb wurde auch auf eine Erinnerung verzichtet. Die Ausfälle lassen sich auf mehrere Gründe zurückführen.

Zum einen wuchs in den letzten Jahren die Gruppe der generellen Verweigerer von Bevölkerungsbefragungen (Koch & Blohm 2015). Dies betrifft auch Befragungen mit regionaler Schwerpunktsetzung wie diesem Forschungsprojekt.

Zum anderen ist ein wichtiges Merkmal des Untersuchungsraums dessen kulturelle Vielfalt. So ist sowohl der Anteil nicht-deutscher Staatsangehöriger als auch der Anteil der migrantischen Wohnbevölkerung überdurchschnittlich hoch (Kap. 3). Bezüglich der Befragungsteilnahme liegt eine Unterrepräsentation von Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit vor. Trotz des Versuchs dem in der Erhebungsplanung durch mehrsprachige Fragebögen entgegenzuwirken (Abschn. 5.2, Aufbau des Frage-

²⁶ Eine ausführliche Beschreibung von Rücklaufquoten postalischer Befragungen geben z. B. Haug & Vernim (2013, 8 ff.) und Schnell (2012, 248 ff.).

Tabelle 11: Stichprobengröße (innerhalb WVZ)

Bruttostichprobe						
männl.	weibl.	deutsch/ männl.	deutsch/ weibl.	nicht-dt./ männl.	nicht-dt./ weibl.	gesamt
559	440	361	304	198	136	1000
Nettostichprobe						
männl.	weibl.	deutsch/ männl.	deutsch/ weibl.	nicht-dt./ männl.	nicht-dt./ weibl.	gesamt
492	410	351	294	142	115	903

Angaben in absoluten Zahlen

bogens), lässt sich anhand des geringen Rücklaufs nicht-deutschsprachiger Fragebögen (Tab. 14), darauf schließen, dass hier ein Zusammenhang zum geringeren Response besteht. Zu vermuten ist auch eine kulturelle Unvertrautheit mit schriftlichen Befragungen seitens des migrantischen Anteils an der Wohnbevölkerung. Manche der Angeschriebenen könnten das Anschreiben und den Fragebogen auch als ein Schreiben einer Behörde aufgefasst haben. Um dem entgegenzuwirken, wurden deshalb sämtliche Dokumente mit dem Logo und der Anschrift der Universität versehen. Dennoch kann eine Verwechslung nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Des Weiteren zeigt sich, dass neben den zahlreichen StudentInnen auch eine hohe Anzahl an RentnerInnen in der Stichprobe (Tab. 15) enthalten sind. So besteht möglicherweise eine Einstellungsdifferenz bezüglich Befragungen zwischen den Alterskohorten.

Zugleich hängt die Rücklaufquote auch von demografischen Merkmalen wie Alter und Geschlecht ab, wie z. B. auch im Bericht der Sicherheitsbefragung 2011 der Stadt Leipzig festgestellt wird (S. 8). Die Stadtteile Neustadt-Neuschönefeld und Volksmarsdorf zeichnen sich besonders durch ihren hohen Anteil an Studierenden und einem niedrigen Durchschnittsalter im Vergleich zur gesamten Stadt aus (Kap. 3). Entgegen der im Ortsteilkatalog berichteten Altersverteilung sind in dieser Untersuchung überproportional viele jüngere Altersgruppen vertreten (Tab. 12 und 13). Im Rahmen dieser Befragung wurden nur Personen ab 18 Jahren kontaktiert. Zehn Befragte machten keine Angaben zu ihrem Alter und zwölf Personen keine Angabe zu ihrem Geschlecht. Die Verteilung der Stichprobengröße

Tabelle 12: Grundgesamtheit

	Gesamt	männlich	weiblich	Anteil der Altersgruppen an Gesamtbevölkerung in Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarsdorf
0 bis unter 5	5 148	2 653	2 495	5,35 %
5 bis unter 10	4 336	2 232	2 104	4,50 %
10 bis unter 15	3 710	1 876	1 834	3,85 %
15 bis unter 20	3 941	2 056	1 885	4,09 %
20 bis unter 25	8 351	3 966	4 385	8,67 %
25 bis unter 30	10 600	5 686	4 914	11,01 %
30 bis unter 35	8 967	4 932	4 035	9,31 %
35 bis unter 40	6 675	3 766	2 909	6,93 %
40 bis unter 45	4 792	2 697	2 095	4,98 %
45 bis unter 50	5 300	2 979	2 321	5,50 %
50 bis unter 55	6 123	3 200	2 923	6,36 %
55 bis unter 60	6 054	3 000	3 054	6,29 %
60 bis unter 65	5 102	2 522	2 580	5,30 %
65 bis unter 70	4 124	1 895	2 229	4,28 %
70 bis unter 75	3 452	1 561	1 891	3,58 %
75 bis unter 80	4 395	1 824	2 571	4,56 %
80 u. ä.	5 238	1 941	3 297	5,44 %
Insgesamt	96 308	48 786	47 522	100,00 %

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des Ortsteilkatalogs von 2018

Tabelle 13: Verteilung der Stichprobengröße ohne stichprobenneutrale Ausfälle

Altersgruppen	Gesamt	männlich	weiblich	divers	Anteil der Gruppe an Gesamtstichprobe
Jünger als 20	6	4	2	0	0,9 %
20 bis unter 25	103	30	72	1	15,9 %
25 bis unter 30	178	82	91	5	27,5 %
30 bis unter 35	115	59	55	1	17,7 %
35 bis unter 40	64	38	26	0	9,9 %
40 bis unter 45	30	17	13	0	4,6 %
45 bis unter 50	10	8	2	0	1,5 %
50 bis unter 55	22	9	12	1	3,4 %
55 bis unter 60	32	18	14	0	4,9 %
60 bis unter 65	24	13	11	0	3,7 %
65 bis unter 70	18	9	9	0	2,8 %
70 bis unter 75	15	7	8	0	2,3 %
75 bis unter 80	12	7	5	0	1,9 %
80 u. ä.	19	8	11	0	2,9 %
Insgesamt	648	309	331	8	100,0 %

Die verringerte Anzahl n liegt an individuellen Ausfällen aufgrund von fehlenden Angaben. Die Kategorien reichen bis knapp unter den jeweiligen maximalen Schwellenwert.

Tabelle 14: Sprache

		Absolute Häufigkeit	Relative Häufigkeit	Kumulierte Prozente
Sprache	Deutsch	649	98,0 %	98,0 %
	Arabisch	5	0,8 %	98,7 %
	Türkisch	4	0,6 %	99,4 %
	Englisch	4	0,6 %	0,6 %
	Gesamt	662	100,0 %	100,0 %

Tabelle 15: Erwerbstätigkeit

	Absolute Häufigkeit	Relative Häufigkeit	Kumulierte Prozente
Erwerbstätige/-r (auch Auszubildende/-r, geringfügig Beschäftigte/-r, Wehrdienstleistende/-r)	341	51,5 %	52,5 %
Beschäftigt in einer Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahme, in einem Ein-Euro-Job, in Altersteilzeit, zeitweise freigestellt	11	1,7 %	1,7 %
Arbeitslose/-r, Arbeitssuchende/-r	33	5,0 %	5,1 %
Rentner/-in oder Pensionär/-in	78	11,80 %	12,0 %
Student/-in oder Schüler/-in	172	26,0 %	26,5 %
Etwas anderes	15	2,3 %	2,3 %
Fehlende Werte	12	1,8 %	
Gesamt	662	100,0 %	100,0 %

ohne stichprobenneutrale Ausfälle unterscheidet sich ab dem Alter von 50 Jahren kaum von den Daten des Ortsteilkatalogs.

Ein weiterer möglicher Grund für diesen geringen Rücklauf kann im Ausbruch der Corona-Pandemie gesehen werden. Die Durchführung der postalischen Befragung war ursprünglich für Mai 2020 geplant, um nach Zuweisung der Projektmittel möglichst zeitnah am vereinbarten Evaluierungszeitraum zu bleiben. Aufgrund der gesundheitspolitischen Maßnahmen und möglichen Auswirkungen dieser Sondersituation auf das Befragungsergebnis wurde die Befragung um vier Monate verschoben. Deshalb wurden die AnwohnerInnen nach den Sommerferien angeschrieben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass in der unmittelbar davor durchgeführten Mietspiegelerhebung ein weiterer Grund für den nur durchschnittlichen Rücklauf liegt. Diesbezüglich deutet sich eine mögliche Überlastung des Erhebungsfeldes an und möglicherweise wurden beide Befragungen von einem Teil der Angeschriebenen nicht unterschieden.

Ferner könnte die politische Debatte um die WVZ dafür gesorgt haben, dass sich weniger Personen an der Befragung beteiligen wollten. So gab es einerseits in mehreren Leipziger Chatgruppen auf der Plattform „Telegram“ Diskussionen bezüglich der Befragung, in welchen auch eine Unterstützung von Forschungsprojekten infrage gestellt wurde, die im Auftrag der Hochschule der sächsischen Polizei (FH) stehen. Andererseits riefen auch einige Gruppen dazu auf, an der Befragung bewusst teilzunehmen, um eine umfassende Evaluierung zu ermöglichen, welche auch auf die „Schattenseiten“ der WVZ und der Polizeiarbeit hinweist. Daher ist der Einfluss auf die Rücklaufquote dieser Chatgruppen differenziert zu betrachten. Darüber hinaus könnte aber auch ein Zusammenhang zum hohen StudentInnen-Anteil bestehen, da sich insbesondere jüngere Altersgruppen mithilfe von Diensten wie „Telegram“ vernetzen.

Insgesamt haben sich 43 Personen an der Befragung beteiligt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit innehaben und 15 Personen eine deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit. 16 Personen haben dazu keine Angaben gemacht.

5.2 Aufbau des Fragebogens

Das Erhebungsinstrument der Bevölkerungsbefragung besteht aus einem 13-seitigen Fragebogen (Anlage 2, Fragebogen), welcher hauptsächlich ge-

schlossene Items umfasst. Aufgrund des hohen Migrationsanteils unter den BewohnerInnen des Erhebungsraums wurde neben dem deutschen auch ein arabischer Fragebogen an die ausgewählten Personen gesendet. Zusätzlich konnten die Befragten den gleichen Fragebogen in deutscher, englischer, arabischer und türkischer Sprache online ausfüllen.

Für die Beantwortung der Fragen wurden überwiegend 6-stufige Ratingskalen verwendet. Mit einer geradzahligen Skala wird einer Zentraltendenz in den Antworten entgegengewirkt. 6-stufige Skalen ermöglichen differenzierte Antworten. Die wenigen Abweichungen in der Antwortskala sind den spezifischen Frageobjekten geschuldet.

Der Schwerpunkt der postalischen Befragung besteht darin, Individualdaten zu den drei Evaluierungskomponenten zu erheben. Bezogen auf die drei Projektlinien (Prozessdatenanalyse, postalische Befragung und ExpertInnenbefragung) besteht der Schwerpunkt der postalischen Befragung in der Erhebung der Evaluierungskomponenten *Sicherheitsempfinden* und *Akzeptanz der WVZ*.

Die Evaluierungskomponente *Kriminalitätsaufkommen* ist hierbei sekundär und stützt sich auf die Ergebnisse der Variablen zu Viktimisierungserfahrungen der Befragten.

Sicherheitsempfinden

Das Sicherheitsempfinden, gebräuchlich auch als Kriminalitätsfurcht bezeichnet, ist Gegenstand intensiver theoretischer und methodischer Diskussion in den Sozialwissenschaften. Zu Beginn der 1960er Jahre wurde erstmals mit der Messung von Kriminalitätsfurcht in den USA begonnen. Der dem damaligen Niveau empirischer Forschung entsprechende Standardindikator zur Kriminalitätsfurcht bezog sich auf das Gefühl nachts allein im Umkreis von einer Meile von der Wohnung entfernt unterwegs zu sein. Die noch heute im ALLBUS²⁷ (2016) verwendete Fassung lautet: „Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?“²⁸ Die Antwortmöglichkeit bezieht sich lediglich auf „ja“ oder „nein“, mitunter mit „weiß nicht“ ergänzt. Hauptsächlich zu Vergleichszwe-

²⁷ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).

²⁸ GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016.

cken wird dieses Item noch eingesetzt. Allerdings richtet sich relativ umfangreiche Kritik auf die dieses Item, die sich insbesondere darin bündelt, dass es sich nur auf nachts bezieht, nicht explizit Kriminalität zum Gegenstand hat und eine sehr einfache Antwortskalierung verwendet (Kreuter 2002). In Bezug darauf werden im Fragebogen zwei Itemgruppen verwendet: eine allgemeine und eine auf spezifische Situationen im Wohnviertel bezogene. Deliktsspezifika werden, um den Block Sicherheitsempfinden zu entlasten, als Viktimisierungserwartung erhoben.

Mit dem modifizierten Standardindikator zum Sicherheitsgefühl im Wohnviertel wird zwischen tagsüber und nachts unterschieden (Kreuter 2002, 47). Vergleichbare Untersuchungen verweisen auf zum Teil erhebliche Unterschiede in den Sicherheitseinschätzungen zwischen den Tageszeiten (Fragen 6a und b). In Anlehnung daran wurden die Fragen nach dem Sicherheitsgefühl an den Untersuchungsraum angepasst. Dessen vergleichsweise kompakte Größe erlaubt es, nach dem Sicherheitsgefühl in konkreten Situationen zu fragen, da davon ausgegangen werden kann, dass die meisten TeilnehmerInnen der Befragung diese Situationen kennen (Fragen 5a–d).

In öffentlichen Präsentationen wird das Sicherheitsgefühl mitunter als eine isolierte Größe behandelt. Das empirisch evidentente Phänomen, demzufolge das Sicherheitsempfinden einer Bevölkerung nicht den Reflex auf das Kriminalitätsniveau darstellt, ist in gewisser Weise schon im Alltagsbewusstsein angekommen. Daraus folgt, dass sich beide Größen auch in entgegengesetzte Richtungen bewegen können bzw. ein sinkendes Kriminalitätsniveau kein zwingender Prädiktor für ein steigendes Sicherheitsempfinden ist. Sozialwissenschaftlich ausgedrückt stellt das Sicherheitsempfinden eine subjektive Definition der Situation entsprechend des Thomas-Theorems dar (Thomas & Thomas 1970). In öffentlichen nichtakademischen Präsentationen werden jedoch meist nur Häufigkeitsverteilungen oder Korrelationen (insbesondere Alter und Geschlecht) vorgestellt, ohne danach zu fragen, wie das Sicherheitsempfinden entsteht bzw. unter welchen Einflüssen es sich verändert. Zur Verursachung des Sicherheitsempfindens sind verschiedene theoretische Ansätze entstanden. Gegenwärtig besonders attraktiv ist die Annahme, der zufolge das Sicherheitsempfinden bzw. die Kriminalitätsfurcht eine Folge generalisierter Ängste darstellt. Mit anderen Worten, das Sicherheitsempfinden ist ein Wirkungscontainer, der diffuse Ängste aufnimmt, die in einem kriminogenen Sinn interpretiert werden können (Hirtenlehner & Farrall 2012). Ob es ein Hin-

weis auf den Einfluss generalisierter Ängste gibt, kann nur grob mit den im Fragebogen verwendeten Items zur Anomia (Fragen 31a–d) geprüft werden.²⁹

Darüber hinaus wird in einschlägigen Forschungen häufig nicht zwischen personaler und sozialer Kriminalitätsfurcht unterschieden, obwohl seit Längerem gut argumentierte Ausarbeitungen zu einer Differenzierung existieren (Boers 1993, Reuband 2009). Kriminalitätsfurcht bzw. Sicherheitsempfinden sind Bestandteil der Kriminalitätseinstellung einer Person (siehe Abb. 12). Demnach unterscheiden sich die beiden Ebenen der Kriminalitätseinstellung dadurch, dass sich in der personalen Ebene der Kriminalitätseinstellung das Sicherheitsempfinden auf die unmittelbare Umgebung der Wohnung einer Person bezieht und in der sozialen Dimension auf größere räumliche Zusammenhänge, wie z. B. eine Stadt oder ein Bundesland. Der Fragebogenkonstruktion liegt die Erhebung des personalen Sicherheitsempfindens zugrunde.

Im Allgemeinen werden bezüglich der konkurrierenden Ansätze zur Erforschung von personaler Kriminalitätsfurcht drei Forschungsperspektiven unterschieden (Taylor & Hale 1986; Boers 1991, Lüdemann 2006):

1. eine Viktimisierungsperspektive (Fragen 11a–g), welche die ursprüngliche Erklärung für das Sicherheitsempfinden darstellt,
2. eine Soziale-Kontroll-Perspektive, zu der die Disorderwahrnehmung (Fragen 8a–e, 9a–e) sowie die Nachbarschaftsintegration (Fragen 10a–e) zählen, die aus Annahmen von Theorien sozialer Desorganisation hervorgehen und

²⁹ Selbstverständlich ist damit nur eine sehr grobe Einschätzung möglich. Allerdings ist diese Frage nicht expliziter Gegenstand einer Evaluierungsforschung. Es existiert auch kein verbindlicher Standard zur Operationalisierung genereller Ängste (Ries 2020, 23). Die verwendeten Items zur Anomia stellen, in der Absicht einer Erkundung, nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtinventar zur Anomia dar, das aus insgesamt fünf Dimensionen der individuellen Wahrnehmung von Gesellschaft besteht (siehe Zentrales Informationssystem der Sozialwissenschaften – ZIS [<https://www.gesis.org/angebot/studien-planen-und-daten-erheben/erhebungsinstrumente/items-und-skalen>]).

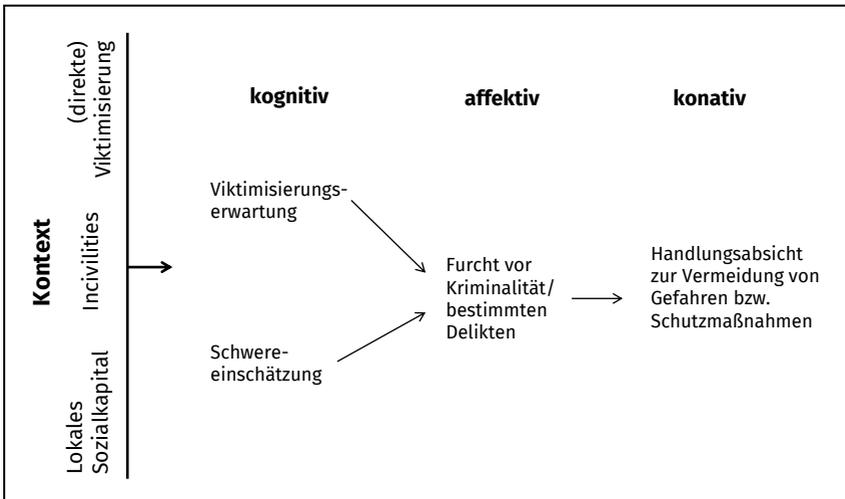
Bezogen auf die Fragebogenökonomie wurde eine strikte Konzentration auf Kernfragen verfolgt.

3. eine Soziale-Problem-Perspektive, die sich auf mediale Berichterstattung über Kriminalität und öffentliche Diskurse bezieht (im Fragebogen nicht enthalten).

Das Sicherheitsempfinden wird als Bestandteil der Kriminalitätseinstellung einer Person aufgefasst. Einstellungen lassen sich als aus drei Komponenten bestehend auffassen (Katz & Stottland 1959). Schwind et al. haben angeregt, die drei Komponenten kognitiv, affektiv und konativ als einen Kausalzusammenhang zu verstehen (Schwind et al. 2001, 227).

In Abbildung 12 ist der Zusammenhang der drei Einstellungskomponenten wiedergegeben, wie er der Konstruktion des Fragebogens zugrunde liegt. Kriminalitätsfurcht (affektive Komponente) wird dabei im Kontext der Konstituierung der Beziehung einer Person zu einem Objekt in ihrer Lebenswelt angesehen. Zunächst geschieht eine urteilsbezogene (kognitive) Auseinandersetzung mit einem Objekt, indem es in die Präferenzordnung einer Person, den wahrgenommenen Copingfähigkeiten mit dem Objekt umzugehen und in antizipierte Konsequenzen eingeordnet wird. Mit anderen Worten Furcht, wie sie in sozialwissenschaftlichen Befragungen erhoben wird, ist nicht Furcht wie sie in Echtzeit als Reaktion auf ein Ob-

Abbildung 12: Kausalmodell als Grundlage für die Itemverwendung zum Sicherheitsempfinden als Bestandteil einer Kriminalitätseinstellung



jekt oder Ereignis heraus auftritt, sondern sie geht aus einer reflektierten, kognitiven Auseinandersetzung in einer Befragungssituation hervor. Im Unterschied zu einer direkten Reaktion in einer Echtzeitsituation wird in einer Befragung Furcht als Bestandteil einer Einstellungen zu einer als-ob-Situation bzw. einer Generalisierung erhoben. Wird dies außer Acht gelassen, kann es zu Fehleinschätzungen kommen, wie etwa, dass Viktimisierung keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht hätte.

Akzeptanz der WVZ

Während das Sicherheitsempfinden einen intensiv erforschten Gegenstand darstellt, gibt es wenig Erkenntnisse zur Akzeptanz von WVZn. Die benutzten Items sind daher neu und teilweise sehr spezifisch auf das Gebiet der Eisenbahnstraße bezogen (Fragen 28a–g). Neben einer direkten Beurteilung verschiedener Aspekte der WVZ wurden die Befragten gebeten, Veränderungen der Straftaten, sowie des eigenen Sicherheitsgefühls seit der Einführung der WVZ einzuschätzen (25a und b, 26).³⁰ Außerdem wurden sie nach ihrer Zustimmung zu Aussagen zur WVZ befragt. Schließlich wurde konkret auf die Eisenbahnstraße bezogen erfragt, wie oft die Befragten Zeit in der Eisenbahnstraße verbringen (Frage 27) und, ob sie bestrebt sind, das Gebiet der Eisenbahnstraße zu vermeiden (Frage 29).

Für das Evaluierungsanliegen ist es darüber hinaus wichtig herauszufinden, wie Polizeiarbeit im Allgemeinen beurteilt wird (Fragen 19a–f und 20a–e). Das Verhältnis zur Polizei und das Polizeivertrauen bzw. -misstrauen gelten als Faktoren, die neben der Akzeptanz der WVZ auch das Sicherheitsempfinden beeinflussen.

Schließlich sind Arten der Betroffenheit von polizeilichen Kontrollen (Fragen 21a–d), wahrgenommene Diskriminierungserfahrungen bei Kontrollen (Fragen 22 und 23) sowie die Frage, ob Beschwerde eingelegt wurde (Frage 24) Gegenstand der Erhebung.

Der Fragebogen beinhaltete weitere Itembatterien zu generellen Einstellungen, die es erlauben einige komplexere Zusammenhänge zum Sicherheitsempfinden zu untersuchen und die Gegenstand weiterführender

³⁰ Bezüglich eines Filters ist in der Variante der Papierbefragung ein Fehler unterlaufen, sodass aufgrund der zu weit angelegten Einsprungadresse nur ein Teil der Befragten die genannten Fragen beantwortet hat. In der Variante der Onlinebefragung trat dieser Fehler nicht auf.

Forschungsarbeiten sein können (Einschätzung der politischen Grundorientierung – Frage 30, autoritäre Einstellung nach Lederer – Frage 32 und die Wahlpräferenz – Frage 33).

Kriminalitätsaufkommen

Wie bereits bemerkt, kann die Evaluierungskomponente Kriminalitätsaufkommen nicht direkt mit den Befragungsergebnissen eingeschätzt werden. Dieser Teil dient als eine Ergänzung zur Prozessdatenanalyse. Erhoben wurden zum einen persönliche Viktimisierungserfahrungen (Fragen 11a–g) innerhalb der letzten 12 Monate. Diese typische Fragestellung wurde unter anderem schon in den Sicherheitsbefragungen aus den Jahren 2011 und 2016 in Leipzig genutzt (Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2011 und 2016). Die Begrenzung des Zeithorizonts gilt als allgemeiner Standard in der Viktimisierungsforschung, wenngleich daran auch Kritik geäußert wird, wie z. B. „vergessene Opfer“, welche Viktimisierungserfahrungen betreffen, die älter als 12 Monate sind (vgl. Abschn. 2.2.3). Den Befragten standen sechs geschlossene sowie eine offene Antwortkategorie zur Verfügung. Zur besseren Differenzierung wurde auch danach gefragt, wo eine Viktimisierung stattfand („in der Waffenverbotszone“, „woanders in meinem Wohnviertel“, „woanders außerhalb meines Wohnviertels“). Schließlich wurden die Befragten gebeten, sich zu ihrer Viktimisierungserwartung in den nächsten 12 Monaten zu äußern (Frage 15). Während oftmals kein Zusammenhang zwischen Opferwerdung und Kriminalitätsfurcht nachgewiesen werden kann, hat sich die Viktimisierungserwartung als ein wichtiger Einflussfaktor für das Sicherheitsempfinden herausgestellt (Mühler 2015, 27).

5.3 Ergebnisse

5.3.1 Häufigkeitsverteilungen der Variablen

5.3.1.1 Kriminalitätsaufkommen

Wie bereits dargestellt, kann das Kriminalitätsaufkommen nicht direkt mit Befragungsergebnissen beurteilt werden. Vielmehr dienen die vorliegenden Ergebnisse als Blick in das relative Dunkelfeld, welches nicht mit der Prozessdatenanalyse erfasst werden kann sowie als ein individueller Einflussfaktor auf das Sicherheitsempfinden. Die folgenden Tabellen

Tabelle 16: Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten

Ich wurde in den letzten 12 Monaten ... (Mehrfachantworten möglich)	Gesamt	Davon innerhalb der WVZ
... von jemanden geschlagen	2,1 %	0,9 %
... sexuell belästigt	19,2 %	12,6 %
... mit einer Waffe bedroht	2,0 %	1,1 %
... angepöbelt/beleidigt	29,5 %	16,5 %
... bestohlen	16,2 %	5,9 %
... Opfer eines Einbruchs	18,6 %	6,9 %
... sonstiges negatives Erlebnis	15,4 %	18,6 %
Gesamt (absolut)	681	344

und Diagramme geben einen allgemeinen Überblick über Viktimisierungserfahrungen. Vorab sei angemerkt, dass die verschiedenen Viktimisierungskategorien nicht durchweg strafrechtlich relevant sind. Vielmehr geht es um die Erfassung von subjektiv als negativ erlebten Situationen in der Öffentlichkeit.³¹

Mehr als die Hälfte der Befragten (57,4 %) sind mindestens einmal Opfer eines der abgefragten Ereignisses geworden. Dieser Wert ist relativ hoch, hängt aber wahrscheinlich mit der oben erläuterten weiten Viktimisierungsdefinition zusammen. In Tabelle 16 sind die Zahlen zu den einzelnen Viktimisierungskategorien enthalten. Dabei sind neben den Gesamtzahlen auch die Zahlen zur Viktimisierung innerhalb der WVZ aufgelistet. Die relativen Zahlen beziehen sich dabei immer auf den Gesamtanteil aller Befragten, welche die Frage beantwortet haben. Am häufigsten wird die

³¹ Ein Beispiel für die Diskrepanz zwischen Kriminalität im rechtlichen Sinne und subjektiv negativen Erlebnissen ist das sogenannte „Catcalling“ welches die Belästigung von meist jungen Frauen durch Fremde in öffentlichen Plätzen bezeichnet. Während es in Deutschland kein eigener Strafbestand ist, wurde „Catcalling“ vermehrt in der offenen Antwortkategorie „sonstige negative Erlebnisse“ eingetragen, teilweise mit einer Bemerkung bezüglich des rechtlichen Status.

Kategorie „angepöbelt/beleidigt“ worden (gesamt: 29,46 %) bzw. „sonstiges negatives Erlebnis“ (innerhalb der WVZ: 18,62 %) angegeben. Am wenigsten vertreten sind die Kategorien „mit einer Waffe bedroht“ worden (gesamt: 1,96 %; innerhalb der WVZ: 1,09 %) sowie „von jemandem geschlagen“ worden (gesamt: 2,11 %; innerhalb der WVZ: 0,93 %).

5.3.1.2 Sicherheitsempfinden

Das Sicherheitsempfinden wurde zum einem abhängig von bestimmten Situationen, zum anderen abhängig von der Tageszeit erfragt. In Tabelle 17 ist zunächst das situationsbezogene Sicherheitsempfinden dargestellt. Anhand der Ergebnisse lässt sich feststellen, dass das Sicherheitsempfinden im Mittel recht ausgeprägt ist (MW = 4,43). Mehr als die Hälfte der Befragten gaben an sich „sicher“ oder „sehr sicher“ zu fühlen. Nur etwas mehr als 10 % fühlen sich „unsicher“ oder „sehr unsicher“. Besonders auf dem

Tabelle 17: Sicherheitsgefühl in verschiedenen Situationen

Wie sicher fühlen Sie sich im Allgemeinen ...	MW (SD)	sehr unsicher	unsicher	eher unsicher	eher sicher	sicher	sehr sicher
auf dem Weg von Wohnung zu öffentlichen Verkehrsmitteln?	4,74 (1,12)	1,5 %	3,3 %	7,8 %	20,7 %	40,9 %	25,8 %
in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Ihrem Wohnviertel?	4,74 (1,16)	1,4 %	4,6 %	7,7 %	18,4 %	40,4 %	27,4 %
in Kneipen oder Bars im Bereich der Eisenbahnstraße?	4,25 (1,57)	8,6 %	8,7 %	11,2 %	17,3 %	29,0 %	25,3 %
im Rabet?	3,98 (1,43)	6,2 %	11,7 %	16,0 %	24,4 %	27,5 %	14,2 %
Gesamt	4,43 (1,32)	4,4 %	7,1 %	10,7 %	20,0 %	34,4 %	23,2 %

Weg zu bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln ist das Sicherheitsempfinden hoch. Etwas weniger sicher fühlen sich die Befragten im Rabet und in Kneipen und Bars im Bereich der Eisenbahnstraße. Rund 30 % geben an, sich dort eher unsicher bis sehr unsicher zu fühlen. Nichtsdestotrotz fühlen sich auch in diesen Situationen immer noch rund zwei Drittel mindestens „eher sicher“.

Betrachtet man die jeweiligen Extremwerte der Skalen, lässt sich Ähnliches feststellen: Auf dem Weg zu bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es eine sehr geringe Anzahl an Personen, die sich sehr unsicher fühlt. Jeweils mehr als ein Viertel der Personen fühlen sich sehr sicher. Auch in Kneipen oder Bars im Bereich der Eisenbahnstraße fühlen sich mehr als 25 % der Befragten sehr sicher. Hier fühlen sich aber auch knapp 9 % sehr unsicher, woraus sich eine leichte Polarisierung erkennen lässt. Im Rabet verteilen sich die Antworten ein wenig mehr über die Kategorien. 14 % fühlen sich dort sehr sicher und 6 % fühlen sich sehr unsicher. Hier lässt sich eine Tendenz zu den mittleren Kategorien beobachten.

In Tabelle 18 ist das Sicherheitsgefühl unterschieden nach Tages- und Nachtzeit enthalten. Auch hier lässt sich ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl erkennen. Erwartungsgemäß ist das Sicherheitsgefühl in der Nacht (MW = 3,72) im Mittel niedriger als am Tag (MW = 5,04), dennoch fühlen sich mehr als die Hälfte der befragten Personen auch in der Nacht mindestens „eher sicher“. Am Tag fühlen sich weniger als 2 % „unsicher“ oder „sehr unsicher“, fast 80 % fühlen sich „sicher“ oder „sehr sicher“. Nachts fühlen sich knapp 20 % der Befragten „unsicher“ oder „sehr unsicher“, etwas mehr als 30 % fühlen sich „sicher“ oder „sehr sicher“. Eine spürbare

Tabelle 18: Sicherheitsgefühl tagsüber/nachts

Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Wohnviertel?	MW (SD)	Sehr unsicher	unsicher	eher unsicher	eher sicher	sicher	sehr sicher
Tagsüber	5,04 (0,95)	0,6 %	1,1 %	5,2 %	14,8 %	43,5 %	34,9 %
Nachts	3,72 (1,37)	7,9 %	11,3 %	21,9 %	27,0 %	23,6 %	8,3 %
Gesamt	4,38 (1,16)	4,2 %	6,2 %	13,6 %	20,9 %	33,5 %	21,6 %

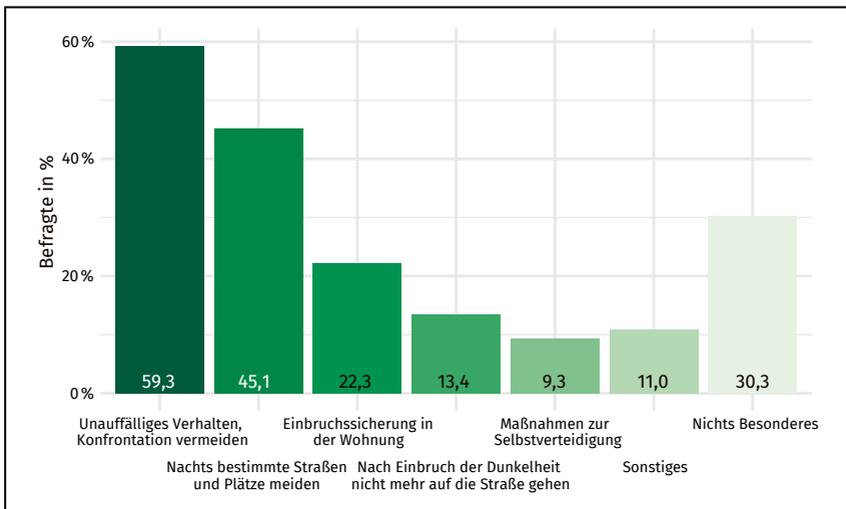
Differenz im Sicherheitsgefühl tagsüber und nachts geht auch aus vergleichbaren Untersuchungen hervor.

Auch hier lohnt ein Blick auf die Extremwerte: Nachts gibt es ungefähr gleich viele Befragte, welche sich sehr sicher und sehr unsicher fühlen, jeweils ca. 8 %. Tagsüber fühlen sich mehr als ein Drittel der Befragten sehr sicher und weniger als 1 % fühlen sich sehr unsicher. Während sich nachts die Kategorien einigermaßen verteilen, ist das Sicherheitsgefühl tagsüber sehr einseitig ausgeprägt.

Vergleicht man beide Arten der Abfrage des Sicherheitsempfindens, sprechen die Werte beider Fälle für ein grundsätzlich ausgeprägtes Sicherheitsempfinden. In bestimmten Situationen (im Rabet, in Kneipen und Bars bzw. nachts) zeigt sich ein niedrigeres Sicherheitsempfinden. Differenziertere Ergebnisse lassen sich feststellen, wenn Kategorien wie Alter und Geschlecht einbezogen werden (siehe hierzu bivariate Analyse, Abschn. 5.4.1).

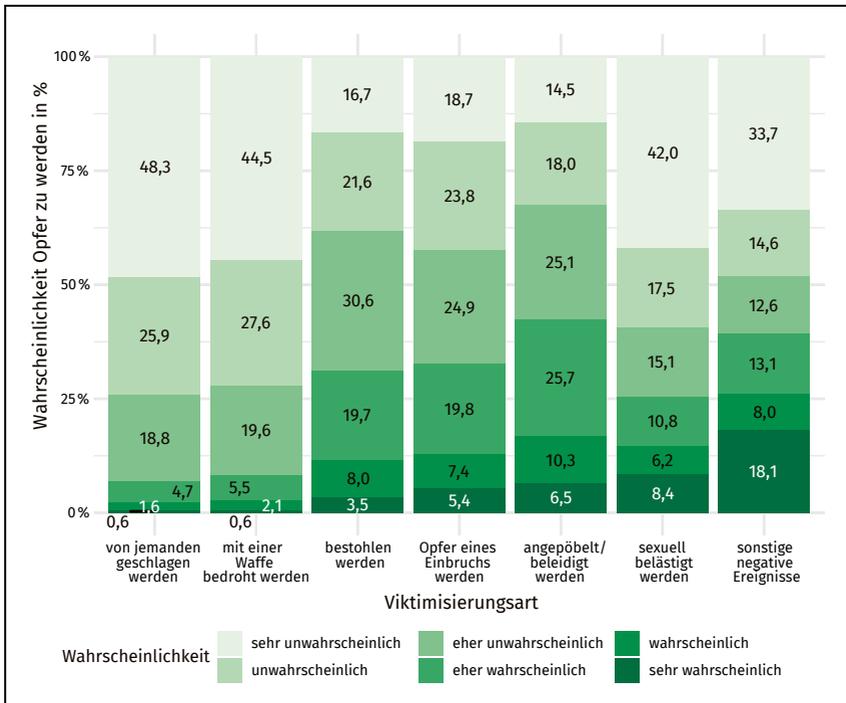
In Abbildung 13 sind die unternommenen Sicherheitsmaßnahmen (konativer Teil der Kriminalitätseinstellung) abgebildet (vgl. Anlage 2, Tab. 1). Dabei zeigt sich zunächst, dass 191 (30 %) der Befragten keine besonderen Maßnahmen für ihre Sicherheit unternehmen. Mehr als die Hälfte gibt an, sich unauffällig zu verhalten bzw. Konfrontationen zu vermeiden.

Abbildung 13: Getroffene Sicherheitsmaßnahmen



Etwas weniger als die Hälfte meidet nachts bestimmte Straßen und Plätze und etwas mehr als ein Zehntel der Befragten geht nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Dieses Verhalten ist, wie auch vergleichbare Untersuchungen zeigen, insbesondere bei älteren Menschen anzutreffen und lässt sich nicht ausschließlich als Vermeideverhalten interpretieren. Wie das Ergebnis zeigt, bezieht sich ein ausgeprägtes Vermeideverhalten nachts auf bestimmte Straßen und Plätze. In der Sicherheitsbefragung der Stadt Leipzig 2016 gaben immerhin 60 % der Befragten „immer“ bzw. „oft“ zu dieser Frage an (Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2016, 19). Insgesamt zeigt sich neben dem Sicherheitsempfinden auch hier keine Auffälligkeit im Vergleich mit einschlägigen Untersuchungen. Wie bereits oben beschrieben, gilt die Viktimisierungserwartung als wichtiger Einflussfaktor für das Sicherheitsempfinden. In Abbildung 14 ist die Viktimisierungserwartung, aufgeschlüsselt nach den gleichen Kategorien wie

Abbildung 14: Viktimisierungserwartung in den nächsten 12 Monaten



bei der erfolgten Viktimisierung, wiedergegeben (siehe Anlage 2, Tab. 2). Für am unwahrscheinlichsten halten es die Befragten von jemandem geschlagen oder mit einer Waffe bedroht zu werden. Jeweils über 90 % der Befragten halten es für mindestens eher unwahrscheinlich, dass dies in den nächsten 12 Monaten geschieht. Für den Bereich einer WVZ und ihrer Umgebung ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis, wenngleich hierfür kein empirischer Beleg für einen Kausalzusammenhang vorhanden ist.

Recht ähnlich stellen sich die Delikte „bestohlen werden“, „Opfer eines Einbruchs werden“ und „angepöbelt/beleidigt werden“ dar. Auch diese werden von der Mehrheit zwar als mindestens eher unwahrscheinlich eingeschätzt. Es zeigt sich jedoch auch ein relativ großer Anteil an Befragten, der es für mindestens eher wahrscheinlich hält, Opfer eines Diebstahls (31,2 %) oder angepöbelt bzw. beleidigt (42,5 %) zu werden. Dafür sprechen die eingangs erläuterten Opfererfahrungen sowie die am Ende des Fragebogens vorgenommenen Freihandbemerkungen (siehe Kap. 6).

Etwas heraus sticht die Einschätzung bezüglich der Viktimisierungserwartung durch sexuelle Belästigung. In der Grafik lässt sich eine leichte Polarisierung erkennen: Zum einen ist dies im Vergleich der Kategorien der Viktimisierungserwartung (ohne die Kategorie „sonstige negative Ereignisse“) jene Kategorie, in der die meisten Befragten angegeben haben es für sehr wahrscheinlich zu halten Opfer zu werden. Zum anderen geben aber die meisten Befragten innerhalb dieser Kategorie an, dass sie sexuelle Belästigung für sehr unwahrscheinlich zu halten (siehe auch Kap. 6).

5.3.1.3 Akzeptanz

Die Akzeptanz der WVZ bezeichnet die dritte Evaluierungskomponente. Indirekt in Beziehung zur Akzeptanz stehen zunächst die Fragen nach der subjektiven Einschätzung, ob seit der Einrichtung der WVZ eine Veränderung der Straftaten stattgefunden und sich das persönliche Sicherheitsempfinden verändert hat. Leider wurden durch eine fehlerhafte Filter-Setzung, die Fragen nach der Straftatenveränderung und dem veränderten Sicherheitsgefühl jeweils nur von ca. 50 % der Befragten beantwortet. Es kam jedoch zu keinen systematischen Ausfällen (siehe Anlage 2 Tab. 3.1–3.4 und Tab. 4).

Abbildung 15 gibt die Wahrnehmungsveränderungen der Befragten in Bezug auf die Straftaten an (siehe Anlage 2, Tab. 3.1–3.4). Dabei wird

Abbildung 15: Wahrnehmung Straftatenveränderung nach Geschlecht und Zeitpunkt

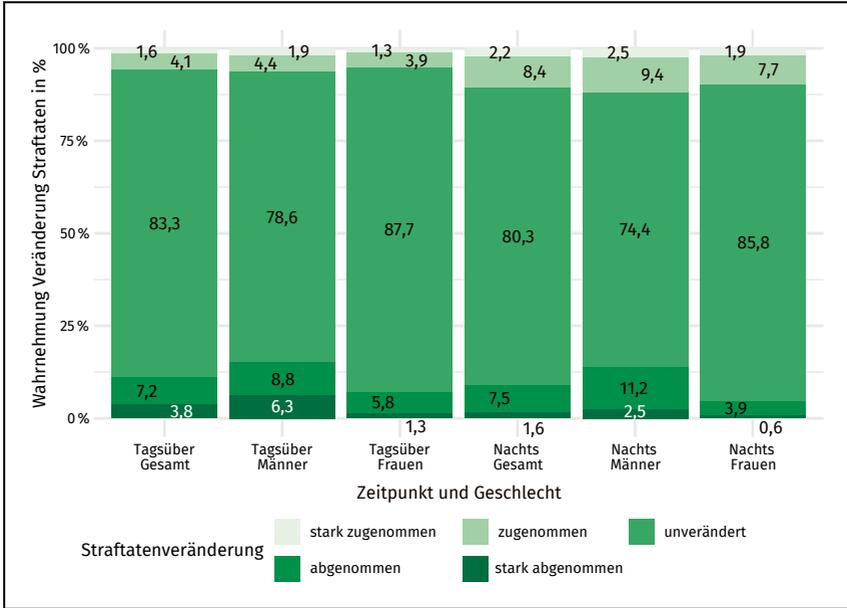
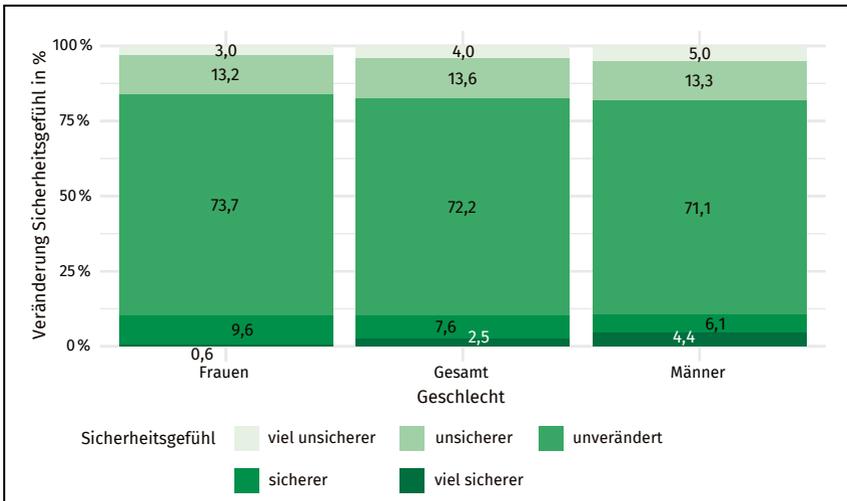


Abbildung 16: Veränderung des Sicherheitsempfindens nach Geschlecht



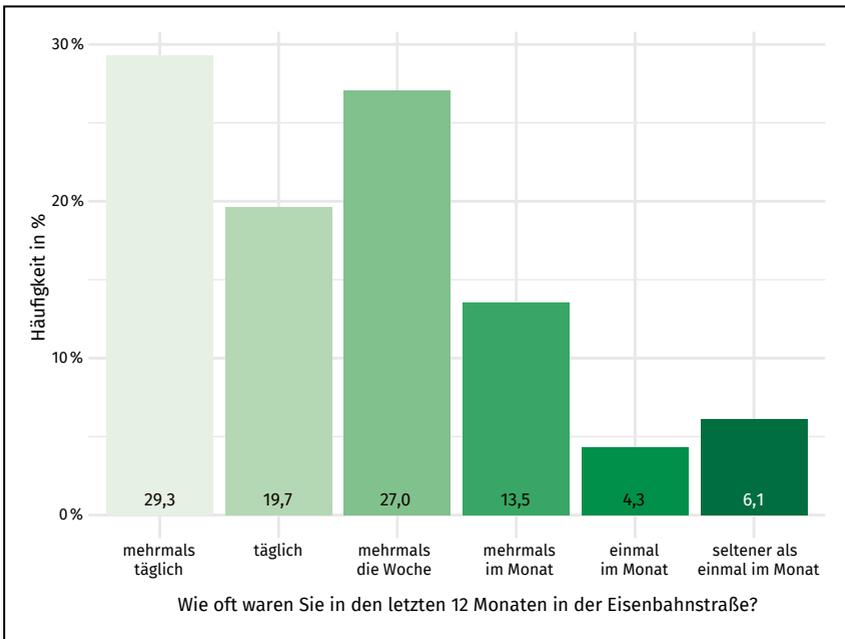
sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Tageszeiten differenziert. Die Ergebnisse sind bemerkenswert, da sie eine sehr starke mittlere Tendenz dieser 5-stufigen Ratingskala aufweisen. So sind 83,3 % der Befragten der Meinung, dass die Anzahl der Straftaten seit Einführung im November 2018 tagsüber unverändert blieb. Ebenso habe sich die Kriminalität in der Nacht nach Meinung von 80,3 % der Befragten nicht verändert. Eine so große Ausrichtung zur mittleren Kategorie einer Antwortskala ist sehr selten.³² Beim Vergleich der Daten innerhalb der Zeitpunkte zeigt sich zwischen den Geschlechtern, dass die Männer häufiger die Kategorien „stark abgenommen“ bzw. „abgenommen“ wählen als Frauen. Dennoch ist die Kategorie „unverändert“, sowohl bei Männern als auch bei Frauen, die am häufigsten gewählte Antwortmöglichkeit.

Ebenfalls eine starke, mittlere Tendenz besteht hinsichtlich der Veränderung des Sicherheitsgefühls in Abbildung 16 (siehe Anlage 2, Tab. 4). 71 % der Männer und 73 % der Frauen geben an, dass die Einführung der WVZ keine Änderung ihres aktuellen Sicherheitsempfindens bewirkt. Die zweithäufigste Antwort bei beiden Geschlechtern ist „unsicherer“. Dieses Ergebnis passt zu dem allgemeinen Sicherheitsempfinden, welches bereits beschrieben wurde.

Ungeachtet des Filterfehlers zeigt das Ergebnis insgesamt aufgrund der sehr ausgeprägten Skalenmitte („konstant geblieben“) einen indirekten Hinweis auf eine tendenzielle Nichtakzeptanz der WVZ, weil sich die Erwartungen auf eine Verringerung des Kriminalitätsaufkommens richteten und diese Erwartungen aber weitgehend enttäuscht wurden. Wenn die WVZ in der subjektiven Wahrnehmung weder die Kriminalitätslage noch das Sicherheitsempfinden verändert hat, dann spricht eine solche subjektiv eingeschätzte Wirkungslosigkeit nicht für die Akzeptanz einer Maßnahme. Dennoch verbinden sich mit dieser Einschätzung heterogene Urteilsgrundlagen, die im Kapitel 6 deutlich werden.

Abbildung 17 zeigt, wie häufig sich die befragten Personen in den letzten 12 Monaten in der Eisenbahnstraße und somit der WVZ aufgehalten haben (siehe Anlage 2, Tab. 5). Es zeigt sich, dass die Befragten häufig in

³² Das ist auch insofern bemerkenswert, als durch die sehr deutliche Kumulation der Antworten diese Variable trotz des Filterfehlers eine Einschätzung bezüglich des subjektiven Eindrucks zur Wirkung der WVZ erlaubt. Zudem weisen auch die Fragen zur subjektiven Beurteilung der WVZ (Fragen 28a–28g) auf eine als gering beurteilte Wirkung hin (vgl. Abb. 19).

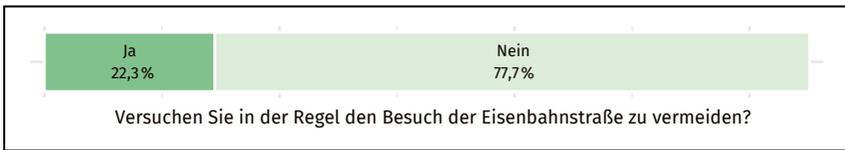
Abbildung 17: Häufigkeit des Besuchs der Eisenbahnstraße

diesem Bereich unterwegs sind, da die meistgenannte Kategorie „mehrmals täglich“ ist, gefolgt von „mehrmals die Woche“ und „täglich“. Dies ist aber auch insofern erwartbar, als ein Teil der befragten Personen in der Eisenbahnstraße wohnt. Am wenigsten wird die Antwortkategorie „seltener als einmal im Monat“ gewählt.

Immerhin vermeiden 22,3 % den Besuch der Eisenbahnstraße. Demgegenüber umgehen über drei Viertel der Befragten diese Straße und die WVZ nicht. Abbildung 18 gibt diese Verteilung wieder (siehe auch Anlage 2, Tab. 6).

Im Folgenden werden direkte subjektive Einschätzungen zur Wirkung der WVZ aufgezeigt (Abb. 19). Dazu wurden die Fragen sowohl positiv als auch negativ formuliert, um ein mögliches Framing in eine der beiden Richtungen zu vermeiden (siehe Anlage 2, Tab. 7).

Der Satz „Die WVZ erhöht meine persönliche Sicherheit“ knüpft an die Erhebung des potentiell veränderten Sicherheitsempfindens in Abbildung 16 an, lässt aber eine differenziertere Beurteilung zu. Die Ergebnisse

Abbildung 18: Vermeiden des Besuchs der Eisenbahnstraße

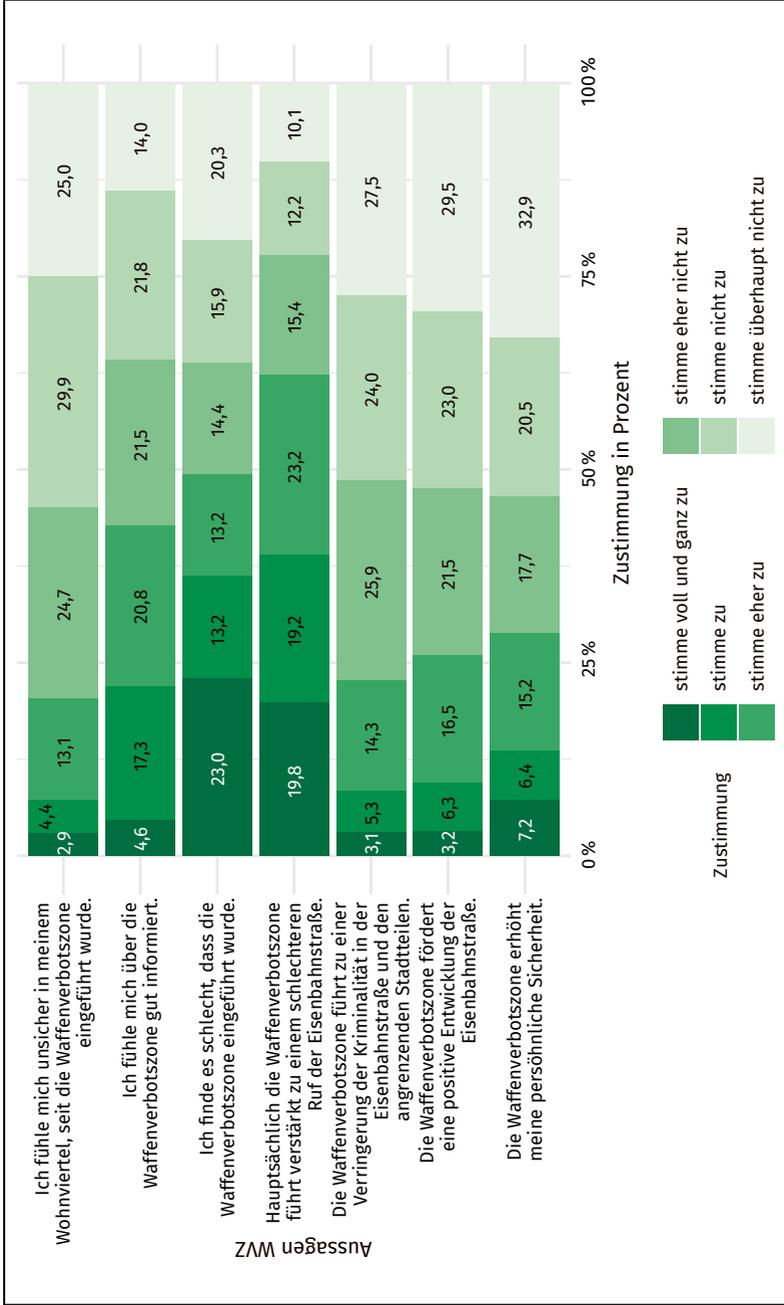
zeigen eine gewisse Polarisierung unter den Befragten, wie sie später in Kapitel 6 näher ausgeführt wird. Während etwas über einem Viertel der Befragten insgesamt zustimmt, dass die Waffenverbotszone zur Erhöhung ihrer persönlichen Sicherheit beiträgt, verneinen dies fast drei Viertel der Befragten.

Die Aussage „Ich finde es schlecht, dass die WVZ eingeführt wurde“ wird von der Hälfte der Befragten Personen gewählt. Dabei lässt sich eine noch deutlichere Polarisierung anhand der Extremkategorien beobachten. Die meisten Befragten stimmen der Aussage entweder überhaupt nicht oder voll und ganz zu. Diese ambivalenten Meinungspole zeigen sich bei mehreren Items und ziehen sich durch nahezu die gesamten Befragungsergebnisse einschließlich der Schlussbemerkungen im Fragebogen hindurch. In Kapitel 3 wurde bereits auf die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung als einer Erklärung für mögliche sehr differenzierte, z. T. konträre Einschätzungen hingewiesen. Das betrifft z. B. eine Konstellation zwischen jungen StudentInnen und älteren Berufstätigen und RentnerInnen, die als soziale Gruppen tendenziell ein unterschiedliches Sicherheitsempfinden aufweisen und darüber hinaus Sachverhalte hinsichtlich eines kriminalitätsrelevanten Aspekts unterschiedlich beurteilen.

Sowohl die Angabe „Die WVZ führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen“, als auch „Die WVZ fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße“ weisen eine kumulierte relative Häufigkeit von über 70 % der Kategorien „Stimme überhaupt nicht zu“ bis „Stimme eher nicht zu“ auf. Die jeweiligen Modalwerte sind „Stimme überhaupt nicht zu“ (27,5 % und 29,5 %).

„Ich fühle mich unsicher, seit die Waffenverbotszone eingeführt wurde“ knüpft auch an die Erhebung des potentiell veränderten Sicherheitsempfindens in Abbildung 16. an. In dieser veränderten Fragestellung wird wiederum sichtbar, dass nur ein kleiner Teil der Befragten einschätzt, dass sich sein Sicherheitsgefühl verändert hat. In der positiven Wendung die-

Abbildung 19: Aussagen zur WVZ



ser Frage („Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit“) wird deutlich, dass neben der großen Mitte stabile Ränder in der persönlichen Sicherheitseinschätzung erkennbar sind. Neben Kapitel 6 gibt auch Kapitel 7 nähere Aufschlüsse über die Gründe einer solchen Tendenz in den Einschätzungen.

Tatsächlich wird der Aussage „Hauptsächlich die Waffenverbotszone führt verstärkt zu einem schlechteren Ruf der Eisenbahnstraße“ zum Großteil zugestimmt. Fast zwei Drittel der Befragten stimmen dieser Aussage zumindest eher zu.

Verbesserungswürdig ist die Informationsgebung über die WVZ. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich eher ungenügend über die WVZ informiert.

Schließlich lässt sich feststellen, dass sich die Ergebnisse in Abbildung 19 von den bisherigen Befunden der Abbildungen 15 und 16 durchaus unterscheiden. Das rührt wahrscheinlich auch daher, dass mit den Items in Abbildung 19 die Befragten gebeten wurden, sich zu entscheiden, statt auf eine unentschiedene Antwortkategorie auszuweichen. Das bedeutet, wenn nach einer eher zustimmenden oder ablehnenden Haltung zur Sicherheitsentwicklung durch die WVZ gefragt wird, bejahen ca. 25 % statt ca. 10 % eine Erhöhung des Sicherheitsempfindens durch die WVZ. In beiden Fällen lehnt aber eine Mehrheit der Befragten demzufolge die Einschätzung einer Erhöhung oder Verringerung des Sicherheitsempfindens ab.

Darüber hinaus fällt auf, dass dem Item „Ich finde es schlecht, dass die Waffenverbotszone eingeführt wurde“ von der einen Hälfte der Befragten mehr oder weniger zugestimmt und der anderen Hälfte mehr oder weniger abgelehnt wird. Die Beantwortung dieses sehr generellen Items weist darauf hin, dass möglicherweise eine Zustimmung zur WVZ höher wäre, wenn sie tatsächlich eine im Alltag für die Befragten spürbare Verringerung der Kriminalität bewirkt hätte.

Insgesamt verbinden sich mit der Einschätzung der WVZ heterogene Urteile, die im Kapitel 6 deutlich werden. Darauf weist eine gewisse Polarisierung der Einstellungen und Meinungen in der Stichprobe hin, die mit einer Clusteranalyse verdeutlicht werden kann. Mit Clusteranalysen lassen sich Merkmalsdistanzen und Ähnlichkeiten in der Beurteilung von Merkmalen verfolgen. Bezüglich der Variablen zu Einschätzungen gegenüber der WVZ (Abb. 19) ergibt sich eine deutliche Kongruenz zwischen den Items „Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit“, „Die Waffenverbotszone führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisen-

bahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen“ sowie „Die Waffenverbotszone fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße“ beobachten. Das ist der einzige Cluster, der sich aus sehr geringen Distanzen zwischen den Items bildet. Auch wenn dieser Teil der Befragten in der Minderheit ist (ca. 1/5), weisen diese Befragten eine hohe Konsistenz in ihren Antworten in den drei Items auf. Ein zweiter Cluster bildet sich aus den entgegengesetzten Items „Ich finde es schlecht, dass die Waffenverbotszone eingeführt wurde“ und „Hauptsächlich die Waffenverbotszone führt verstärkt zu einem schlechten Ruf der Eisenbahnstraße“. Dieser Cluster ist heterogener und verbindet sich erst infolge einer großen Distanz mit dem ersten Cluster, bildet demgegenüber aber die Einschätzung der Mehrheit der Befragten ab. Die Konstellation der beiden Cluster unterstützt die Annahme bezüglich einer gewissen Polarisierung in der Wohnbevölkerung der beiden Ortsteile.

5.3.1.4 Beurteilung des polizeilichen Handelns und Kontrollerfahrungen Betroffener

In den Abbildungen 20 und 21 sind die Zustimmungswerte zu Aussagen hinsichtlich des polizeilichen Handelns dargestellt. Während es bei der ersten Abbildung um Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ geht, sind bei der zweiten Abbildung generelle Einstellungen zur Polizei Gegenstand (siehe Anlage 2 Tab. 8 und 9).

Zunächst kann festgestellt werden, dass eine Mehrheit darauf vertraut, dass die Polizei hilft, wenn ihnen etwas zustößt. Dagegen stimmt etwas mehr als ein Drittel der Befragten dieser Aussage eher nicht, nicht oder überhaupt nicht zu.

Sehr differenziert zeigen sich die Meinungen über die Kontrolltätigkeit der Polizei. So gibt es etwa gleich viele Personen, welche sich durch (Groß-) Kontrollen der Polizei sicherer bzw. unsicherer fühlen. Ein ähnliches Bild liefern die Werte zur Aussage „Aufgrund der häufigen Anwesenheit von Polizei habe ich den Eindruck, dass es hier gefährlich ist.“.

Deutliche Zustimmung findet hingegen der (im September 2020 geschlossene) Polizeiposten in der Eisenbahnstraße.³³ Mehr als drei Viertel

³³ Die Außenstelle Eisenbahnstraße wurde am 23.09.2020 geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die meisten Befragten den Fragebogen bereits beantwortet. (<https://www.polizei.sachsen.de/de/31385.htm>; zuletzt abgerufen am: 16.01.2021)

Abbildung 20: Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WWZ

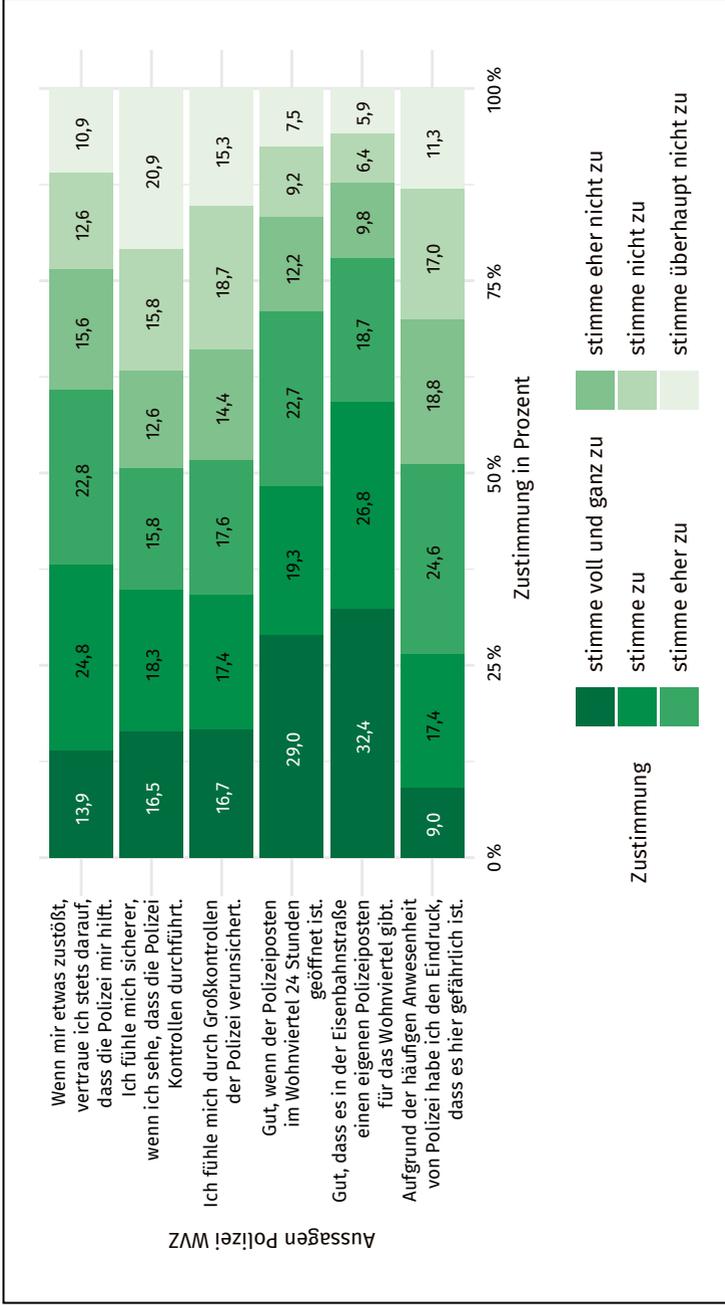
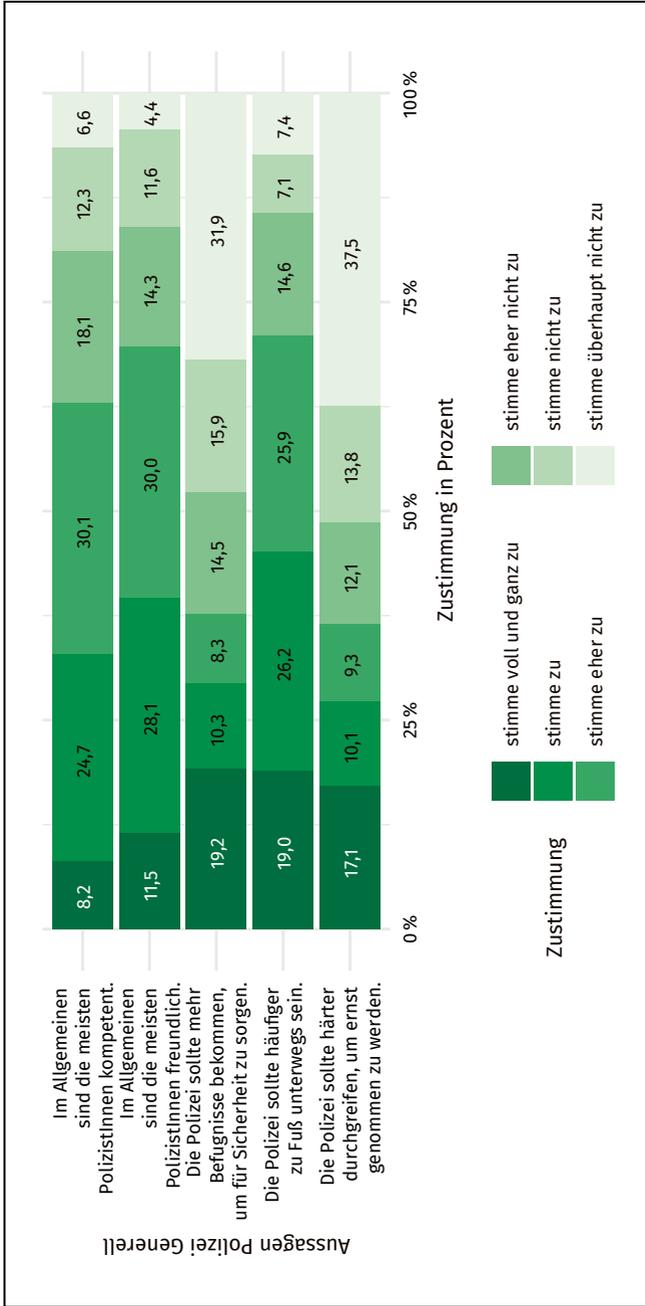


Abbildung 21: Generelle Einstellungen zur Polizei



befürworten diesen und mehr als zwei Drittel der Befragten würden es begrüßen, wenn der Posten 24 Stunden am Tag geöffnet wäre. Das ist ein starkes Votum für einen bürgernahen Polizeiposten in der Eisenbahnstraße.

Blickt man auf die persönlichen Wahrnehmungen der Polizei sowie Erwartungen und Forderungen an die Polizei, lässt sich erkennen, dass den PolizistInnen von der Mehrheit der Befragten Kompetenz und Freundlichkeit attestiert wird.

Auf Ablehnung stoßen eine Ausweitung der Befugnisse und ein härteres Durchgreifen der Polizei. Dies wird von jeweils fast zwei Drittel der Befragten abgelehnt. Interessant ist auch hier wiederum eine relativ stark ausgeprägte Polarisierung zwischen kompletter Zustimmung und Ablehnung. Bei beiden Aussagen wurden diese zwei Kategorien zusammen von mehr als der Hälfte der Befragten ausgewählt. Diese polarisierte Einschätzung wird auch in Kapitel 6 deutlich. Ein Teil der Befragten kritisiert die polizeilichen Kontrollmaßnahmen als Racial Profiling und knüpft daran eine generelle Kritik an Polizei. Ein anderer sichtbarer Teil der Befragten fokussiert die physischen und sozialen Incivilities in der WVZ und den beiden Ortsteilen und kritisiert Polizei im Sinne von Untätigkeit gegen diese als Alltagsübel wahrgenommenen Erscheinungen.

Ein recht eindeutiges Ergebnis zeigt sich hingegen bezüglich der Aussage „Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein“. Fast drei Viertel der Befragten stimmen vollkommen bis eher zu. Das Problem, demzufolge Streifenwagen gegenüber Fußstreifen zu überwiegen scheinen, ist schon länger bekannt und trifft nicht nur auf das untersuchte Gebiet zu. Hier wäre das Handeln dringend daran zu orientieren, dass Fußstreifen die Akzeptanz der Polizeiarbeit erhöhen, weil sie ein Ausdruck von Bürgernähe sind.

Neben der Beurteilung von Aussagen zur Polizei wurde auch nach Kontrollerfahrungen befragt. In Tabelle 19 ist dabei zunächst festzustellen, dass die meisten Befragten nicht kontrolliert wurden. Vor allem bei den vorgegebenen Kategorien wird dies sehr deutlich. Bei lediglich etwas mehr als 2 % der Befragten wurden mindestens einmal Gegenstände beschlagnahmt, bei ca. 7 % wurden mindestens einmal Kleidung und mitgeführte Sachen durchsucht und bei ca. 11 % wurde mindestens einmal der Ausweis kontrolliert. Es liegt nahe, dass dies eine Folge eines selektiven Ausfalls im Response ist, indem sich insbesondere Personen mit Migrationshintergrund nicht an der Befragung beteiligten.

Tabelle 19: Häufigkeit des Kontakts zur Polizei

Art der Kontrolle	Nie	Einmal	Zweimal	Dreimal	Mehr als dreimal
Durchsuchung von Kleidung und mitgeführten Sachen.	93,4 %	3,9 %	1,1 %	0,3 %	1,4 %
Ausweiskontrolle	88,9 %	7,1 %	2,0 %	0,5 %	1,5 %
Beschlagnahmung von Gegenständen	97,5 %	1,2 %	0,0 %	0,0 %	1,2 %
Sonstiges	81,6 %	10,4 %	2,8 %	0,0 %	5,2 %

Auf den ersten Blick stellt sich die Kategorie „Sonstiges“ etwas anders dar: Hier haben knapp 20 % der Befragten angegeben, mindestens einmal kontrolliert worden zu sein. Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein großer Teil der Befragten die Frage nicht beantwortet hat. Deshalb kann nicht nachvollzogen werden, um welche Form von Kontrollen es sich hierbei handelt. Von den Personen, welche die offene Frage beantwortet haben, gab die Mehrheit an, dass es sich hierbei um Verkehrskontrollen handelte.

Eine weitere Frage lautet, ob in den vergangenen 12 Monaten Erfahrungen mit polizeilichem Handeln gemacht wurden, welche als ungerecht empfunden wurden. Hier gibt ein Viertel der Befragten an, dass dies auf sie zutrifft (Abb. 22) (siehe auch Anlage 2, Tab. 10).

Zusätzlich wurde erfragt, ob es der Einschätzung der Befragten nach in diesem Zusammenhang eine persönliche Eigenschaft die Grundlage für die als ungerecht empfundene Handlung war. In Abbildung 23 ist die Häufigkeitsverteilung der Gründe dargestellt.

Abbildung 22: Als ungerecht erlebte Erfahrungen mit polizeilichen Handlungen

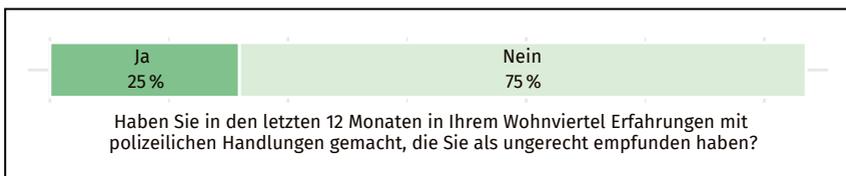
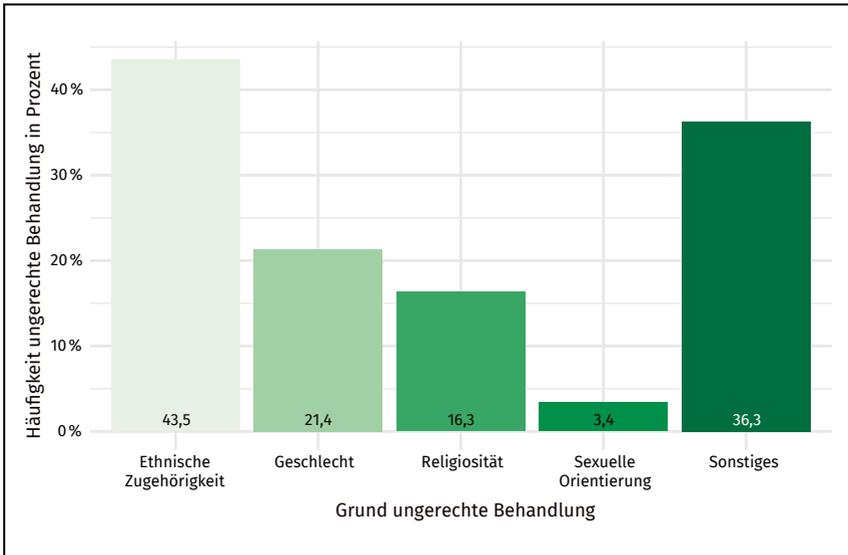


Abbildung 23: Gründe für als ungerecht erlebte Behandlungen

Die Prozentwerte beziehen sich auf Personen, welche das Erleben ungerechter Behandlung angegeben haben = 159.

Am häufigsten wurde demnach die ethnische Zugehörigkeit genannt (Anlage 2, Tab. 11). Knapp 10 % aller Befragten geben an, aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ungerecht behandelt worden zu sein. Geschlecht (4,7 %), Religiosität (3,6 %) und sexuelle Orientierung (0,8 %) spielen hier eine untergeordnete Rolle. Auffallend ist hier auch die Kategorie „Sonstiges“ (8 %). Die Antworten der offenen Frage nennen als weitere Gründe vor allem eine (linke) politische Einstellung sowie die begleitende Beobachtung von Racial Profiling. Hierbei ist anzumerken, dass es meist nicht um eine eigene Betroffenheit ungerechter Behandlung geht, sondern die Beobachtung von als Racial Profiling wahrgenommenen polizeilichen Handlungen.

5.3.1.5 Wohnzufriedenheit, Nachbarschaft und Incivilities

Wohnzufriedenheit

Um weitere Moderator-Variablen für nachfolgende Analysemodelle zu verfügen, wurden auch die Einschätzungen zur Ordnung und zur Wohnzufriedenheit der befragten Personen erhoben.

Insgesamt geben 83,3 % der Befragten an, dass sie mindestens gern in ihrer Gegend wohnen. Dabei wird besonders häufig die Kategorie „gern“ (39,6 %) gewählt (Abb. 24) (siehe Anlage 2, Tab. 12). Gründe für den Zuzug sind laut Angaben der TeilnehmerInnen vor allem die günstigen Mieten und die Möglichkeit, leicht eine Wohnung zu finden. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass nur 14,1 % der Befragten die Absicht haben, in den nächsten 12 Monaten aus ihrem Wohnviertel wegzuziehen (siehe Anlage 2, Tab. 13). Über die Hälfte der Befragten wollen auch in der nächsten Zeit in ihrer Wohngegend bleiben (Abb. 25).

Abbildung 24: Wohnzufriedenheit

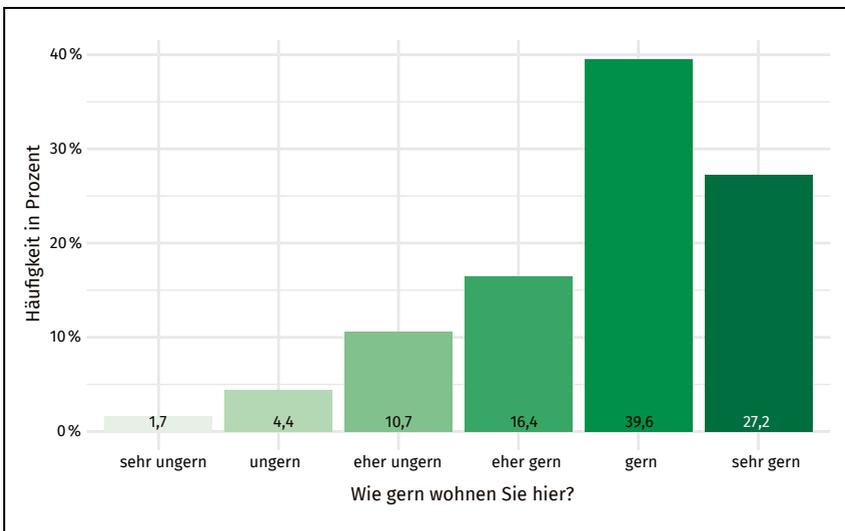
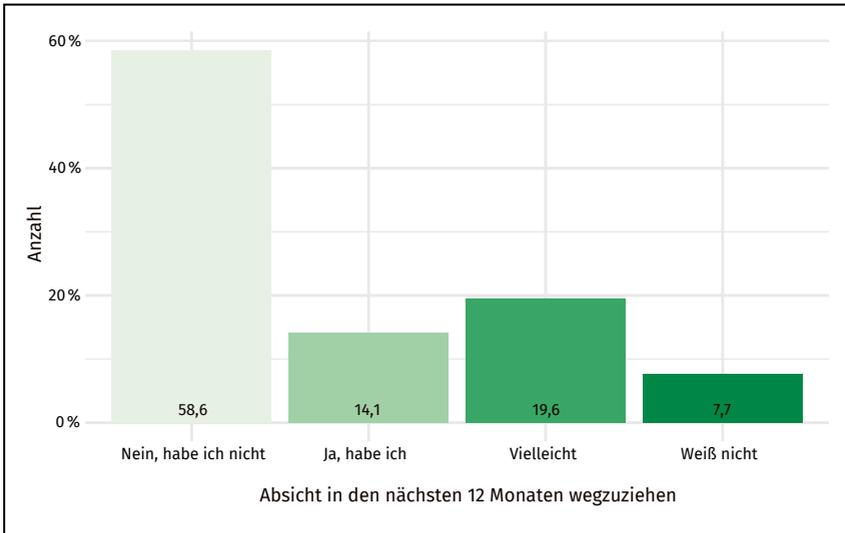


Abbildung 25: Absicht wegzuziehen

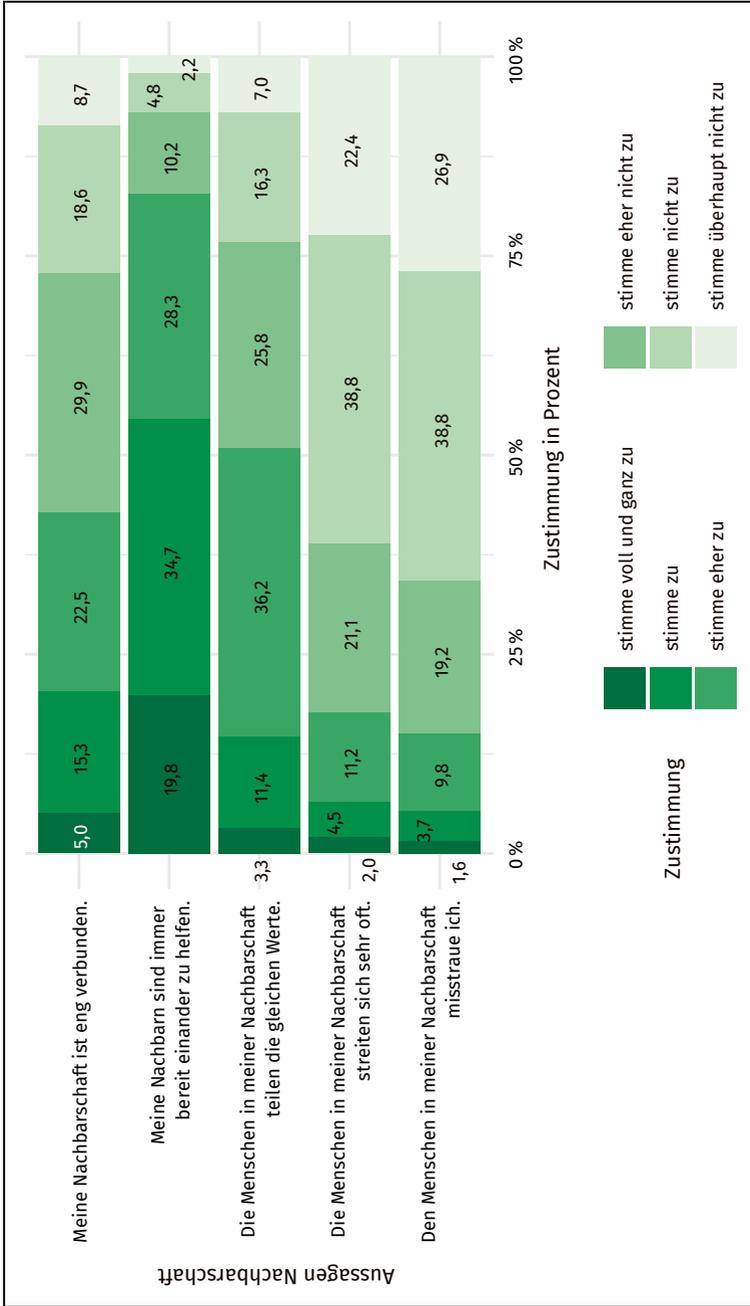
Nachbarschaft

Ein weiterer möglicher Grund für die hohe Wohnzufriedenheit könnte auch die Nachbarschaft sein. Daher sollen die Befragten das Ausmaß ihrer Zustimmung bezüglich ihrer Nachbarschaft angeben (Abb. 26) (siehe Anlage 2, Tab. 14). Diese Vermutung kann durch die Daten teilweise gestützt werden.

Von den Befragten stimmen 82,8 % zumindest eher zu, dass ihre NachbarInnen hilfsbereit sind. Des Weiteren gibt die eindeutige Mehrheit (84,9 %) an, dass sie ihren NachbarInnen nicht misstrauen. Für eine eher positive Beurteilung der Nachbarschaft spricht auch, dass 82,3 % der Befragten die Aussage „Die Menschen in meiner Nachbarschaft streiten sich sehr oft“ verneinen.

Dennoch zeigt sich auch hier zum einen ein Indiz für eine gewisse Polarisierung in diesen Items. Zum anderen wird in qualitativer Hinsicht deutlich, dass zwar das Vorhandensein von Grundelementen einer intakten Nachbarschaft wahrgenommen wird, aber Elemente einer weitergehenden sozialen Integration nicht die gleiche Höhe an Zustimmung erhalten. Die Aussagen „Meine Nachbarschaft ist eng verbunden“ und „Die Menschen in meiner Nachbarschaft teilen die gleichen Werte“ werden von insgesamt

Abbildung 26: Einschätzungen der Nachbarschaft



57,2 bzw. 49,1 % der Befragten eher bis völlig abgelehnt. Darüber hinaus fällt auf, dass die beiden mittleren Skalenwerte (eher zustimmen und eher ablehnen) bei allen Items am stärksten ausgeprägt sind, nämlich durchweg über 50 %. Das ist insofern nicht unerheblich, als in der Wahrnehmung enger Verbundenheit und gleicher Werte in der Nachbarschaft Grundlagen der Ausbildung lokalen Sozialkapitals bestehen. Auf die Bedeutung von Sozialkapital wird in den Abschnitten 6.6 und 8.5 eingegangen.

Wahrnehmung von Incivilities

Incivilities beeinflussen neben der Wohnzufriedenheit auch die Kriminalitätsfurcht (siehe 5.2 Sicherheitsempfinden). Diese wurden in fünf verschiedenen Formen erhoben. Abbildung 27 gibt die Wahrnehmung derartiger Sachverhalte an (siehe Anlage 2, Tab. 15). Ferner ist auch die Intensität, mit der sich die Befragten an den vorgegebenen Vorkommnissen stören für die weitere Analyse von Interesse (Abb. 28) (siehe Anlage 2, Tab. 16).

Eine herausragende Ordnungsstörung bezieht sich auf die Wahrnehmung von Abfall auf Gehwegen und Grünanlagen. 92,4 % der Befragten nehmen „eher häufig“ bis „sehr häufig“ Abfall auf Gehwegen und Grünanlagen wahr. Diese wird mit einer großen Mehrheit von 86,2 % mindestens als eher störend wahrgenommen. Dazu informieren auch die Bemerkungen am Ende des Fragebogens (vgl. 6.2).

50,9 %, also jeder zweite der Befragten nimmt eher oft bis sehr oft öffentlichen Konsum illegalisierter Drogen wahr. Nimmt man den Modalwert bezüglich der Intensität des Störens hinzu, fällt auf, dass die TeilnehmerInnen „sehr stark“ (28,5 %) am häufigsten nennen. Darauf weisen auch die Bemerkungen am Ende des Fragebogens hin (vgl. 6.3).

Demgegenüber werden demolierte Haltestellen, Briefkästen und Papierkörbe mehrheitlich eher selten bis sehr selten wahrgenommen. Indessen wird dieser Umstand als eher störend bis sehr störend von einer kumulierten Mehrheit (69,4 %) empfunden.

Überdies nehmen 70,7 % der Befragten häufiger Lärm auf der Straße durch beispielsweise laute Musik oder Betrunkene wahr. Diese Vorfälle werden von 66,8 % als eher störend empfunden. Streitereien und Schlägereien sehen die Anwohner der Stadtteile nie bis eher selten (66,2 %), doch wenn diese Tatbestände auftreten, dann werden sie von vielen Befragten als sehr störend wahrgenommen (34,6 %).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die größten Probleme Müll und Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen im Hinblick auf physische

Abbildung 27: Wahrnehmung von Incivilities

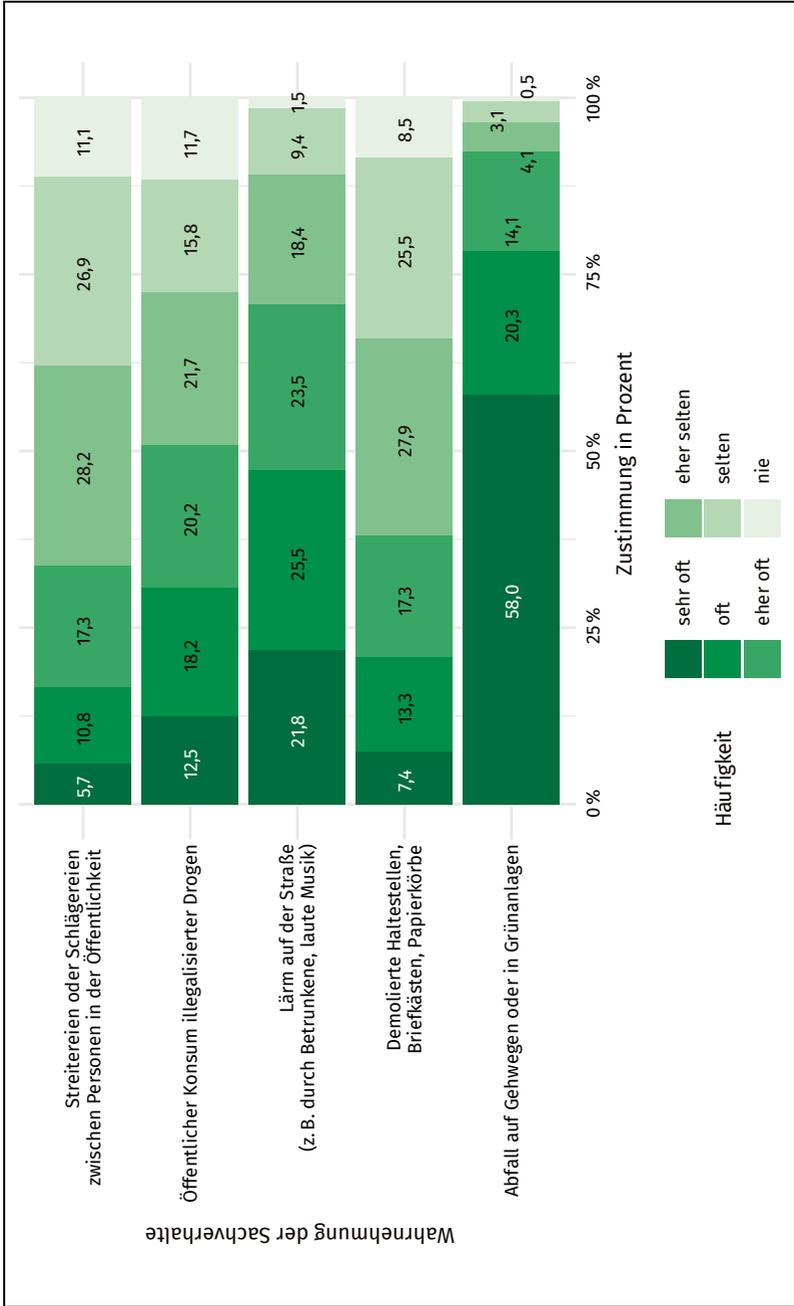
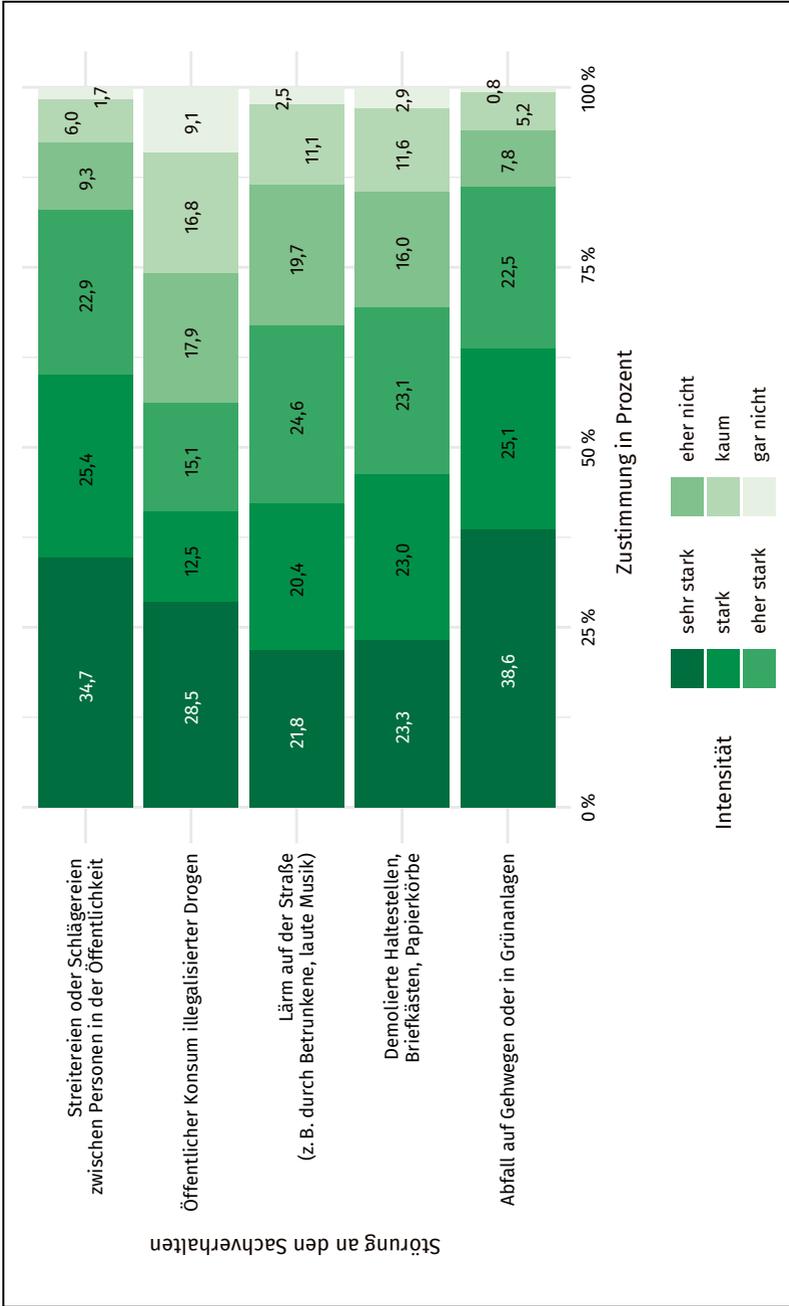


Abbildung 28: Störung an Incivilities



Incivilities darstellen. Der öffentliche Konsum illegalisierter Drogen sowie Lärm auf der Straße wird bezüglich sozialer Incivilities besonders häufig wahrgenommen.

5.3.2 Unterschiede zwischen BewohnerInnen außerhalb und innerhalb der WVZ

5.3.2.1 Sozio-demographische Unterschiede

Tabelle 20 beinhaltet das Geschlecht und die Altersgruppen der Befragten innerhalb und außerhalb der WVZ.

Wie eingangs erwähnt, erhielten die Befragten je nach Wohnort (innerhalb oder außerhalb der WVZ) unterschiedlich gefärbte Fragebögen. Dadurch ist im Nachhinein eine Unterscheidung basierend auf den Wohnorten möglich.

Im Folgenden sollen auffällige Unterschiede der Häufigkeitsverteilungen bezogen auf die drei Evaluierungskomponenten aufgezeigt werden. Dabei ist zu beachten, dass sich die Teilstichproben auch hinsichtlich sozio-demographischer Merkmale etwas unterscheiden (Tab. 20), was einen Einfluss auf die Ergebnisse ausüben kann. Zum einen liegt das durchschnittliche Alter der BewohnerInnen außerhalb der WVZ rund 4 Jahre höher als innerhalb der WVZ, zum anderen gibt es innerhalb der WVZ knapp 2 % weniger weibliche Teilnehmerinnen als außerhalb der WVZ. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe haben sich außerhalb der WVZ also mehr Frauen bzw. weniger Männer beteiligt.

5.3.2.2 Unterschiede im Sicherheitsempfinden

Tabelle 21 beinhaltet das Sicherheitsgefühl nach Zeitraum und Wohnort. Wie oben bereits erläutert, ist das Sicherheitsgefühl tagsüber sehr ausgeprägt, innerhalb der WVZ ein wenig mehr als außerhalb der WVZ. Dies zeigt sich auch für das nächtliche Sicherheitsgefühl, wenngleich hier die Unterschiede deutlicher werden. Außerhalb der WVZ gibt es relativ gesehen ca. doppelt so viele Personen (9,39 %) wie innerhalb der WVZ (4,95 %), welche angeben sich nachts sehr unsicher zu fühlen. Wie oben erläutert sind hierbei aber die sozio-demographischen Unterschiede der beiden

Tabelle 20: Sozio-demographische Struktur

Altersgruppen	Männlich innerhalb WVZ	Männlich außerhalb WVZ	Weiblich innerhalb WVZ	Weiblich außerhalb WVZ
15 bis unter 20	4 (3,7 %)	3 (1,5 %)	1 (0,9 %)	6 (2,8 %)
20 bis unter 25	14 (13,1 %)	27 (13,6 %)	28 (26,4 %)	54 (25,1 %)
25 bis unter 30	39 (36,4 %)	46 (23,2 %)	38 (35,8 %)	50 (23,3 %)
30 bis unter 35	16 (15,0 %)	33 (16,7 %)	16 (15,1 %)	30 (14,0 %)
35 bis unter 40	8 (7,5 %)	21 (10,6 %)	6 (5,7 %)	13 (6,0 %)
40 bis unter 45	7 (6,5 %)	9 (4,5 %)	3 (2,8 %)	5 (2,3 %)
45 bis unter 50	1 (0,9 %)	9 (4,5 %)	2 (1,9 %)	1 (0,5 %)
50 bis unter 55	2 (1,9 %)	8 (4,0 %)	3 (2,8 %)	11 (5,1 %)
55 bis unter 60	5 (4,7 %)	14 (7,0 %)	1 (0,9 %)	12 (5,6 %)
60 bis unter 65	4 (3,7 %)	7 (3,5 %)	3 (2,8 %)	7 (3,3 %)
65 bis unter 70	2 (1,9 %)	5 (2,5 %)	0 (0,0 %)	9 (4,2 %)
70 bis unter 75	3 (2,8 %)	6 (3,0 %)	2 (1,9 %)	6 (2,8 %)
75 bis unter 80	1 (0,9 %)	4 (2,0 %)	1 (0,9 %)	4 (1,9 %)
80 u. ä.	1 (0,9 %)	6 (3,0 %)	2 (1,9 %)	7 (3,3 %)
Insgesamt	106 (49,77 %)	199 (47,95 %)	107 (50,23 %)	216 (52,05 %)
	35,91	40,14	33,01	38,04
Mittelwert Alter	Innerhalb WVZ		Außerhalb WVZ	
	34,89		38,98	

Tabelle 21: Vergleich Sicherheitsempfinden nach Zeitpunkt und Ort

	MW (SD)	Sehr unsicher	Unsicher	Eher unsicher	Eher sicher	Sicher	Sehr sicher
Außerhalb der WVZ	Tagsüber	4,96 (0,97)	0,5 %	1,4 %	6,5 %	16,3 %	31,6 %
	Nachts	3,66 (1,40)	9,4 %	11,7 %	21,4 %	26,8 %	8,0 %
Innerhalb der WVZ	Tagsüber	5,19 (0,89)	0,9 %	0,4 %	2,7 %	12,0 %	41,2 %
	Nachts	3,85 (1,30)	5,0 %	10,4 %	23,0 %	27,5 %	9,0 %

Bereiche zu berücksichtigen. So leben außerhalb der WVZ mehr Frauen und der Altersdurchschnitt ist rund vier Jahre höher. In einschlägigen Forschungen wird bereits nachgewiesen, dass Frauen und ältere Personen ein tendenziell niedrigeres Sicherheitsgefühl aufweisen. Der Schluss, dass das Sicherheitsgefühl innerhalb der WVZ grundsätzlich höher ist als außerhalb WVZ, ist daher also eher nicht zulässig.

5.3.2.3 Unterschiede in der Viktimisierungserwartung

Während Personen außerhalb der WVZ es für wahrscheinlicher halten bestohlen oder Opfer eines Einbruchs zu werden, halten Personen innerhalb der WVZ es für wahrscheinlicher angepöbelt oder beleidigt zu werden (Abb. 29) (siehe auch Anlage 2, Tab. 17). Dies ist im Vergleich zur jeweils anderen Gruppe zu verstehen. Des Weiteren geben innerhalb der WVZ immerhin knapp 11 % der Befragten an, es für sehr wahrscheinlich zu halten

Abbildung 29: Viktimisierungserwartung innerhalb und außerhalb der WVZ

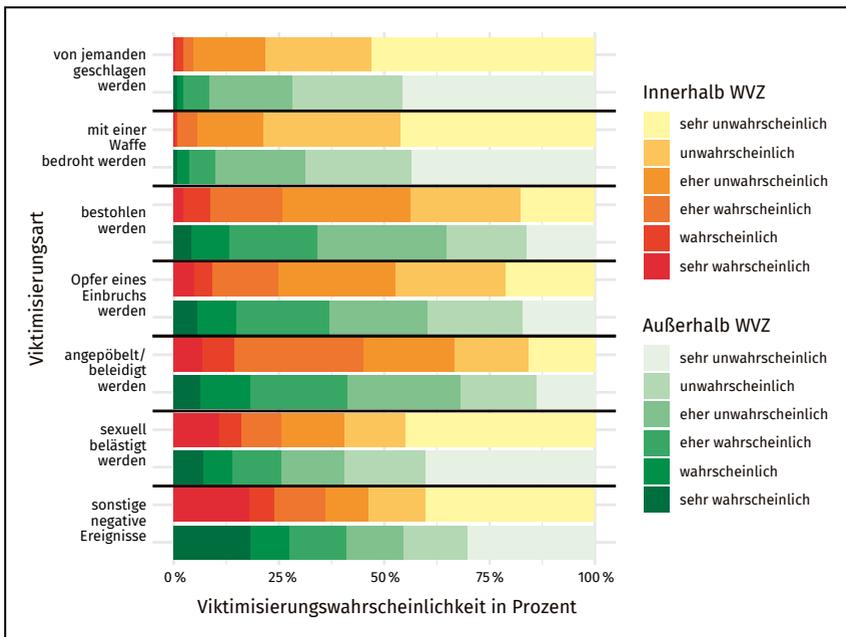
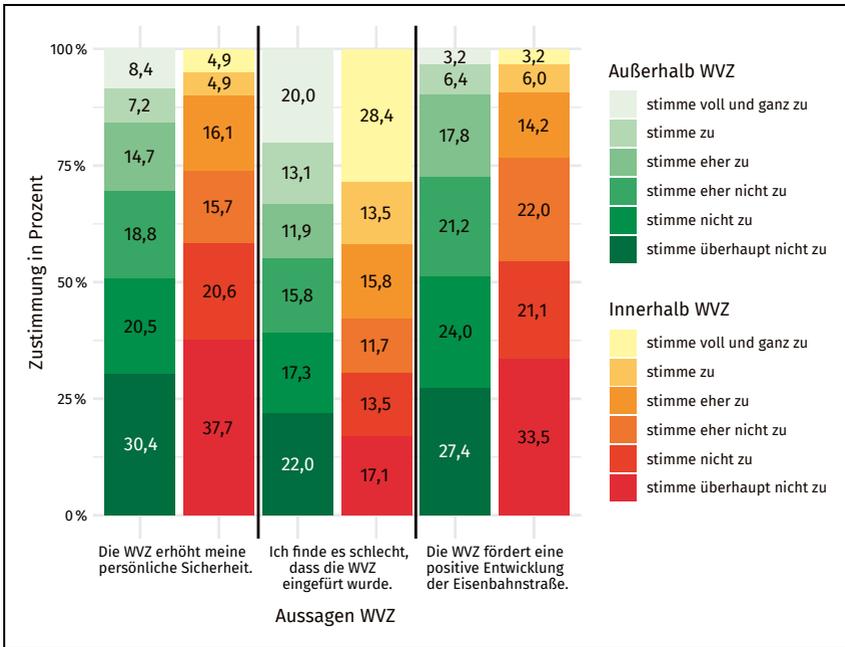


Abbildung 30: Einschätzungen zur WVZ



innerhalb der nächsten 12 Monate sexuell belästigt zu werden. Der Wert außerhalb liegt dagegen etwas niedriger bei rund 7 %.

5.3.2.4 Unterschiede in der Akzeptanz der WVZ

Vergleicht man die Zustimmungswerte zu den Aussagen bezüglich der WVZ, lässt sich feststellen, dass es insgesamt nur geringe Unterschiede zwischen BewohnerInnen innerhalb und außerhalb der WVZ gibt. Die größten Differenzen sind Abbildung 30 zu entnehmen (siehe Anlage 2, Tab. 18).

Dass die WVZ eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße fördert, wird von Befragten innerhalb der WVZ kritischer gesehen; rund ein Drittel stimmt dieser Aussage überhaupt nicht zu. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Beurteilung der Einführung der WVZ. Mehr als ein Viertel der Befragten innerhalb der WVZ stimmt der Aussage, „ich finde es schlecht, dass die WVZ eingeführt wurde“, voll und ganz zu. Rund 17 % stimmen der

Aussage überhaupt nicht zu. Außerhalb der WVZ ist dies ausgewogener, hier liegen die Werte bei 20 % (stimme voll und ganz zu) bzw. 22 % (stimme überhaupt nicht zu). Für die Aussage, dass die WVZ die eigene Sicherheit erhöht, gibt es in beiden Bereichen nur geringe Zustimmungswerte. Vor allem innerhalb der WVZ wird dem jedoch überhaupt nicht zu gestimmt (rund 38 %). Näheres zu diesem Punkt weiter unten. Insgesamt lässt sich festhalten, dass Aussagen zur WVZ von Befragten beider Bereiche kritisch gesehen werden und diese Kritik von BewohnerInnen innerhalb der WVZ nochmals stärker formuliert wird.

5.3.2.5 Unterschiede in der Einschätzung der Veränderung des Sicherheitsgefühls

In Tabelle 22 sind die Ergebnisse zur Frage nach der Veränderung des Sicherheitsgefühls seit Einführung der WVZ dargestellt. Wie oben bereits erwähnt, sorgt die WVZ bei einer Mehrzahl der Befragten nicht für eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls. Vielmehr ist dieses bei einem Großteil der Befragten unverändert. Das zeigt sich auch bei dieser Frage. Abgesehen von einer Mehrheit, welche keine Veränderungen wahrgenommen hat, fühlen sich die Befragten seit Einführung der WVZ eher „unsicherer“ oder „viel unsicherer“ als „sicherer“ oder „viel sicherer“. Das gilt vor allem für Befragte innerhalb der WVZ. Während Befragte außerhalb der WVZ grundsätzlich eine ähnliche Tendenz aufweisen, gibt es hier jedoch mehr Befragte, welche sich „sicherer“ oder „viel sicherer“ fühlen.

Tabelle 22: Veränderung des Sicherheitsempfindens seit Einführung der WVZ

	Viel unsicherer	Unsicherer	Unverändert	Sicherer	Viel sicherer
Außerhalb der WVZ	2,7 %	13,7 %	71,7 %	9,7 %	2,2 %
Innerhalb der WVZ	6,3 %	13,4 %	73,2 %	3,9 %	3,1 %
Differenz	-3,6 %	0,3 %	-1,5 %	5,8 %	-0,9 %
		-3,3 %	-1,5 %		4,9 %

5.3.2.6 Unterschiede in Kontakt und Erfahrungen mit der Polizei

In Tabelle 23 sind die Items „Kontakt zur Polizei“ sowie „unfair empfundene Erfahrungen“ in Abhängigkeit des Wohnorts der Befragten dargestellt.

Tabelle 23: Kontakt zur Polizei und als unfair empfundene Erfahrung nach Wohnort

	Kontakt zur Polizei gehabt	unfair empfundene Erfahrungen
Außerhalb der WVZ	15,5 %	20,6 %
Innerhalb der WVZ	18,3 %	30,6 %

Da es in den verschiedenen Kategorien des Kontakts (Durchsuchung Kleidung, Ausweiskontrolle etc.) keine nennenswerten Unterschiede gibt, werden diese hier zusammengefasst dargestellt. Berücksichtigt man eine verstärkte Kontrolltätigkeit der verschiedenen Behörden in der WVZ, so ist der recht geringe Unterschied zwischen den beiden Bereichen bemerkenswert. So hatten Befragte innerhalb der WVZ nur knapp 3 % mehr Kontakt zur Polizei als außerhalb der WVZ. Anders verhält es sich mit den als unfair empfundenen Erfahrungen. Hier zeigt sich, dass in der WVZ wohnhafte Personen vermehrt angeben ungerechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht zu haben (30,6 % zu 20,6 %).

Exkurs: die Teilstichprobe der migrantischen Befragten

Wie bereits eingangs (vgl. 5.1) hervorgehoben, ist der Anteil der migrantischen BewohnerInnen der beiden Ortsteile am Response mit nur 8,8 % zu gering für eine systematische statistische Analyse. Zudem ist der Hinweis auf eine Selektivität des Rücklaufs gegeben. Von den Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit (n = 43) haben 36 Befragte den deutschsprachigen Fragebogen beantwortet. Von den 15 Befragten mit einer deutschen und anderen Staatsangehörigkeit haben alle den deutschsprachigen Fragebogen verwendet.

Dennoch soll zumindest skizzenhaft auf einige Unterschiede zwischen den beiden Teilstichproben der Befragten mit ausschließlich deutscher

Staatsangehörigkeit (n = 588) und den Befragten mit einer deutschen und einer anderen sowie nur einer anderen Staatsangehörigkeit (im Folgenden der sprachlichen Vereinfachung wegen als migrantische Teilstichprobe bezeichnet; n = 58)³⁴ einerseits und der Teilstichprobe der Befragten mit ausschließlich deutscher Staatsbürgerschaft (im Folgenden als restliche Teilstichprobe bezeichnet) andererseits eingegangen werden.

Die statistischen Unterschiede werden mittels t-Tests³⁵ analysiert.

Zunächst ergibt sich für das Sicherheitsempfinden tagsüber und nachts kein interpretierbarer Unterschied zwischen beiden Gruppen.

Die Viktimisierungserwartung ist des Weiteren eine relevante Einflussgröße auf das Sicherheitsempfinden. Hierzu ergeben sich zwei signifikante Differenzen. In der migrantischen Teilstichprobe ist die Befürchtung „von jemandem geschlagen zu werden“ (Mittelwertdifferenz von 0,31*) und „mit einer Waffe bedroht zu werden“ (Mittelwertdifferenz von 0,34*) höher als es die Mittelwerte zu diesen Viktimisierungserwartungen in der restlichen Teilstichprobe ausweisen.

Bezüglich der Einschätzungen der Polizeiarbeit im Zusammenhang mit der WVZ ergeben sich drei (nicht signifikante) Mittelwertdifferenzen. Folgenden Aussagen stimmt die migrantische Teilstichprobe im Mittelwert mehr zu: „Aufgrund der häufigen Anwesenheit von Polizei habe ich den Eindruck, dass es hier gefährlich ist.“ (Mittelwertdifferenz von 0,46), „Ich fühle mich sicherer, wenn ich sehe, dass die Polizei Kontrollen durchführt.“ (Mittelwertdifferenz von 0,43) und „Wenn mir etwas zustößt, vertraue ich stets darauf, dass die Polizei mir hilft.“ (Mittelwertdifferenz von 0,37). Dieses Ergebnis lässt sich durchaus, ungeachtet der eingangs getroffenen Einschränkung hinsichtlich Selektivität, als ein größeres Vertrauen der Befragten der migrantischen Teilstichprobe in die Polizei interpretieren als jenes der Befragten der restlichen Teilstichprobe. Ein ähnliches Resultat geht aus den ExpertInneninterviews hervor, denenzufolge junge Migrantinnen die deutsche Polizei als sehr positiv beurteilen, was von Erfahrungen in den Herkunftsländern hervorgerufen vermutet wird.

³⁴ In 16 Fragebögen wurde die Staatsangehörigkeit nicht angegeben.

³⁵ Mit t-Tests werden zwei ausgewählte Faktoren (Ausprägungen) einer Variablen im Hinblick auf eine metrische Variable geprüft. Ermittelt wird das arithmetische Mittel für jeweils die beiden Ausprägungen und auf Varianzhomogenität und Signifikanz getestet. Aufgrund der sehr kleinen Fallzahl ist nur selten das Erreichen von Signifikanz erwartbar.

In der allgemeinen Einstellung zur Polizei weicht die migrantische Teilstichprobe in zwei Variablen ab, indem weniger zugestimmt wird. So „Die Polizei sollte härter durchgreifen, um ernst genommen zu werden.“ (Mittelwertdifferenz $-0,27^*$) und „Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein.“ (Mittelwertdifferenz $-0,50$).

Schließlich ergeben sich zwei nichtsignifikante Differenzen im Hinblick auf die Einschätzung der WVZ, indem die migrantische Teilstichprobe mehr zustimmt: „Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit.“ (Mittelwertdifferenz $0,42$) und „Die Waffenverbotszone führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen.“ (Mittelwertdifferenz $0,28$). Hervorhebenswert ist hier die häufigere Betonung des Schutzes durch Polizei seitens der Befragten der migrantischen Stichprobe.

5.4 Prüfung von bivariaten Zusammenhängen der Evaluierungskomponenten mit Einstellungen, Meinungen und Wahrnehmungen

5.4.1 Sicherheitsempfinden

Die Prüfung bivariater Zusammenhänge mit Variablen, auf die sich ein Erklärungsinteresse richtet, ist ein Zwischenschritt, mit dem erste Einsichten bezüglich theoretisch ausgewählter erklärender (unabhängiger) Variablen gewonnen werden. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen ist aber noch kein eigenständiges Ergebnis. Erst unter multivariaten Bedingungen kann abgeklärt werden, ob der gefundene Zusammenhang stabil bleibt, also nicht durch eine oder mehrere Drittvariablen zustande gekommen ist (Scheinkorrelation).

Für die bivariaten Zusammenhänge wurde die zu erklärende Variable, das Sicherheitsempfinden, in drei verschiedenen Varianten verwendet. Zum einen das Sicherheitsempfinden nach Zeitraum (tagsüber und nachts), zum anderen wurde für das situationsspezifische Sicherheitsempfinden ein additiver Index gebildet. In Tabelle 24 sind Zusammenhänge für diese drei Varianten der Messung des Sicherheitsempfindens enthalten. Neben dem Alter, dem Bildungsniveau und dem Geschlecht, welche als wichtige Einflussfaktoren auf das Sicherheitsempfinden gelten, wurden auch Zusammenhänge mit Anomia, politischer Einstellung, wahrgenommenen

Tabelle 24: Bivariate Analyse des Sicherheitsempfindens

	Situations-spezifisches Sicherheitsempfinden	Sicherheitsempfinden tagsüber	Sicherheitsempfinden nachts
Alter	-,42*** (586)	-,33*** (649)	-,21*** (641)
Bildung (höhere Bildung = 1)	,38*** (565)	,26*** (624)	,21*** (617)
Geschlecht (weiblich = 1)	-,09* (577)	-,02 (647)	-,20*** (640)
Wohndauer (länger als 10 Jahre = 1)	-,42*** (590)	-,31*** (656)	-,22*** (648)
Anomia	-,39*** (590)	-,34*** (656)	-,30*** (648)
Politische Einstellung (konservativ = 6)	-,46*** (559)	-,39*** (610)	-,33*** (606)
wahrgenommene Incivilities	-,56*** (572)	-,49*** (628)	-,54*** (624)
Viktimisierung (viktimisiert = 1)	-,12** (579)	-,14*** (638)	-,18*** (633)
Viktimisierungserwartung	-,57*** (558)	-,49*** (616)	-,57*** (611)
Zeit in der Eisenbahnstraße	,34*** (584)	,24*** (648)	,20*** (640)

Korrelationskoeffizient nach Pearson, n in Klammern: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$

Incivilities, Viktimisierung, Viktimisierungserwartung und der in der Eisenbahnstraße verbrachten Zeit geprüft. Erläuterungen zur Rekodierung unabhängiger Variablen sind in Anlage 2, Tabellen 19.1–19.6 enthalten.

Zunächst soll auf die drei Variablen eingegangen werden, die sich in kriminologischen Untersuchungen als gut replizierte Prädiktoren für das Sicherheitsempfinden herausgestellt haben. Es ist zu erkennen, dass mit zunehmendem Alter das situationspezifische Sicherheitsempfinden sinkt. Umgekehrt steigt dieses bei einem höheren Bildungsabschluss. Für das Geschlecht wurde lediglich ein schwacher Zusammenhang zum situationspezifischen Sicherheitsempfinden festgestellt, d. h. Frauen weisen tendenziell ein leicht geringeres Sicherheitsempfinden auf. Alle drei Zusammenhänge stimmen mit gut replizierten Ergebnissen einschlägiger Untersuchungen überein.

Für die weiteren Variablen lassen sich die stärksten Zusammenhänge für das Produkt aus Wahrnehmung von und Störung an Incivilities sowie

für die Viktimisierungserwartung beobachten. Je stärker ausgeprägt die Variable zu den Incivilities ist, desto niedriger ist das situationsspezifische Sicherheitsempfinden. Wie zu erwarten, geht der Zusammenhang bezüglich der Viktimisierungserwartung in die gleiche Richtung: Je stärker Personen erwarten viktimisiert zu werden, desto unsicherer fühlen sie sich. Auch diese gefundenen Zusammenhänge stimmen mit den Ergebnissen kriminologischer Forschung überein.

Ebenso sind negative Zusammenhänge mit Anomia, politischer Einstellung und Wohndauer beobachtbar, wenngleich diese nicht ganz so stark sind. D. h. Personen fühlen sich unsicherer je ausgeprägter ihre Anomia ist, je konservativer³⁶ sie sich politisch selbst einschätzen und wenn sie Langzeitbewohner in den Ortsteilen (mindestens zehn Jahre) sind. Dass Personen, welche die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse tendenziell als beängstigend wahrnehmen, ein geringeres Sicherheitsempfinden aufweisen, stimmt mit der Annahme überein, dass Kriminalitätsfurcht eine Folge generalisierter Ängste ist (vgl. 5.2). Zum Einfluss der Wohndauer auf das Sicherheitsempfinden gibt es dagegen keine gesicherten Ergebnisse. Es wäre jedoch auch ein positiver Zusammenhang denkbar, demzufolge sich mit der Wohndauer regionenspezifisches Kapital ausbildet (Skrobanek & Jobst 2006), welches die raumbezogene Vertrautheit fördert und das Sicherheitsempfinden steigern müsste. Ein Grund für das dem entgegengesetzte Ergebnis ist wahrscheinlich die sozio-demographische Zusammensetzung der Langzeitbewohner, insbesondere das höhere Lebensalter.

Ein positiver Zusammenhang ergibt sich zwischen verbrachter Zeit in der Eisenbahnstraße und Sicherheitsempfinden.³⁷ Kaum einen Zusammenhang gibt es dagegen zwischen erfahrener Viktimisierung und Sicherheitsempfinden. Dieses Ergebnis stimmt mit den Befunden aus einschlägigen Studien überein. Eine Erklärung dafür, die auch empirisch nachgewiesen ist, besteht darin, dass Viktimisierungen kognitiv verarbeitet werden. Das

³⁶ Die in politischen Kontexten verwendete Bezeichnung „rechts“ hat eine zum ursprünglichen Inhalt verschobene Konnotation erhalten, welche sie im Alltagssprachgebrauch gleichsetzt mit einer extremistischen Orientierung. Für eine solche Gleichsetzung gibt es in den Befragungsdaten, insbesondere auch den Äußerungen am Ende des Fragebogens (vgl. Kapitel 6) jedoch keine Hinweise. Es wird deshalb bezüglich der Analyse der Befragungsdaten die Bezeichnung „konservativ“ statt „rechts“ und „liberal“ statt „links“ verwendet, um kurzschlüssigen Deutungen nicht zu fördern.

³⁷ Hier wurde eine Korrelation nach Spearman (ordinalskalierte Variablen) gerechnet.

Resultat besteht in der Intensität der Viktimisierungserwartung. Erst eine kognitive Verarbeitung wirkt dann direkt auf das Sicherheitsempfinden. Das zeigt sich auch in der vorliegenden Studie.

Blickt man auf das Sicherheitsempfinden abgefragt nach der Tageszeit, zeigen sich grundsätzlich ähnliche Zusammenhänge. Die Zusammenhänge zwischen Alter, Bildungsabschluss und Sicherheitsempfinden verlaufen in die gleiche Richtung wie beim situationsspezifischen Sicherheitsempfinden, sind allerdings nicht so stark ausgeprägt. Zwischen dem Geschlecht und dem Sicherheitsempfinden lässt sich weiterhin nur ein schwacher Zusammenhang nachweisen, vor allem tagsüber ist dieser praktisch nicht vorhanden, nachts ist dieser stärker ausgeprägt. Ähnliches gilt für eine er-fahrene Viktimisierung.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass Zusammenhänge des Sicherheitsempfindens mit den Variablen Alter, Bildungsabschluss, Wohndauer, Anomia, politische Einstellung und verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße nachts schwächer sind als tagsüber. Entgegengesetzt verhält es sich bezüglich der Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Incivilities, Viktimisierungserwartung mit dem Sicherheitsempfinden. Diese Zusammenhänge sind nachts stärker als tagsüber.

5.4.2 Akzeptanz der WVZ

Für die Analyse der bivariaten Zusammenhänge der Akzeptanz wurden nur die Aussagen zur WVZ verwendet (Itematterie 28 im Fragebogen). Leider weisen die Ergebnisse der individuellen Einschätzungen der Veränderung der Straftaten und der Veränderung des Sicherheitsgefühls eine zu geringe Varianz auf. Es ist daher nicht sinnvoll diese Variablen auf bivariate Zusammenhänge zu untersuchen. Die Akzeptanz wird durch einen Index aus der Itematterie 28 im Fragebogen gebildet. Die Ergebnisse zu den bivariaten Zusammenhängen sind in Tabelle 25 enthalten.

Wird zuerst das Alter betrachtet, lässt sich feststellen, dass mit zunehmendem Alter die Akzeptanz der WVZ steigt. Ein negativer, schwacher Zusammenhang ergibt sich für die Bildung. Die Akzeptanz sinkt bei einem höheren Bildungsabschluss. Hinsichtlich des Geschlechts konnte kein Zusammenhang nachgewiesen werden. Ein positiver Zusammenhang besteht zwischen der Anomia und der Akzeptanz. Das heißt je stärker die Anomia bei den Befragten ausgeprägt ist, umso stärker akzeptieren sie die Einfüh-

Tabelle 25: Bivariate Analyse der Akzeptanz der WVZ

	Akzeptanz
Alter	,38*** (652)
Bildung (höhere Bildung = 1)	-,18*** (627)
Geschlecht (weiblich = 1)	-,04 (642)
Wohndauer (länger als 10 Jahre = 1)	,24*** (661)
Anomia	,25*** (662)
Politische Einstellung (konservativ = 6)	,39*** (613)
wahrgenommene Incivilities	,30*** (631)
Viktimisierung (viktimisiert = 1)	-,12*** (641)
Viktimisierungserwartung	,17*** (618)
Zeit in der Eisenbahnstraße	-,37*** (651)

Korrelationskoeffizient nach Pearson, n in Klammern: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$

rung der WVZ. In etwa gleich stark ist der Zusammenhang zwischen Wohndauer und Akzeptanz. Einen mittleren positiven Zusammenhang erkennt man sowohl bei der politischen Einstellung als auch bei den Incivilities. Je stärker Wahrnehmung von und Störung an Incivilities ausgeprägt sind und je konservativer sich die Person politisch einordnet, desto stärker befürworten sie die WVZ. Diese Ergebnisse sind durchweg plausibel.

Weniger plausibel scheint, dass Viktimisierungserfahrungen die Akzeptanz der WVZ senken. Wie bereits bemerkt, wirken Viktimisierungserfahrungen über ihre kognitive Verarbeitung, in die u. a. auch die Schwereinschätzung eingeht. Deshalb sollte diese Variable im Kontext der Viktimisierungserwartung gesehen werden. Denn je mehr die befragte Person erwartet in nächster Zeit Opfer einer Straftat zu werden, desto größer ist ihre Akzeptanz der WVZ. Dieser indirekte Zusammenhang ist demnach vergleichbar mit der Beeinflussung des Sicherheitsempfindens.

Für die verbrachte Zeit auf der Eisenbahnstraße zeigt sich mittels der Spearman-Korrelation ein mittlerer negativer Zusammenhang. D. h. Perso-

nen akzeptieren die WVZ weniger, je mehr Zeit sie in der Eisenbahnstraße verbringen.

Insgesamt sind die gefundenen Zusammenhänge statistisch zufriedenstellend und theoretisch weitgehend erwartet. Bemerkenswert sind darüber hinaus die beobachtbaren Zusammenhänge der Akzeptanz der WVZ mit der Wohndauer (LangzeitbewohnerInnen) sowie mit der Häufigkeit der Frequentierung der Eisenbahnstraße. Letzteres betrifft alle Befragten, unabhängig davon, ob sie in der Eisenbahnstraße wohnen. D. h. hier wird sichtbar, dass Befragte die Vielfältigkeit des Angebots der Eisenbahnstraße nutzen und die WVZ für diese Bedürfnisse eher als störend empfinden. Allerdings muss sich erst unter multivariaten Bedingungen zeigen, ob dieser Zusammenhang belastbar ist.

5.5 Prüfung multivariater Zusammenhänge mit den Evaluierungskomponenten

Multivariate Analyseverfahren sind erforderlich, um Zusammenhänge zwischen Beobachtungen unter Kontrolle weiterer Variablen im Hinblick auf ihre Stabilität zu untersuchen. Möglichen Scheinkorrelationen kann so im Gegensatz zur bivariaten Analyse besser vorgebeugt werden. Dafür wurden erneut die bivariaten Korrelationskoeffizienten auf Basis der Stichprobengröße der Regressionsmodelle ermittelt. Das ist erforderlich, weil durch Zusammenführung mehrerer Variablen zu einem Modell die Fehlwerte (Missings) zunehmen. Um die Modelle miteinander vergleichen zu können, muss deshalb die Fallzahl um die kumulierten Missings reduziert werden. Des Weiteren lassen sich durch einen stufenförmigen Aufbau der Modelle die Veränderungen des Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variablen verfolgen und so weitere mögliche (interaktive) Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen erkennen.

In Tabelle 26 sind die Modelle für die abhängige Variable situationspezifisches Sicherheitsempfinden dargestellt. Modell 1 umfasst dabei zunächst nur die drei Variablen Alter, Bildung und Geschlecht. Schon dieses Modell weist ein adjustiertes R^2 von immerhin 0,22 (erklärte Varianz der abhängigen Variable von 22 %) auf. Die Regressionskoeffizienten ergeben, dass Personen mit höherer Bildung im Vergleich zu Personen mit niedriger Bildung unter Kontrolle der weiteren Variablen im Mittel ein um 0,75 Einheiten höheres situationspezifisches Sicherheitsempfinden aufweisen.

Tabelle 26: Multivariate Modelle zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden

	Abhängige Variable: situationsspezifisches Sicherheitsempfinden ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	-,37***	-,02***	-,01***	-,01**
Bildung	,35***	,75***	,20	,19
Geschlecht	-,07	-,25**	-,20**	-,19**
Wohndauer	-,38***		-,26.	-,24
Anomia	-,37***		-,10*	-,09*
Politische Einstellung (konservativ)	-,48***		-,20***	-,19***
wahrgenommene Incivilities	-,57***		-,04***	-,04***
Viktimisierung	-,13***		-,03	-,06
Viktimisierungserwartung	-,56***		-,45***	-,43***
Zeit in der Eisenbahnstraße	,33***			,11***
Adj. R ²		,22***	,57**	,59***
N		487	487	487

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei allen drei Modellen nicht konstant ist. Um dies zu beheben, wurden mittels des Hubert & White Schätzverfahrens robuste Schätzer ermittelt. Des Weiteren sind die Fehler nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt nicht vor.

Signif. codes: 0 ,***' 0.001 ,**' 0.01 ,*' 0.05 ,.' ,'

Für Frauen wird im Mittel ein um 0,25 niedrigeres situationsspezifisches Sicherheitsempfinden vorhergesagt.

Der Koeffizient des Alters erscheint recht klein, dabei ist jedoch zu beachten, dass er sich jeweils auf die Erhöhung des Alters um ein Jahr bezieht. Mit jedem Lebensjahr nimmt das Sicherheitsempfinden unter Kontrolle von Bildung und Geschlecht also um 0,02 Punkte ab. In Bezug auf die bivariate Analyse (siehe Spalte „r“) lässt sich erkennen, dass die Richtung des Zusammenhangs gleichbleibt. Die Werte ändern sich durch die Kontrolle weiterer Variablen aber teils stark. Während beispielsweise für das Geschlecht in der bivariaten Analyse nur ein schwacher nicht signifikanter Zusammenhang vorhergesagt wurde, ist dieser nun deutlich stärker ausgeprägt.

In Modell 2 sind die Variablen Wohndauer, Anomia, politische Einstellung, Viktimisierung und Viktimisierungserwartung aufgenommen. Den größten Einfluss auf die abhängige Variable weist die Viktimisierungserwartung auf. Je höher die Erwartung ist, in den kommenden 12 Monaten Opfer einer Straftat zu werden, desto niedriger ist das situationsspezifische Sicherheitsempfinden. Ebenfalls stark negativ ist der Koeffizient der Wohndauer. Für LangzeitbewohnerInnen wird gegenüber allen anderen BewohnerInnen und unter Kontrolle der restlichen Variablen im Modell, ein niedrigeres Sicherheitsempfinden erwartet. Auch für eine ausgeprägte Anomia und eine konservative Einstellung wird ein niedrigeres Sicherheitsempfinden vorhergesagt, wenngleich die Zusammenhänge hier nicht so stark ausgeprägt sind wie bei der Viktimisierungserwartung.

Dass sich der Zusammenhang des Sicherheitsempfindens mit den Incivilities unter multivariaten Bedingungen fast auflöst, ist unerwartet. Wenngleich immer noch die negative Richtung mit den Ergebnissen einschlägiger Forschungen übereinstimmt, so ist der geringe Zusammenhang außergewöhnlich. Neben der Viktimisierungserwartung ist die Wahrnehmung von Incivilities in vergleichbaren Untersuchungen der stärkste Prädiktor für ein geringes Sicherheitsempfinden.

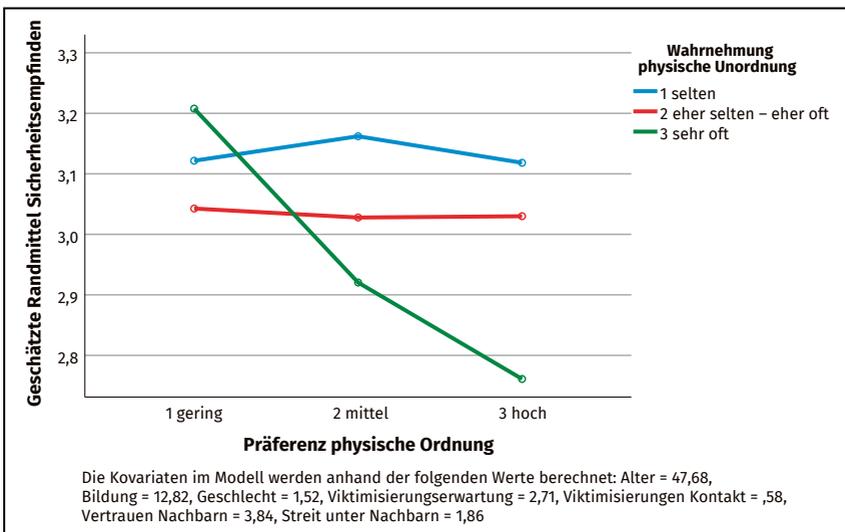
Für eine aussagekräftigere Beurteilung dieses geringen Zusammenhangs (trotz der starken Wahrnehmung von Incivilities – vgl. Abschn. 5.3.1.5 und Kap. 6 und einem starken bivariaten Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden) müsste die Zusammensetzung der Stichprobe mit einbezogen werden. Stattdessen wird hier zunächst auf ein Projekt Bezug genommen, das auf einer Stichprobe der Leipziger Bevölkerung (Sicherheitsbefragung 2016) basiert (Mühler 2021). Die Hypothese besagt, dass die

Präferenz einer Person für Ordnung im öffentlichen Raum in Interaktion mit der Häufigkeit der Wahrnehmung von Incivilities auf das Sicherheitsempfinden Einfluss nimmt.

Während sich bei geringer und mittlerer Wahrnehmung von Incivilities das Sicherheitsempfinden mit Zunahme der Ordnungspräferenz kaum ändert, zeigt sich eine deutliche Differenz des Sicherheitsempfindens bei jenen Befragten, die sehr oft Incivilities wahrnehmen, sich aber in ihren Ordnungspräferenzen unterscheiden. Je stärker die Präferenz für Ordnung im öffentlichen Raum ausgeprägt ist, desto geringer ist das Sicherheitsempfinden bei Befragten, die sehr oft Incivilities wahrnehmen. Obwohl noch nicht auf Replizierbarkeit geprüft, ergibt sich zunächst, dass Befragte, die sehr oft Incivilities wahrnehmen, aber eine sehr geringe Ordnungspräferenz aufweisen sogar ein höheres Sicherheitsempfinden angeben, als alle anderen Befragten. Demgegenüber weisen aber Befragte, die sehr oft Incivilities wahrnehmen und eine starke Ordnungspräferenz angeben, das mit Abstand geringste Sicherheitsempfinden auf (Abb. 31).

Da, Lüdemann folgend, Wahrnehmung und Präferenz häufig zusammen zu einem Index rekodiert werden (wie auch in der bisher vorgenom-

Abbildung 31: Interaktion zwischen Ordnungspräferenz und Wahrnehmung von Incivilities



menen Analyse des Datensatzes), bleibt diese Interaktion verdeckt. Deshalb sei nochmals bemerkt, dass sich Hinweise auf eine Polarisierung der Wohnbevölkerung in der Stichprobe ergeben. Unterstützt wird diese Annahme durch die Befragungsergebnisse, die Bemerkungen am Ende des Fragebogens sowie die Einschätzungen der ExpertInnen hinsichtlich ihrer Kontaktgruppen. Eine solche Polarisierung ist insgesamt in Bezug auf die Beurteilung von Kriminalität, Sicherheit, Incivilities und Polizei zu beobachten. Personenmerkmale, die auf deutlich unterschiedliche Urteile hinweisen, sind Alter, Familienstand (Kinder im Haushalt), Erwerbstätigkeit und politische Grundeinstellung.

Es kann deshalb angenommen werden, dass diese Besonderheit in der Zusammensetzung der Stichprobe auch konträre Ordnungspräferenzen impliziert, sodass der erwartete Effekt der Häufigkeit der Wahrnehmung von Incivilities auf das Sicherheitsempfinden nahezu neutralisiert wird.

Den Erwartungen entspricht dagegen der geringe Zusammenhang des Sicherheitsempfindens mit der Viktimisierungserfahrung, weil Viktimisierungen in erster Linie über ihre kognitive Beurteilung (Viktimisierungserwartung) individuell eingeordnet werden.

Bemerkenswert ist schließlich, dass der Einfluss der Bildung durch Hinzunahme der weiteren Variablen deutlich kleiner wird. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Bildungsniveau einen nicht geringen Zusammenhang zu einer oder mehrerer der neu aufgenommen Variablen aufweist.

Modell 3 umfasst schließlich noch zusätzlich die Variable „verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße“. Das Modell wird durch die Aufnahme dieser Variable aber im Grunde nicht verbessert, das adjustierte R^2 liegt nun bei 0,59. Der Regressionskoeffizient für die Variable verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße beträgt 0,11. Das bedeutet, dass Personen, welche mehr Zeit in der Eisenbahnstraße verbringen, unter Kontrolle der weiteren Variablen im Mittel ein leicht höheres situationsspezifisches Sicherheitsempfinden besitzen. Die Aufnahme dieser Variable hat nahezu keinen Einfluss auf die Regressionskoeffizienten der anderen Variablen.

In Tabelle 27 sind die Modelle für die abhängige Variable Sicherheitsempfinden tagsüber dargestellt. Modell 1 umfasst dabei zunächst wieder die drei Variablen Alter, Bildung und Geschlecht. Das adjustierte R^2 dieses Modells beträgt 0,12. Ähnlich wie beim situationsspezifischen Sicherheitsempfinden weisen die Regressionskoeffizienten darauf hin, dass Personen mit höherer Bildung im Vergleich zu Personen mit niedriger Bildung unter Kontrolle der weiteren Variablen im Mittel ein höheres Sicherheitsempfin-

Tabelle 27: Multivariate Modelle zum Sicherheitsempfinden tagsüber

	Abhängige Variable: Sicherheitsempfinden tagsüber ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	-,32***	-,01***	-,01***	-,01***
Bildung	,26***	,39***	-,03	-,03
Geschlecht	-,03	-,13*	-,06	-,05
Wohndauer	-,27***		-,05	-,05
Anomia	-,35***		-,16***	-,15**
Politische Einstellung (konservativ)	-,40***		-,12***	-,12***
wahrgenommene Incivilities	-,48***		-,02***	-,02***
Viktimisierung	-,14***		-,12.	-,13*
Viktimisierungserwartung	-,46***		-,27***	-,26***
Zeit in der Eisenbahnstraße	,22***			,03
Adj. R ²		,12***	,39***	,39***
N		528	528	528

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei allen drei Modellen nicht konstant ist. Um dies zu beheben, wurden mittels des Hubert & White Schätzverfahrens robuste Schätzer ermittelt. Des Weiteren sind die Fehler nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt nicht vor.

Signif. codes: 0 ,***' 0.001 ,**' 0.01 ,*' 0.05 ,.'

den aufweisen. Für Frauen wird im Mittel ein niedrigeres Sicherheitsempfinden vorhergesagt. Beide Koeffizienten sind jedoch deutlich niedriger als sie in Bezug auf das situationspezifische Sicherheitsempfinden waren. Der Koeffizient des Alters bleibt nahe null stabil. Auch in Bezug auf die bivariate Analyse (siehe Spalte „r“) lassen sich Parallelen zum situationspezifischen Sicherheitsempfinden erkennen. Die Richtung des Zusammenhangs bleibt gleich, die Werte ändern sich durch die Kontrolle weiterer Variablen aber teils stark.

Auch hier wurden in Modell 2 wieder die Variablen Wohndauer, Anomia, politische Einstellung, Viktimisierung und Viktimisierungserwartung aufgenommen. Das adjustierte R^2 beträgt hier 0,39. Den größten Einfluss auf die abhängige Variable weist wiederum die Viktimisierungserwartung auf, wenngleich nicht so stark ausgeprägt wie beim situationsspezifischen Sicherheitsempfinden. Für die Koeffizienten der Variablen Anomia, politische Einstellung und Viktimisierung wird jeweils ein moderat negativer Zusammenhang zum Sicherheitsempfinden tagsüber vorhergesagt. Der Einfluss der Wohndauer und der Incivilities spielen nur eine untergeordnete Rolle. Ähnlich wie beim situationsspezifischen Sicherheitsempfinden ist auch in diesem Modell der Einfluss des Bildungsniveaus stark gesunken. Mit einem Regressionskoeffizienten von $-0,03$ ist praktisch kein Zusammenhang zum Sicherheitsempfinden tagsüber vorhanden.

Modell 3 umfasst schließlich wieder zusätzlich die Variable verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße. Das adjustierte R^2 ändert sich durch diese Hinzunahme nicht. Der Regressionskoeffizient für die verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße ist nahe null, also zu vernachlässigen. Die Aufnahme dieser Variable hat nahezu keinen Einfluss auf die Regressionskoeffizienten der anderen Variablen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich das Sicherheitsempfinden tagsüber letztlich aus der Viktimisierungserwartung, etwas schwächer durch eine anomische Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse und einer tendenziell konservativen Einstellung erklären lässt. D. h. umgekehrt, wer eher eine liberale Einstellung aufweist, die gesellschaftlichen Verhältnisse positiv wahrnimmt und eine geringere Viktimisierungserwartung aufweist, verfügt über ein tendenziell höheres Sicherheitsempfinden tagsüber.

In Tabelle 28 sind die Modelle für die abhängige Variable Sicherheitsempfinden nachts dargestellt.

Modell 1 umfasst dabei wie bisher wieder die drei Standardkontrollvariablen Alter, Bildung und Geschlecht. Das adjustierte R^2 dieses Modells beträgt 0,09. Im Gegensatz zum Sicherheitsempfinden tagsüber sind die Regressionskoeffizienten des Bildungsniveaus und des Geschlechts deutlich stärker ausgeprägt. Für Personen mit höherer Bildung wird im Mittel ein um 0,56 Punkte höheres Sicherheitsempfinden vorhergesagt, für Frauen ein um 0,63 Punkte niedrigeres. Dies gilt jeweils unter Kontrolle der weiteren Variablen. Der Koeffizient des Alters bleibt aus den oben genannten Gründen mit $-0,01$ niedrig. In Bezug auf die bivariate Analyse (siehe Spalte „r“) bleibt die Erkenntnis bestehen, dass die Richtung des Zusammenhangs

Tabelle 28: Multivariate Modelle zum Sicherheitsempfinden nachts

	Abhängige Variable: Sicherheitsempfinden nachts ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	-,16***	-,01*	-,01	-,01
Bildung	,17***	,56**	-,18	-,17
Geschlecht	-,20***	-,63***	-,51***	-,50***
Wohndauer	-,16***		-,01	-,03
Anomia	-,34***		-,19***	-,19***
Politische Einstellung (konservativ)	-,32***		-,18**	-,17**
wahrgenommene Incivilities	-,53***		-,06***	-,06***
Viktimisierung	-,20***		-,13	-,15
Viktimisierungserwartung	-,57***		-,55***	-,54***
Zeit in der Eisenbahnstraße	,19***			,05
Adj. R ²		,09***	,49***	,49***
N		525	525	525

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei allen drei Modellen nicht konstant ist. Um dies zu beheben, wurden mittels des Hubert & White Schätzverfahrens robuste Schätzer ermittelt. Des Weiteren sind die Fehler in Modell 2 und 3 nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt in keinem der Modelle vor.

Signif. codes: 0 ,***' 0.001 ,**' 0.01 ,*' 0.05 ,.'

gleichbleibt, die Werte sich durch die Kontrolle weiterer Variablen aber teils stark ändern. Insgesamt weist dieses Modell aber eine sehr geringe Anpassung auf.

Auch hier wurden in Modell 2 wieder die Variablen Wohndauer, Anomia, politische Einstellung, Viktimisierung und Viktimisierungserwartung aufgenommen. Das adjustierte R² beträgt nun 0,49 und liegt damit sehr deutlich höher als beim Sicherheitsempfinden tagsüber. Den größten Einfluss auf die abhängige Variable weist auch hier wieder die Vik-

timisierungserwartung auf. Der Einfluss ist mit $-0,55$ zudem auch sehr stark. Die Wirkungsrichtung der Koeffizienten der Variablen Wohndauer, Anomia, politische Einstellung, Viktimisierung und Incivilities bleibt wie beim Sicherheitsempfinden tagsüber gleich. Während Anomia, politische Einstellung und Viktimisierung moderate Einflüsse darstellen, liegen die Werte von Wohndauer und Incivilities nur auf einem niedrigen Niveau. Für den Zusammenhang mit den Incivilities ist dies, wie bereits bezüglich der vorangegangenen multivariaten Prüfungen bemerkt, unerwartet, weil es sich hierbei im Vergleich mit einschlägigen Untersuchungen eigentlich um einen guten Prädiktor handelt, der auch theoretisch gut begründet ist.

Bemerkenswert ist, dass der Einfluss der Bildung nun (wenngleich nicht signifikant) negativ ist. Das bedeutet, dass durch dieses Modell für Personen mit höherer Bildung im Vergleich zu Personen mit niedrigerer Bildung unter Kontrolle der weiteren Variablen, ein im Mittel geringeres Sicherheitsempfinden in der Nacht vorhergesagt wird. Im Vergleich mit einschlägigen Untersuchungen ist dieses Resultat ebenfalls ungewöhnlich. Mit der Bildung steigt – gut repliziert – das Sicherheitsempfinden. Eine solche gegenläufige Tendenz kann u. a. dadurch zustande kommen, dass ein hoher Anteil weiblicher Befragter mit hoher Bildung in dieser Variable enthalten ist.

Dafür spricht auch, dass der Einfluss des Geschlechts stark bleibt. Im Unterschied zum Sicherheitsempfinden tagsüber bildet die Variable Geschlecht (weibliche Befragte) nun einen deutlichen negativen Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden nachts.

Modell 3 umfasst schließlich wieder zusätzlich die Variable verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße. Das adjustierte R^2 ändert sich durch diese Hinzunahme nicht. Der Regressionskoeffizient für die Variable verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße beträgt $0,05$. Die Aufnahme dieser Variable hat wieder keinen großen Einfluss auf die Regressionskoeffizienten der anderen Variablen.

In Tabelle 29 sind die Modelle für die abhängige Variable Akzeptanz der WVZ enthalten. Wie gehabt sind in Modell 1 zunächst die drei Variablen Alter, Geschlecht und Bildung aufgenommen. Wenn auch nicht signifikant wird das Modell durch die Variable Bildung bestimmt. Mit Zunahme der Bildung sinkt demnach die Akzeptanz der WVZ. Die Variablen Alter und Geschlecht dagegen bewegen sich nahe null im positiven Bereich, also in Richtung Zustimmung. Allerdings kann der Zusammenhang aufgrund der Effektstärke vernachlässigt werden.

Tabelle 29: Multivariate Modell zur Akzeptanz der WVZ

	Abhängige Variable: Akzeptanz der WVZ ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	,36***	,03***	,02***	,02***
Bildung	-,17***	-,16	,13	,10
Geschlecht	-,04	-,01	,02	-,02
Wohndauer	,23***		-,16	-,17
Anomia	,19***		,06	,04
Politische Einstellung (konservativ)	,39***		,23***	,20***
Incivilities	,34***		,03***	,03***
Viktimisierung	-,11**		-,23*	-,17.
Viktimisierungserwartung	,18***		,12.	,09
Zeit in der Eisenbahnstraße	-,36***			-,16***
Adj. R ²		,13***	,25***	,29***
N		530	530	530

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei allen drei Modellen konstant ist. Jedoch sind die Fehler nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt nicht vor.

Signif. codes: 0 , '***' 0.001 , '**' 0.01 , '*' 0.05 , '.'

In Modell 2 werden nun Wohndauer, Anomia, politische Einstellung, Incivilities, Viktimisierung und Viktimisierungserwartung aufgenommen. Das adjustierte R² liegt nun immerhin schon bei 0,25. Für Personen, welche länger als zehn Jahre im Viertel leben, wird eine geringere Akzeptanz gegenüber Personen, welche weniger als zehn Jahre im Viertel leben vorhergesagt. Es zeigt sich, dass die Akzeptanz der WVZ im Mittel höher wird, je konservativer sich die Befragten politisch einstufen. Auch eine höhere Viktimisierungserwartung trägt zu einer höheren Akzeptanz bei. Während Anomia und Incivilities nur eine untergeordnete Rolle spielen besteht für eine erlebte Viktimisierung ein negativer Zusammenhang zur Akzeptanz.

Mit $-0,23$ ist dies der stärkste Koeffizient im vorliegenden Modell. Bezüglich der Standardkontrollvariablen lässt sich feststellen, dass sich der Einfluss des Bildungsniveaus nun gedreht hat. Ein höheres Bildungsniveau sorgt unter Kontrolle der weiteren Variablen für eine höhere Akzeptanz (wenngleich der Koeffizient nicht signifikant ist).

Modell 3 umfasst schließlich noch die verbrachte Zeit in der Eisenbahnstraße. Das adjustierte R^2 steigt nun auf $0,29$. Für die Variable Zeit in der Eisenbahnstraße wird vorhergesagt, dass im Mittel unter Kontrolle der weiteren Variablen eine niedrigere Akzeptanz der WVZ vorliegt, je mehr Zeit Personen in der Eisenbahnstraße verbringen. Der Einfluss der anderen Variablen nimmt nun, bis auf die Variable Wohndauer, im Vergleich zu Modell 2 etwas ab. Dennoch ist die politische Einstellung nun der stärkste positive Prädiktor. Auch für eine erfolgte Viktimisierung wird nach wie vor ein moderat negativer Zusammenhang vorhergesagt, dieser ist nun aber nicht mehr signifikant.

Es ist zu erwarten, dass die Erklärung der Akzeptanz der WVZ sich als heterogener und komplizierter erweist als jene des Sicherheitsempfindens. Zudem existieren kaum vergleichbare Ergebnisse. Plausibel ist lediglich, dass eine konservative Einstellung tendenziell eine Akzeptanz verstärkt. Unplausibel dagegen sind die Richtungsänderung der Bildung und der negative Einfluss der Viktimisierungserfahrung. Die z. T. sehr deutlichen Änderungen der bivariaten Zusammenhänge weisen auf komplexe wechselseitige Einflüsse unter den unabhängigen Variablen hin, ohne die Kriterien der Kollinearitätsprüfung zu verletzen.

Exkurs Zusammenhänge Polizeivertrauen

Die Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ und generelle Einstellung zur Polizei können auch als Vertrauen gegenüber der Polizei angesehen werden. Für dieses wurden in der Forschung schon mehrfach Zusammenhänge zu anderen Einstellungen wie zum Beispiel Sicherheitsempfinden, Anomia und politische Einstellung nachgewiesen. Daher sollen diese Zusammenhänge hier kurz näher betrachtet werden. Als Grundlage dienen die gleichen multivariaten Modelle wie bisher, diese werden nun um die beiden zusammengefassten Itembatterien zur Polizei (Fragen 19 und 20) erweitert. In Tabelle 30 sind die Modelle zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden dargestellt.

Es wird deutlich, dass zunächst bivariat für Personen mit einer positiven Einstellung gegenüber der Polizei ein geringeres situationsspezifisches

Tabelle 30: Multivariate Modelle zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden inkl. Einstellung zur Polizei

	Abhängige Variable: situationsspezifisches Sicherheitsempfinden ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	-,37***	-,02***	-,01*	-,01
Bildung	,35***	,75***	,19	,18
Geschlecht	-,07	-,25**	-,19**	-,17**
Wohndauer	-,38***		-,24.	-,21
Anomia	-,37***		-,09*	-,08*
Politische Einstellung (konservativ)	-,48***		-,19***	-,12**
wahrgenommene Incivilities	-,57***		-,04***	-,03***
Viktimisierung	-,13***		-,06	-,09
Viktimisierungserwartung	-,56***		-,43***	-,42***
Zeit in der Eisenbahnstraße	,33***		,11***	,08**
Aussagen Polizei WVZ	-,54***			-,03
generelle Einstellung zur Polizei	-,59***			-,12*
Adj. R ²		,22***	,59***	,60***
N		487	487	487

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei allen drei Modellen nicht konstant ist. Um dies zu beheben, wurden mittels des Hubert & White Schätzverfahrens robuste Schätzer ermittelt. Des Weiteren sind die Fehler nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt nicht vor.

Signif. codes: 0 ,***' 0.001 ,**' 0.01 ,*' 0.05 ,.''

Sicherheitsempfinden festgestellt werden kann. Die Zusammenhänge der beiden Variablen zur Polizei mit dem situationsspezifischen Sicherheitsempfinden zeigen unter multivariaten Bedingungen, dass in ihnen komplexe Zusammenhänge mit anderen Variablen enthalten sind. Unter Kontrolle der restlichen Variablen sinken die bivariaten Zusammenhänge deutlich. Vergleichbare Untersuchungen weisen dagegen einen positiven Zusammenhang zwischen Polizeivertrauen und generellem Sicherheitsempfinden auf. Mit anderen Worten, das situationsspezifische Sicherheitsempfinden wird demgegenüber durch Polizeivertrauen nicht (nahe null, was die WVZ betrifft) oder nur schwach negativ (generelle Einstellung zur Polizei) beeinflusst. Es kann auch angenommen werden, dass dies mit der besonderen Konstellation der Stichprobe zusammenhängt. Personen, die polizeikritische und liberale Einstellungen aufweisen, sind tendenziell jung, verfügen über höhere Bildung und fühlen sich sicher. Beide statistischen Gruppen, Jüngere und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen weisen, nicht nur in dieser Stichprobe, ein höheres Sicherheitsempfinden auf.

Bemerkenswert sind auch die Veränderungen der restlichen Koeffizienten. So wird der Koeffizient der politischen Einstellung im Modell 3 kleiner, was vermuten lässt, dass hier ein Zusammenhang zu den Einstellungen gegenüber der Polizei, wie angenommen, vorliegt.

Insgesamt wird das Modell zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden aber von der Viktimisierungserwartung dominiert.

Einen ungleich größeren Einfluss haben Einstellungen zur Polizei hinsichtlich der Akzeptanz der WVZ (Tab. 31). Besonders interessant ist, dass von den beiden Variablen nicht nur ein interpretierbarer Erklärungswert für die abhängige Variable ausgeht, sondern, dass sich auch die Koeffizienten der anderen Variablen deutlich verändern. Es zeigt sich, dass der Koeffizient der politischen Einstellung durch Aufnahme der Aussagen zur Polizei praktisch unerheblich wird. Bis auf die Bildung und die Wohndauer sind alle anderen Variablen nahezu bedeutungslos für die Akzeptanz der WVZ und dennoch liegt das adjustierte R^2 bei 0,58. Das Modell zeigt, dass mit sehr wenigen unabhängigen Variablen (Einstellung zur Polizei, Wohndauer und Bildung) sehr viel Varianz der abhängigen Variable erklärt werden kann. Entscheidend für die Akzeptanz der WVZ ist vor allem eine positive Einstellung gegenüber der Polizei und hierbei insbesondere hinsichtlich der generellen Einstellung zur Polizei.

Tabelle 31: Multivariate Modell zur Akzeptanz der WVZ inkl. Einstellung zur Polizei

	Abhängige Variable: Akzeptanz der WVZ ^{a)}			
	r	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	,36***	,03***	,02***	-,00
Bildung	-,17***	-,17	,10	,14
Geschlecht	-,04	,00	-,01	-,07
Wohndauer	,23***		-,12	-,14*
Anomia	,19***		,04	-,02
Politische Einstellung (konservativ)	,39***		,21***	-,01
wahrgenommene Incivilities	,34***		,03**	-,01
Viktimisierung	-,11**		-,18*	,00
Viktimisierungserwartung	,18***		,09	,06
Zeit in der Eisenbahnstraße	-,36***		-,18***	,08**
Aussagen Polizei WVZ	,73***			,22***
generelle Einstellung zur Polizei	,67***			,45***
Adj. R ²		,14***	,32***	,58***
N		530	530	530

a) Die Regressionsdiagnostik ergab, dass die Varianz der Störgrößen bei den Modellen 1 und 2 nicht konstant ist. Um dies zu beheben und, um die Einheitlichkeit zu bewahren, wurden für alle drei Modelle mittels des Hubert & White Schätzverfahrens robuste Schätzer ermittelt. Die Fehler nicht normal und unabhängig verteilt, was zur Folge hat, dass die Signifikanztests nur asymptotisch gültig sind. Multikollinearität liegt nicht vor.

Signif. codes: 0 ,***' 0.001 ,**' 0.01 ,*' 0.05 ,' .'

Exkurs zur Wohndauer

Wird die dichotomisierte Variable Wohndauer betrachtet, zeigt sich ein Richtungswechsel der Zusammenhänge zwischen der Akzeptanz der WVZ und der Wohndauer der Befragten sobald ein multiples Regressionsmodell verwendet wird. Aus diesem Grund wird diese Variable in Anlage 2, Tabellen 20.1–20.3 deskriptiv etwas näher betrachtet.

Bezüglich des Alters zeigt sich, dass überproportional viel ältere Menschen schon länger als zehn Jahre im Untersuchungsgebiet leben. Besonders die jüngeren Personen wohnen erst seit Kurzem in diesem Bereich. Es ist zu vermuten, dass die Jüngeren vorwiegend wegen eines Studiums oder einer Ausbildung in die Nähe der WVZ gezogen sind. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass 83,1 % der Befragten, welche maximal zehn Jahre in der Nähe der WVZ wohnen, eine Hochschulreife angeben. Indessen ist die Anzahl der „Alteingesessenen“ mit Volks- und Hauptschulreife sowie mittlerer Reife überproportional groß.

Hinsichtlich der Geschlechtsangaben können keine Unterschiede gefunden werden.

Die bivariate Analyse in Tabelle 32 wurde durch eine partielle Korrelation³⁸ unter Kontrolle der Wohndauer ergänzt. Es zeigen sich allerdings kaum Unterschiede zwischen den kontrollierten und den partiellen Pearson-Korrelationen. Daher sind potentielle Scheinkorrelationen keine Ursache für den Richtungswechsel des Wohndauer-Effekts in den multiplen Regressionsmodellen, sondern zusätzlich ins Modell aufgenommene Variablen.

In Kapitel 6 werden anhand der Freihandbemerkungen am Schluss der Fragebögen Hinweise der Befragten wiedergegeben, die mit der Beurteilung polizeilichen Handelns und der Erfüllung polizeilicher Aufgaben in Zusammenhang stehen und möglicherweise auch Aufschlüsse zur Wohndauer ermöglichen.

³⁸ Verallgemeinert ausgedrückt wird mit einer partiellen Korrelation die hinzugezogene dritte Variable (Kontrollvariable) aus dem bivariaten Zusammenhang „herausgerechnet“.

Tabelle 32: Bivariate Analyse der unabhängigen Variablen kontrolliert mit Wohndauer

Variablen	Unkontrolliert			Kontrolliert nach Wohndauer (dichotomisiert)				
	Akzeptanz	Situatives Sicherheitsempfinden	Sicherheitsempfinden tagsüber	Sicherheitsempfinden nachts	Akzeptanz	Situatives Sicherheitsempfinden	Sicherheitsempfinden tagsüber	Sicherheitsempfinden nachts
Alter	,38*** (652)	-,42*** (586)	-,33*** (649)	-,21*** (641)	,31*** (652)	-,21*** (586)	-,18*** (649)	-,08* (641)
Bildung	-,18*** (627)	,38*** (565)	,26*** (624)	,21*** (617)	-,13* (627)	,29*** (565)	,17*** (624)	,16*** (617)
Geschlecht	,25 (650)	,09* (577)	-,02 (647)	-,19*** (640)	-,03 (642)	-,12** (577)	-,04 (639)	-,22*** (632)
Anomia	,25*** (662)	-,39*** (590)	-,34*** (656)	-,30*** (648)	,22*** (661)	-,33*** (590)	-,30*** (656)	-,27*** (648)
Politische Einstellung	,39*** (613)	-,46*** (559)	-,39*** (610)	-,33*** (606)	,52*** (621)	-,44*** (567)	-,34*** (619)	-,33*** (614)
wahrgenommene Incivilities	,30*** (631)	-,56*** (572)	-,49*** (628)	-,52*** (624)	,27*** (631)	-,53*** (572)	-,46*** (628)	-,52*** (624)
Viktimisierung	-,13*** (630)	-,12** (579)	-,14*** (638)	-,18*** (633)	-,09* (641)	-,18*** (579)	-,18*** (638)	-,21*** (633)
Viktimisierungswartung	,16*** (618)	-,57*** (558)	-,49*** (616)	-,57*** (611)	,15** (618)	-,57*** (558)	-,49*** (616)	-,57*** (611)
Zeit in der Eisenbahnstraße	-,37*** (651)	,34*** (584)	,24*** (648)	,20*** (640)	-,33*** (651)	,27*** (584)	,18*** (648)	,16*** (640)

Signif. codes: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.'

5.6 Schlussfolgerungen im Sinne eines Evaluierungsergebnisses

Kriminalitätsaufkommen

57,4 % der Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten Viktimisierungserfahrungen gemacht zu haben. Wie bereits erwähnt, hängt dieser vergleichsweise hohe Wert wahrscheinlich auch mit einer subjektiv weiten Viktimisierungsdefinition zusammen, welche auch unangenehme Erlebnisse einschließt, die aber rechtlich nicht strafbar sind. Darüber hinaus sind Befragungen zur Aufhellung des relativen Dunkelfelds nur begrenzt geeignet, weshalb sich der Schwerpunkt der Analyse der Befragungsdaten auf das *Sicherheitsempfinden* und die *Akzeptanz der WVZ* richtet.

Sicherheitsempfinden

Das Sicherheitsempfinden wurde in drei verschiedenen Kategorien gemessen (nach Situation, tagsüber und nachts). Insgesamt ist das Sicherheitsempfinden hoch, vor allem auf dem Weg zu bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln und tagsüber. In Kneipen/Bars, im Rabet sowie nachts zeigt sich ein niedrigeres Sicherheitsempfinden. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich jedoch auch unter diesen Bedingungen eher sicher. Es sind keine von vergleichbaren Untersuchungen abweichende Ergebnisse sichtbar. Alter senkt tendenziell das Sicherheitsempfinden, Bildung dagegen erhöht es. Weibliche Befragte weisen insbesondere nachts ein geringeres Sicherheitsempfinden auf. Es lassen sich unter multivariaten Bedingungen negative Einflüsse einer konservativen Einstellung und generalisierter Ängste auf das Sicherheitsempfinden nachweisen.

Auch der konative Aspekt der Kriminalitätseinstellung (eigener Beitrag zur Sicherheit) weist keine Besonderheiten auf. Fast ein Drittel der Befragten ergreift keinerlei Maßnahmen. Hauptsächlich wird „unauffälliges Verhalten, Konfrontation vermeiden“ gewählt.

Die Viktimisierungserwartung bezieht sich vor allem auf sexuelle Belästigung, Pöbeleien/Beleidigungen und Eigentumsdelikte. Dennoch hält es auch hier mehr als die Hälfte der Befragten für unwahrscheinlich, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer dieser Delikte zu werden. Schwere Verbrechen, wie Körperverletzung sowie Bedrohung mit einer Waffe, werden von jeweils über 90 % der Befragten für unwahrscheinlich gehalten. Die Viktimisierungserwartung erweist sich in Übereinstimmung mit einschlägigen Untersuchungen generell als stärkste Einflussgröße auf

alle im Rahmen des Projekts gemessenen Varianten des Sicherheitsempfindens.

Die Wahrnehmung von Incivilities ist in beiden Ortsteilen ausgeprägt. Die größten Probleme stellen die Wahrnehmung von „Müll und Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen“ im Hinblick auf physische Incivilities dar. Der „öffentliche Konsum illegalisierter Drogen“ sowie „Lärm auf der Straße“ wird bezüglich sozialer Incivilities besonders häufig wahrgenommen. In der Erklärung des Sicherheitsempfindens weisen jedoch im Unterschied zu einschlägigen Studien Incivilities keinen nennenswerten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden auf. Zunächst kann angenommen werden, dass diese Eigentümlichkeit mit der Zusammensetzung (polarisierende Tendenz) der Stichprobe zusammenhängt. In einer weitergehenden Analyse sollte deshalb auch alternativ eine getrennte Rekodierung für die Wahrnehmung von Incivilities und für die Ordnungspräferenzen vorgenommen werden.

Akzeptanz der WVZ

Ungeachtet eines Filterfehlers zeigt das Ergebnis zur subjektiven Einschätzung der Veränderung des eigenen Sicherheitsempfindens und der Straftaten im Gebiet der WVZ insgesamt aufgrund der sehr ausgeprägten Skalenmitte („konstant geblieben“) einen indirekten Hinweis auf eine tendenzielle Nichtakzeptanz der WVZ durch die Befragten. Indem die WVZ in der subjektiven Wahrnehmung der Mehrheit der Befragten weder die Kriminalitätslage noch das Sicherheitsempfinden verändert hat, spricht eine solche subjektiv eingeschätzte Wirkungslosigkeit gegen die Akzeptanz der Maßnahme.

Dennoch verbinden sich mit der Einschätzung der WVZ auch heterogene Urteile, deren Bezugspunkte im Kapitel 6 deutlicher werden. Darauf weist eine gewisse Polarisierung der Einstellungen und Meinungen in der Stichprobe hin. Bezüglich der Variablen zu Einschätzungen gegenüber der WVZ ergibt sich eine deutliche Kongruenz zwischen den Items „Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit“, „Die Waffenverbotszone führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen“ sowie „Die Waffenverbotszone fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße“ beobachten. Auch wenn dieser Teil der Befragten in der Minderheit ist (ca. ein Fünftel), weisen diese Befragten eine hohe Konsistenz in ihren Antworten in diesen drei Items auf. Ein zweiter Einstellungscluster bildet sich aus den entgegengesetzten

Items „Ich finde es schlecht, dass die Waffenverbotszone eingeführt wurde“ und „Hauptsächlich die Waffenverbotszone führt verstärkt zu einem schlechten Ruf der Eisenbahnstraße“. Er ist heterogener und verbindet sich erst nach einer großen Distanz mit dem ersten Cluster. Dieser zweite Cluster bildet die Einschätzung der Mehrheit der Befragten ab.

Die Erklärung des Zustandekommens der Akzeptanz der WVZ mittels multivariater Modelle erweist sich als heterogener und komplizierter als jene des Sicherheitsempfindens. Zudem existieren kaum vergleichbare Ergebnisse mit anderen Untersuchungen. Insgesamt lässt sich ein direkter unter multivariaten Bedingungen geprüfter Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur Polizei und der Akzeptanz der WVZ beobachten. Gegenüber diesen beiden Prädiktoren sind alle anderen geprüften Variablen nahezu bedeutungslos. Je befürwortender die generelle Einstellung zur Arbeitsweise der Polizei ist, desto höher ist die Akzeptanz der WVZ. Je ablehnender die generelle Einstellung ist, desto geringer ist die Akzeptanz der WVZ. Gleiches gilt etwas schwächer bezüglich der Einschätzung der Polizeiarbeit im Zusammenhang mit der WVZ. Bemerkenswert ist, dass sich der sichtbare Zusammenhang zwischen politisch konservativer Einstellung und Akzeptanz der WVZ auflöst (Tab. 29), wenn die beiden Indizes zur Polizeiarbeit hinzugenommen werden (Tab. 31). Mit anderen Worten die politische Einstellung ist vollständig in der Einstellung zur Polizei enthalten.

Hinsichtlich des polizeilichen Handelns ergeben sich insbesondere die folgenden Ergebnisse. Dabei ist zu beachten, dass einerseits Bereitschaftspolizei als tendenziell unnahbar, hochgerüstet, fremd und verunsichernd wahrgenommen wird. Andererseits ist die Einschätzung bürgernaher Polizei davon aber kaum berührt.

Grundsätzlich besteht eine überwiegend positive generelle Einstellung zur Polizei unter den Befragten. Die Items „Im Allgemeinen sind die meisten PolizistInnen freundlich“ und „Im Allgemeinen sind die meisten PolizistInnen kompetent“ wird von über 60 % bzw. 75 % mit „stimme eher zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ beantwortet. Darüber hinaus stimmen ca. 60 % der Befragten dem Item „Wenn mir etwas zustößt, vertraue ich stets darauf, dass die Polizei mir hilft“ zu. Dennoch wird aber insgesamt mehrheitlich Kritik an der Polizeiarbeit geäußert.

Ein Teil der Befragten kritisiert die polizeilichen Kontrollmaßnahmen als Racial Profiling und knüpft daran eine generelle, politisch basierte Kritik an Polizei. Ein anderer Teil fokussiert die physischen und sozialen

Incivilities in der WVZ und den beiden Ortsteilen und kritisiert Polizei als untätig gegen diese als Alltagsübel wahrgenommenen Erscheinungen. Aus letzterer Perspektive ergibt sich eine paradoxe Situation, derzufolge die Wahrnehmung der polizeilichen Präsenz mit Einrichtung der WVZ zwar deutlich zugenommen hat, aber das Ausmaß der Wahrnehmung von Incivilities zumindest nicht geringer geworden ist. Das weist auch möglicherweise auf eine defizitäre Kommunikationsstrategie hin. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich zudem ohnehin eher ungenügend über die WVZ informiert.

Ein recht eindeutiges Ergebnis zeigt sich bezüglich der Aussage „Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein“. Fast drei Viertel der Befragten stimmen vollkommen bis eher zu. Das Problem, demzufolge Streifenwagen gegenüber Fußstreifen zu überwiegen scheinen, ist schon länger bekannt und trifft nicht nur auf das untersuchte Gebiet zu. Hier wäre dringend daran zu orientieren, dass Fußstreifen die Akzeptanz der Polizeiarbeit erhöhen, weil sie ein Ausdruck von Bürgernähe sind.

Starke Zustimmung findet der inzwischen geschlossene Polizeiposten in der Eisenbahnstraße. Mehr als drei Viertel der Befragten befürworten diesen und mehr als zwei Drittel würden es begrüßen, wenn der Posten 24 Stunden am Tag geöffnet wäre. Das ist ein starkes Votum für einen bürgernahen Polizeiposten in der Eisenbahnstraße.

Schließlich ist intakte Nachbarschaft eine bedeutsame Voraussetzung für die Ausbildung von lokalem Sozialkapital.³⁹ Lokales Sozialkapital wiederum bildet eine Voraussetzung für informelle Sozialkontrolle, die im Vorfeld von Kriminalität wirksam wird. Einerseits wird auch hier eine gewisse Polarisierung in den Meinungen der Befragten deutlich. Andererseits zeigt sich in qualitativer Hinsicht, dass zwar das Vorhandensein von Elementen einer intakten Nachbarschaft wahrgenommen wird. Elemente einer weitgehenden sozialen Integration aber erhalten nicht in der gleichen Höhe Zustimmung. Die Aussagen „Meine Nachbarschaft ist eng verbunden“ und „Die Menschen in meiner Nachbarschaft teilen die gleichen Werte“ werden von insgesamt 57,2 bzw. 49,1 % der Befragten eher abgelehnt bis vollkommen abgelehnt.

³⁹ Es lässt sich z. B. auch empirisch nachweisen, dass die Wahrnehmung von Incivilities und die Einschätzung von Nachbarschaft sich wechselseitig beeinflussen (Mühler 2016).

5.7 Empfehlungen für eine künftige Datenerhebung

Befragungen finden unter zunehmend erschwerten Bedingungen statt. Die Befragung ist seit mehreren Jahrzehnten der methodische Königsweg für sozialwissenschaftliche und demoskopische Studien. Auch die Entstehung und Verfügbarkeit von Datenbanken für Grundlagenforschungen hat wenig daran geändert, dass der empirische Zugang zu einem Feld überproportional häufig mittels Befragung vollzogen wird. Dadurch ist eine Befragungsmüdigkeit in der Bevölkerung entstanden, die sich insbesondere in mangelnder Repräsentativität der Daten niederschlägt. Deshalb sind intensivere Bemühungen erforderlich, um einen höheren Response zu erreichen.

Zum einen wurden bereits in den 1920er Jahren spezifische Anreize wie die Verlosung von Preisen angewendet, um die Beteiligung an wissenschaftlichen Untersuchungen zu erhöhen. Eine andere Möglichkeit besteht im Einsatz von InterviewerInnen. Mündliche Befragungen weisen einen deutlich höheren Response als postalische Befragungen auf, erfordern aber eben auch einen wesentlich höheren Finanzierungsaufwand.

Darüber hinaus wären bezüglich der sozio-demographischen Besonderheiten der beiden Ortsteile mehrsprachige InterviewerInnen sowie ein Anteil an InterviewerInnen mit Migrationshintergrund empfehlenswert.

Die Ausfertigung der Fragebögen in deutsch und arabisch bezüglich der postalischen Befragung sowie in deutsch, arabisch, türkisch und englisch im Rahmen der Onlinebefragung hat sich insgesamt als deutlich weniger wirksam als erwartet erwiesen.⁴⁰

Es müsste geprüft werden, wie Feldzugänge über Insider erschlossen werden können. Das war im Rahmen des Projekts über die ExpertInnen nur begrenzt möglich. Die Erwartung, über die zeitlich vor der postalischen Befragung angelaufenen ExpertInnenbefragungen eine Feldunterstützung zu erhalten, hat sich leider eher nicht erfüllt. Eine Felderschließung über Insider ist allerdings insofern nicht unproblematisch, weil über spezifische Argumentationen für eine Teilnahme an einer Befragung auch die Wahrscheinlichkeit einer Beeinträchtigung der Validität der Daten steigt.

⁴⁰ Vgl. dazu Tab. 14. Insgesamt sind 8,8 % der Fragebögen von Personen ausgefüllt worden, die keine deutsche (n = 43) oder eine deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit (n = 15) angegeben haben.

Zu überlegen wäre auch der Einsatz eines Anreizes in Form einer Aufwandsentschädigung für Befragte, um der Befragungsmüdigkeit entgegenzuwirken.

Ein weiterer Punkt besteht in der begrenzten Aussagefähigkeit vor Querschnittsdaten bezüglich der Prüfung von Kausalzusammenhängen. Eine Wirkungsevaluation sollte auf Paneldaten basieren. Es ist deshalb empfehlenswert eine Panelstichprobe zu generieren, die eine Dauerbeobachtung ermöglicht und die Prüfung auf Kausalität deutlich verbessern würde. Das ist jedoch ebenfalls kostenintensiv. Allerdings wären dabei das Innenministerium und die Stadt Leipzig die Nutznießer dieser Daten und könnten dies auch gemeinsam finanzieren.

Des Weiteren wäre es, wie schon bezüglich der Prozessdaten empfohlen, einer experimentellen Anordnung folgend, sinnvoll, sozio-demographisch vergleichbare Ortsteile (auch in einer anderen Stadt) auszuwählen. Diesbezüglich könnten dann die Messung von Veränderungen in den Einstellungen und Beurteilungen neben einer Panelstichprobe doppelt für eine Kausalitätsprüfung abgesichert werden.

Selbst wenn der Entschluss gefasst würde, die WVZ nicht weiterzuführen, sollte unbedingt eine Anschlussforschung in allen drei Projektlinien (Prozessdatenanalyse, Befragung, ExpertInnenbefragung) erfolgen, um aus einer Beendigung folgende Veränderungen in den Ortsteilen zu erfassen und sachlich zu argumentieren und weitere Folgeentscheidungen treffen zu können.

Es sei in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, dass der Erkenntnisgewinn mittels empirischer Daten, wie sie hier vorliegen nicht in erster Linie in Häufigkeitsverteilungen besteht, sondern im Zugang zu Erklärungen für das Zustandekommen von interessierenden Sachverhalten, wie z. B. dem Sicherheitsempfinden oder der Akzeptanz der WVZ. Wie viele Befragte für oder gegen etwas stimmen, ist situativ sicher interessant. Auf alle Fälle aber ist es nachhaltiger herauszufinden, warum sie für etwas stimmen.

6. Zusätzliche Bemerkungen aus der postalischen Befragung

6.1 Erläuterung der Struktur

Ein etwas ungewöhnliches Ergebnis dieser postalischen Befragung besteht darin, dass ca. ein Drittel der Befragten die angebotene Gelegenheit nutzte, um am Schluss des Fragebogens zusätzlich einen Kommentar zu verfassen. Das ist eine in diesem Umfang eher weniger genutzte Möglichkeit und könnte damit zusammenhängen, dass einerseits ein Teil der Befragten die Auffassung vertritt, dass diesen beiden Ortsteilen zu wenig kommunale Aufmerksamkeit geschenkt und andererseits eine Gelegenheit genutzt wird, um einer kritischen Einstellung gegenüber polizeilichem Handeln Ausdruck zu verleihen. Damit verbindet sich auch die Erwartung, dass die Befragung und die zusätzlichen Bemerkungen eine höhere Wirkungsmächtigkeit haben als Einzelinitiativen. Diese Hoffnung soll hier unterstützt werden, indem ausführlich ein Teil dieser Nachbemerkungen wiedergegeben wird.

Die 201 Bemerkungen bilden folgende Schwerpunkte im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit, welche auch die Situation in den beiden Ortsteilen einschließen:

- Kritische Beurteilungen der Polizeiarbeit aus einer generellen, politischen Perspektive (insbesondere Racial Profiling) heraus;
- kritische Beurteilungen einer Inaktivität der Polizei gegenüber sozialen Incivilities (insbesondere gegenüber Drogendealern und Drogenmissbrauch, Verkehrsgefährdungen und nächtlichem Lärm);
- kritische Beurteilungen einer Inaktivität der Polizei und des Ordnungsamtes gegenüber physischen Incivilities (insbesondere Inaktivität gegenüber Tendenzen einer Vermüllung in den Ortsteilen).

Neben dem Auftreten physischer und sozialer Incivilities sowie der Einschätzung einer negativen Wirkung der WVZ auf den Ruf der Wohnviertel wird mehr Investition in Sozialarbeit gefordert. Ferner sind einige Einträge zu sexueller Belästigung enthalten. In den Bemerkungen wird auch die bereits mehrfach hingewiesene Differenz zwischen LangzeitbewohnerInnen und vor Kurzem Zugezogenen, Erwerbstätigen und Studierenden, älteren und jüngeren BewohnerInnen deutlich.

6.2 Kritische Beurteilungen der Polizeiarbeit aus politischer Perspektive

Einen Schwerpunkt bildet eine vorrangig politisch fokussierte Einschätzung des polizeilichen Auftretens. Diese Bemerkungen konzentrieren sich direkt auf das Kontrollhandeln der Bereitschaftspolizei. Das Handeln anderer Ordnungskräfte wie die Polizeibehörde, Bürgerpolizei oder die Sächsische Sicherheitswacht (die den meisten Befragten unbekannt scheint) findet in diesem Zusammenhang keine Erwähnung.

weiblich, 26

*„Ich würde gerne anmerken, dass ich persönlich zwar keine Erfahrungen mit Kontrollen vonseiten der Polizei gemacht habe, Freund*innen und Bekannte von mir, die nicht ‚bio-deutsch‘ aussehen, jedoch durchaus (inklusive schlechter diskriminierender Erfahrungen).“*

weiblich, 24

Ich fühle mich seit der Einführung WVZ unwohler in dem Viertel, da durch die WVZ Social Profiling stark zugenommen hat. Das Beobachten der diskriminierenden & unfairen Praxis des Racial Profiling sowie das Eingreifen & Unterstützung anbieten ist äußerst unangenehm und nicht das, was ich mir unter einer angenehmen Atmosphäre im Viertel vorstelle.

männlich, 37

„Es sollte eine unabhängige Beschwerdestelle geben über Polizeigewalt oder Polizeiseitige Diskriminierung auch anonym entgegengenommen werden, und einer bundesweiten Studie über strukturelle Diskriminierung und strukturelle Gewalt durch staatliche Stellen zugeführt werden!“

weiblich, 21

„DIE EINZIGE UNSICHERHEIT DIE ICH IN MEINEM VIERTEL ZU SPÜREN BEKOMME LIEGT AN DIESEM EXTREMEN ÜBERMASS AN POLIZEI! EGAL WANN ICH RAUSGEHE ICH KANN MIR SICHER SEIN MINDESTENS EINEN SIXXER ZU SEHEN. MEISTENS SIND ES EHER 3 ODER 4. POLIZISTEN REAGIEREN GENERVT ODER AGGRESSIV WENN MAN DIE SITUATION NACHVOLLZIEHEN MÖCHTE ODER SEINE RECHTE VERTEIDIGT. ZUDEM SIND SIE IMMER ZU ZWEIT, KÖNNEN SICH GEGENSEITIG DECKEN. AN WEN SOLL ICH MICH NACH EINER UNFAIREN BEHANDLUNG WENDEN? AN-

DERE POLIZISTEN? AUSSERDEM SIEHT MAN POLIZISTEN NIE EINE MASKE TRAGEN.

DIE WAFFENVERBOTSZONE IST RASSISTISCH UND ERHÖHT NUR DAS LEID VON MENSCHEN MIT MIGRATIONS HinterGRUND, DIE WENN, DANN EHER HILFE UND SUPPORT BRAUCHEN, NACH ALLEM, WAS SIE DURCHGEMACHT HABEN.“

weiblich, 27

„Das Problem ist das Auftreten + Verhalten der Polizei. Die massive Präsenz + rassistische, diskriminierende, unverhältnismäßige Kontrollen sind ein großes Problem!“

weiblich, 36

„Die Polizei sollte weniger autoritär in der Eisenbahnstr. auftreten. Von vielen Gruppierungen gibt es großes Misstrauen gegenüber der Polizei und es sollte ein Ziel sein mehr Vertrauen zu schaffen. Mehr Polizisten mit Migrationshintergrund wäre auch gut.“

männlich, 25

„Da die Waffenverbotszone eingeführt wurde, um das im Jahr 2017 vom BVerfG verhängte Verbot von verdachtsunabhängigen Kontrollmaßnahmen zu umgehen, fördert die Zone das Fehlverhalten der sächsischen Polizei. Rassistische Kontrollen und lächerlich hohe Präsenz haben seit 2018 merklich zugenommen. Die Polizei fördert Unsicherheit.“

weiblich, 27

*„Ich betrachte die Einführung der Waffenverbotszone als politisches Instrument des sächs. Innenministeriums, das von der sehr konservativen CDU geführt wird. Soweit ich weiß gibt es mehr als genug Studien und theoretische Erklärungen, wie solche Kriminalisierungen von Vierteln, Menschengruppen etc. (unbewusst/bewusste) Mittel und Strategien von Gentrifizierung und rassistischem Politikstil sind. Vor kurzem wurde ich Zeug*in einer polizeilichen Kontrolle im Rabet. Der kontrollierte junge Mann, der POC war, meinte danach zu uns, dem sie bereits 15 Minuten davor schon mal kontrollierten indem er von den Polizisten rassistisch beleidigt wurde und fragte uns dann, wieso sich die Polizisten wundern, wenn ihnen dann kein Respekt entgegengebracht wird.“*

weiblich, 28

Wie kann es sein, dass die Polizei mich als weißgelesene Person nie kontrolliert, aber ich jeden Tag sehe, wie POC kontrolliert werden? Ich bin stolz in so einem diversen Viertel zu wohnen, wie ich es aus Hamburg kenne. Dort ist es nichts merkwürdiges.

weiblich, 23

stop being racist!

keinen Platz für Rassismus, ich fühl' mich wohl auf der Eisi.

männlich, 29

Die erhöhte Polizeipräsenz – immer im Auto und Schutzuniform – bringt nichts. Es verunsichert mich stark.

Die täglichen „verdachtsunabhängigen“ Polizeikontrollen migrantischer Gruppen, sind beschämend und tragen zu Frust und Radikalisierung hier bei.

Warum gibt es immer noch keine Räume für Drogenabhängige?

Die Straßensozialarbeit im Viertel ist absolut unzureichend und quasi unsichtbar!

6.3 Kritische Beurteilungen einer Inaktivität der Polizei gegenüber sozialen Incivilities

Weitere häufig vorkommende Einschätzungen fordern mehr polizeiliche Präsenz und vor allem ordnungssicherndes polizeiliches Handeln. Dabei stehen insbesondere Incivilities wie Drogenhandel und -konsum sowie Verkehrsübertretungen bzw. Verkehrsrowdytum und nächtlicher Partylärm im Fokus.

weiblich, 28

„Polizeibehörde kümmert sich nur um Hundehalter und deren Vergehen, um Geld zu generieren, nicht aber um andere schwere Vergehen wie öffentliches Dealen und Konsumieren von illegalen Drogen.

Jeder Anwohner kennt Bars, in den Drogen verkauft werden, es wird aber nie etwas unternommen. Auch die Orte, wo Drogenabhängige konsumieren, werden nie kontrolliert. Das Drogenproblem nimmt stetig zu.“

männlich, 37

„Was mich einfach nur ankotzt ist die Drogenkriminalität hier im Kietz. Die Polizei stoppt Radfahrer weil sie kein Licht am Rad haben und auf der anderen Straßenseite wechseln Drogen ihre Besitzer. Es sind nicht die Ausländer die dieses Viertel so schlecht dastehen lässt es sind die Drogen und die kennen keine Hautfarbe Alter Geschlecht o. Religion. Es muss eine vernünftige Drogenpolitik hier geben und man sollte die verfolgen die die Drogen herbringen und ein fettes Auto fahren.“

weiblich, 59

Ich würde mich freuen, das die Polizei auch erscheint, wenn man sie anruft.

weiblich, 39

„Die Fragen haben mich fragen lassen: Mehr oder weniger Polizei? Einerseits denke ich, dass die Polizei auftreten soll als Ansprechpartner & um in Streitfällen einzugreifen. Viele Polizisten wirken unnahbar und flößen mir Angst ein -> die Montur/Kleidung und Auftreten in großen Gruppen -> unnahbar. Die Probleme im Viertel lassen sich am besten durch Integration, Aufklärung + Arbeit und Alternativen für die Menschen lösen. Auch die Eröffnung ständig neuer Spielsalons & Cafe's die offensichtlich nur der Geldwäsche dienen, sehe ich als problematisch für die Entwicklung. Die Polizei könnte gern den Drogenhandel auf offener Straße stärker unterbinden -> Rabet + Eisenbahnstraße -> und es geschieht so offen. Bei Bandenkriminalität und Clans sollte die Polizei + Behörden/Gerichte härter durchgreifen können. In Berlin sieht man, wie die Clans unsere offen demokratischen Regeln ausnutzen und belächeln, hier passiert das Gleiche in kleiner.“

männlich, 59

*„Härteres Durchgreifen der Polizei
Höhere Strafen für Täter“*

weiblich, 36

„Gegen Drogenverkauf wird von Polizei nichts unternommen. Immer an gleichen Stellen, gleicher Zeit, von gleichen Leuten wird es verkauft. So muss man Stellen umgehen. Die Polizei ist kaum zu sehen.“

weiblich, 24

Ich wohne in der Nähe der Haltestation „Reudnitz Koehlerstraße“. In unmittelbarer Nähe dazu grenzt ein Park. In diesem sind nahezu ununterbrochen Personen, welche Alkohol und Drogen konsumieren. Eventuell könnte man darüber nachdenken, diesen „Hotspot“ in eine für Autos dienende Parkplatzfläche umzugestalten. So könnte man diese Personen eventuell von dort verdrängen. Des Weiteren befindet sich direkt an dem Park ein Kindergarten. Ich finde es absolut unvernünftig und unverständlich, warum ausgerechnet dort Drogen konsumiert werden! Durch eine Umgestaltung könnte man ebenso etwas Gutes für das Wohl der Kinder tun. Des Weiteren sind nahezu in jeder Nacht Einbrüche in meiner Straße. Mehr Polizeipräsenz könnte diesem Problem entgegenwirken. Vielen Dank, dass sie mit diesem Fragebogen auf die derzeitige Situation im Leipziger Osten aufmerksam machen!

weiblich, 19

Ich würde mir wünschen, dass in der Nachbarschaft mehr Rücksicht genommen wird, d. h. keine extrem laute Musik (v. a. nach 22 Uhr), nicht den ganzen Tag Kindergeschrei, Grillfeste etc. im Innenhof, tägliche Balkonpartys etc., da es unmöglich ist, dabei zu lernen oder sich auszuruhen. Zudem sollte in und um die Eisenbahnstraße für mehr Ordnung und Sauberkeit gesorgt werden, da ständig viel Müll, Hundekot herumliegt. Oft lungern auch Bettler bzw. sehr ungepflegte Leute auf der Straße und vor den Geschäften herum, dies sollte meiner Meinung nach von der Polizei verhindert werden, genauso wie der Drogenkonsum im Park beim Rabet. Darüber hinaus finde ich, dass mehr Geld in die Sanierung der Häuser in diesem Viertel investiert werden muss. Vieles ist bereits sehr heruntergekommen, was nur zu dem „Schmuddelimage“ der Eisenbahnstraße beiträgt.

weiblich, 32

Die Polizei sollte vielleicht mal mit offenen Augen durch die Straßen fahren/gehen. Fast täglich kann man hier Konsumierende sehen. Warum passiert da nichts? Es ist hier so schlimm, dass wir unser Kind sogar in Mockau zur Schule schicken müssen. Der einzige Grund zu bleiben, ist die noch günstige Miete. Auch die Polizeibehörde sollte die Belange der Anrufer ernst nehmen. Es kann nicht sein, dass nachts über mehrere Std. Ruhestörung begangen wird und es wird nichts unternommen. Wir gehen Vollzeit arbeiten, zahlen Steuern, halten uns an Gesetz und trotzdem wird man von der „Polizei + Anhang“ im Stich gelassen. Wie soll man da die Arbeit der Polizei wertschätzen?

Schwierig.

MfG

männlich, 32

Hier in dem Park neben der Wurznherstr. XX werden jeden Tag Drogen verkauft. Die Junkys sitzen dann bei mir im Keller und fühlen sich noch im recht. Die Polizei kommt gar nicht oder wenn es zu spät ist.

Das sind immer die selben Gesichter und niemand unternimmt was dagegen.

Schlusswort: ich kann mich nicht um alles kümmern, ich würde mich über ein wenig Hilfe freuen!!!

Falls sie noch mehr Einblicke in unser Viertel brauchen, stehe ich jederzeit zur Verfügung.

weiblich, 61

zwischen 24.00–6.00 sollte mehr Polizei Streife laufen, das gebe Sicherheit.

Ordnungsamt müsste mehr Kontrollen machen, Leute urinieren ständig an der Kirche, betrinken sich und vermitteln so ein schlechtes Bild des Wohnviertels.

Drogendealer und -konsumenten überall – Wahnsinn – dem muß Einhalt geboten werden

Was wird aus unseren Kindern?!

LWB muß ihre Häuser besser sichern und die müssen endlich mal schauen, wer wohnt denn da.

Viele Wohnungen werden von Mietern weiter vermietet und ständig wohnen dort, man kann sagen wöchentlich, andere Leute drin. Keine Guten. Leider!

Schlechtes Viertel geworden – aber ich lasse mich nicht verdrängen.

Macht endlich was, wir wollen wieder in Ruhe und Frieden hier leben.

männlich, 30

Diese Umfrage weist mitunter auf die Unsicherheit der Polizei über Ihre eigene Stellung in der Gesellschaft hin – was so nicht sein sollte. Polizisten sind Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, die versuchen, die Stadt für alle sicherer zu machen – es darf nicht sein, dass sich das Gesetz unter dem aktuellen Drängen nach „Politischer Über-Korrektheit“ verbiegen muss. Die professionellen Männer und Frauen müssen die Freiheit haben, ihre Arbeit angemessen zu führen, statt jeden Tag fürchten zu müssen, dass ein „falsches Wort“ oder ein „Handgriff gegenüber der falschen Person“ ihnen den Job und ihren guten jahrelang verdienten Ruf kosten kann.

6.4 Kritische Beurteilung einer Inaktivität der Polizei und des Ordnungsamtes gegenüber physischen Incivilities

Aus den Befragungsergebnissen geht hervor, dass über 90 % der Befragten „Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen“ eher oft bis sehr oft wahrnehmen. Dieses Ergebnis und Ärger über andere Incivilities wird durch die folgenden Bemerkungen im Detail besonders deutlich.

männlich, 54

Falschparker stärker ahnden

Überprüfen von ausländischen Fahrzeugen die wochenlang nicht bewegt werden und somit Parkraum blockieren

Graffiti – Graffiti – Graffiti –

keine Angaben

Containerstellplätze sind Müllablagestätten für Hausmüll

schon mal über Lösungen nachgedacht?

Für was haben wir Beamte die dafür bezahlt werden? Am Ende werden Steuergelder gespart bei Umsetzungen von Ideen!

weiblich, 63

Der Leipziger Osten ist ein schönes Wohnviertel.

Es sollte allerdings dringend mehr gegen die „Vermüllung“ unternommen werden.

weiblich, 54

Müllberge verhindern versuchen Lärmpegel nachts runter, so das man wieder schlafen kann.

Nicht wegschauen der Polizei bei Sichtung von Personen mit Drogen!!

Mehr Sicherheit im Viertel Rabet und Umfeld.

männlich, 58

Die Wohnqualität hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Dreck und Müll wird einfach auf den Fußwegen abgelagert. Geparkt wird auf der Fahrbahn und in Kreuzungsbereichen. Drogenhandel findet am Tag statt (Aldiparkplatz). Polizeiposten fast schräg gegenüber. [unvollständig]

männlich, 48

Meine Erfahrungen der letzten 5 Jahre veranlassen mich, sobald wie möglich wieder aus Leipzig wegzuziehen. Alles was ich jemals gelernt habe, bezüglich Ordnung, Sauberkeit etc. wird hier täglich mit Füßen getreten. Ein rechtsfreier Raum trifft es wohl eher. Ohnmächtig muss man als fleißiger Arbeitnehmer zusehen, wie Integration nicht funktioniert. Viele sind schon weggezogen. Ich werde das auch machen müssen. Es ist einfach nur traurig und macht auf Dauer sehr wütend. Keine gute Entwicklung, leider.

männlich, 83

Das Problem des illegal abgelegten Mülls (Müllbeutel, Kleinmöbel, Matratzen u. ä.) im öffentlichen Raum sowie nicht beseitigter Hundekot und das Beseitigen von Schmutz und Laub mittels sogen. Laubbläser durch div. Hausmeisterfirmen einfach nur in Richtung des nächstgelegenen „fremden“ Grundstückes machen mich zuweilen sehr traurig, bald im „eigenen Dreck“ zu ersticken.

weiblich, 28

Die Wohnzufriedenheit würde es in jedem Fall fördern, wenn sich die Stadt mal um den ganzen Müll und Hundekot auf der Straße kümmern würde. Die Mülleimer an den Haltestellen auf der Eisenbahnstr. sind immer überfüllt und generell liegt an jeder Ecke Müll.

Die starke Polizeipräsenz verunsichert nur. Man fühlt sich beobachtet.

6.5 Sonstige Bemerkungen

Wie eingangs bemerkt, bestehen weitere Schwerpunkte in Bemerkungen zu mehr Sozialarbeit, Unterstützung sozialer Integration, Initiativen gegen sexuelle Belästigung, besserer Infrastruktur und zum Einbruchsgeschehen.

männlich, 26

- *akzeptierende Drogenhilfe*
- *mehr Etat für Jugendarbeit*
- *aufsuchende Jugendhilfe*
- *Mietendeckel*
- *(leerstehende) Häuser vergesellschaften*
- *Stadteilpolizisten, zu Fuß auf Streife, nicht die martialischen Bereitschaftstypen*
- *Dienstnummer/Namen von Polizisten kenntlich an Uniform.*

weiblich, 24

- *Sexuelle Belästigung sollte auch ohne physische Gewalt als Straftat gelten*
- *mehr Aufklärung für (ausländische) Männer im Viertel:*
- *wie sie sich gegenüber jungen Frauen verhalten sollen*
- *tägliches „catcalling“ ist nur hier im Viertel so stark*
- *wie verhalten als Frau?*
- *mehr Aufklärung + Anlaufstellen*

weiblich, 29

Würde gerne abends im Herbst/Winter im Rabat Joggen gehen, ist aber als Frau quasi unmöglich. Mehr Laternen/Licht würde schon sehr helfen.

Ich finde es übrigens auch kriminell, wenn Eigentümer Häuser verfallen lassen und nur als Spekulationsobjekt nutzen!!

weiblich, 25

- *legale Räume, in denen Konsument:innen straffrei Drogen nehmen können*
- *weg mit der Waffenverbotszone: das bringt nichts*
- *statt mehr Polizeipräsenz, mehr Streetworker etc.*

weiblich, 26

Unser Viertel ist so schön, divers und bunt. Leider hat man oft das Gefühl, von der Stadt vernachlässigt zu werden, was wahrscheinlich an dem schlechten Ruf des Viertels liegt. Statt das Potential, was die Mischung verschiedener Kulturen, Altersgruppen und Interessen birgt, zu nutzen, wird viel Polizei geschickt und eine Waffenverbotszone eingerichtet. Diese stigmatisiert das Viertel jedoch nur weiter, anstatt zu fördern. Sinnvoller wären Investitionen in Bildung, für die Förderung benachteiligter Gruppen, interkulturelle Begegnungsstätten und die Stadtreinigung – die habe ich nämlich hier noch nie gesehen! Auch der Schutz von Kulturstätten vor Immobilieninvestoren und Gentrifizierung (z. B. PeterK) wäre wichtig für den Erhalt des einzigartigen Lebensgefühls unseres Viertels!

männlich, 31

Es muss mehr Integrationsarbeit geleistet werden. Vor allem für die Jugend muss es Zukunftsperspektiven geben. Es ist sehr wichtig Jugendliche die Probleme haben aus ihrem sozialen Umfeld, zeitweise durch Sozialarbeiter und Jugendtreffs, herauszunehmen. Sie brauchen Vorbilder und ein Gemeinschaftsgefühl. Ich arbeite im Sozialbereich und versuche mein Bestes, meinen Beitrag zu leisten. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und hoffe diese Umfrage hilft gezielt Lösungen zu finden.

Sexuelle Belästigung muss härter geahndet und bestraft werden! Für Frauen ist es hier vor allem Nachts nicht sicher!

männlich, 31

Wir brauchen hier im Viertel mehr Förderung der Zivilgesellschaft und nicht noch mehr Polizei, die wild um sich schlägt.

PS: Danke, dass sie sich für das Thema interessieren und wissenschaftl. bearbeiten.

weiblich, 26

Der Begriff der sexuellen Belästigung wird nicht definiert. Gehören z. B. auch catcalling etc. zu sexueller Belästigung? Das wäre meiner Meinung nach wichtig zu klären. Während ich z. B. tätlich nicht sexuell belästigt wurde, erfahre ich regelmäßig catcalling in meinem Viertel, insb. in der Eisenbahnstraße.

weiblich, 57

- *Fahrraddiebstähle sind großes Problem habe das Gefühl, die Polizei unternimmt nichts*
- *ich bin nicht sehr empfindlich bezüglich Müll auf den Straßen, aber hier stört mich das sehr, habe noch nie in einer so vermüllten Gegend gewohnt.*
- *Raserei in den engen Straßen macht mir manchmal Angst*

weiblich, 71

Verschlechtert hat sich für mich: keine Sparkasse, kein Geldautomat, kein Bäcker mehr in der Eisenbahnstr., dafür viele neue Spielsalons. Letzteres halte ich für die Entkriminalisierung der Straße für schlecht. Das Areal neben dem Cafe Kuhne befindet sich meist in einem katastrophalen Zustand. Ich erkenne keine zielführenden Maßnahmen des Ordnungsamtes/der Stadt, um diesen Zustand zu verbessern. Das finde ich völlig unverständlich und macht mich wütend.

Und:

männlich, 85

Alte weiße Männer“ werden in der Eisenbahnstr. eher verehrt.

Auch wenn sich aus den Bemerkungen keine verlässlichen quantitativen Zusammenhänge ableiten lassen, vermitteln sie dennoch eine ergänzende deskriptive Vorstellung über Zusammenhänge zwischen der Beurteilung polizeilichen Handelns und Alltagsproblemen in den beiden Ortsteilen

einschließlich der WVZ. Eine besondere Rolle spielt dabei die Wahrnehmung von Incivilities. Incivilities gelten als Gefahrensymbole im Rahmen von Vorfeldkriminalität (siehe Kap. 3 und 5). Incivilities, die in physische (z. B. Müll im öffentlichen Raum) und soziale (z. B. Drogenkonsum im öffentlichen Raum) unterteilt werden, setzen voraus, dass ein kollektives Ordnungsverständnis in einem Wohngebiet existiert (gemeinsame Sitten-normen) sowie eine kollektive Präferenz für dieses Ordnungsverständnis. Die Schlussbemerkungen unterstützen den Eindruck, demzufolge es in den Präferenzen der Wohnbevölkerung insbesondere eine Differenz zwischen den jüngeren und älteren Alterskohorten gibt, was Incivilities und polizeiliches Handeln betrifft. Ältere Kohorten setzen den Schwerpunkt polizeilichen Handelns tendenziell stärker auf eine Kritik an einer Inaktivität gegenüber Incivilities, während jüngere Kohorten das Kontrollverhalten (Racial Profiling) und die quantitativ hohe Präsenz von Polizei kritisieren.

6.6 Polizeiliche Kontrolle und Racial Profiling

Jüngere Befragte konzentrieren sich in ihren Bemerkungen hauptsächlich auf eine Beurteilung des polizeilichen Kontrollhandelns im Sinne eines Racial Profilings. Es wird dabei betont, dass zwar keine eigene Betroffenheit vorliegt, aber eine Zeugenschaft. Wir haben deshalb in der PD Leipzig nachgefragt, woran sich die Kontrollen in der WVZ orientieren.

Das zentrale Argument bezüglich polizeilichen Kontrollverhaltens besteht in einer Orientierung an der aktuellen Lagebeurteilung. In die delikt-spezifische Lagebeurteilung fließt nach Auskunft der PD Leipzig neben den statistischen Parametern auch das Erfahrungswissen der örtlichen Bürgerpolizei und der Streifendienste ein. Bestandteil der Lagebeurteilung sind Delikte, welche der Einrichtung der WVZ zugrundeliegen. Für die daran ausgerichteten polizeilichen Kontrollen gilt, dass nicht ein einziges isoliertes Personenmerkmal der Grund für eine Kontrolle sein darf, sondern weitere Merkmale aus den vorgenannten Bedingungen sowie kontextspezifisches Verhalten vorliegen müssen.

Einige Bemerkungen dazu.

Bereits in der Vergangenheit galt die Eisenbahnstraße polizeirechtlich als sog. gefährlicher Ort (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SächsPVDG) oder als Teil eines Kontrollbereiches (§ 15 Abs. 1 Nr. 6 SächsPVDG). Die Besonderheit liegt darin, dass unter diesen Voraussetzungen anlassunabhängige Perso-

nenkontrollen durch die Polizei möglich sind, d. h. die Befugnis knüpft an die bloße Anwesenheit einer Person an einem bestimmten Ort an und ist letztlich nicht von deren Verhalten abhängig. An die Möglichkeit zur sogenannten verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung können optional weitere Befugnisse wie die Durchsuchung der Person oder der von ihr mitgeführten Sachen anschließen (§§ 27, 28 SächsPVDG). Auf der Grundlage raumbezogener Befugnisse nach dem SächsPVDG wird die Umsetzung der Sächsischen Waffenverbotszonenverordnung Leipzig erleichtert, da keine Verdachtsschöpfung im Sinne von § 163b StPO i. V. m. §§ 46 Abs. 1, 53 Abs. 1 OWiG erforderlich ist.

Racial Profiling als Folge polizeilicher Kontrolle ist zu einem geradezu unversöhnlichen Streitobjekt geworden. In der Auseinandersetzung um Racial Profiling wird zwischen den kontrahierenden Parteien nicht selten eine Trennung der beiden öffentlichen Güter, zwischen denen abgewogen bzw. entschieden werden muss, vorgenommen: Kriminalitätsreduzierung und soziale Gleichbehandlung (Art. 3 GG).

Aus einer gedanklichen Trennung beider Güter entsteht tendenziell auch eine einseitige Argumentation.

Während polizeiliche Akteure aus der Perspektive der Kriminalitätsbekämpfung Kontrollhandeln begründen, fokussiert sich die politische, mediale Aufmerksamkeit und wissenschaftliche Diskussion auf eine ungleiche Kontrolle gegenüber bestimmten, z. B. sozial schwachen Gruppen, insbesondere aber Migranten. Generell sollte vielmehr von Social Profiling die Rede sein, weil statistisches Erfahrungswissen bezüglich des Kriminalitätsaufkommens im öffentlichen Raum als Bezugspunkt vor allem die Merkmale männlich, jung, ledig und in Städten lebend, aufweist.

Im Grunde handelt es sich um eine Dilemmasituation. Beide erwähnten Güter sind durch die Handlung polizeilicher Kontrolle verbunden (siehe Anlage 4). Entscheidend dabei ist allerdings, dass Kontrolle tatsächlich kriminalitätsreduzierend wirkt. Bezüglich Forschungen zur Effektivität polizeilichen Handelns lassen sich Desiderat feststellen; dies gilt umso mehr für das Selektions- und Kontrollverhalten. Hier mangelt es an systematischen Untersuchungen dazu, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang polizeiliche Kontrollen ein präventives Wirkungspotenzial entfalten.

Dass Selektions- und Kategorisierungsprozesse aber nicht nur durch Vertreter/-innen der Sicherheitsbehörden vorgenommen werden, verdeutlicht Köllisch (2004, 309 f.), der das Anzeigeverhalten bei Jugenddelinquenz untersuchte und hinsichtlich der Verdachtsschöpfung durch Ladendetek-

tive feststellte, dass diese „zu einer erheblichen Verzerrung des Entdeckungsrisikos zu Ungunsten sozial Benachteiligter, Jugendlichen aus der Unterschicht, Jugendlichen mit fremdethnischer Herkunft sowie Jugendlichen aus einer delinquenten Subkultur“ führt.

Das Problem, demzufolge eine Tendenz von statistischen Merkmalsgruppen auf eine einzelne Person angewendet wird, nur weil sie dieselben Merkmale aufweist, ist eine Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips gegenüber dieser Person. Deshalb ist es empfehlenswert nach einem Weg zu suchen, eine solche generelle Verletzung der Gleichbehandlung in einem Diskurs kontinuierlich neu auszuhandeln und nur *temporär* zu legitimieren.

Eine WVZ kann ein initiales Mittel zur Zurückdrängung von besonders schweren Delikten sein. Kapitel 4 enthält statistische Hinweise auf eine Verringerung von Rohheitsdelikten im Gebiet der WVZ. Das kann zu Rahmenbedingungen führen, die insbesondere die Entstehung, Förderung und Stabilisierung alternativer Möglichkeiten zur Erhöhung öffentlicher Sicherheit unterstützen. Dazu gehört in erster Linie die Stabilisierung von Sozialkapital. Das Sozialkapital eines Wohnviertels ist eine entscheidende Grundlage für das Zusammenleben einer Wohnbevölkerung. Intaktes Sozialkapital ist die Voraussetzung für die Ausbildung informeller Sozialkontrolle und damit ein grundlegendes Element für soziale Stabilität. Es umfasst drei Elemente: intakte Nachbarschaft (stabile soziale Beziehungen), soziales Vertrauen und gemeinsame Normen (Putnam 1995; Putnam 1993). Hierzu könnte eine Studie angestrengt werden, welche die Probleme der Entstehung von Sozialkapital im Gebiet der beiden Ortsteile genau zu analysieren hilft. Der Forschungsstand zum Sozialkapital, theoretische und methodische Grundlagen betreffend, erlaubt eine solide Analyse und daraus folgend die Ausarbeitung zielführender Maßnahmen.

Die Besonderheiten beider Ortsteile weisen darauf hin, dass umfangreiche kommunale Unterstützung erforderlich ist, um die sozialen integrativen Kräfte zu unterstützen. Schon deshalb wäre es anzustreben, dass Exekutive und Legislative das Kriminalitätsproblem und die sozialen Probleme der beiden Ortsteile als ein Problem betrachten, das nur gemeinsam gelöst werden kann.

7. ExpertInneninterviews

7.1 Beschreibung der Erhebung

Die ExpertInneninterviews wurden durchgeführt, um die Einschätzung der Evaluationskomponenten mittels Prozessdatenanalyse und postalischer Befragung zu ergänzen und in der Interpretation der Ergebnisse zu unterstützen (vgl. Abb. 1). Dafür wurden Personen befragt, welche im Bereich der WVZ tätig sind und in unterschiedlichen Kontexten im Kontakt mit möglichst vielen EinwohnerInnen stehen, um über diese ExpertInnen die Einstellungen und Meinungen der Wohnbevölkerung zu erheben. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil davon auszugehen war, dass es im Rahmen der postalischen Befragung zu selektiven Ausfällen kommen würde, die insbesondere dem migrantischen Anteil der Wohnbevölkerung sowie Personen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status betreffen.

Ziel der ExpertInneninterviews ist es einerseits, die postalische Befragung und die Prozessdatenanalyse zu ergänzen. Andererseits aber haben die Ergebnisse der ExpertInnenbefragung ein eigenständiges Gewicht, indem sie aus der Perspektive der institutionellen Aufgabenerfüllung und des damit verbundenen Kontakts mit Personen bestimmter sozialer Gruppen, Einblick in kollektive Urteile geben können.

7.1.1 Auswahl der ExpertInnen und Vorgehensweise des Feldzugangs

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von ExpertInneninterviews ist zu beachten, dass die ExpertInnen in ihren Aussagen ebenfalls normativ beeinflusst sein können und die Meinungen ihrer Kontaktgruppen nicht zwangsläufig objektiv wiedergeben. Dennoch erweitern diese Ergebnisse die Einschätzungen, weil aus der Verschiedenheit der Aufgabenbereiche der ausgewählten ExpertInnen auch wechselseitige Validierungen von Einschätzungen unterstützt werden.

Ein erster Vorschlag in Form einer Liste mit potentiellen ExpertInnen wurde von der Arbeitsgruppe Waffenverbotszone⁴¹ zur Verfügung gestellt. Diese umfasste soziokulturell arbeitende Vereine, interkulturell arbeitende Vereine und Initiativen sowie öffentliche Einrichtungen. Die Liste wurde um weitere Einrichtungen, wie Einzelhandelsgeschäfte, Gastronomiebetriebe und Akteure der Polizei erweitert. Aus dieser Liste, welche 50 Personen umfasste, wurden zunächst 29 ExpertInnen ausgewählt, welche zur Teilnahme an der Befragung eingeladen wurden. Der Auswahl lag die Absicht zugrunde, ein möglichst breites Spektrum an Einrichtungen zu erreichen, welche über ihr Alltagshandeln mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Kontakt stehen. Dabei wurden speziell Akteure ausgewählt, von denen erwartet wurde, dass sie Auskunft über Personengruppen geben, welche sehr wahrscheinlich von der postalischen Befragung nicht erreicht werden können (z. B. auch Personen ohne festen Wohnsitz) oder bei denen bisherige empirische Befragungen zeigen, dass diese aufgrund eines geringen Response oftmals unterrepräsentiert sind (z. B. migrantische Bevölkerungsgruppen und insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund, RentnerInnen sowie Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status). Hierbei ist anzumerken, dass dieses Ziel nur zum Teil erreicht werden konnte. Die entsprechenden ExpertInnen wurden zunächst per Brief über die Befragung unterrichtet, wobei vier der Briefe unzustellbar waren. Diese Personen wurden – insofern die Angaben vorhanden waren – nochmals per E-Mail angeschrieben. Einige Tage später wurden die angeschriebenen ExpertInnen von den ProjektmitarbeiterInnen, mit Unterstützung eines Anrufleitfadens, telefonisch kontaktiert, um deren Teilnahmebereitschaft zu erfragen. Von den 29 ursprünglich ausgewählten AkteurInnen konnten 21 Personen telefonisch erreicht werden. Von diesen erklärten sich 16 dazu bereit, an einem Interview teilzunehmen. Im weiteren Verlauf waren jedoch nicht mehr alle der ExpertInnen, welche sich ursprünglich zu einem Interview bereit erklärt hatten, erreichbar. Da durch diesen Ausfall auch einige der zu befragenden Institutionen unterrepräsentiert waren, wurde versucht, diese ExpertInnen aus der Liste der restlichen 21 ExpertInnen

⁴¹ Beteiligt an dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter der Hochschule der sächsischen Polizei, des sächsischen Innenministeriums, des Ordnungsamts der Stadt Leipzig, dem Amt für Statistik und Wahlen, der Polizeidirektion Leipzig, dem Polizeirevier Zentrum sowie der Universität Leipzig.

nachzubesetzen. Im Rahmen dessen wurden sechs weitere ExpertInnen angefragt. Im finalen Ergebnisbericht können somit die Interviews von 19 ExpertInnen berücksichtigt werden. Die personenbezogenen Kontaktdaten wurden nach der Zustellung der Briefe bzw. nach Durchführung der Interviews gelöscht. Unzustellbare Briefe wurden ebenfalls vernichtet. Alle ExpertInnen wurden datenschutzrechtlich aufgeklärt und es wurde ihnen ein Exemplar einer geprüften Einwilligungserklärung ausgehändigt.

Es ist möglich, dass durch die letztlich zustande gekommene Auswahl der ExpertInnen eine tendenziöse Beeinflussung der Ergebnisse vorliegt, da viele der im Viertel sozial aktiven Personen, welche auf die Anfrage reagierten, schon eine starke Meinung bezüglich der WVZ hatten und dadurch eine intrinsische Motivation aufwiesen, an dieser Befragung teilzunehmen.

7.1.2 Erläuterung der vertrauensbildenden Maßnahmen sowie Pseudonymisierung

Aus den insgesamt 19 ExperInnenbefragungen ist ein umfangreiches Material hervorgegangen, das im Rahmen des Projekts zunächst explorativ erschlossen worden ist, um in erster Linie Informationen von den ExpertInnen über deren Kontaktgruppen, welche die in der postalischen Befragung auftretenden selektiven Ausfälle betreffen, zu erhalten.

Es wurde den pandemiebedingten besonderen Umständen Rechnung getragen, in dem auf Hygienevorschriften, wie Abstandsregeln und der Verzicht auf Händeschütteln, geachtet wurde, um die ExpertInnen sowie die InterviewerInnen so gut wie möglich zu schützen.

Für die Interviews wurden folgende Rahmenbedingungen geschaffen:

- Es konnte der Ort für die Durchführung des Interviews von den befragten Personen selbst gewählt werden. Von den 19 Interviews fanden drei in den Räumlichkeiten der Universität statt und 13 wurden in den Räumlichkeiten der entsprechenden Institutionen durchgeführt. Ein Interview fand in einem Café statt und jeweils ein Interview wurde am Telefon bzw. über die Plattform Skype geführt.
- Der Interviewleitfaden (Anlage 3.1) wurde den Befragten bei Interesse vorab übersendet. Von dieser Möglichkeit machten acht Personen Gebrauch.

- Die Interviews fanden nur unter Teilnahme einer am Projekt beteiligten Person sowie dem/der ExpertIn statt. An zwei der Interviews haben jeweils zwei ExpertInnen aus derselben Einrichtung teilgenommen.
- Zu Beginn des Interviews wurde den InterviewpartnerInnen eine Einwilligungserklärung vorgelegt. In dieser ist festgeschrieben, dass im Forschungsbericht eine Anonymisierung der Personen sowie eine Pseudonymisierung der betreffenden Institution vorgenommen wird. Im vorliegenden Ergebnisbericht sind deshalb weder die VertreterInnen der Institutionen noch die beteiligten Institutionen namentlich erwähnt. So wird gewährleistet, dass keine Rückschlüsse auf die Aussagen der einzelnen Personen gezogen werden können. Eine Beschreibung der jeweils aus mehreren Institutionen zusammengesetzten Übergruppen sowie deren Kontaktgruppen sind in Tabelle 33 enthalten.
- Die Teilnahme an den Interviews fand auf der Grundlage einer vom Datenschutzmanagement der Universität Leipzig geprüften Einwilligungserklärung statt, die u. a. die Freiwilligkeit der Teilnahme und das Recht auf Widerruf enthält.
- Die ExpertInnen wurden ferner darüber unterrichtet, dass sich alle ProjektmitarbeiterInnen zur Einhaltung des Datenschutzes schriftlich verpflichtet haben.
- Darüber hinaus wurde es den Personen freigestellt, ob das Interview mittels eines Diktiergeräts aufgezeichnet werden darf. Lediglich zwei InterviewpartnerInnen entschieden sich gegen eine Aufnahme. Von diesen Interviews wurde im Nachgang an die Befragung ein Gedächtnisprotokoll erstellt, welches auf Notizen beruht, die während des Interviews festgehalten wurden.

Die restlichen 17 Interviews wurden von den InterviewerInnen transkribiert. Auch auf diese Audiodateien hatten nur die direkt am Projekt beteiligten Personen Zugriff. Nach der Transkription fanden stichprobenartige Kontrollen, sowie Überprüfungen bei Unsicherheiten durch eine andere, ebenfalls direkt am Projekt beteiligte Person statt. Die Audiodateien wurden nach überprüfter Transkription sicher gelöscht.

Während der Interviews wurde versucht, hauptsächlich Erzählimpulse zu setzen, um den InterviewpartnerInnen in ihren Ausführungen möglichst viel Freiraum zu lassen und sich im Idealfall deren sprachlicher Codes anzupassen. Je nach Gesprächsverlauf wurde gegebenenfalls die Reihenfolge der Fragen angepasst, um Irritationen zu vermeiden (Cicourel

Tabelle 33: Übersicht zu den befragten Institutionen und deren Kontaktgruppen

Oberbegriff der Institutionen	Beschreibung der Institutionen	Kontaktgruppe(n)
Soziokulturell arbeitende Vereine	Soziale und kulturelle Vereine, von Kultureinrichtungen, die lokalen Gruppen Raum bieten bis hin zu Familienfördervereinen; Freie Vereine mit hauptsächlich nationalem Fokus.	Zum Großteil studentisch, jung und ohne Migrationshintergrund; in Teilen aber auch migrantisches Publikum und kulturell interessierte AnwohnerInnen verschiedener Altersgruppen.
Interkulturell arbeitende Vereine und Initiativen	Vereine, die sich der interkulturellen Kommunikation oder der Förderung bestimmter ethnischer Gruppen widmen; freie Vereine mit internationalem Fokus.	AnwohnerInnen mit Migrationshintergrund verschiedener Altersgruppen
Öffentliche Einrichtungen	Öffentliche Einrichtungen, die Bestandteil kommunaler Verwaltung sind bzw. staatlich gefördert werden.	Junge Personen aus dem Viertel, SeniorInnen, Aktiven und Vereine aus der Umgebung, Obdachlose, Drogenabhängige
Einzelhandel/ Gastronomie	Gastronomische Einrichtungen und Geschäfte im Bereich der Eisenbahnstraße	AnwohnerInnen verschiedener sozialer Gruppen und Ethnien aus dem Viertel

1970). Darüber hinaus wurden der Verlauf des Interviews, die Selbstwahrnehmung der interviewenden Person sowie etwaige Besonderheiten in der Interviewführung auf einem gesonderten Blatt festgehalten.

In Tabelle 33 sind die befragten Institutionen aggregiert erfasst und der Personenkreis erläutert, über den die VertreterInnen dieser Institutionen Auskunft geben können. Es wurden Institutionen befragt, welche im weiteren Bericht wie folgt im Sinne einer Pseudonymisierung zusammengefasst werden:

Hierbei ist ergänzend festzuhalten, dass es hinsichtlich der Kontaktgruppen teilweise Überschneidungen unter den verschiedenen gruppierten Institutionen gibt. Die Analyse der Kontaktgruppen fand daher hauptsächlich basierend auf deren eigenen Eigenschaften statt.

7.2 Bemerkungen zur Forschungsmethode und dem Aufbau des Interviewleitfadens

ExpertInneninterviews sind eine qualitative Forschungsmethode, welche es ermöglicht, Meinungen und Einschätzungen differenzierter zu erheben und somit mögliche Zusammenhänge in Erfahrung zu bringen. Den ExpertInnen war es möglich, die Leitfragen frei zu beantworten und eigene Schwerpunkte zu setzen. So war es auch möglich Themen und Argumentationsmuster zu erheben, welche nicht zwangsläufig in der Bevölkerungsbefragung thematisiert wurden. Da die ExpertInnen dennoch mittels desselben Interviewleitfadens befragt wurden, ist eine Vergleichbarkeit und Klassifizierung der Antworten möglich. Bemerkenswert ist, dass die Einschätzungen der ExpertInnen bezüglich ihrer Kontaktgruppen hohe Übereinstimmungen mit den Schwerpunktsetzungen der Freihandbemerkungen am Ende des Fragebogens in der postalischen Befragung aufweisen.

Bestandteile der ExpertInneninterviews sind hauptsächlich folgende Themen:

- Sicherheitsempfinden,
- Akzeptanz der WVZ,
- Kriminalitätseinschätzung,
- Bewertungen des polizeilichen Handelns sowie
- allgemeine Einschätzungen bezüglich des Bereichs der WVZ.

Die Einschätzungen der ExpertInnen können genutzt werden, um einen Eindruck über die Wahrnehmung und Einschätzung der Kriminalität sowie deren Veränderung im Gebiet der WVZ zu gewinnen. Darüber hinaus kann herausgestellt werden, welche Delikte für die AnwohnerInnen von besonderer Bedeutung sind.

Der Leitfaden (vgl. Anlage 3.1) begann mit einem „Eisbrecher“, bei welchem den befragten Personen eine biographische Frage zu ihrem bisherigen Werdegang und ihrer Arbeit im Bereich der WVZ gestellt wurde. Im ersten Teil des Fragebogens wurden anschließend die persönlichen Eindrücke der ExpertInnen im Hinblick auf die Eisenbahnstraße erfragt. Diese umfassen Fragen zur

- Einstellung bezüglich der Eisenbahnstraße und WVZ,

- zum allgemeinen und persönlichen Sicherheitsempfinden vor Einführung⁴² der WVZ sowie
- dem Vermeideverhalten und möglichen wahrgenommenen Veränderungen seit Einführung der WVZ in Bezug auf das Sicherheitsempfinden sowie die Nachbarschaft.

Darüber hinaus wurde nach bisherigen Kontakten oder Beobachtungen von Kontrollmaßnahmen durch die Polizei sowie deren Einschätzung gefragt.

Im zweiten Teil des Fragebogens sollten die ExpertInnen über die Einstellungen der Personen sprechen, mit denen sie in einem institutionenspezifischen Kontakt stehen. Hierfür wurden zunächst die Merkmale dieser Personen und etwaige Veränderungen in der bisherigen Arbeitsweise der Einrichtung seit Einführung der WVZ erfragt. Auf mögliche Veränderungen, welche nicht auf die WVZ, sondern auf die Ausgangsbeschränkungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie, zurückzuführen sind, wurde ebenfalls eingegangen. Anschließend wurde auf die Einstellung der Kontaktgruppen eingegangen und dabei auch insbesondere der Fokus auf deren Sicherheitsempfinden sowie die Wahrnehmung der Polizeiarbeit gelegt. Abschließend wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben im Rahmen des Fragebogens noch nicht thematisierte Aspekte anzusprechen.

Aus den finalen 17 Transkripten und den zwei Zusammenfassungen wurde anschließend induktiv ein Kategoriensystem erstellt. Dieses Kategoriensystem wurde genutzt, um das komplette Interviewmaterial zu codieren. Auf Basis dieser Kodierungen wurden Paraphrasierungen zu den einzelnen Überkategorien angefertigt, auf denen die nachfolgenden Analysen basieren.

⁴² Hierbei ist anzumerken, dass diese retrospektiven Aussagen hinsichtlich des Sicherheitsempfindens nur bedingt aussagekräftig sind und eine Evaluation dessen vor Einführung der WVZ nötig gewesen wäre, um aussagekräftige Vergleiche treffen zu können.

7.3 Ergebnisse zu den Einstellungen der ExpertInnen

In der folgenden Analyse sollen die Meinungen der ExpertInnen sowie deren persönliche Einschätzungen betrachtet werden. Hierfür wurden die Ergebnisse des ersten Teils des Leitfragebogens verwendet. Dieser erfasst vor allem die individuellen Erfahrungen dieser Personen, welche einen Großteil ihres Alltags im Bereich der WVZ verbringen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Mehrzahl der ExpertInnen in einem sozialen, (inter-)kulturellen Kontext tätig ist und oftmals aus einem studentischen Milieu stammt, womit die Meinungen dieser sozialen Gruppe überrepräsentiert sein können.

7.3.1 Sicherheitsempfinden

Bezüglich des Sicherheitsempfindens merken einige der ExpertInnen an, dass dieses im langfristigen Trend schon vor Einführung der WVZ deutlich gestiegen ist und diese das Sicherheitsempfinden kaum beeinflusst. So wurde die Straße bis vor ca. 5–7 Jahren noch als deutlich „rauer“ wahrgenommen. Die Stimmung und eine Fortbewegung im Viertel, insbesondere in unbelebten Straßen wird in dieser Zeit als unangenehmer als heute beschrieben. Eine Person aus der Gastronomie merkte an, dass in der Vergangenheit auch das Gewaltpotential linker Gruppen zur Unsicherheit beigetragen habe.

Die folgenden Aussagen beziehen sich nun vielmehr auf den Zeitraum um die Einführung der WVZ.

Hinsichtlich der Urteile über das Kriminalitätsaufkommen kann festgehalten werden, dass von fast allen ExpertInnen eine hohe Kriminalitätsbelastung im Bereich der Eisenbahnstraße beschrieben wird (vgl. *Kriminalitätseinschätzung*). Dieses wird jedoch im weiteren Verlauf oftmals mit einem ebenso vorhandenen Kriminalitätsaufkommen in anderen Stadtteilen verglichen und in Teilen normalisiert. Die Bezeichnung der Eisenbahnstraße als „gefährlich“ kann von den ExpertInnen in Teilen nachvollzogen werden. Insbesondere wird auf organisierte Kriminalität und Drogenhandel im Bereich der Eisenbahnstraße hingewiesen. Dabei wird von einer Mehrheit der im Viertel ansässigen ExpertInnen betont, dass AnwohnerInnen nicht direkt von diesen Kriminalitätsformen betroffen sind. Dennoch werden durch deren Wahrnehmung teilweise Unsicherheitsgefühle ausge-

löst. Zudem wird hinsichtlich perspektivloser Jugendlicher von einem Teil der ExpertInnen die Sorge geäußert, dass diese durch die sich ereignende Kriminalität auf den falschen Weg kommen könnten und die eigenen Kinder im Bereich der Eisenbahnstraße möglicherweise einfacher illegalisierte Substanzen erwerben können.

Von den meisten ExpertInnen wird betont, dass sie sich im Bereich der Eisenbahnstraße sicher fühlen. Insbesondere männliche Personen geben an, sich im Bereich der Eisenbahnstraße sehr sicher zu fühlen. Weibliche ExpertInnen beschreiben Unsicherheitsgefühle, welche hauptsächlich bei Nacht insbesondere in Parkanlagen auftreten. Hier wird betont, dass diese aber auch in anderen Stadtteilen auftreten. Es werden insbesondere Gruppen von jungen Männern genannt, welche vor allem bei Nacht Gefühle des Unwohlseins auslösen. Dabei wird von einem Teil der ExpertInnen angemerkt, dass derartige Einschätzungen jedoch oftmals auf rassistischen Zuschreibungen basieren. Interkulturelle Schwierigkeiten rufen Verunsicherungen bei einem Teil der ExpertInnen vor. Diese scheinen vor allem bei Personen mittleren Alters und darüber aufzutreten. Eine Person merkte an, aufgrund möglicher vorliegender kultureller Differenzen teilweise nicht mehr zu wissen, worauf sie sich verlassen könne.

Ein Teil der ExpertInnen fühlt sich durch den offenen Drogenkonsum verunsichert, aber auch Gewalttaten wie Körperverletzungen, Schießereien, Menschenhandel und Tötungsdelikte führen zumindest zeitweise zu erhöhten Unsicherheitsgefühlen bei den befragten ExpertInnen. Aber auch hier relativiert ein Teil der ExpertInnen das Kriminalitätsgeschehen, indem sie anmerken, dass Kriminalität auch in anderen Vierteln beobachtet werden könne.

Des Weiteren wird von einem Teil der ExpertInnen angemerkt, dass ein hohes Verkehrsaufkommen im Bereich der Eisenbahnstraße als gefährlicher für die AnwohnerInnen wahrgenommen wird als Waffen. Enge Radwege, sowie große und/oder schnelle sowie auf Radwegen geparkte Autos werden von einem Teil der ExpertInnen als Sicherheitsrisiko wahrgenommen.

Ein Teil der hauptsächlich jüngeren, aber auch einigen älteren ExpertInnen ohne Migrationshintergrund gibt an, dass Polizeieinsätze ebenfalls Unsicherheitsgefühle im Viertel auslösen. Hierbei wird zum einen eine Verunsicherung hinsichtlich der Gründe für Polizeieinsätze und zum anderen die polizeiliche Präsenz selbst thematisiert, wobei unter anderem auch die Möglichkeit von verdachtsunabhängigen Kontrollen als bedroh-

lich wahrgenommen wird. Insbesondere die Polizeisirene sowie stark bewaffnete Einsatzkräfte in großen Einsatzwagen werden in diesem Zusammenhang erwähnt und negativ bewertet.

Die ExpertInnen geben mehrheitlich an, dass es seit längerer Zeit, durch die Belebung des Viertels, zu einem Anstieg des Sicherheitsgefühls gekommen ist. Eine erhöhte Frequenz an PassantInnen auf der Straße und die vielen Szenegeschäfte dienen in einer möglichen Gefahrensituation als Zufluchtort. Die vermehrte Anwesenheit von Polizeikräften wurde allerdings nicht als Verbesserung hinsichtlich des Sicherheitsempfindens thematisiert.

Fast alle ExpertInnen sagen aus, dass sich ihr Sicherheitsgefühl seit der Einführung der WVZ nicht verändert hat. Eine Person gab an, dass sich die allgemeine Sicherheit durch die WVZ zwar nicht verändert habe, im Hinblick auf ihre berufliche Tätigkeit jedoch eine Verbesserung ihres Sicherheitsgefühls eingetreten sei, da das Mitführen von Waffen nun zusätzlich auch allgemein verboten sei. Sie wirft allerdings die Frage auf, ob die damit einhergehenden Maßnahmen tatsächlich notwendig seien.

Verhaltensänderungen bzw. Vermeideverhalten werden ebenfalls thematisiert. So gibt ein Teil der ExpertInnen an, einen Selbstverteidigungskurs besucht zu haben oder bei Nacht bestimmte Plätze zu meiden und möglichst selbstbewusst aufzutreten. Diese Vorkehrungen werden allerdings nur von einem Teil der ExpertInnen mit dem Bereich um die WVZ in Zusammenhang gebracht.

Von einem expliziten Vermeideverhalten aufgrund der WVZ sprechen wenige der befragten ExpertInnen. So geben jüngere Personen teilweise an, den Bereich der WVZ auch aufgrund hoher Polizeipräsenz und damit einhergehenden potentiellen Kontrollerfahrungen zu meiden.

Zudem ist anzumerken, dass einige ExpertInnen postulieren, die beleuchtete und belebte Eisenbahnstraße als positiv wahrzunehmen, welche die Sicherheit im Viertel steigert, während eine andere Expertin bevorzugt die Seitenstraßen nutzt, um größeren Personengruppen aus dem Weg zu gehen. Zwei ExpertInnen bemängeln zudem eine geringe Beleuchtung in den Seitenstraßen.

7.3.2 Akzeptanz der WVZ

Die ExpertInnen äußern sich zum Teil ablehnend gegenüber der WVZ. Einige ExpertInnen aus dem gastronomischen, religiösen und soziokulturellen Bereich hatten jedoch unabhängig vom Migrationshintergrund zunächst Hoffnung und Vertrauen in die WVZ. Sie hoffen, dass die WVZ das Zusammenleben im Viertel verbessert und stehen Bestrebungen der Stadt, das Sicherheitsgefühl im Viertel zu erhöhen, positiv gegenüber. Allerdings konnten diese bis auf eine Person keine positiven Veränderungen seit Einführung der WVZ feststellen, weil dadurch insbesondere die Drogenkriminalität und die organisierte Kriminalität nicht tangiert werden. Die Drogenkriminalität wird von einem Teil der ExpertInnen sogar als präsenter wahrgenommen als noch zuvor. Ein kleiner Teil dieser ExpertInnen ist der Meinung, dass die Maßnahmen im Rahmen der WVZ nicht weit genug gehen und fordern teilweise einen Ausbau dieser Maßnahmen. Demgegenüber wurde angesprochen, dass der Bereich der WVZ ohnehin schon zuvor als gefährlicher Ort klassifiziert wurde und durch die Einführung der WVZ eigentlich keinerlei Veränderungen stattgefunden haben. Vereinzelt wurde zudem positiv angemerkt, dass die Einsatzkräfte durch die WVZ mehr Handlungsspielraum erhalten. Es wurde auch von ExpertInnen aus den religiösen, migrantischen und sozialarbeitenden Bereichen, mehrfach die Hoffnung geäußert, dass die WVZ zu einem „sauberen Viertel“ führen könne. Auch dies scheint sich bisher aus der Sicht einer Reihe von ExpertInnen nicht erfüllt zu haben. So sind einige ExpertInnen darüber enttäuscht, dass seit der Einführung der WVZ das Straßenbild nicht ordentlicher wurde. Lediglich ein Experte geht davon aus, dass durch die Einführung der WVZ die Kriminalitätsbelastung in diesem Bereich zurückgegangen ist, ist sich jedoch nicht sicher, ob diese womöglich nur verdrängt wurde.

Ein großer Teil der ExpertInnen standen der Einführung der WVZ hingegen von Anfang an kritisch gegenüber und betrachten die WVZ teilweise als (symbol-)politischen Aktionismus oder „Medienspektakel“, welcher ein nicht zu gewährleistendes Sicherheitsgefühl suggerieren soll. Wenige ExpertInnen, vor allem aus künstlerischen und interkulturellen Milieus, äußern auch die Sorge, dass durch die WVZ das Sicherheitsgefühl im Viertel sinken könnte, weil dadurch eine stärkere Gefahrenlage suggeriert wird, als tatsächlich vorliegt. Sie sehen die WVZ in Kombination mit der medialen Berichterstattung als Gefahr einer weiteren Stigmatisierung, welche die Anwohnenden unter Generalverdacht stellt. Es gibt jedoch auch hier

Stimmen, die zunächst abwarten möchten, wie sich die WVZ weiter auf das Viertel auswirkt. Doch insgesamt haben diese ExpertInnen bisher keine Verbesserung des Sicherheitsempfindens oder der Kriminalitätssituation feststellen können.

Von Kritikern sowie Befürwortern der WVZ wird die Frage aufgeworfen, inwiefern Verbotsschilder ein geeignetes Mittel für Kriminalitätsbekämpfung darstellen. Je nach Perspektive werden Alternativen im Bereich von Sozialarbeit sowie des Städtebaus oder Verschärfungen der Maßnahmen gefordert.

Für ExpertInnen aus den sozio- und interkulturellen Milieus erscheint die Einführung der WVZ eine PR-Aktion, die staatliche Stärke demonstrieren soll, jedoch nicht an einer tatsächlichen Verbesserung der Sicherheitslage im Viertel interessiert ist, da die eigentlichen Probleme des Viertels unbeachtet bleiben. Nach Einschätzung dieser ExpertInnen sind für eine Steigerung des Sicherheitsgefühls und eine Reduktion der Kriminalität andere, präventive Maßnahmen notwendig. Mehrere ExpertInnen begrüßen zudem den Versuch auf künstlerischem Wege dem Bild einer gefährlichen Eisenbahnstraße entgegenzutreten und sahen die Einführung der WVZ als Rückschritt in der Entwicklung des Viertels an. Von einigen ExpertInnen aus verschiedenen Bereichen, wie Kulturschaffenden aber auch interkulturell Arbeitenden, wurde die Sorge geäußert, dass die WVZ für die AnwohnerInnen zur Normalität werden könnte und kritische Stimmen mit der Zeit abflauen würden, was diese als gefährlich für die bürgerlichen Freiheiten ansehen. Diese Sorge äußerten vermehrt ExpertInnen, die sich selbst klar gegen die WVZ positionierten.

Zudem stellt ein Teil der Personen die Einführung der WVZ generell infrage. So wird betont, dass es auch in anderen Stadtteilen zu einem erhöhten Kriminalitätsaufkommen kommt, an diesen Orten jedoch keine WVZ eingeführt wird. ExpertInnen aus allen Bereichen kritisieren zudem, dass durch die WVZ das Image des Viertels weiter sinkt. Demgegenüber bezeichnet eine Expertin die WVZ als Versuch, die Gentrifizierung weiter voranzutreiben, wodurch die Probleme des öffentlichen Drogenmissbrauchs und der Wohnungsnot noch weiter verschärft werden.

Die ExpertInnen erleben auch Situationen der Unsicherheit durch die WVZ. Für ExpertInnen aus verschiedenen Milieus ist die Kommunikation über die Einführung der WVZ vonseiten der Stadt und der Polizei nicht ausreichend. Hier zeigt sich, dass trotz der Aufklärungsbemühungen, sich auch ein Teil der Bevölkerung zunächst nicht ausreichend über die WVZ in-

formiert fühlt. Eine größere Anzahl der ExpertInnen äußert sich unsicher darüber, was noch erlaubt ist und wie „gefährliche Gegenstände“ definiert werden. Dies führt dazu, dass wiederum einzelne ExpertInnen diesbezüglich Informationsveranstaltungen anbieten. So betonen ExpertInnen aus soziokulturellen Milieus, dass dabei auch ein neues Publikum angesprochen werden konnte, welches sie normalerweise nicht erreicht hätten. Von zwei ExpertInnen wurde darüber hinaus kritisch geäußert, dass die WVZ einen Selbstschutz durch mitgeführte Gegenstände unterbindet.

Unter den ExpertInnen aus den verschiedenen Milieus, von studentischen über künstlerische und gastronomische bis hin zu migrantischen, ist die Meinung verbreitet, dass die WVZ nicht geeignet ist, um gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen oder dabei zu helfen, deren Strukturen zu schwächen. Wenngleich die ExpertInnen sich in der Regel nicht direkt von dieser Kriminalitätsform bedroht fühlen, so wird deren negativer Einfluss auf das Viertel wahrgenommen. Gerade im Hinblick auf die Bekämpfung von organisierter Kriminalität wird eine polizeiliche Arbeit milieuübergreifend befürwortet, allerdings nicht im Rahmen einer WVZ. ExpertInnen aus der Gastronomie und der sozialen Arbeit sowie religiösen Einrichtungen beziehen sich grundsätzlich positiv auf das Ergreifen von polizeilichen Maßnahmen.

BefürworterInnen wie auch GegnerInnen der WVZ sind zu großen Teilen der Meinung, dass die Kontrollen nicht so fortgesetzt werden können, wie dies aktuell der Fall ist. Während die BefürworterInnen mehr Kontrollen fordern, damit das Viertel durch die WVZ sicherer werden kann, wünschen sich die GegnerInnen weniger Polizeipräsenz/-kontrollen und eine Rückkehr der Freiheiten wie vor Einführung der WVZ. Diese sprechen zudem die Kosten der WVZ an und werfen die Frage auf, ob die zugrundeliegenden Probleme damit sinnvoll bekämpft werden können oder ob mit dem Geld nicht an andere Stelle mehr für das Viertel hätte getan werden können. So zum Beispiel durch das Einrichten eines Konsumraums für Drogenabhängige. Sie äußern mehrfach die Hoffnung auf staatliche Projekte im Viertel. Aus ihrer Sicht sollte die WVZ durch verstärkte sozialarbeiterische Ansätze ersetzt werden.

Ein Teil der ExpertInnen vertraut in ihrer Bewertung der WVZ auch auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden. Diese ExpertInnen erhoffen sich eine positive Einschätzung der Maßnahmen. So äußert zumindest ein Teil der ExpertInnen die Vermutung, dass die WVZ möglicherweise zur Verbrechensbekämpfung beiträgt, wenngleich dies nicht von ihnen selbst

wahrgenommen wird. In diesem Fall würden diese ExpertInnen eine Weiterführung der Maßnahme befürworten. Ein Experte befürchtet zudem, dass eine Beendigung der Maßnahme möglicherweise tatsächlich bestehende Probleme verkennen würde.

Zusammenfassend lässt sich über die Akzeptanz der WVZ sagen, dass die Meinungen hier anfänglich auseinandergehen, doch die Mehrzahl der befragten ExpertInnen zum jetzigen Zeitpunkt die WVZ ablehnen und sich eine Veränderung erhoffen. Wie diese Veränderung aussehen soll, darüber herrscht Uneinigkeit, wobei nur eine Minderheit, wie auch aus der postalischen Befragung der Wohnbevölkerung hervorgehend eine weitere Verschärfung der Maßnahmen fordert.

Darüber hinaus wird von mehreren ExpertInnen aus dem gastronomischen und studentischen Bereich kritisiert, dass es trotz Einführung der WVZ weiterhin zu bewaffneten Konflikten, wie Messerstechereien kommt. Dies zeigt in deren Augen davon, dass die WVZ auch die mit Waffen geführte Kriminalität nicht adäquat bekämpfe.

7.3.3 Kriminalitätseinschätzung

Fast keiner der ExpertInnen dementiert die Verbreitung der Kriminalität im Bereich der Eisenbahnstraße, dennoch wird sie in ihrer Schwere und ihrer Auswirkung auf die AnwohnerInnen sehr verschieden beurteilt. Einigkeit herrscht im Hinblick auf die langzeitliche Entwicklung von Kriminalität im Bereich der Eisenbahnstraße. So war das Kriminalitätsaufkommen vor mehreren Jahren noch deutlich höher als in der jüngsten Zeit. Für die ExpertInnen aus verschiedenen Milieus ist es nicht nachvollziehbar und teilweise „Effekthascherei“, die Eisenbahnstraße heute als gefährlichste Straße Deutschlands zu bezeichnen. Wobei ein Experte die Hoffnung äußert, dass eine derartige Außenwahrnehmung die Gentrifizierung des Viertels verlangsamt. Fast alle sehen die Eisenbahnstraße aber hinsichtlich organisierter Kriminalität und Drogenkriminalität als einen – wenn auch nicht zwangsläufig einzigen – Kriminalitätsschwerpunkt in Leipzig. Für viele ist die Kriminalität in ihrem Umfang mit der in anderen Vierteln vergleichbar, wenngleich sie im Bereich der Eisenbahnstraße als besonders öffentlich sichtbar wahrgenommen wird und somit nach Ansicht einzelner ExpertInnen mehr Unsicherheit hervorruft. Auch physische Incivilities, wie besprühte Wände oder eingeschlagene Fensterscheiben, wurden

im Zusammenhang mit der Kriminalitätseinschätzung als störend auf der Eisenbahnstraße angesprochen.

Müll wurde häufig als Anzeichen für weitere Kriminalität beschrieben. Hieran stören sich primär ältere, aber auch kommerziell aktive und migrantische ExpertInnen. Diese erhoffen sich ein stärkeres Vorgehen gegen Verunreinigungen, scheinen aber nicht sicher zu sein, wer dafür die entsprechenden AnsprechpartnerInnen sind.

Auch die Thematik der Drogenkriminalität wird von den ExpertInnen sehr unterschiedlich eingeschätzt. Vor allem ExpertInnen aus dem religiösen und interkulturell arbeitenden Bereich sehen in der Drogenkriminalität ein Problem und sprechen bestürzt darüber, wie offen der Handel mit illegalisierten Substanzen abläuft. Aus der Sicht dieser ExpertInnen geht die Polizei nicht ihren Aufgaben entsprechend dagegen vor. Allen voran ExpertInnen mit einem zumindest teilweise positiven Bezug zur WVZ, wie ältere, religiöse und kommerziell Aktive, merken hierbei an, dass härter gegen den Drogenhandel durchgegriffen werden muss. Diese ExpertInnen zeigen Unverständnis über die jetzige Situation, da sie den Eindruck haben, dass die Polizei augenscheinlichen Drogenhandel ignoriert. Andererseits spricht ein Teil der ExpertInnen, vor allem jene, die selbst auf oder an der Eisenbahnstraße wohnen und zu einem Großteil jünger, künstlerisch oder politisch aktiv sind an, dass weder sie noch AnwohnerInnen durch den Drogenhandel negativ in ihrem Leben beeinflusst wären und es sich dabei um eine selbstschädigende Kriminalitätsform handelt, welcher auf anderem Wege entgegengetreten werden muss.

Hinsichtlich substanzabhängiger Personen wird betont, dass diese durch die Gentrifizierung in den Vierteln aus ehemals leerstehenden Häusern sowie verstärkter Polizeipräsenz am Hauptbahnhof in die Öffentlichkeit des Bereichs der Eisenbahnstraße geraten sind. Durch die Einführung der WVZ wurden diese Personen nun teilweise in die Seitenstraßen um die WVZ verdrängt, sind hier aber nach wie vor für die AnwohnerInnen präsent.

Die anwohnenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in Kontext von Kriminalität immer wieder von verschiedenen ExpertInnen angesprochen. Ein Teil der ExpertInnen aus den religiösen, aber auch interkulturellen Milieus und der Jugendarbeit äußert sich besorgt über die Gefahr des Abrutschens von perspektivlosen Jugendlichen in kriminelle Strukturen. Sie sehen in den Jugendlichen eine weitere mögliche Quelle für Kriminalität im Viertel. So wird deren Perspektivlosigkeit als mögli-

cher Auslöser für kriminelle Karrieren thematisiert. Einzelne ExpertInnen sprechen auch davon, von diesen Gruppen ausgehende Kriminalität beobachtet zu haben. Ein anderer, größerer Teil der ExpertInnen, auch aus der Jugendarbeit, aber vor allem die sozio- und interkulturell arbeitenden betont, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund diese Gefahren besonders meiden und nicht in kriminelle Strukturen hineingezogen werden wollen. Auch hier zeigt sich, dass ExpertInnen, welche eine größere Toleranz hinsichtlich Incivilities und Drogenkriminalität aufweisen, diese weniger als potentielle Gefahr wahrnehmen. Insbesondere politisch aktive ExpertInnen kritisieren in diesem Zusammenhang, dass rassistische Vorurteile einen Einfluss auf diese Form der Kriminalitätseinschätzung haben und so insbesondere migrantischen Jugendlichen eine vermeintliche Kriminalitätsaffinität zugeschrieben wird.

Organisiertes Verbrechen durch „Biker Clubs“ und „Clans“ sind für mehrere ExpertInnen mit und ohne Migrationshintergrund ein Problem auf der Eisenbahnstraße. Auch hier sind sich die ExpertInnen nicht sicher, ob die Polizei adäquate Gegenmaßnahmen ergreift. So erhofft sich ein Großteil der ExpertInnen ein härteres Durchgreifen, während andere davon sprechen, dass vielmehr deren Ursachen bekämpft werden müssen. Von diesen wird ebenfalls betont, dass diese Banden vor allem füreinander eine Gefahr darstellen, Jugendliche aber eventuell in kriminelle Strukturen hineingezogen werden können.

Es wird mehrfach von ExpertInnen, hauptsächlich aus dem politisch aktiven und dem studentischen Milieu, angesprochen, dass in anderen Vierteln in ähnlichem Ausmaß Kriminalität vorherrscht. Einige ExpertInnen sprechen deshalb bei der speziellen Hervorhebung von Kriminalität in der Eisenbahnstraße von Rassismus. Es erscheint diesen ExpertInnen als eine logische Fortsetzung der Stigmatisierung eines zu großen Teilen migrantischen Viertels. Die Kriminalität in den Vierteln wird in ihren Augen übermäßig dargestellt und anschließend migrantisch konnotiert, um so Repressionen zu rechtfertigen.

Von wenigen ExpertInnen wurden antisemitische Angriffe aus verschiedenen Richtungen als ein Problem erwähnt und von einer der ExpertInnen, die politisch aktiv sind, wird auch Rechtsextremismus als häufig vergessene Gefahr auf der Eisenbahnstraße angesprochen. Dieser stelle eine besondere Gefahr für marginalisierte Gruppen im Bereich der Eisenbahnstraße dar.

Des Weiteren wurde von ExpertInnen aus verschiedenen Milieus erwähnt, dass sie sich an einen Großteil der minderschweren Kriminalität

auf der Straße teilweise gewöhnen würden, dennoch ziehen vereinzelte, schwerwiegendere Vorfälle eine besondere Aufmerksamkeit auf sich. So wird eine Schießerei, welche vor der Einführung der WVZ stattfand, oder auch eine Attacke mit einer Machete in einer gastronomischen Einrichtung, die sich nach deren Einführung ereignet hat, genannt. Dabei werden die AnwohnerInnen zum Teil durch ihre Zeugenschaft oder das Leisten von Erster Hilfe in das Geschehen miteinbezogen. Ein anderer Experte merkte an, dass größere Streitigkeiten in den letzten Monaten zwar nicht mehr beobachtet wurden, er jedoch nicht sagen kann, ob dies tatsächlich eine Folge der Maßnahmen der WVZ ist.

Ein Teil der ExpertInnen, aus verschiedenen Milieus, beobachtet eine Verdrängung der Kriminalität. Darüber wohin sich diese Verdrängung ereignet, sind sich die ExpertInnen nicht einig. So werden mehrfach die Seitenstraßen um die Eisenbahnstraße genannt. Auch über die Gründe der Verdrängung herrscht Uneinigkeit. So werden einerseits die WVZ, aber andererseits auch die Gentrifizierung als Auslöser angesehen.

Auch sexuelle Übergriffe u. a. in Form von Catcalling werden von mehreren ExpertInnen, in erster Linie aus dem politisch aktiven, interkulturell arbeitenden und studentischen Milieu als ein in der Eisenbahnstraße weitverbreitetes Phänomen beschrieben. Es ist jedoch unklar, wie die Polizei diesen Übergriffen entgegenzutreten soll, vielmehr hoffen sie auf eine Sensibilisierung der Bevölkerung. Bei diesem Problem wird von mehreren ExpertInnen aus verschiedenen Milieus, der Migrationshintergrund der TäterInnen genannt. Aber auch hier warnen einige ExpertInnen vor rassistischen Verallgemeinerungen.

Insgesamt nehmen die meisten ExpertInnen, übergreifend über ihre Arbeitsbereiche Kriminalität im Viertel als störend wahr. Ein Großteil der ExpertInnen betont jedoch, dass es auch in anderen Vierteln zu Straftaten kommt. Es wird postuliert, dass diese genauso schlimm seien wie die Gewalt um die Eisenbahnstraße, diese aber öffentlich weniger wahrnehmbar ist und dementsprechend weniger thematisiert wird. Jüngere ExpertInnen arrangieren sich teilweise mit der Kriminalität im Viertel und fühlen sich dadurch nicht wesentlich eingeschränkt. ExpertInnen mittleren Alters bemängeln demgegenüber durchaus Kriminalitätsprobleme in den Vierteln, sehen aber keine Veränderung dieser seit der Einführung der WVZ. Insbesondere organisierte Kriminalität und Drogenkriminalität bleiben unverändert. Aber auch Streitigkeiten, Körperverletzungen und Catcalling werden nach wie vor wahrgenommen.

7.3.4 Einschätzung polizeilichen Handelns

Unter den älteren ExpertInnen mit und ohne Migrationshintergrund gibt es mehr Grundvertrauen in die Polizei als bei den jüngeren. So wurde die Hoffnung geäußert, dass die Eisenbahnstraße dank der Polizeiarbeit bald eine normale Straße wird und die vorliegende Kriminalität eingedämmt werden kann. Vereinzelt wurde die Sorge geäußert, dass es im Viertel durch die WVZ im negativen Sinne zu einer Polarisierung hinsichtlich der Polizei kommt, da bei deren Arbeit nun vielmehr der Aspekt der Kontrolltätigkeit im Fokus steht. Darüber hinaus wird betont, dass es in der Polizei an Personen mit Migrationshintergrund mangelt, in denen sich MigrantInnen aus dem Viertel wiedererkennen könnten.

Von ExpertInnen, die in interkulturellen Einrichtungen aktiv sind, wird erwähnt, dass diese sich auch mehr PolizistInnen auf Fahrrädern anstelle von Autos wünschen. Grundsätzlich besteht der Wunsch nach mehr Bürgernähe der Polizei, auch von ExpertInnen, die der WVZ eher positiv gegenüberstehen. Zudem wird einmal negativ beurteilt, dass der Polizeiposten im ICE geschlossen wird, da bei diesen Polizeikräften ein angenehmerer Umgang mit der Bevölkerung wahrgenommen wurde als bei externen Polizeikräften.

Mehrfach negativ wurden ortsfremde PolizistInnen erwähnt, welche das Viertel und dessen Strukturen nicht kennen würden und dieses missbilligend wahrnehmen. Dies wurde von ExpertInnen aus verschiedenen Gruppen wie religiösen, studentischen oder auch aus der Jugendarbeit erwähnt. Das Auftreten der Polizei wird von ExpertInnen aus verschiedenen Milieus kritisiert, insbesondere wenn die Polizeikräfte in großen Autos durch die Viertel oder sogar Parkanlagen fahren. Ein Teil der ExpertInnen fühlt sich durch dieses Auftreten verunsichert. Die Polizeipräsenz wird teilweise als störend empfunden, wenngleich sich nur wenige aktiv von ihr eingeschränkt fühlen. So fordern die ExpertInnen mehr PolizistInnen, welche in direkten Kontakt mit der Bevölkerung treten und somit mehr Transparenz schaffen.

BürgerpolizistInnen wurden von den verschiedenen ExpertInnen mehrfach positiv als gute Anbindung hervorgehoben, wenngleich deren Erreichbarkeit vereinzelt bemängelt wurde. Dies zeigt sich auch in der großen Zustimmung zum Polizeiposten in der Eisenbahnstraße im Rahmen der postalischen Befragung.

Sehr positiv wird aus dem gastronomischen Bereich angemerkt, dass seit der Einführung der WVZ die Polizei schneller vor Ort ist. Zudem wird die Aufstockung des Personals im Sinne einer Entlastung der Polizeikräfte positiv bewertet. Mehrfach wurde das Kreisen des Hubschraubers als Störfaktor im Alltagsleben beschrieben.

Hinsichtlich der Polizeikontrollen wünscht sich ein Teil der ExpertInnen Polizeikräfte, welche weniger unnahbar in großen Autos durch die Straßen fahren und vielmehr Polizeikräfte, welche mit dem Fahrrad unterwegs sind. Eine Expertin bemängelt, dass die Fußstreifen im Verhältnis zu den Einsatzkräften in den Fahrzeugen unterrepräsentiert sind.

Studentische, inter- und soziokulturell aktive ExpertInnen stellen in Frage, ob die Polizei im Rahmen der WVZ den tatsächlich Hilfsbedürftigen hilft oder nur Repressionen gegen die Bevölkerung durchsetzt. Hier differenzierten nur Teile der ExpertInnen zwischen Bürgerpolizei und anderen Einheiten. Vereinzelt sprachen ExpertInnen an, dass Polizeikräfte durch ein provokantes Auftreten Eskalationen herbeiführen. Andere sahen jedoch auch Provokationen auf Seiten von AnwohnerInnen, welche die Polizeiarbeit teilweise behindern und diese somit einer höheren Belastung aussetzen.

Fast alle ExpertInnen aus den betrachteten Milieus, unabhängig davon, wie sie der WVZ gegenüber eingestellt sind, haben zu Beginn der WVZ vermehrte Kontrollen festgestellt. Die meisten von ihnen berichten jedoch, dass die Anzahl mittlerweile wieder gesunken sei. Einige sind sich sicher, dass die Polizeipräsenz wenige Wochen bis Monate nach der Einführung der WVZ wieder abgenommen hat, während andere werfen die Frage auf, ob diese möglicherweise gleich geblieben ist, dass diese gleichgeblieben ist, jedoch eine Art Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Zudem wird angemerkt, indem es schon vor Einführung der WVZ Zeiträume gab, in denen die Polizei verstärkt im Viertel aufgetreten ist. Diese Phasen werden auch nach der Einführung der WVZ beobachtet, aber nicht direkt mit dieser in Verbindung gebracht, zum Beispiel im Rahmen von Hausbesetzungen oder nach anderen Konflikten im Viertel. Hinsichtlich der Wahrnehmung von Kontrollen herrscht ebenso große Uneinigkeit. Hinsichtlich der Wahrnehmung von Kontrollen gibt es demnach deutliche Unterschiede.

Alle ExpertInnen haben bereits Polizeikontrollen im Bereich der Eisenbahnstraße beobachtet. Was deren Wahrnehmung betrifft, spalten sich die ExpertInnen in ähnliche Gruppen wie bei der Akzeptanz der WVZ.

Allerdings liegt hier weitaus mehr Differenzierung vor. Viele, vor allem politisch aktive, studentische und junge, interkulturelle arbeitende ExpertInnen, berichten im Rahmen der WVZ ZeugInnen von rassistischen Kontrollen zu sein. Diese bringen die Kontrolltätigkeit in der Regel mit dem Begriff des Racial Profiling in Verbindung. Durch die Einführung der WVZ befürchtet ein Teil der ExpertInnen, dass die Polizei einen „Freibrief“ hinsichtlich ihrer Handlungsmacht erhalten hat. Dennoch wird von diesen ExpertInnen teilweise auch ein grundsätzliches Verständnis für die Kontrollen gezeigt. Zudem wird von verschiedenen ExpertInnen angesprochen, dass auch schon vor Einführung der WVZ Kontrollen in diesem Bereich stattfanden und sie aber nicht zwangsläufig eine Verschärfung oder Veränderung dieser feststellen können. Von älteren ExpertInnen die sozialkulturell arbeiten wurde angesprochen, dass sie wenig Kontrollen wahrnehmen, aber vermehrt das Vorbeifahren von Polizeiautos registrieren.

Einige der ExpertInnen geben an, gewisse Muster bei den Kontrollen bemerkt zu haben und berichteten, dass insbesondere Personen kontrolliert werden, welche ein migrantisches Aussehen haben, aber mutmaßlich auch mit der Drogenszene in Verbindung stehen könnten. Andere ExpertInnen mit aber auch ohne Migrationshintergrund zeigen hingegen Verständnis für das Kontrollverhalten von Polizeikräften. Von einem/einer migrantischen ExpertIn wurde angemerkt, dass die Polizei für vermehrte Kontrollen von Menschen mit Migrationshintergrund wahrscheinlich ihre Gründe hat. Er bezog sich hierbei spezifisch auf eine Verkehrskontrolle, bei der vermehrt migrantische Personen kontrolliert wurden. Personen mittleren Alters aus interkulturellen und öffentlichen sowie religiösen Einrichtungen bezeichneten kontrollierende Einsatzkräfte als ruhig und in ihrem Verhalten als angemessen.

Von einem Großteil der ExpertInnen wurde betont, dass die Polizei bei ihrer Arbeit oftmals von PassantInnen oder AnwohnerInnen beobachtet wird. Während ein Teil der ExpertInnen angab, ebenfalls so zu handeln und Kontrollen teilweise auch zu begleiten, befürwortet ein anderer Teil der ExpertInnen dieses Verhalten nur teilweise. So wird angemerkt, dass soziale Kontrolle positiv bewertet wird, die Polizei jedoch nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollte. Auch eine der ExpertInnen legt dar, dass sie in der Vergangenheit bereits fälschlicherweise eines rassistischen Verhaltens bezichtigt wurde und äußert Verständnis für die Situation der PolizistInnen.

ExpertInnen, aus verschiedenen Milieus wie religiösen und interkulturell arbeitenden sowie auch der Jugendarbeit, sprechen von einer falschen Prioritätensetzung bei der Polizeiarbeit. So hofft ein Teil, primär ältere ExpertInnen, auf ein stärkeres Vorgehen gegen die Drogenkriminalität und aus migrantischen Kreisen wird ein härteres Durchgreifen gegen Incivilities wie Graffitis gefordert.

Von fast allen ExpertInnen, auch aus den politisch aktiven oder soziokulturellen Milieus, wird angesprochen, dass sie Polizeiarbeit, welche Kriminalität bekämpft, nicht generell ablehnen, die WVZ als Maßnahme allerdings wird missbilligt. Die Polizeiarbeit in Form von Ermittlungen wird als wichtige Aufgabe anerkannt, jedoch gibt es zuweilen Kritik an deren Umsetzung sowie einem Mangel an präventiver Sozialarbeit. Kritik kommt nicht nur von den sich selbst als politisch links beschreibenden ExpertInnen, sondern ist in allen Milieus verbreitet. Allerdings unterscheiden sich diese in ihrer Stoßrichtung. Während die einen ExpertInnen, die politisch aktiven, aus studentischen Kreisen oder künstlerischen und interkulturell arbeitenden Milieus grundsätzliche Kritik am Vorgehen der Polizei in der WVZ und zum Teil an der Institution allgemein äußern, ist für andere aus sozio- und interkulturell arbeitenden und im öffentlichen Dienst beschäftigten ExpertInnen nicht einschätzbar, ob die aktuelle Polizeiarbeit das Ziel eines sichereren und saubereren Viertels erreicht. Es gibt jedoch auch ExpertInnen aus religiösen Gruppen oder des öffentlichen Diensts, die Vertrauen in das aktuelle Vorgehen der Polizei haben. Zudem sprechen viele ExpertInnen, trotz der teilweise harschen Kritik, die sie an der Polizei geübt haben, an, dass sie sich immer mehr an deren Präsenz gewöhnen, was einige ExpertInnen, die politisch im Viertel aktiv sind, vor der Zukunft schreckt, in der für alle eine solche Präsenz normal sein könnte.

7.3.5 Einschätzung des Viertels

Der Bereich um die Eisenbahnstraße zeichnet sich nach Ansicht der ExpertInnen in den letzten Jahren durch eine deutliche Entwicklung aus, welche vor allem durch den Zuzug junger, studentischer und kunstaffiner Personen gekennzeichnet ist, was eine Abnahme des Wohnungsleerstandes nach sich zog.

Darüber hinaus wird angesprochen, dass es in der Vergangenheit des Viertels im Vergleich zu heute „rauer“ zugeht, diese Veränderung jedoch

schon vor der Einführung der WVZ begann. Die BewohnerInnen der Viertel um die Eisenbahnstraße haben schon seit langer Zeit gegen ein negatives Image zu kämpfen.

Es gab wenig Veränderungen in der Struktur der Viertel, welche direkt auf die WVZ zurückzuführen sind. Hier scheint die Gentrifizierung nach Meinung der ExpertInnen aus der Gastronomie, dem studentischen und dem politisch aktiven Milieu der stärkere Faktor zu sein. Die damit einhergehenden Veränderungen werden in ihrer Wirkung unterschiedlich bewertet. Vor allem jüngere und langansässige ExpertInnen berichten davon, dass sich das Viertel positiv verändert. Die neuen Läden, mit einem zusätzlichen Publikum bestehend aus Studierenden oder jungen Familien, sowie der starke Zuzug fördern eine interkulturelle Durchmischung. Die Belebung des Bereichs um die Eisenbahnstraße in Form von mehr PassantInnen auf den Straßen führt nach den ExpertInnen zu einer sozialen Kontrolle innerhalb des Viertels und so zu einer Verminderung des Kriminalitätsaufkommens sowie möglicher Zufluchtsorte. Gleichzeitig wird eine möglicherweise damit einhergehende Verdrängung von Teilen der Wohnbevölkerung kritisch betrachtet. So wird das Auftreten von Drogenabhängigen auf der Straße von manchen ExpertInnen auf diesen Prozess zurückgeführt. Durch das Verschwinden des Wohnungsleerstands werden suchtkranke Menschen auf die Straße gedrängt. Währenddessen zeichnen einige der vor allem älteren ExpertInnen auch mit Migrationshintergrund aus dem religiösen und gastronomischen Bereich, ein dunkleres Bild der Viertel, in denen viel Müll herumliegt, die Wände besprayt sind und aus dem junge Familien wegziehen.

Nicht unabhängig von der Gentrifizierung ist auch der Sachverhalt, dass der Bereich von Kunst- und Kulturvereinen geprägt ist. Wobei die ExpertInnen, aus dem politisch aktiven und künstlerischen Milieu hoffen, dass diese Vereine die Wahrnehmung der Eisenbahnstraße in der Öffentlichkeit zum Positiven wenden können und die WVZ diesen Prozess nicht verhindert.

Allerdings sieht ein Teil der insbesondere älteren ExpertInnen die Entwicklung um die Eisenbahnstraße kritischer. Diese ExpertInnen, aus religiösen Milieus, dem öffentlichen Dienst sowie inter- und soziokulturell arbeitenden Milieus, sehen eine gewisse Perspektivlosigkeit bei vor allem jungen Personen mit Migrationshintergrund, die beim Aufschwung des Viertels auf der Strecke bleiben. Von ExpertInnen mit Migrationshintergrund wird zudem der Wunsch nach Ruhe und Normalität wie in anderen Vierteln geäußert.

Auch ist für ExpertInnen aus interkulturell arbeitenden Einrichtungen und dem öffentlichen Dienst das Viertel weiterhin ein Ort, an dem Konflikte ausgetragen werden. Manche ExpertInnen aus diesen Milieus beschreiben das Viertel gar als zu eng, was die Konflikte zwischen jungen Personen, Armen und interkulturellen Gruppen im Bereich der Straßen und Parks sichtbar macht und für manche Bewohner zum Grund wird das Viertel zu verlassen.

Viele der ExpertInnen, die selbst politisch, studentisch sowie künstlerisch und interkulturell aktiv sind, sprechen von einer Politisierung im Viertel in Form der Gründung von politischen Vereinen und dem Aufkommen von politischen Pamphleten und Transparenten, welche zum Teil aus Fenstern hängen. Dies hat sich nach Aussage mancher ExpertInnen mit der Einführung der WVZ verstärkt, war aber auch schon davor aufgekommen. Es gibt politische und unpolitische Nachbarschaftsfeste, Zeitungen werden erstellt und Kunstaktionen veranstaltet, welche sich zum Teil kritisch mit der WVZ auseinandersetzen. Darüber hinaus wurde die WVZ vereinzelt als verbindendes Moment in der Politisierung betrachtet.

Es wird zudem kritisch angemerkt, dass in den Medien nach wie vor der schlechte Ruf u. a. im Zusammenhang mit der WVZ dominiert, die Initiativen und Nachbarschaftsfeste, jedoch ignoriert werden.

ExpertInnen aus dem künstlerischen und interkulturell arbeitenden Bereich sprachen die verstärkte Polizeipräsenz als Stressfaktor an, der teilweise zu Herausforderungen im Alltagsleben führen würde. Ansonsten gab ein Großteil an, dass die WVZ das Zusammenleben im Viertel nicht beeinflusst hat.

Das Gebiet, über das sich die WVZ erstreckt, ist weiterhin spürbaren Veränderungen unterworfen. Allerdings besteht hinsichtlich der Beurteilung dieser Veränderung Uneinigkeit. Nur zwei der länger anwohnenden ExpertInnen sehen in der längeren Betrachtung eine negative Entwicklung, während die Mehrzahl eine positive Entwicklung wahrnimmt und in Großteilen darauf hofft, dass diese, wie schon bisher, auch ohne WVZ weitergeführt werden können.

7.4 Ergebnisse der Einschätzung kollektiver Meinungen zur WVZ

7.4.1 Vorbemerkungen

Im Folgenden werden die Meinungen der Kontaktgruppen mit welchen die ExpertInnen in Beziehung stehen genauer betrachtet. Es handelt sich hierbei um Einschätzungen von VertreterInnen ausgewählter Institutionen, welche mit Personen bestimmter sozialer Gruppen in und um die WVZ in Kontakt stehen (vgl. Tab 33).

Dabei konnten durch die Auswahl der ExpertInnen sowie deren Erfahrungen die Aussagen und Meinungen von denen im quantitativen Datensatz nicht oder unterrepräsentierten Gruppen wie SeniorInnen, Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere weibliche Personen mit Migrationshintergrund, DrogenkonsumentInnen und Personen ohne festen Wohnsitz ergänzend berücksichtigt werden. Über die Meinungen von Kindern und Jugendlichen, welche aufgrund der Altersgrenze von 18 Jahren ebenfalls nicht in der Stichprobe enthalten waren, wurde ebenfalls berichtet. Da die ExpertInnen zum Großteil Angaben zum studentischen Milieu gemacht haben, wurde diese Gruppe ebenfalls in der folgenden Analyse berücksichtigt.

7.4.2 Sicherheitsempfinden

Im Sicherheitsempfinden lassen sich einige Unterschiede in den Ansichten der Kontaktgruppen feststellen.

Im Hinblick darauf kann festgehalten werden, dass sich besonders Frauen in manchen Bereichen der Eisenbahnstraße unwohl fühlen. Dieses Gefühl wird unter anderem durch Gruppen von jungen Männern hervorgerufen. Ebenfalls wird angesprochen, dass diese Unsicherheitsgefühle besonders bei Nacht, sowie auch in anderen Stadtteilen vorhanden sind. Es zeigt sich, dass eine generelle Tendenz von weiblichen Personen zu einem höheren Unsicherheitsgefühl, vorliegt. Ältere Personen sind ebenfalls weniger gewillt bei Dunkelheit auf die Straße zu gehen. Bei ihnen stellt sich ab dem frühen Abend ein Unsicherheitsgefühl ein. Dies konnte auch durch die Einführung der WVZ nicht verändert werden. Die verstärkte Unsicherheit von Frauen und älteren Personen, insbesondere bei Nacht, ist in der

kriminologischen Forschung bereits bekannt und kann nicht allein für den Bereich der Eisenbahnstraße festgestellt werden (Frevel 1999a, Schröder 2015, Mühlner 2017a).

Im studentischen Milieu wird die Problematik von Catcalling betont. Ansonsten fühlen sich Studierende im Bereich der Eisenbahnstraße sicher und nehmen keine positive Veränderung des Sicherheitsempfindens seit Einführung der WVZ wahr.

Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund fühlen sich im Bereich der Eisenbahnstraße sicher. Anders ist dies bei älteren MigrantInnen und migrantischen Familien. Die Eisenbahnstraße wird von ihnen vermehrt als unsicher wahrgenommen.

Migrantische Frauen berichten von Übergriffen aus verschiedenen Bereichen. So kommt es zum einen zu rassistisch motivierten Übergriffen gegenüber Migrantinnen, aber zum anderen auch zu Anfeindungen gegenüber Frauen mit Migrationshintergrund, welche kein Kopftuch tragen. Zudem wird auch hier von Fällen des Catcallings berichtet. Das Sicherheitsgefühl dieser Gruppe wurde durch die Einführung der WVZ nicht verändert.

Aufgrund möglicher kultureller Differenzen kommt es innerhalb der älteren Wohnbevölkerung zu Unsicherheiten, beispielsweise im Hinblick auf angemessene körperliche Distanzen. So kann der Abstand zwischen zwei Personen unterschiedlich gedeutet werden. Was für eine Person den Eindruck vermittelt, als würde das Gegenüber nicht aus dem Weg gehen, wirkt auf die andere Person als adäquater Abstand und kann für Erstere als persönliche Bedrohung empfunden werden. Wenn die eigenen Normalitätsstandards durch das Verhalten von Personen mit Migrationshintergrund verletzt werden, kann dies zu Interpretationsschwierigkeiten und diese wiederum zu einem verminderten Sicherheitsgefühl führen (Hirtenlehner & Hummelsheim 2015).

Darüber hinaus wird die Problematik des Straßenverkehrs thematisiert. AnwohnerInnen bemängeln ein hohes Aufkommen von Autos, welche teilweise in Konkurrenz mit FahrradfahrerInnen stehen. Die Radwege sind ihrer Ansicht nach zu wenig ausgebaut und werden teilweise missachtet.

Jugendliche haben zum Großteil nur ein geringes Unsicherheitsgefühl. Demgegenüber stören sich anwohnende Familien hauptsächlich an Drogen- und Clankriminalität. Die Unsicherheitsgefühle, welche durch die Unberechenbarkeit von Personen, welche Drogen konsumiert haben, ausgehen, werden von allen Gruppen angesprochen, wenngleich sich allem

voran junge AnwohnerInnen als verständnisvoll gegenüber der Situation dieser Personen äußern (siehe Abschn. 7.4).

Zudem wird angemerkt, dass in Teilen auch ein Unsicherheitsgefühl durch Polizeisirenen und stark bewaffnete Einsatzkräfte ausgelöst wird. Auch diese Wahrnehmung ist in der kriminologischen Forschung bekannt. So steigert die Wahrnehmung von Polizei nicht zwangsläufig das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, sondern kann auch Unsicherheitsgefühle hervorrufen, wenn der Bereich aufgrund von beispielsweise erhöhter Polizeipräsenz als besonders kriminalitätsbelastet wahrgenommen wird (Frevel 1999b).

Darüber hinaus sind Personen, welche schon länger im Bereich der Eisenbahnstraße wohnen, der Meinung, dass das Sicherheitsgefühl im langjährigen Trend durchaus gestiegen ist. Dies wird allem voran der Entwicklung und Belebung des Viertels durch Zuzug und der damit einhergehenden Entstehung von „Safe Spaces“ in Form von Bars und Cafés zugeschrieben, dennoch birgt die Straße aber nach wie vor auch Unsicherheiten. Zudem wird berichtet, dass Personen aus verschiedenen Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, welche nicht im Viertel wohnen, vom Ruf der Eisenbahnstraße verunsichert werden.

Jugendliche Personen mit Migrationshintergrund zeigen ein gewisses Vermeideverhalten, welches nicht zwangsläufig den kompletten Bereich der WVZ betrifft, jedoch wird versucht „potentiellem Stress“ aus dem Weg zu gehen, indem Polizeikräfte oder Personenansammlungen, wie bspw. politische Kundgebungen, gemieden werden. Auch weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund mieden kurz nach der Einführung der WVZ aufgrund des Stigmas der „gefährlichen Eisenbahnstraße“ sowie mangelnden Kenntnissen hinsichtlich der Auswirkungen der Einführung, diesen Bereich. Dieses Vermeideverhalten hat sich jedoch verringert, da die WVZ mittlerweile weniger präsent im Denken ist und im Alltag kaum noch aktiv wahrgenommen wird.

Ähnlich verhält es sich auch bei DrogenkonsumentInnen. Kurz nach Einführung der WVZ wird bei ihnen durchaus ein Vermeideverhalten und ein vorsichtigeres Fortbewegen im öffentlichen Raum verzeichnet. In einem Zeitraum von wenigen Wochen nach der Einführung der WVZ kam es zu einer erhöhten Polizeipräsenz im Bereich der Eisenbahnstraße, welches als ursächlich für diese Verhaltensänderung bezeichnet wird. Derartige Phasen von hoher Polizeipräsenz und dem damit einhergehenden Vermeideverhalten wurden auch in der Vergangenheit nach größeren

Zwischenfällen beobachtet. Über den genannten Zeitraum kam es in dieser Gruppe zwar zu mehr Vermeideverhalten, dieser Zustand hat sich inzwischen jedoch wieder reduziert.

Darüber hinaus wird thematisiert, dass politisch links orientierte Personengruppen die Eisenbahnstraße aufgrund der erhöhten Polizeipräsenz und einer Verunsicherung durch potentielle Kontrollen teilweise meiden.

Auch ein Teil der Eltern ist nicht gewillt, ihre Kinder auf Ausflüge in den Bereich der als gefährlich wahrgenommenen Eisenbahnstraße zu lassen oder möchten nicht, dass diese sich alleine im Bereich der Eisenbahnstraße an Haltestellen aufhalten. Dies insbesondere im Hinblick auf eine potentielle Gefahr durch DrogenkonsumentInnen. Ähnlich verhält es sich bei SeniorInnen, welche zum Teil versuchen die Eisenbahnstraße möglichst zu vermeiden. Dabei wird betont, dass es für sie, nach eigener Einschätzung, auch in anderen Stadtteilen gefährlich ist. SeniorInnen weisen generell, neben dem bereits erwähnten geringeren Sicherheitsempfinden, auch ein höheres Vermeideverhalten auf (Frevel 1999a). Dazu ist anzumerken, dass das hohe Aufkommen junger migrantischer Männer im Bereich der Eisenbahnstraße bei den SeniorInnen dazu führt, dass die Straße als kriminalitätsbelastet wahrgenommen und dementsprechend auch häufig gemieden wird. Darüber hinaus wurde berichtet, dass junge Familien mit und ohne Migrationshintergrund, um ihre Kinder zu schützen, aus dem Viertel wegziehen wollen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass keine Veränderung des Sicherheitsempfindens seit Einführung der WVZ belegt werden kann. Im Bereich der Eisenbahnstraße/WVZ treten zwar Unsicherheitsgefühle auf, diese werden jedoch nur bedingt auf die Waffenproblematik zurückgeführt. Lediglich eine Expertin vermutet, dass sich Personen ab dem Alter von 30 Jahren durch die WVZ beruhigter fühlen. Gerade im Hinblick auf das Sicherheitsempfinden von Frauen und SeniorInnen kann festgehalten werden, dass diese gruppenspezifischen Unsicherheiten in der kriminologischen Forschung bekannt sind und keine Spezifik im Bereich der Eisenbahnstraße darstellen. Im Hinblick auf das Vermeideverhalten ist auffällig, dass dieses durch die Einführung der WVZ (teilweise nur vorübergehend) in bestimmten Gruppen, welche in keiner Beziehung zur Waffenthematik stehen, beobachtet wurde.

7.4.3 Kriminalitätseinschätzung

Die Eisenbahnstraße wird von den Kontaktgruppen der befragten ExpertInnen als durchaus kriminalitätsbelastete Straße wahrgenommen. Besonders Personen mit Migrationshintergrund betonen, dass in diesem Bereich „viel passiert“. Dabei ist es allen voran den männlichen Jugendlichen wichtig, nicht in kriminelle Strukturen hineingezogen zu werden. Besonders häufig wird die Banden- bzw. Clankriminalität angesprochen, wobei aus verschiedenen Reihen betont wird, dass diese keine Gefahr für die restliche Wohnbevölkerung darstellt, da sie ihre Streitigkeiten „unter sich ausmachen“.

Es wird jedoch betont, dass die organisierte Kriminalität bei Jugendlichen ohne Perspektive auf fruchtbaren Boden fällt und diese Gefahr laufen, manipuliert und instrumentalisiert zu werden.

SeniorInnen sowie Migrantinnen betonen vor allem die Drogenkriminalität, Diebstahl und körperliche Auseinandersetzungen im Bereich der Eisenbahnstraße. Aber auch jüngere Personen beschreiben die Wahrnehmung von Gewaltverbrechen, Diebstählen und, insbesondere im Hinblick auf weibliche Personen, (sexuellen) Übergriffen.

Personen mittleren Alters mit und ohne Migrationshintergrund thematisieren vorwiegend die Drogenkriminalität im Bereich der Eisenbahnstraße sowie auch physische Incivilities in Form von Müll, Verunreinigungen und Graffiti.

Die Wahrnehmung von Kriminalität führt jedoch nicht zwangsläufig zu einer Befürwortung der WVZ. Zumeist wird betont, dass keine Veränderungen seit Einführung der WVZ im Bereich des Kriminalitätsaufkommens zu verzeichnen sind. Ein Teil der Aspekte, welche Unsicherheitsgefühle auslösen, wie beispielsweise Catcalling, Drogenkriminalität oder Verunreinigungen des Viertels können in den Augen der thematisierten Kontaktgruppen nicht durch die WVZ gelöst werden.

7.4.4 Wahrnehmung Polizei

Aus dem studentischen und teilweise jüngeren migrantischen Milieu wird ein gewisses Muster in den Kontrollen wahrgenommen, das in einem Racial Profiling besteht. Auch Personen mittleren Alters und SeniorInnen beobachten, dass weiße Personen seltener kontrolliert werden, wobei sie aber Verständnis für die Kontrolltätigkeit der Polizei zeigen. Dennoch wird

vereinzelt betont, dass auch junge, weiße Personen kontrolliert werden. Hierbei ist festzuhalten, dass dieses Vorgehen nicht erst seit Bestehen der WVZ von der Bevölkerung beobachtet wird. Dennoch kann dabei das Gefühl entstehen, dass bestimmte Personengruppen mehr überwacht werden als andere und somit eine Dualität im Hinblick auf die Gewährleistung von Sicherheit praktiziert wird. Ohnehin wird die Fortbewegung im öffentlichen Raum durch die Möglichkeit von Polizeikontrollen insofern verändert, als dass sich bestimmte Gruppen mehr kontrolliert fühlen und ggf. Vermeideverhalten praktizieren. Die WVZ führt somit zu einer Polarisierung, insbesondere junger MigrantInnen im Hinblick auf die Polizei, wobei die genannten negativen Aspekte überwiegen. Gleichzeitig wird betont, dass diese Zuschreibungen ohnehin im Alltag der MigrantInnen vorhanden seien und somit auch ein gesellschaftliches Problem darstellen.

Während eine erhöhte Polizeipräsenz im Milieu von migrantischen Jugendlichen anfangs zu Verunsicherungen führte (siehe Abschn. 7.4.2), sind diese in ihrer Wahrnehmung später wieder zurückgegangen.

In den mittleren und älteren Alterskohorten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund werden die Kontrollen der Polizei als angemessen wahrgenommen. Konträr zu den bisherigen Ansichten gibt es auch Stimmen, welche unzureichende Kontrollen bemängeln. Aus dem jüngeren, zumeist studentischen Milieu wird die polizeiliche Kontrolltätigkeit zum Teil im Sinne einer Unverhältnismäßigkeit kritisiert. Es zeigt sich, dass das studentische Milieu der Polizei negativer gegenübersteht als die anderen Gruppen der Wohnbevölkerung und Polizeiarbeit grundsätzlich kritischer betrachtet. In dieser Gruppe sind auch Personen anzutreffen, welche Kontrollen „solidarisch begleiten“. Hierbei ist anzumerken, dass Kontrollen im Bereich der Eisenbahnstraße aufgrund möglicher Einflüsse des Umfelds verstärkt abgesichert werden. Dies kann ebenfalls den Eindruck eines fehlenden Dialogs zwischen AnwohnerInnen mit und ohne Migrationshintergrund sowie der Polizei, mit Ausnahme der Bürgerpolizei, unterstützen, woraus ein fehlendes Verständnis folgen kann. In den mittleren und älteren Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund wird die kritische Betrachtung der Polizei durch die jüngeren AnwohnerInnen durchaus wahrgenommen. Diese befürworten teilweise deren Absichten, zeigen aber auch Verständnis für die Arbeit der Polizei und warnen vor möglicherweise vorschnellen Unterstellungen.

Ein Teil der Kontaktgruppen spricht eine mangelnde Transparenz der Polizeiarbeit an, wobei insbesondere geschlossene Polizeiautos, welche

durch die Straßen und das Rabet fahren sowie stark bewaffnete Polizei-beamtInnen in der Kritik stehen. Es wird berichtet, dass die Kontaktgruppen in Teilen zwischen ortsansässigen Polizeikräften, welche mit dem Viertel vertraut sind, sowie externen Polizeikräften, zumindest unterbewusst unterscheiden. Letztere werden als besonders distanziert wahrgenommen. Gerade SeniorInnen stehen der Polizeiarbeit neutral bis positiv gegenüber, und betonen deren Notwendigkeit. Von ihnen wird ebenfalls insbesondere die Bürgerpolizei als Ansprechpartner positiv wahrgenommen.

Im Hinblick auf junge Migrantinnen bleibt ergänzend zu erwähnen, dass diese im Grunde ein sehr positives Bild von der deutschen Polizei haben. Im Gegensatz zu bisherigen biographischen Erfahrungen mit Polizeikräften aus anderen Ländern wird die hiesige Polizei als Schutz wahrgenommen. Bei ihnen wird aber ebenfalls durch die Einführung und Durchsetzung der WVZ eine Verunsicherung im Hinblick auf Polizeikräfte, beobachtet. Weibliche Personen mit Migrationshintergrund selbst scheinen nur selten im Rahmen der WVZ polizeilich kontrolliert zu werden, werden jedoch durch die Erfahrungen ihrer Familienangehörigen sensibilisiert. Konträr dazu wird berichtet, dass das Auftreten von stark bewaffneter Polizei auch als eine Art „Trigger“ bei Personen aus Krisengebieten wirken kann.

Nach der Erfahrung der Kontaktgruppen der ExpertInnen kann aktuell keine Zunahme der Polizeikontrollen seit Einführung der WVZ festgestellt werden.

7.4.5 Akzeptanz Waffenverbotszone

Junge Personen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Studierende äußern sich vermehrt ablehnend gegenüber der WVZ, da diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber bestimmten, marginalisierten Gruppen wahrgenommen werden und teilweise persönlich negative Erfahrungen mit Polizei-beamtInnen bestehen. Durch die WVZ wurde in diesen Gruppen im Bereich der WVZ ein Gefühl des Unwohlseins ausgelöst. Die anfängliche Ablehnung der WVZ bleibt zwar bestehen, mittlerweile beobachten die ExpertInnen aber auch Momente der Ernüchterung in ihren Kontaktgruppen hinsichtlich fehlender Erfolge bei ihrem Engagement für eine Abschaffung der WVZ. Die Sorge davor in einem ständigen Ausnahmezustand zu leben wurde von einer Alltäglichkeit im Umgang mit der WVZ abgelöst. So wird die WVZ von AnwohnerInnen mittlerweile weitestgehend gleich-

gültig wahrgenommen, wohingegen sie bei BesucherInnen, welche nicht mit dem Stadtviertel vertraut sind, für Irritationen sorgt.

Konträr dazu äußern sich Personen mittleren Alters mit und ohne Migrationshintergrund. Sie befürworten den Versuch der Stadt und der Polizei im Rahmen der WVZ die öffentliche Sicherheit zu wahren, besonders im Hinblick auf ihre eigenen Familien und Kinder. Wobei bisher jedoch keine Verbesserung der Sicherheitslage von ihnen festgestellt wird. Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erkennen den Versuch des Staates an, gegen kriminelle Strukturen vorzugehen. Diese werden jedoch nicht bewertet. Junge Migrantinnen stehen der WVZ ebenfalls konträr gegenüber. So kann einerseits betont werden, dass der Versuch die wahrgenommene Kriminalität zu bekämpfen als positiv aufgefasst wird. Andererseits kommt es aber auch zu Verunsicherungen durch die möglichen Auswirkungen der WVZ auf die eigene Person und potentieller damit einhergehender Stigmatisierungen.

SeniorInnen stehen der WVZ im Prinzip positiv gegenüber, sie können jedoch keine positiven Veränderungen im Alltag feststellen, welche auf die WVZ zurückzuführen sind. Dies liegt insbesondere an der weiterhin präsenten Drogenkriminalität.

SchülerInnen scheint die WVZ wenig zu tangieren. Sie ist nicht Teil ihrer Lebensrealität und beeinflusst sie nicht in ihrem Alltag, weswegen keine konkreten Meinungen vorliegen und die Thematik der WVZ vermehrt ins Lächerliche gezogen wird oder das Wohnen in dieser Zone als Prestigefaktor gilt.

Darüber hinaus kam es in verschiedenen Gruppen durch die Einführung der WVZ zu Verunsicherungen. Etwa im Hinblick auf Alltagsgegenstände, welche möglicherweise als Waffe klassifiziert werden könnten. Diese Unsicherheiten sind jedoch mittlerweile – möglicherweise aufgrund fehlender Kontrollen der betreffenden Personen – nicht mehr präsent. Auch DrogenkonsumentInnen, welche wie zuvor erwähnt, zunächst ein Vermeiderverhalten gezeigt haben, fühlen sich nicht mehr abgeschreckt, da sie durch die WVZ nicht eingeschränkt werden. In einem Teil der migrantischen Bevölkerung war die Thematik und die Bedeutung der WVZ zeitweise nicht bekannt. So wurden diese von der öffentlichen Kommunikation zur Eröffnung der WVZ und damit einhergehender Maßnahmen zunächst nicht erreicht. Dieses Informationsdefizit wurde von ansässigen staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen und Vereinen im Nachhinein teilweise ausgeglichen.

Die WVZ wird, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen, im Allgemeinen von der Bevölkerung als wenig positiv bewertet. Es zeigt sich, dass die Wirksamkeit der Schilder infrage gestellt wird. So wird davon ausgegangen, dass tatsächlich kriminelle Personen kaum davon abgeschreckt werden würden. Ein Teil der Kontaktgruppen sieht in der WVZ einen deutlichen staatlichen Übergriff, wohingegen andere Personen eine mangelnde Kontrolltätigkeit und Überforderungen bei der Polizei erwähnen. Auch Personen, welche die Arbeit der Polizei positiv bewerten, kritisieren die weitere negative Berichterstattung über das Viertel seit Einführung der WVZ. Zudem wird die Frage aufgeworfen, ob die Wirkung der WVZ auf Außenstehende oder AnwohnerInnen abzielt.

Eine Abschaffung der WVZ wird nicht einheitlich gefordert. Dennoch wird die WVZ bisher nicht als Lösung der in der Eisenbahnstraße auftretenden Probleme betrachtet.

Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass zumindest zum aktuellen Zeitpunkt die WVZ für einen Teil der den verschiedenen thematisierten sozialen Kontaktgruppen angehörenden Personen keine Rolle spielt, da deren Bestehen bereits in das Alltagsgeschehen integriert wurde. Während ein Teil der ExpertInnen dieses Verhalten auf eine Gewöhnung ihrer Kontaktgruppen zurückführt, gehen andere davon aus, dass eine fehlende Wirksamkeit bezüglich verschiedener Missstände im Raum der WVZ oder eine fehlende Betroffenheit von den Maßnahmen dazu führt, dass ihre Kontaktgruppe der WVZ in gewisser Weise gleichgültig gegenübersteht.

7.4.6 Veränderungen des Viertels

Die ExpertInnen beschreiben für die Sicht ihrer Kontaktgruppen zumeist eine positive, multikulturelle Entwicklung des Viertels, in welcher die meisten Bevölkerungsgruppen ohne größere Konflikte zusammenleben und sich in der Eisenbahnstraße wohlfühlen, wenngleich dies nicht für alle Personen gleichermaßen zutreffend ist. Für einen Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird eine Perspektivlosigkeit angemerkt, weswegen insbesondere hier gezielte Sozialarbeit gefordert wird.

Darüber hinaus wird angemerkt, dass das negative Image, welches Außenstehende von der Eisenbahnstraße haben, oftmals nach Besuchen in diesem Viertel aus eigener Erfahrungen revidiert wird. Insbesondere für SeniorInnen wird angemerkt, dass diese von der Hilfsbereitschaft jun-

ger, oftmals migrantischer Ladenbesitzer positiv überrascht sind. Zugleich wird von ihnen die migrantische Bevölkerung kritisch beobachtet und die Ausbreitung von „Spielhöllen“ bemängelt.

Im Hinblick auf die Drogenkriminalität und davon ausgehenden Unsicherheitsgefühlen wurde angemerkt, dass diese Problematik u. a. durch die Nutzung bisher leerstehender Gebäude infolge der Gentrifizierung in die Öffentlichkeit verschoben wurde. Auch andere Konflikte im öffentlichen Raum, wie die gemeinsame Nutzung öffentlicher Straßen und Parkanlagen werden durch den Zuzug in das Viertel verstärkt. SeniorInnen empfinden das Viertel vor allem als schmutzig und laut.

Die beschriebenen Veränderungen sind jedoch nicht durch die Einführung der WVZ entstanden, sondern stehen im Zusammenhang mit einem fortschreitenden Bevölkerungszuwachs und einem Gentrifizierungsprozess.

Allerdings führt die Einführung der WVZ innerhalb der studentischen Kontaktgruppe zu einer verstärkten Politisierung des Viertels, wobei mehrere Initiativen und Kunstprojekte gegründet wurden, um die WVZ zu kritisieren. Hierbei wird jedoch wiederum angemerkt, dass an zahlreichen Demonstrationen nur weiße Personen teilgenommen haben und die Stimmen von Personen mit Migrationshintergrund sowie die Kriminalität im Viertel unbeachtet blieben.

Personen mit Migrationshintergrund selbst wünschen sich teilweise die Ruhe aus anderen Vierteln und bemängeln die potenzielle Gefahr von Auseinandersetzungen.

Abgesehen von diesen Punkten, wird eingeschätzt, dass es zu kaum einer Veränderung des Viertels durch die WVZ gekommen ist. Bis auf zwei Ausnahmen berichtet der Großteil der ExpertInnen nicht von einem zahlenmäßigen Rückgang ihrer Kontaktgruppen seit Einführung der WVZ. Vielmehr wird eine positive Entwicklung beobachtet, welche jedoch ebenfalls, mit Ausnahme von manchen politischen Initiativen, nicht auf die WVZ zurückzuführen ist.

Es bleibt festzuhalten, dass aus Sicht der unterschiedlichen Kontaktgruppen durchaus soziale Probleme und Kriminalität im Bereich der Eisenbahnstraße wahrgenommen werden, die WVZ bisher jedoch zu keiner spürbaren Verringerung der Probleme oder einem Anstieg des Sicherheitsempfindens führen konnte.

7.5 Schlussfolgerungen im Sinne eines Evaluierungsergebnisses

Hinsichtlich der ExpertInnen sowie deren Einschätzungen unterschiedlicher Kontaktgruppen kann das Folgende zusammenfassend festgehalten werden.

Im Bereich der Eisenbahnstraße sind einige Faktoren vorhanden, welche das Sicherheitsempfinden der thematisierten Gruppen negativ beeinflussen. Hierbei treten Aspekte auf, welche in der kriminologischen Forschung bekannt sind und auch in vergleichbaren Untersuchungen beobachtet wurden. Dazu zählen unter anderem die erhöhte Kriminalitätsfurcht von Frauen und älteren Personen insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit. Phänomene, welche verstärkt für den Bereich der Eisenbahnstraße berichtet wurden, sind Catcalling, das Auftreten von Unsicherheiten aufgrund wahrgenommener kultureller Differenzen sowie die Gefährdung von FahrradfahrerInnen durch schnelle Autos sowie die Präsenz von Drogenhandel und Drogenmissbrauch.

Jüngere Personen mit und ohne Migrationshintergrund, insbesondere StudentInnen, aber auch Personen mittleren Alters berichten, dass sie den Bereich der WVZ nicht als überdurchschnittlich gefährlich wahrnehmen. Dennoch wird von fast allen Gruppen eine hohe Kriminalitätsbelastung dieses Bereichs um die Eisenbahnstraße angegeben. Als besonders problematisch wird die organisierte Kriminalität und Drogenkriminalität erwähnt. Während Ersteres allem voran Empörung hervorruft, zumeist aber von keiner direkten Betroffenheit berichtet wird, beeinflusst Letzteres (Drogenkriminalität) das Sicherheitsempfinden einiger Personengruppen, wie jungen Familien, Personen mittleren Alters und SeniorInnen, unabhängig vom Migrationshintergrund, negativ.

Darüber hinaus fällt auf, dass große Unsicherheitsgefühle hinsichtlich der Eisenbahnstraße insbesondere von Kontaktgruppen berichtet wird, die keine oder kaum persönliche Erfahrungen mit Kriminalität im Bereich der Eisenbahnstraße gemacht haben und in ihrer Einstellung von der hauptsächlich negativen, medialen Berichterstattung beeinflusst sind.

Als weiterer Faktor von Unsicherheit werden von jüngeren, studentischen Personen auch Polizeikräfte angemerkt, welche im Viertel als unnahbar auftretend wahrgenommen werden. Dies führt dazu, dass für einen Teil dieser Kontaktgruppen ein Vermeideverhalten des Bereichs seit Einführung der WVZ geschildert wird.

Auch jugendliche Personen mit Migrationshintergrund meiden die Eisenbahnstraße in Teilen, um nicht in potentielle Stresssituationen mit der Polizei zu geraten. Ein Vermeideverhalten von DrogenkonsumentInnen wird hingegen als nur temporär zu Beginn der Einrichtung der WVZ beschrieben.

Junge Familien und SeniorInnen mit und ohne Migrationshintergrund, welche die Eisenbahnstraße als gefährlich wahrnehmen, zeigen zudem ein Vermeideverhalten auf, indem sie versuchen, Besuche auf der Eisenbahnstraße oder das Aussteigen an Haltestellen in diesem Bereich zu umgehen. Ein Teil der jungen Familien berichtet zudem, die Eisenbahnstraße aufgrund eines mangelnden Gefühls von Sicherheit zu meiden und hat sogar teilweise die Absicht aus dem Viertel wegzuziehen. Dennoch verzeichnet das Viertel nach wie vor aufgrund niedriger Mieten und einem großen kulturellen Angebot einen Zuzug von StudentInnen und jungen Erwachsenen.

Darüber hinaus wird über mehrere Kontaktgruppen berichtet, dass das Sicherheitsgefühl in der Eisenbahnstraße im langjährigen Trend durch einen Zuzug neuer Personengruppen und die Entstehung von künstlerischen sowie gastronomischen Einrichtungen bereits vor Einrichtung der WVZ gestiegen sei. Die WVZ dagegen führt nur vereinzelt in der Altersgruppe über 30 zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl.

In Bezug auf die Kriminalitätseinschätzung herrscht ein Konsens zwischen den thematisierten Kontaktgruppen und den ExpertInnen. So wird die Eisenbahnstraße als kriminalitätsbelastete Straße wahrgenommen. Insbesondere Personen mittleren Alters, SeniorInnen und Personen mit Migrationshintergrund betonen ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in diesem Bereich. Dabei liegt ein großes Augenmerk auf der Banden- und Clankriminalität, welche jedoch nach Ansicht der Kontaktgruppen in der Regel keine Gefahr für die AnwohnerInnen darstellt. Dennoch wird deren Existenz kritisiert und die Sorge geäußert, dass insbesondere perspektivlose Jugendliche in derartige kriminelle Strukturen abdriften könnten. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund betonen, dass sie nicht in die vorhandenen kriminellen Strukturen involviert werden möchten.

Aber auch andere Delikte wie Körperverletzung, Diebstahl und sexuelle Übergriffe werden in diesem Bereich verortet. Gerade bei älteren Personen mit und ohne Migrationshintergrund werden Incivilities in Form von Müll und anderen Verunreinigungen beklagt.

Ein Schwerpunkt der Kriminalität in der Eisenbahnstraße stellt der Drogenhandel und -konsum dar. Dieser wird von Personen aus allen Kontakt-

gruppen beschrieben. Insbesondere von jüngeren Personen wird dies aber als weniger schwerwiegend und als ungefährlich für die AnwohnerInnen empfunden. Sie fordern hinsichtlich dieser Problematik einen Ausbau der Sozialarbeit und die Einrichtung von Konsumräumen. Familien, Personen mittleren Alters sowie SeniorInnen empfinden diese Formen der Devianz jedoch als verunsichernd. Aus dieser Gruppe wird neben einem Ausbau der Sozialarbeit auch mehrmals der Wunsch nach einem konsequenten Vorgehen der Polizei gegen den Drogenhandel und vereinzelt auch gegen den Drogenkonsum geäußert.

Es fällt insgesamt auf, dass die Wahrnehmung von Kriminalität nicht zwangsläufig zu einer Befürwortung der WVZ führt und deren Einführung in den Augen der meisten Personen auch keinen Einfluss auf das persönlich wahrgenommene Kriminalitätsaufkommen hat.

Die Polizeiarbeit wird von den Kontaktgruppen unterschiedlich bewertet. So wird die Polizeiarbeit insbesondere von Personen mittleren Alters und älteren Personen als eher positiv wahrgenommen. Beobachtete Kontrollen werden von diesen Personen als angemessen beurteilt. Im Hinblick auf Drogenhandel wird die Arbeit in Teilen als zu nachlässig empfunden. Vereinzelt wird zudem die Ansicht vertreten, dass zu wenige Kontrollen stattfinden. Besonders bei jüngeren Personen stoßen die Kontrollen jedoch auf Kritik, da bei den Polizeikräften hinsichtlich der Auswahl der kontrollierten Personen ein bestimmtes Muster (Racial Profiling) vermutet wird.

Von einem Großteil der ExpertInnen sowie deren Kontaktgruppen werden geschlossene Polizeiwagen und stark bewaffnete Polizeikräfte in ihrem Auftreten als negativ bewertet. Dementgegen erfährt die Bürgerpolizei eine positive Bewertung und wird in ihrem Umgang mit den AnwohnerInnen als eher angenehm aufgefasst. Dennoch wünschen sich mehrere ExpertInnen mehr Transparenz und Bürgernähe von der Polizei. Auch die Kommunikation hinsichtlich der Einführung und Bedeutung sowie der Konsequenzen der WVZ wird von mehreren ExpertInnen als unzureichend beschrieben. So führte diese aufgrund von Unklarheiten zu Verunsicherungen, insbesondere in migrantischen Gruppen.

Die WVZ wird vor allem von jüngeren Personen und StudentInnen, unabhängig vom Migrationshintergrund, vermehrt abgelehnt. Diese Gruppen kritisieren damit einhergehende Stigmatisierungen und einen staatlichen Machtausbau. Aber auch Personen aus älteren Altersgruppen kritisieren die WVZ diesbezüglich sowie im Hinblick auf die im Alltag wenig spürbare Verringerung des Kriminalitätsaufkommens.

Die Absicht das Sicherheitsempfinden der AnwohnerInnen zu erhöhen wird von den meisten Kontaktgruppen zwar als positiv aufgenommen, die WVZ jedoch nicht als adäquate Lösung der Probleme im Viertel aufgefasst. Einige ExpertInnen äußern, dass das Kriminalitätsaufkommen in Seitenstraßen oder in andere Viertel verdrängt wird und nennen aber, abgesehen von der bereits thematisierten Verschiebung des Drogenkonsums in den öffentlichen Raum, keine weiteren konkreten Beispiele.

Eine Abschaffung der WVZ wird dabei nicht einheitlich gefordert. Vor allem Personen mittleren Alters äußern die Sorge, dass so die bestehenden Probleme in diesem Bereich verkannt werden könnten. Darüber hinaus ist anzumerken, dass ein nicht geringer Teil der Personen, über welche die ExpertInnen berichten, die WVZ in ihrem Alltag inzwischen kaum noch wahrnimmt.⁴³ Diese Normalisierung im Umgang mit der WVZ wird von einem Teil der ExpertInnen jedoch als bedrohlich hinsichtlich der Ausübung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten eingeschätzt.

Zu den wahrgenommenen Veränderungen im Viertel zählt eine Gentrifizierung, die nicht einheitlich als negativ bewertet wird. So entstand durch den Zuzug und (inter-)kulturellen Projekten, neuen Cafés und Bars, Einrichtungen eine Belebung des Bereichs um die Eisenbahnstraße, welche auch das Sicherheitsgefühl der AnwohnerInnen positiv beeinflusst. Es wird jedoch auch angemerkt, dass durch die Nutzung von bisher leerstehenden Häusern der Drogenkonsum verstärkt auf die Straße gedrängt wird, was das Sicherheitsempfinden der AnwohnerInnen wiederum senkt. Zudem wird die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft. Auch kam es mit der Einführung der WVZ zu einer verstärkten Politisierung im Viertel. Die Einführung der WVZ führte nach Aussagen der ExpertInnen jedoch in der Regel zu keinem Rückgang im Umfang ihrer Kontaktgruppen.

Im Rahmen der ExpertInnenbefragungen wurde zudem deutlich, dass die politische Position einen deutlichen Einfluss auf die Einstellung hinsichtlich der WVZ und Polizeikräften hat (vgl. Abschn. 5.5).

⁴³ Ein Phänomen, das sich aus den Grundlagen behavioristischer Lerntheorien erklären lässt. Neue Ereignisse erzeugen Sensibilität. Wenn daraus keine negativen persönlichen Konsequenzen folgen, habituiert die Aufmerksamkeit gegenüber diesem Reiz und wird auf der Grundlage der Selektivität der Verarbeitung von Umweltreizen frei für Neues. Das Verhältnis eines Großteils der Bevölkerung gegenüber Videoüberwachung lässt sich u. a. mit diesem Mechanismus erklären, sofern nicht eine generelle Einstellung die Habituation verhindert (Mühler 2013).

7.6 Empfehlungen für künftige ExpertInnenbefragungen

Für Anschlussforschungen sollte ein Schwerpunkt darin bestehen bleiben, mehr Zugang zu ExpertInnen mit Migrationshintergrund zu finden.

- In der Phase der Kontaktierung fielen einerseits Rückmeldungen von Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäften mit migrantischen InhaberInnen überproportional häufig aus. Die Interviews mit interkulturell arbeitenden Vereinen wurden andererseits aber hauptsächlich mit ExpertInnen ohne Migrationshintergrund durchgeführt.
- Aussagen über die mittlere und ältere Kohorte migrantischer Männer konnte nur über einen religiösen Kontext erschlossen werden. Es ist deshalb im Vorfeld künftiger Untersuchungen besonders wichtig, sich langfristig um einen Zugang zu nicht religiösen Einrichtungen zu bemühen.
- Beachtung finden sollte auch, dass eine gewisse Politisierung im Alltag des Bereichs um die Eisenbahnstraße entstanden ist, der einen Druck auf ausgewählte ExpertInnen aufbauen kann, die mit öffentlichen Präferenzen nicht übereinstimmen.

8. Fazit und Ausblick

8.1 Vorbemerkung zu den Evaluierungskomponenten

Wie eingangs ausführlich erläutert, sind für eine strenge Evaluierung eine Reihe von Voraussetzungen nicht gegeben (vgl. Kap. 1). Dessen ungeachtet zeigt sich am Evaluierungsgegenstand auch für künftige Einschätzungen, dass die Evaluierung einer WVZ nicht auf *ein* Kriterium reduziert werden sollte. In dieser Studie sind drei Evaluierungskomponenten einbezogen worden, die in einem komplizierten Wechselverhältnis stehen, aber auch einer separaten Einschätzung bedürfen. Die Zurückdrängung von Kriminalität ist eine genuine Aufgabe der Exekutive. In Ausübung des Gewaltmonopols muss Polizei gesellschaftsgefährdenden Tendenzen im Kriminalitätsaufkommen wirksam entgegentreten. Aber, es gibt keine Gesellschaft ohne Kriminalität. Wie viel Kriminalität in einer Gesellschaft toleriert wird, hat mit dem Souverän zu tun: der Bevölkerung. Es existiert kein absolutes oder richtiges Maß für ein akzeptables Kriminalitätsniveau, so wie es auch nicht *die Bevölkerung* gibt, sondern eine mehr oder weniger komplexe sozio-demographische Struktur, mit der sich mehr oder weniger heterogene Interessen verbinden. Diese Interessen wiederum werden im Rahmen der Legislative zur Geltung gebracht. Mit dem Evaluierungsobjekt verbinden sich demnach nicht nur drei Evaluierungskomponenten, sondern auch zwei Gewalten. Im Kern stehen zwei Güter zur Aushandlung, die durch Maßnahmen polizeilicher Kontrolle vermittelt werden: das Kriminalitätsniveau und das Maß an demokratischen Freiheiten. Diese Aushandlung wird davon begleitet, dass die Entscheidung für die Verstärkung der einen Seite Opportunitätskosten auf der anderen Seite verursacht.

Die folgenden Einschätzungen ersetzen nicht die Ausführungen in den Analysekapiteln, sondern stellen einen Auszug daraus dar. Zugleich war es im Rahmen dieses Projekts nicht möglich, die erhobenen Daten auszuschöpfen. Auch sind alternative Modelle zur Analyse der Prozess- und Befragungsdaten möglich und teilweise angedeutet. Empfehlungen zur Verbesserung der Datenerfassung sind im Abschluss der Analysekapitel enthalten.

8.2 Das Kriminalitätsaufkommen

Die Analyse des Kriminalitätsverlaufs erfolgte in Bezug auf drei miteinander vergleichbare Zeiträume zu je 12 Monaten. Zwei davon vor der Einrichtung der WVZ und ein Zeitraum während der Geltung der WVZ. Trotz Einschränkungen der Datengrundlage (vgl. Abschn. 5.7), lassen sich statistisch interpretierbare Ergebnisse gewinnen (vgl. Abschn. 4.4).

Allgemeine Ergebnisse zum Kriminalitätsverlauf bestehen zunächst in Folgendem:

- Die *Gesamtzahl* der Straftaten im öffentlichen Raum innerhalb der WVZ bewegt sich vor Einführung der WVZ auf einem geringfügig schwankenden Niveau. Nachdem die Anzahl der Straftaten im öffentlichen Raum nach Einführung der WVZ kurzzeitig sank, ist sie danach bis Juli 2019 zu einem Höhepunkt im betrachteten Gesamtzeitraum angestiegen, während die Anzahl der Straftaten in Einrichtungen über den gesamten Zeitraum konstant blieb.
- Innerhalb der WVZ geht die größte Kriminalitätsbelastung von *Diebstählen ohne erschwerende Umstände* aus, außerhalb der WVZ von *Diebstählen unter erschwerenden Umständen* (siehe Anlage 1, Tab. 2 und 3). Eigentumsdelikte sind demnach innerhalb und außerhalb der WVZ die im Alltag häufigste Kriminalitätserscheinung. Es spricht für die WVZ, dass Diebstahl unter erschwerenden Umständen geringer ausfällt, als Diebstahl ohne erschwerende Umstände. Darüber hinaus sind die registrierten Straftaten Diebstahl unter erschwerenden Umständen im ersten Zeitraum (Nov. 18–Okt. 19) nach Einführung der WVZ deutlich gesunken.
- In den beiden Ortsteilen ist ein Anstieg der Rauschgiftdelikte vom Zeitraum November 2017 bis Oktober 2018 und besonders im Zeitraum von November 2018 bis Oktober 2019 zu erkennen (siehe Anlage 1, Tab. 1). Die Anzahl dieser Delikte unterscheidet sich innerhalb und außerhalb der WVZ nicht, hat sich aber innerhalb der WVZ vom Zeitraum 2017/18 zum Zeitraum 2018/19 nahezu verdoppelt.
- Wird der gesamte Zeitraum, für den Daten verfügbar sind, betrachtet, dann fällt auf, dass die Rohheitsdelikte im öffentlichen Raum innerhalb der WVZ zunächst leicht ansteigen. Betrachtet man aber den Verlauf seit Einrichtung der WVZ und wird der Zeitraum bis August 2020 einbezogen, dann zeigt sich differenzierteres Bild. In Abhängigkeit der

Häufigkeit der Kontrollen sinken Rohheitsdelikte temporär und steigen wieder an. Es zeigt sich im Zusammenhang mit durchgeführten Kontrollen ein Mix aus Effekten, die interpretierbar sind als zeitverzögerte Effekte, Strohfueereffekte, Verdrängung von der WVZ in die Umgebung und gegenläufige Effekte (Abb. 8 u. 9).

Auf das initiale Anliegen der WVZ bezogen lassen sich hauptsächlich folgende Ergebnisse (bis August 2020) feststellen:

Ein mittlerer negativer statistischer Zusammenhang zwischen Kontrollen und Delikt ergibt sich für:

- Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Schwache negative statistische Zusammenhänge betreffen:

- Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz,
- Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen,
- Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge,
- Beleidigung,
- Diebstahl unter erschwerenden Umständen und
- Diebstahl ohne erschwerende Umstände.

Es ergeben sich z. T. deutlich stärkere negative Zusammenhänge zwischen Kontrollen innerhalb der WVZ und Delikten außerhalb der WVZ in den beiden Ortsteilen (vgl. Anlage 1, Tab. 4). Das kann hier nur als ein deskriptiver Befund angesehen werden. Für eine Interpretation dieses Befunds erweisen sich das theoretische Inventar zu Präventionswirkungen und die verfügbaren Daten als nicht ausreichend.

Eine dritte Gruppe von Ergebnissen bezieht sich darauf, ob sich Anhaltspunkte für Verdrängungen von Kriminalität erkennen lassen. Das Ergebnis ist uneindeutig. Eine Analyse erfordert zum einen einen erheblichen händischen Aufwand zur weiteren Gruppierung der vorhandenen Angaben und zum anderen ein verbessertes Erhebungsdesign, um zeitverzögerte Effekte nachweisen zu können. Folgende Befunde sind erzielt worden:

- Ein gegenläufiger Verlauf der Polizeikontrollen innerhalb und Rohheitsdelikten außerhalb der WVZ (vgl. Abb. 8), der auf mögliche zeitversetzte Verdrängung hinweisen könnte, aber nicht hinreichend prüfbar ist und
- es zeigt sich, dass die Anzahl der Rohheitsdelikte, die sich im privaten Raum ereignet haben, außerhalb der WVZ stetig ansteigen, während sie innerhalb der WVZ nahezu gleich bleiben. Im Gegensatz dazu ist außerhalb der WVZ kein klarer Trend bei den Rohheitsdelikten im öffentlichen Raum zu erkennen, während sich dieser innerhalb der WVZ eher zeigt.

Für einen Verdrängungsmechanismus von Rohheitsdelikten sind demnach für eine territoriale Dimension keine stichhaltigen Indizien vorhanden. Die vorhandenen Daten enthalten Anhaltspunkte für eine Verdrängungsdimension vom öffentlichen in den privaten Raum, allerdings außerhalb der WVZ.

Auf die einschränkenden Bedingungen aus diesen Zusammenhängen im streng wissenschaftlichen Sinn Kausalität abzuleiten wurde im Abschnitt 4.5 ausführlich eingegangen (Langfristdaten, Drittvariablenkontrolle, Vergleichsgebiet).⁴⁴ Es spricht nach dem jetzigen Stand dennoch grundsätzlich nichts gegen eine kausale Interpretation der gefundenen Zusammenhänge zwischen polizeilichen Kontrollen und Delikten der Schwerkriminalität als der plausibelsten.

Der Nachweis statistischer Zusammenhänge ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der Wahrnehmung und Beurteilung der Kriminalitätsbelastung durch die Wohnbevölkerung.

Die Viktimisierungsabfrage in der postalischen Befragung weist auf einen relativ hohen Anteil an Viktimisierungen hin. Über die Hälfte der Befragten gab an, in den letzten 12 Monaten Viktimisierungserfahrungen gemacht zu haben. Wie in Kapitel 5 erläutert, hängt dieser vergleichsweise hohe Wert wahrscheinlich auch mit einer subjektiv weiten Viktimisierungsdefinition zusammen. Grundsätzlich sind Befragungen deshalb nur bedingt zur Aufhellung des relativen Dunkelfelds geeignet.

⁴⁴ Darüber hinaus weist das Lüchow-Dannenberg-Syndrom auf die Möglichkeit hin, dass auch gegenläufige Entwicklungen möglich sind (Anstieg der registrierten Kriminalität durch Intensivierung des polizeilichen Kontrollverhaltens als Vergrößerung des Hellfeldes).

Aus den ExpertInneninterviews geht hervor, dass von fast allen Kontaktgruppen eine hohe allgemeine Kriminalitätsbelastung (Eigentumsdelikte) des Bereichs um die Eisenbahnstraße wahrgenommen wird. Als besonders problematisch wird organisierte Kriminalität⁴⁵ und Drogenkriminalität erwähnt.

Organisierte Kriminalität ruft allem voran Empörung hervor, zumeist aber wird von keiner direkten Betroffenheit berichtet.

Drogenhandel und -konsum stellen aber für Personen aus allen Kontaktgruppen einen Schwerpunkt der Kriminalitätswahrnehmung dar. Jüngere Personen empfinden dies als weniger schwerwiegend und als ungefährlich für die AnwohnerInnen. Sie fordern hinsichtlich dieser Problematik einen Ausbau der Sozialarbeit und die Einrichtung von Konsumräumen. Familien, Personen mittleren Alters sowie SeniorInnen dagegen nehmen diese Formen der Devianz als verunsichernd wahr. Aus diesen Kontaktgruppen wird neben einem Ausbau der Sozialarbeit auch mehrfach der Wunsch nach einem konsequenten Vorgehen der Polizei gegen den Drogenhandel und vereinzelt auch gegen den Drogenkonsum gefordert.

Darüber hinaus spielen bezüglich einer Kriminalitätswahrnehmung sexuelle Anzüglichkeiten und die Befürchtung im öffentlichen Raum angepöbelt oder beleidigt zu werden, eine Rolle.

8.3 Das Sicherheitsempfinden

Die Einschätzung des Sicherheitsempfindens unterliegt ebenfalls Einschränkungen. Zusammengefasst bestehen diese darin, dass erstens, um das gemessene Niveau einschätzen zu können, ein experimentähnliches Design erforderlich ist (vgl. Abschn. 4.5), das den Vergleich mit einem sozio-demographisch ähnlichen Gebiet ohne WVZ ermöglichen würde. Zweitens sind keine Vorhermessungen für das untersuchte Gebiet vorhanden. Es ist demnach nur der Stand zum Erhebungszeitraum einschätzbar.

Das Sicherheitsempfinden kann nicht als eine isolierte Größe betrachtet werden, etwa als ein Standardparameter, z. B. für die Lebensqualität in einem städtischen Raum. Vor allem deshalb nicht, weil das Sicherheits-

⁴⁵ Die Bezeichnung „organisierte Kriminalität“ folgt nicht der offiziellen Definition, sondern dem Sprachgebrauch der Befragten.

empfinden nicht das alleinige Resultat staatlicher und kommunaler Ordnungssicherungen, also äußerer Umstände ist, sondern Menschen an der Erzeugung ihres Sicherheitsempfindens selbst beteiligt sind. Deshalb ist es sinnvoll, das Sicherheitsempfinden im Zusammenhang mit dem sicherheitsbezogenen Verhalten und der Viktimisierungserwartung zu betrachten. Ersteres befindet sich in einer Rückkopplung mit dem Sicherheitsempfinden und letzteres beeinflusst aufgrund eigener subjektiver Urteile das Sicherheitsempfinden (vgl. Abb. 12).

Das Sicherheitsempfinden ist im Befragungsgebiet insgesamt hoch. Es zeigen sich keine Auffälligkeiten gegenüber den bekannten Sachverhalten aus einschlägigen kriminologischen Forschungen:

Das Sicherheitsempfinden ist tagsüber höher als nachts.

Weibliche und ältere Befragte weisen ein geringeres Sicherheitsempfinden auf als männliche und jüngere Befragte.

Neben dem allgemeinen Sicherheitsempfinden wurden spezifische Situationen erfragt. Auch hier zeigt sich ein hohes Sicherheitsempfinden. Lediglich der Aufenthalt im Rabet weicht etwas davon ab. Bezüglich des generellen Sicherheitsempfindens tagsüber gaben über 90 % der Befragten an, sich eher sicher bis sehr sicher zu fühlen. Nachts sind es immerhin ca. 60 % der Befragten, die sich sicher fühlen.

Beachtlich ist, dass nur ca. 13 % der Befragten ein generelles *Vermeideverhalten* angaben, d. h. nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße zu gehen. Allerdings sind es ca. 60 % der Befragten, die angaben, zu bevorzugen, sich unauffällig zu verhalten bzw. Konfrontationen zu vermeiden, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Und etwas über 40 % der Befragten gaben an, nachts ein Vermeideverhalten gegenüber bestimmten Straßen und Plätzen zu verfolgen. Wenngleich aufgrund der Daten nicht sicher nachweisbar, wird in der kriminologischen Forschung diskutiert, dass zwischen dem Sicherheitsempfinden und dem sicherheitsbezogenen Verhalten eine Wechselwirkung besteht, die über selbst auferlegte Verhaltensbeschränkungen das Sicherheitsempfinden stärken kann.

Für eine Beurteilung der Viktimisierungserwartung fehlen Vergleichsdaten aus einem sozio-demographisch ähnlichen Gebiet. Jeweils ca. ein Drittel der Befragten hält es zumindest für eher wahrscheinlich, in den nächsten 12 Monaten Opfer eines Einbruchs oder bestohlen zu werden und ein Viertel hält in diesen Kategorien sexuelle Belästigung für wahrscheinlich. Der *Deutsche Viktimisierungssurvey 2017* weist z. B. für die Erwartung eines Einbruchs knapp 10 % und für sexuelle Belästigung 2,1 %

aus (Birkel u. a. 2017, 52). Ein direkter Vergleich ist aber schon deshalb nicht valide, weil in diesen Werten alle Siedlungsgrößen eingeschlossen sind.

Darüber hinaus rechnen ca. 40 % der Befragten eher mit der Wahrscheinlichkeit, angepöbelt oder beleidigt zu werden. Dazu benötigt man keinen Vergleich mit anderen Gebieten, um dies als zu hoch einzuschätzen. Was die Erwartung betrifft, Opfer von Gewalt oder mit einer Waffe bedroht zu werden liegt die Antwortkategorie „sehr wahrscheinlich“ bei unter 1 % der Befragten. Allerdings hält jeweils ca. ein Viertel der Befragten es doch für „eher wahrscheinlich“ bis „wahrscheinlich“, in den nächsten 12 Monaten Opfer einer dieser Straftaten zu werden. Hierzu gibt es ebenfalls nur wenige Vergleichsmöglichkeiten. Dem *Deutschen Viktimisierungssurvey 2017* zufolge wird das Risiko Opfer einer Körperverletzung zu werden mit 3,4 % und Opfer eines Raubs zu werden mit 7,9 % ermittelt (ebenda).

In der *Wahrnehmung und Beurteilung von Incivilities* besteht ein weiterer Faktor, der das Sicherheitsempfinden beeinflusst. Incivilities gelten als Gefahrensymbole, welche über ein sinkendes Sicherheitsempfinden die informelle Sozialkontrolle schwächen (vgl. Abschn. 3.1). Ausführlich wird in Zusammenhang mit den Schlussbemerkungen der postalischen Befragung (vgl. Kap. 6) darauf hingewiesen, dass für einen nicht geringen Teil der Wohnbevölkerung beider Ortsteile im Vorhandensein physischer und sozialer Incivilities ein Problem besteht. Wenngleich, und das kann durch die Besonderheiten der sozio-demographischen Struktur des Gebiets verursacht sein, es ungewöhnlich ist, dass kein direkter Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden unter multivariaten Bedingungen nachgewiesen werden kann, wie beispielsweise bei früheren Sicherheitsbefragungen in Leipzig (2011, 2016). Eine mögliche Erklärung dafür besteht in der Zusammensetzung der Stichprobe, die sich insbesondere auf das Verhältnis zwischen der Wahrnehmung von Incivilities und der subjektiven Präferenz für Ordnung im öffentlichen Raum differenzierend auf das Sicherheitsempfinden auswirkt (siehe Abschn. 5.5).

So erwächst aus der Wahrnehmung von Incivilities auch eine massi-ve Kritik am Handeln der Polizei und des Ordnungsamts durch Befragte mit einer vermutlich höheren Präferenz für öffentliche Ordnung. Es wird insbesondere Unverständnis bezüglich einer empfundenen Untätigkeit gegenüber Incivilities geäußert. Das bezieht sich vor allem auf Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen und den Umgang mit Drogenhandel und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit.

Ein Unterschied hinsichtlich des Sicherheitsempfindens und den damit in Beziehung stehenden Faktoren zwischen den Befragten innerhalb und außerhalb der WVZ ist kaum sichtbar.

Diese Einschätzung wird auch durch die ExpertInnenbefragung zu den Meinungen der Kontaktgruppen unterstützt. Hinzu kommt, dass von mehreren ExpertInnen sowie in den Bemerkungen am Ende des Fragebogens ein Verkehrsrowdytum auf der Eisenbahnstraße und schlechte Bedingungen für das Radfahren beklagt werden, was als Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens auf der Eisenbahnstraße bezeichnet wird.

Darüber hinaus wird von mehreren ExpertInnen berichtet, dass das Sicherheitsgefühl in der Eisenbahnstraße bereits im langjährigen Trend durch einen Zuzug neuer Personengruppen und die Entstehung von künstlerischen sowie gastronomischen Einrichtungen, die auch als Zufluchtsorte dienen können, steigt.

Eine Prüfung der Operationalisierungen des Sicherheitsempfindens unter multivariaten Bedingungen zeigt, dass in Übereinstimmung mit einschlägigen Forschungen die Viktimisierungserwartung entscheidend für das Sicherheitsempfinden sowohl tagsüber als auch nachts und in spezifischen Situationen ist. Ebenfalls erwartbar ist, dass das Sicherheitsempfinden besonders von weiblichen Befragten nachts beeinträchtigt ist und auch Viktimisierungserfahrungen zu einem geringeren Sicherheitsempfinden beitragen. Weitere Ergebnisse bestehen darin, dass konservative Einstellungen und insbesondere generelle Ängste das Sicherheitsempfinden beeinträchtigen. Auch das deckt sich mit Ergebnissen einschlägiger Forschungen.

Darüber hinaus verweisen die Ergebnisse unterstützt durch die Bemerkungen am Ende des Fragebogens sowie die Einschätzungen der ExpertInnen zu ihren Kontaktgruppen darauf, dass eine gewisse Polarisierung in der Wohnbevölkerung in Bezug auf die Beurteilungen von Kriminalität, Sicherheit, Incivilities und Polizei zu verzeichnen ist. Merkmale, die darauf hinweisen, sind mittleres und höheres Alter, in Familie mit Kindern lebend, Erwerbstätigkeit und politische Grundeinstellung.

Insgesamt lässt sich mit dem verfügbaren methodischen Design kein Zusammenhang zwischen der WVZ und dem Sicherheitsempfinden nachweisen. Zum einen ist dies mit Querschnittsdaten ohnehin kaum möglich und zum anderen ist das Sicherheitsempfinden ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik hoch. Das bedeutet aber nicht, dass Kriminalität als unproblematisch gesehen wird. Im Gegenteil, das Gebiet um die Eisen-

bahnstraße wird als kriminalitätsbelastet wahrgenommen. Vor allem Eigentumskriminalität, das Auftreten von Incivilities aber auch organisierte Kriminalität insbesondere im Zusammenhang mit Drogenhandel wird als belastend empfunden. Was tendenziell von einem überwiegenden Teil der Befragten bezweifelt wird, ist, dass die WVZ eine geeignete Maßnahme ist, um diese Übel zu vermindern. Hinzu kommt, dass der größte Teil der Wohnbevölkerung (laut ExpertInnenauskunft) in Bezug auf Schwerekriminalität gegen die die WVZ eingerichtet wurde, keine eigenen Erfahrungen aufweist, d. h. die WVZ auch eher nicht diesbezüglich beurteilt.

8.4 Die Akzeptanz der WVZ

Zwei Sachverhalte gehen hierbei ineinander über: Die Akzeptanz der WVZ und die Akzeptanz von Polizei.

Bezüglich der WVZ überwiegt insgesamt eine Nichtakzeptanz durch die Befragten. Indem die WVZ in der subjektiven Wahrnehmung der Mehrheit der Befragten weder die selbst erfahrene Kriminalitätslage noch das Sicherheitsempfinden verändert hat, spricht eine solche subjektiv eingeschätzte Wirkungslosigkeit gegen eine Akzeptanz dieser Maßnahme.

Dennoch verbinden sich mit der Einschätzung der WVZ auch heterogene Urteile, deren Bezugspunkte im Kapitel 6 verdeutlicht wurden. Darauf weist eine gewisse bereits erwähnte Polarisierung der Einstellungen und Meinungen in der Stichprobe hin. Bezüglich der Variablen zu Einschätzungen gegenüber der WVZ ergibt sich eine deutliche Kongruenz zwischen den Items „Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit“, „Die Waffenverbotszone führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen“ sowie „Die Waffenverbotszone fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße“. Auch wenn dieser Teil der Befragten in der Minderheit ist (ca. ein Fünftel), weisen diese Befragten eine hohe Konsistenz in ihren Antworten in diesen drei Items auf. Ein zweiter Einstellungscluster bildet sich aus den entgegengesetzten Items „Ich finde es schlecht, dass die Waffenverbotszone eingeführt wurde“ und „Hauptsächlich die Waffenverbotszone führt verstärkt zu einem schlechten Ruf der Eisenbahnstraße“. Er ist heterogener und verbindet sich erst infolge einer großen statistischen Distanz mit dem ersten Cluster. Er bildet aber die Einschätzung der Mehrheit der Befragten ab.

Die Erklärung des Zustandekommens der Akzeptanz der WVZ mittels multivariater Modelle erweist sich als heterogener und komplizierter als jene des Sicherheitsempfindens. Zudem existieren kaum vergleichbare Ergebnisse. Insgesamt lässt sich ein direkter unter multivariaten Bedingungen geprüfter Zusammenhang zwischen der *allgemeinen Einstellung zur Polizei* und der Akzeptanz der WVZ beobachten. Gleiches gilt etwas schwächer bezüglich der *Einschätzung der Polizeiarbeit im Zusammenhang mit der WVZ*. Gegenüber diesen beiden Prädiktoren sind alle anderen geprüften Variablen nahezu bedeutungslos. D. h., je befürwortender die generelle Einstellung zur Arbeitsweise der Polizei ist, desto höher ist die Akzeptanz der WVZ. Je ablehnender die generelle Einstellung zur Polizei ist, desto geringer ist die Akzeptanz der WVZ. Bemerkenswert ist, dass sich der Zusammenhang zwischen politisch konservativer Einstellung und Akzeptanz der WVZ auflöst (Tab. 29), wenn die beiden Indizes zur Polizeiarbeit hinzugenommen werden. Mit anderen Worten die politischen Einstellungen sind vollständig in den Einstellungen zur Polizei enthalten und beeinflussen die Akzeptanz der WVZ maßgeblich.

Aus den ExpertInneninterviews geht hervor, dass die WVZ vor allem von jüngeren Personen und StudentInnen, unabhängig vom Migrationshintergrund, vermehrt abgelehnt wird. Diese Gruppen kritisieren damit einhergehende *Stigmatisierung* des Gebiets der Eisenbahnstraße und einen staatlichen Machtausbau sowie ein in den Kontrollen praktiziertes *Racial Profiling*. Aber auch Personen aus älteren Altersgruppen kritisieren die WVZ bezüglich Stigmatisierung sowie im Hinblick auf wenig spürbare Verringerung des Kriminalitätsaufkommens im Alltag.

Zur insgesamt eher geringen Akzeptanz der WVZ tragen fünf aus der postalischen Befragung und den ExpertInneninterviews geäußerte Sachverhalte bei:

- Erstens, Schwermriminalität ist nicht Bestandteil der direkten Erfahrung des überwiegenden Teils der Befragten. Nach Auskunft der ExpertInnen sind bewaffnete Auseinandersetzungen im Bereich der Eisenbahnstraße den meisten BewohnerInnen nur aus Medien bekannt. Auch fühlen sich die berichteten Kontaktgruppen überwiegend nicht direkt von diesen Auseinandersetzungen bedroht.
- Zweitens ist es für einen großen Teil Befragten ein Widerspruch, dass im Zusammenhang mit der Einrichtung der WVZ die Polizeipräsenz zwar enorm zugenommen, sich aber am Vorhandensein von physi-

schen und sozialen Incivilities mindestens nichts geändert hat. Auf diese als Widerspruch wahrgenommene Situation wurde in Kapitel 6 Bezug genommen.

- Drittens wird die Bereitschaftspolizei zur Kontrolle der Durchsetzung des Waffenverbots von einem Teil der Befragten als fremd, unnahbar und zum Teil aufgrund der Ausrüstung als bedrohlich wahrgenommen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere Racial Profiling als Tendenz polizeilicher Kontrollen kritisiert.
- Viertens schloss im September 2020 der Polizeiposten in der Eisenbahnstraße. Wie die Befragungsergebnisse zeigen, genoss über die in der Stichprobe sichtbare Polarisierung der Befragten hinweg dieser Polizeiposten hohe Zustimmung. Ca. 80 % der Befragten finden es gut, dass es diesen Polizeiposten in der Eisenbahnstraße gibt (gab) und ca. 70 % würden zustimmen, wenn dieser 24 Stunden täglich geöffnet wäre. Das ist ein Hinweis darauf, dass das generelle Vertrauen in Polizei auf dem Vertrauen in eine bürgernahe Polizei beruht.
- Fünftens fühlen sich nahezu zwei Drittel der Befragten unzureichend über die WVZ informiert. Das ist nicht gleichbedeutend damit, dass es keine polizeilichen Informationen über die WVZ gibt, sondern es eher daran mangelt alltagsnah und für die Bevölkerung verständlich nicht nur über die WVZ zu informieren, sondern auch über die Gliederungen der Polizei und deren Aufgaben. Insbesondere die Unterschiedlichkeit der Aufgaben von Bereitschaftspolizei und Polizeidirektion Leipzig müsste deutlicher kommuniziert werden.

Aus den ExpertInnenbefragungen ergibt sich eine Ergänzung der Einschätzung zur Akzeptanz der WVZ und Polizei für einzelne sozio-demographische Gruppen in der Wohnbevölkerung.

Im Hinblick auf junge Migrantinnen ist zu erwähnen, dass diese im Grunde ein sehr positives Bild von der deutschen Polizei haben. Im Gegensatz zu bisherigen biographischen Erfahrungen mit Polizeikräften aus anderen Ländern wird die hiesige Polizei als Schutzfaktor wahrgenommen. Bei ihnen wird aber ebenfalls durch die Einführung und Durchsetzung der WVZ eine Verunsicherung im Hinblick auf Polizeikräfte, beobachtet. Nach Auskunft der ExpertInnen scheinen weibliche Personen mit Migrationshintergrund selbst so gut wie nie im Rahmen der WVZ polizeilich kontrolliert zu werden. Sie werden jedoch durch die Erfahrungen ihrer Familienangehörigen dafür sensibilisiert.

Junge Personen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Studierende äußern sich vermehrt ablehnend gegenüber der WVZ, da diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber bestimmten, marginalisierten Gruppen wahrgenommen werden und teilweise negative Erfahrungen mit PolizeibeamtInnen bestehen.

Demgegenüber wird die WVZ von einem Teil der AnwohnerInnen inzwischen weitgehend gleichgültig wahrgenommen, wohingegen sie bei BesucherInnen, welche nicht mit dem Stadtviertel vertraut sind, noch für Irritationen sorgt.

Personen mittleren Alters mit und ohne Migrationshintergrund befürworten den Versuch der Stadt und der Polizei im Rahmen der WVZ die öffentliche Sicherheit zu verbessern, besonders im Hinblick auf ihre eigenen Familien und Kinder. Dennoch wird bisher keine Verbesserung der selbst erfahrbaren alltäglichen Sicherheitslage von ihnen festgestellt. Das liegt insbesondere daran, dass die von vielen Befragten wahrgenommenen Problematiken, welche nicht von der WVZ tangiert werden, unverändert vorhanden sind (z. B. Drogenhandel, Müll, Lärm). Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erkennen grundsätzlich den Versuch des Staates an, gegen kriminelle Strukturen vorzugehen.

SeniorInnen stehen der WVZ im Prinzip positiv gegenüber, sie können jedoch keine positiven Veränderungen im Alltag feststellen, welche auf die WVZ zurückzuführen sind. Dies liegt insbesondere an der weiterhin präsenten Drogenkriminalität und Incivilities.

SchülerInnen scheint die WVZ wenig zu tangieren. Sie ist nicht Teil ihrer Lebensrealität und beeinflusst sie nicht in ihrem Alltag, weswegen keine konkreten Meinungen vorliegen und die Thematik der WVZ vermehrt ins Lächerliche gezogen wird oder das Wohnen in dieser Zone als Prestigemerkmal gilt.

Insgesamt liegt ein sehr reichhaltiges empirisches Material vor, das im Zuge der Analysen bisher nicht ausgeschöpft ist.

Eine tabellarische Zusammenfassung des Berichts ist in Anlage 4 enthalten.

8.5 Ein Szenario für die WVZ einschließlich der beiden Ortsteile

Es soll keine Grenzüberschreitung von Wissenschaft zur Politik sein. Sache der Wissenschaft ist es nicht Entscheidungen zu präjudizieren, sondern wissenschaftlichen Standards entsprechende werturteilsfreie *Grundlagen* für Entscheidungen zu erarbeiten. Dennoch animiert die einjährige Auseinandersetzung mit dem Gegenstand dazu, Stellung zu beziehen.

Zunächst eine knappe Zusammenfassung der Befunde:

- Die Befragungsdaten ergeben, dass ca. 2/3 der Befragten ein generelles Vertrauen in die Polizei insgesamt setzen.
- Näher betrachtet wünschen sich die Befragten aber hauptsächlich eine bürgernahe Polizei. Dafür sprechen die große Zustimmung zum ehemaligen Polizeiposten in der Eisenbahnstraße und der Wunsch nach mehr Fußstreifen, statt anderer Formen polizeilicher Präsenz.
- Die WVZ wird von einer Mehrheit der Befragten als weitere Stigmatisierung des Bereichs um die Eisenbahnstraße empfunden.
- Ein Teil der Befragten, der grundsätzlich gegen die WVZ eingestellt ist, kritisiert die Kontrollen in der WVZ als Racial Profiling.
- Kriminalität ist nach wie vor ein im Alltag spürbares, kaum verändertes Problem: Zum einen weisen die offenen Bemerkungen am Ende des Fragebogens und die ExpertInneninterviews darauf hin, dass organisierte Kriminalität, insbesondere Drogenhandel nach wie vor besteht und zum anderen Eigentumskriminalität in verschiedenen Formen verbreitet ist. Das erhält eine besondere Bedeutung für die Einschätzung der WVZ, weil die meisten BewohnerInnen keine direkten Erfahrungen mit (kollektiven) gewaltsamen Auseinandersetzungen haben, wohl aber von anderen, insbesondere Eigentumsdelikten betroffen sind.
- Das Auftreten von Incivilities geht aus den beiden Befragungsformen und insbesondere den Bemerkungen am Ende des Fragebogens als besonderes Problem der Ortsteile hervor; allem voran wird ein hohes Maß an illegal entsorgtem Müll im öffentlichen Raum moniert; ein weiteres Übel besteht aus der Sicht insbesondere von Eltern im öffentlichen Drogenkonsum; darüber hinaus werden nächtlicher Lärm und Verkehrsrowdytum beklagt.

Es bestehen zusammengefasst eine ganze Reihe von Problemen in den beiden Vierteln, an denen die WVZ in der Wahrnehmung der meisten Bewohner nichts geändert hat.

Das Gesamtproblem der beiden Ortsteile ist demzufolge komplexer als das Einrichtungsanliegen der WVZ und kann auch nicht allein durch polizeiliche Maßnahmen gelöst werden.

Bezüglich der beiden Ortsteile erhält besonders die Struktur der Wohnbevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund öffentliche Aufmerksamkeit. Aus unserer Untersuchung geht aber eine bisher kaum beachtete weitere strukturelle Differenz hervor, die noch nicht genau genug fassbar ist. Dennoch können wir auf einige differenzierende Merkmale hinweisen. Diese gehen aus der Unterscheidung zwischen in den letzten zehn Jahren hinzugezogenen BewohnerInnen und den LangzeitbewohnerInnen hervor. Die statistischen Nachweise sind dafür aber nicht ausreichend, die Schlussbemerkungen der Befragung geben jedoch Hinweise auf differenzierende Merkmale, welche mit der Beurteilung der Situation in Zusammenhang stehen, wie mittleres und höheres Alter, in Familie mit Kindern lebend, Erwerbstätigkeit. Diese zweite strukturelle Differenz sollte bei einer Lösung der Probleme der beiden Ortsteile im Zusammenhang mit der WVZ eine genauso große Rolle spielen wie die zuerst genannte.

Die Verhinderung bewaffneter kollektiver Gewaltkriminalität ist ein wichtiges Element zur Beruhigung der Situation in den beiden Ortsteilen. Dennoch löst eine WVZ nicht die einer hohen Kriminalitätsbelastung zugrunde liegenden Ursachen. Demzufolge wäre zu überlegen, wie Bedingungen dafür geschaffen werden können, dass zunehmend bürgernahe (staatliche und kommunale) polizeiliche Ordnungskräfte in Wohngebieten ihre Wirkung entfalten. Zudem werden insbesondere vermehrt Fußstreifen gewünscht. Letzteres kommt auch bei über 70 % der Befragten zum Ausdruck. Aus Sicht der Befragten geht es insgesamt um mehr „Nahbarkeit“ der Polizei.

ExpertInnenbefragungen zur Polizei im Allgemeinen, einschließlich Teilen der (vor allem weiblichen) migrantischen Bevölkerung und der noch höhere Zuspruch gegenüber dem inzwischen geschlossenen Polizeiposten in der Eisenbahnstraße weisen darauf hin, dass im Ausbau einer bürgernahen Polizei ein wichtiger Schritt zur Normalisierung der Situation in diesen Ortsteilen besteht. Das könnte schrittweise im Sinne eines

Community Policing⁴⁶ geschehen. Dabei sollte nicht lediglich an eine Wiedereröffnung des Polizeipostens gedacht werden, sondern auch die Einrichtung eines gemeinsamen Servicepunktes von Polizei und Polizeibehörde (Ordnungsamt), wie ihn die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam vorgenommen hat,⁴⁷ erwogen werden.

Die vielfach genannten Ordnungsprobleme in den beiden Ortsteilen (physische und soziale Incivilities) können nicht allein polizeilich gelöst werden. Auch wenn Polizei notwendige Voraussetzungen schaffen kann, besteht die hinreichende Bedingung in der Stärkung der sozialen Kräfte in den Ortsteilen. Dafür ist das hohe Niveau des Sicherheitsempfindens, wie aus den Befragungen hervorgeht, also das Ausbleiben von verbreiteter Furcht im öffentlichen Raum (zur Bedeutung vgl. 3.1 und 5.2) eine gute Grundlage.

Das bedeutet, gestützt auf eine Bürgernähe der Polizei einen Ordnungsrahmen zu stärken, mit dem Ziel die Erhöhung und Stabilisierung des Sozialkapitals der Wohnviertel zu fördern. Intaktes Sozialkapital ist die Voraussetzung für die Ausbildung informeller Sozialkontrolle und damit ein grundlegendes Element für die soziale Stabilität eines Wohnviertels. Wie ausgeführt, umfasst Sozialkapital (vgl. Abschn. 5.6) intakte Nachbarschaften (stabile soziale Beziehungen), soziales Vertrauen und gemeinsame Normen. Die Befragungsergebnisse weisen darauf hin, dass zwar gute Voraussetzungen für die Ausbildung lokalen Sozialkapitals vorhanden sind, aber im Zusammenhang mit den genannten Differenzierungen in der Wohnbevölkerung, vielfältiger Unterstützung bedürfen, um Prozesse der sozialen Integration voranzubringen.

⁴⁶ Community Policing lässt sich nur unvollständig mit bürgernaher Polizeiarbeit übersetzen. In Deutschland wird nicht selten die Gründung der Kriminalpräventiven Räte stark vereinfachend mit der Adaption der Idee des Community Policing generalisiert. In Anlehnung an die Ursprünge des Community Policing in den USA kann Community Policing auch als Strategie verstanden werden, die sich mit der Qualität und Wirkung von Polizeiarbeit auseinandersetzt. Konträr zu der sich zunehmend zentralisierenden Polizeiorganisation entstanden in der deutschen Kriminologie Forderungen nach dezentral ausgerichteten Revierstrukturen. Die Polizei sollte sich als (fast) einzige Institution, die rund um die Uhr erreichbar ist, verstärkt um die Probleme und Konflikte kümmern, die die Bürger belasten, auch wenn diese nicht kriminalitätsbezogen sind.

⁴⁷ <https://www.potsdam.de/content/469-polizei-und-ordnungsamt-eroeffnen-gemeinsamen-servicepunkt-babelsberg>

Der geringe Rücklauf in der postalischen Befragung seitens des migrantischen Teils der Wohnbevölkerung (Anteil von 8,8% am Rücklauf) ist auch ein Hinweis auf ein Defizit sozialer Integration. Zwar ist es leicht, dafür Unzulänglichkeiten im Untersuchungsdesign verantwortlich zu machen. Es sollte aber nicht übersehen werden, dass Fragebögen in mehreren Sprachen einen basalen Zugang zur Befragung ermöglichten. Darüber hinaus sind die mitgeteilten hohen Standards des Datenschutzes, der sichtbare hohe Grad an Anonymität der Befragungsdurchführung und die Symbolik einer Universität als höchster Bildungseinrichtung des Landes Bestandteile, die nicht ausgereicht haben, um Vertrauen zu bilden.

Dringende Lösungen, die zunächst staatlicher und kommunaler Initiativen bedürfen, führen über den Weg eines Ausbaus der Sozialarbeit, insbesondere der Jugendhilfe und aufsuchende Sozialarbeit mit Drogenabhängigen.

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass für einen Teil der Wohnbevölkerung Bestandteile und Ziele der Kommunalpolitik nicht verständlich sind. Dazu gehören insbesondere die Drogenpolitik und der Umgang mit einer Verunreinigung des öffentlichen Raums. Hierbei bedarf es auch mehr Bürgerorientierung seitens der Stadt.

Förderlich ist ebenfalls der Ausbau von Begegnungsmöglichkeiten. Sie bieten eine Grundlage dafür, dass sich spontan soziale Beziehungen über die Grenzen sozialer Gruppen bilden. Darin besteht der Grundgedanke Stadt als „soziale Integrationsmaschine“. Damit verbindet sich eine Chance zum wechselseitigen Abbau sozialer Stereotype gegenüber Fremdgruppen durch direkten Kontakt. Dazu sollten die interkulturellen Einrichtungen gestärkt werden. Es mangelt überhaupt auch an Begegnungsformaten zwischen dem alteingesessenen und dem zugezogenen, vor allem studentischen Teil der Wohnbevölkerung.

Es könnten systematische sozialwissenschaftliche Untersuchungen angestrengt werden, um Probleme der Entstehung von Sozialkapital im Gebiet der beiden Ortsteile genauer zu analysieren. Der Forschungsstand zum Sozialkapital, theoretische und methodische Grundlagen betreffend, erlaubt eine solide Analyse der beiden Ortsteile und die Ausarbeitung zielführender Maßnahmen.

Ferner könnten Forschungen zur präventiven Wirkung von Polizeiarbeit auch die Einschätzung von Kontrollmaßnahmen deutlich verbessern (vgl. Abschn. 4.5 und 6.6).

Polizei kann die Rahmenbedingungen öffentlicher Sicherheit stärken, die bestehenden Ursachen für Kriminalität, Konflikte und Disorder in den beiden Ortsteilen können aber nicht durch Polizei gelöst werden. Hier ist die Stadtverwaltung gefordert. Das Kriminalitätsproblem sollte als soziales Problem in den beiden Ortsteilen betrachten werden, das nur gemeinsam von Stadt und Polizeidirektion gelöst werden kann. Es lohnt sich, zwei kulturell und sozial überaus interessante Ortsteile zu fördern und mit geeigneten Lösungen den Weg zu bereiten, der dem Ruf Leipzigs als einer innovativen und dynamischen Stadt gerecht wird.

Literaturverzeichnis

- Birkel, Chr., D. Church, D. Hummelsheim-Doss, N. Leitgöb-Guzy & D. Oberwittler (2017): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017, BKA, Wiesbaden.
- Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht: über deren Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler.
- Boers, K. (1993): Kriminalitätsfurcht. Ein Beitrag zum Verständnis eines sozialen Problems. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschKrim), 76, H. 2, 65–82.
- Braithwaite, J. (1993): Crime, Shaming and Reintegration. Cambridge.
- Bundeskriminalamt (BKA) (2019): PKS 2019 – Band 2: Opfer.
- Cicourel, A. (1970): Methode und Messung in der Soziologie, Frankfurt a. M.
- Cohen, J. (1988): Statistical power analysis for the behavioral sciences. L. Erlbaum Associates.
- Cronbach, L. J. (1982): Designing evaluations of educational and social programs. San Francisco.
- Diekmann, A. (2014): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Frankfurt a. M.
- Döring, N. & J. Bortz (2006): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften, Berlin.
- Frevel, B. (1999a): Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitsgefühl. In Kriminalität (pp. 59–78), Wiesbaden.
- Frevel, B. (1999b): Kriminalität. Gefährdung der Inneren Sicherheit? Opladen.
- Friedrichs, J. (2014): Kontexteffekte von Wohngebieten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), 66, 287–316.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016 – GESIS Datenarchiv, Köln.
- Gladwell, M. (2000): Der Tipping Point. Wie kleine Dinge Großes bewirken können, Berlin.
- Großmann, D. (2016): Studienmotivation und Evaluation. Der Einfluss motivationaler Faktoren auf die befragungsbasierte Evaluation von Studium und Lehre. In: D. Großmann & T. Wolbring (Hrsg.): Evaluation von Studium und Lehre: Grundlagen, methodische Herausforderungen und Lösungsansätze. Wiesbaden, 123–184.
- Gümüs, A., M. Gömleksiz, A. Glöckner-Rist & D. Balke (2014): Anomie. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen, in: <https://doi.org/10.6102/zis145>.

- Haug, S. & M. Vernim (2013): Integrationsbericht und Integrationskonzept für Regensburg. Arbeitspapier 9, Hrsg.: Hochschule Regensburg/Stadt Regensburg Steuerung und Koordination – Integrationsstelle.
- Hess, H. (1996): New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben. Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik. In: *Kriminologisches Journal*, 28, H. 3, 179–190.
- Hirtenlehner, H. & St. Farrall (2012): Modernisierungsängste, lokale Irritationen und Furcht vor Kriminalität. In: *MschKrim* 95, 2, 93–114.
- Hirtenlehner, H. & D. Hummelsheim (2015): Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden: Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten). In: *Deutschland Band 1, Ziele, Nutzen und Forschungsstand*, 458.
- Hohage, Chr. (2004): Incivilities und Kriminalitätsfurcht. In: *Soziale Probleme* 15 (1), 77–95.
- Hovestadt, T. & K. Mühler (2020): Frauen – das ängstliche Geschlecht? In: I. Krumpal u. R. Berger (Hrsg.): *Devianz und Subkulturen*. Wiesbaden, 279–316.
- Katz, D. & E. Stotland (1959): A preliminary statement to a theory of attitude structure and change. In S. Koch (Hrsg.): *Psychology: A study of a science: Vol. 3 Formulations of the person and the social context* (S. 423–475), New York.
- Keizer, K, S. Lindenberg & L. Steg (2008): The spreading of disorder. *Science* 322, 1681–1685.
- Keuschnigg, M. & T. Wolbring (2015): Disorder, Social Capital, and Norm Violation: Three Field Experiments on the Broken Windows Thesis. In: *Rationality and Society* 27, 96–126.
- Koch, A. & M. Blohm (2015): *Nonresponse Bias*. Mannheim, GESIS Leibniz-Institut für
- Köllisch, T. (2004): *Vom Dunkelfeld ins Hellfeld: Anzeigeverhalten und Polizeikontakte bei Jugenddelinquenz*, Freiburg.
- Kreuter, F. (2002): *Kriminalitätsfurcht: Messung und methodische Probleme*, Opladen.
- Kromrey, H. (2001): *Evaluation – ein vielschichtiges Konzept: Begriff und Methodik von Evaluierung und Evaluationsforschung; Empfehlungen für die Praxis*. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 24.2, 105–131.
- Lauber, K. & K. Mühler (2015): *Prävention gegen Wohnungseinbruch als kommunales Experiment*. In: E. Marks & W. Steffen (Hrsg.): *Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 20. Deutschen Präventionstags 2015. Mönchengladbach 2015*, 365–379.

- Lauber, K. & K. Mühler (2016): Steigerung der individuellen Prävention gegen Wohnungseinbruch. Ergebnisse eines Experiments. In: *Kriminalistik*, H. 10, 70 Jg., 597–603.
- Lüdemann, C. (2006): Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. In: *KzFSS* 58, 2. 285–306.
- Lüdemann, C. & S. Peter (2007): Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 36, H. 1, 25–42.
- Mühler, K. (2013): Einstellung zur Videoüberwachung als Habituation. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie, Nr. 62. (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-qucosa-143869>)
- Mühler, K. (2015): Der Einfluss von Medienrezeption auf personale und soziale Kriminalitätsfurcht. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie, Nr. 65, 2015. (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-qucosa-189339>)
- Mühler, K. (2016): Zum Einfluss der Wahrnehmung von Unordnung auf das Sicherheitsempfinden. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie, Nr. 68. (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-qucosa-201366>)
- Mühler, K. (2017a): Das Sicherheitsempfinden – ein eigenständiger sozialer Faktor. In: A. Yendell, G. Pickel; K. Dörner (Hrsg.): *Innere Sicherheit in Sachsen*. Leipzig, 53–65.
- Mühler, K. (2017b): Senkt Viktimisierung das Sicherheitsempfinden (nicht)? Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie, Nr. 69 (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-qucosa-219202>)
- Mühler, K. (2021): Wahrnehmung von Ordnungsstörungen und Sicherheitsempfinden. Vortrag im Seniorenkolleg der Universität Leipzig im Sommersemester 2021 zum Schwerpunkt „Kriminalität“, (unveröffentlichtes Manuskript).
- Putnam, R. et al. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton.
- Putnam, R. (1995): Tuning in, tuning out; in: *Political Sciences and Politics*, XXVIII, 4, S. 664.
- Reuband, K.-H. (1992): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965–1990. In: *KzFSS* 44, H. 2, 341–353.
- Reuband, K.-H. (2009): Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: H.-J. Lange (Hrsg.): *Auf der Suche nach neuer Sicherheit*, Wiesbaden, 234–251.

- Ries, F. (2020): Wahrnehmung und Wirkung von ethnischer Diversität und fremdenfeindlichen Einstellungen auf Kriminalitätsfurcht im Kontext generalisierter Ängste. Leipzig, unveröffentlichte Masterarbeit am Institut für Soziologie.
- Rossi, P. H. & H. E. Freeman (1993). *Evaluation: A Systematic Approach*, Newbury Park.
- Sampson, R. & B. Groves (1989): Community Structure and Crime: Testing Social Disorganization Theory, in: *American Journal of Sociology*, 94, 4, 783.
- Sampson, R. J., St. W. Raudenbush & F. Earls (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. In: *Science*, 277, 15 August, 918–924.
- Sampson, R. J. & St. W. Raudenbush (1999): Systematic Social Observation of Public Spaces: A New Look at Disorder in Urban Neighborhoods. In: *American Journal of Sociology*, 104, 603–651.
- Schnell, R. (2012): *Survey-Interviews*. Wiesbaden.
- Schröder, A. (2015): Sicherheit im Wohnumfeld. Auswertung der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld.
- Schwind, H.-D., D. Fetchenhauer, W. Ahlborn, & R. Weiß (2001): Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt, Bochum 1975 – 1986 – 1998. Neuwied.
- Skogan, W. G. (1990): *Disorder and Crime. Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods*. Berkeley and Los Angeles.
- Skrobanek, J. & S. Jobst (2006): „Begrenzung“ durch kulturelles Kapital? Zu Bedingungen regionaler Mobilität im Kontext der Kapitaltheorie Pierre Bourdieus. In: *Berliner Journal für Soziologie*. Berlin, 2, 227–243.
- Taylor, R. B. & M. Hale (1986): Testing Alternative Models of Fear of Crime. *The Journal of Criminal Law and Criminology* 77 (1), 151–189.
- Thomas, W. I. & D. S. Thomas (1970 [1928]): *The Child in America. Behavior problems and programs*. 1. repr. New York.
- Treischl, E. & T. Wolbring (2020). *Wirkungsevaluation: Grundlagen, Standards, Beispiele*, Weinheim und Basel.
- Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2011. Ergebnisbericht. Hrsg.: Amt für Statistik und Wahlen in Zusammenarbeit mit Ordnungsamt, Universität Leipzig (Institut für Soziologie), Polizeidirektion Leipzig und Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH.
- Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2016. Ergebnisbericht. Hrsg.: Amt für Statistik und Wahlen in Zusammenarbeit mit Ordnungsamt, Universität Leipzig (Institut für Soziologie) und Polizeidirektion Leipzig.
- Wilson, J. W. & G. L. Kelling (1996): Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. In: *Kriminologisches Journal* 28, H. 2, 121–137.

Anlagen

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

Tabelle 1: Registrierte Straftaten für Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld im Zeitverlauf

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
892500	Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen	17	0,1	6	0,1	6	0,1	5	0,1
111000	Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge	11	0,1	3	0,1	5	0,1	3	0,1
210000	Raubdelikte	156	1,2	55	1,3	48	1,1	53	1,2
222000	gefährliche und schwere Körperverletzung	384	3,0	115	2,8	120	2,8	149	3,3
224000	vorsätzliche einfache Körperverletzung	645	5,0	156	3,8	217	5,0	272	6,0
230000	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	346	2,7	107	2,6	115	2,6	124	2,7
3***00	Diebstahl ohne erschwerende Umstände	1920	14,8	638	15,6	583	13,4	699	15,5
4***00	Diebstahl unter erschwerenden Umständen	3841	29,6	1345	32,8	1353	31,1	1143	25,3
620000	Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	423	3,3	134	3,3	142	3,3	147	3,3

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
640000	Brandstiftung und Herbeiführen einer Brandgefahr	51	0,4	8	0,2	17	0,4	26	0,6
673000	Beleidigung	251	1,9	48	1,2	94	2,2	109	2,4
674000	Sachbeschädigung	1 526	11,8	460	11,2	521	12,0	545	12,1
726000	Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz	95	0,7	42	1,0	26	0,6	27	0,6
730000	Rauschgiftdelikte (BtMG)	945	7,3	250	6,1	291	6,7	404	9,0
	Sonstige	2 066	15,9	655	16,0	712	16,4	699	15,5
	Gesamt	12 677	100	4 022	100	4 250	100	4 405	100

Tabelle 2: Registrierte Straftaten für den Bereich der Waffenverbotszone im Zeitverlauf

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
892500	Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen	8	0,2	4	0,4	2	0,2	2	0,2
111000	Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge	2	0,1	1	0,1	1	0,1	0	0,0
210000	Raubdelikte	51	1,5	20	1,9	17	1,5	14	1,2
222000	gefährliche und schwere Körperverletzung	194	5,7	50	4,6	63	5,5	81	6,8
224000	vorsätzliche einfache Körperverletzung	181	5,3	47	4,4	63	5,5	71	6,0
230000	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	97	2,8	25	2,3	37	3,2	35	2,9
3***00	Diebstahl ohne erschwerende Umstände	685	20,1	259	24,0	217	19,0	209	17,5
4***00	Diebstahl unter erschwerenden Umständen	668	19,6	223	20,7	279	24,4	166	13,9
620000	Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	115	3,4	38	3,5	37	3,2	40	3,4

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
640000	Brandstiftung und Herbeiführen einer Brandgefahr	9	0,3	0	0,0	1	0,1	8	0,7
673000	Beleidigung	69	2,0	20	1,9	19	1,7	30	2,5
674000	Sachbeschädigung	358	10,5	111	10,3	123	10,7	124	10,4
726000	Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz	35	1,0	17	1,6	10	0,9	8	0,7
730000	Rauschgiftdelikte (BtMG)	404	11,8	93	8,6	111	9,7	200	16,8
	Sonstige	465	13,6	149	13,8	139	12,1	177	14,8
	Gesamt	3 341	100	1 057	100	1 119	100	1 165	100

Tabelle 3: Registrierte Straftaten für Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld außerhalb der Waffenverbotszone im Zeitverlauf

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
892500	Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen	9	0,1	2	0,1	4	0,1	3	0,1
111000	Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge	9	0,1	2	0,1	4	0,1	3	0,1
210000	Raubdelikte	105	1,1	35	1,2	31	1,0	39	1,2
222000	gefährliche und schwere Körperverletzung	190	2,0	65	2,2	57	1,8	68	2,0
224000	vorsätzliche einfache Körperverletzung	464	4,9	109	3,6	154	4,8	201	6,1
230000	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	249	2,6	82	2,7	78	2,4	89	2,7
3***00	Diebstahl ohne erschwerende Umstände	1 235	12,9	379	12,5	366	11,4	490	14,8
4***00	Diebstahl unter erschwerenden Umständen	3 173	33,2	1 122	37,1	1 074	33,6	977	29,4
620000	Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	308	3,2	96	3,2	105	3,3	107	3,2

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

PKS Schlüssel	Beschreibung	Gesamt		Nov 16– Okt 17		Nov 17– Okt 18		Nov 18– Okt 19	
		Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
640000	Brandstiftung und Herbeiführen einer Brandgefahr	42	0,4	8	0,3	16	0,5	18	0,5
673000	Beleidigung	182	1,9	28	0,9	75	2,3	79	2,4
674000	Sachbeschädigung	1 168	12,2	349	11,5	398	12,4	421	12,7
726000	Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz	60	0,6	25	0,8	16	0,5	19	0,6
730000	Rauschgiftdelikte (BtMG)	541	5,7	157	5,2	180	5,6	204	6,1
	Sonstige	1 601	16,8	506	16,7	573	17,9	522	15,7
	Gesamt	9 336	100	2 965	100	3 131	100	3 240	100

Tabelle 4: Korrelation zwischen Gesamtzahl der Kontrollen und Straftaten-aufkommen für ausgewählte Straftatengruppen

Beschreibung	Innerhalb der WVZ			Außerhalb der WVZ		
	r	p	df	r	p	df
Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen	-0,17	0,46	20	-0,18	0,42	20
Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge	-0,17	0,44	20	0,31	0,17	20
Raubdelikte	0,00	0,99	20	0,20	0,38	20
Gefährliche und schwere Körperverletzung	0,05	0,81	20	-0,54*	0,01	20
vorsätzliche einfache Körperverletzung	0,04	0,86	20	-0,34	0,12	20
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	-0,31	0,16	20	-0,29	0,18	20
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	-0,12	0,60	20	-0,12	0,58	20
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	-0,14	0,54	20	-0,18	0,41	20
Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	0,04	0,87	20	0,14	0,54	20
Brandstiftung und Herbeiführen einer Brandgefahr	-0,12	0,58	20	0,13	0,58	20
Beleidigung	-0,15	0,52	20	-0,27	0,23	20
Sachbeschädigung	0,07	0,75	20	<0,01	1,00	20
Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz	-0,25	0,26	20	-0,18	0,41	20
Rauschgiftdelikte (BtMG)	0,03	0,91	20	-0,40	0,07	20

Pearsonkorrelation (r); * p < 0,05

Tabelle 5: Registrierte Opfer nach Alter im Zeitverlauf

Alter kategorii- siert	Nov 16–Okt 17				Nov 17–Okt 18				Nov 18–Okt 19			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	Abs.	in %										
Außerhalb der WVZ												
unter 14	11	0,8	20	2,2	24	1,6	33	3,2	28	1,9	28	2,8
14 bis unter 18	24	1,7	19	2,1	23	1,5	23	2,2	29	2,0	31	3,1
18 bis unter 21	52	3,6	56	6,2	45	3,0	56	5,4	45	3,1	46	4,6
21 bis unter 25	136	9,5	109	12,1	155	10,2	142	13,7	128	8,8	146	14,7
25 bis unter 30	251	17,4	171	19,0	282	18,5	195	18,9	261	18,0	167	16,9
30 bis unter 40	376	26,1	212	23,6	416	27,3	239	23,1	435	29,9	252	25,5
40 bis unter 50	226	15,7	106	11,8	235	15,4	125	12,1	199	13,7	120	12,1
50 bis unter 60	201	14,0	109	12,1	188	12,4	123	11,9	157	10,8	102	10,3
60 und älter	162	11,3	97	10,8	154	10,1	98	9,5	171	11,8	98	9,9
Gesamt	1 439	100	899	100	1 522	100	1 034	100	1 453	100	990	100
Mittelwert (Std)	38,9 (15,1)		37,1 (17,0)		38,1 (15,0)		36,3 (16,5)		37,9 (15,4)		31,7 (14,5)	

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

Alter kategorisiert	Nov 16–Okt 17		Nov 17–Okt 18		Nov 18–Okt 19			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
In der WVZ								
unter 14	6	1,3	4	2,2	14	2,5		
14 bis unter 18	12	2,6	20	2,1	23	4,1		
18 bis unter 21	18	3,9	24	6,2	28	5,0		
21 bis unter 25	66	14,1	34	12,1	75	13,3		
25 bis unter 30	81	17,3	48	19,0	111	19,7		
30 bis unter 40	146	31,3	63	23,6	131	23,3		
40 bis unter 50	71	15,2	29	11,8	90	16,0		
50 bis unter 60	45	9,6	23	12,1	60	10,7		
60 und älter	22	4,7	18	10,8	31	5,5		
Gesamt	467	100	263	100	563	100		
Mittelwert (Std)	35,0 (13,0)	33,5 (15,3)	34,5 (14,0)	33,5 (16,9)	34,5 (13,3)	31,7 (14,5)		

Tabelle 6: Registrierte TäterInnen nach Alter und Geschlecht im Zeitverlauf

Alter kategorii- siert	Nov 16–Okt 17				Nov 17–Okt 18				Nov 18–Okt 19			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	Abs.	in %										
Außerhalb der WVZ												
unter 14	6	0,5	2	0,8	10	0,7	9	2,5	17	1,2	4	1,2
14 bis unter 18	30	2,6	14	5,3	50	3,7	19	5,3	52	3,6	22	6,8
18 bis unter 21	76	6,5	16	6,0	83	6,1	25	7,0	100	7,0	31	9,5
21 bis unter 25	154	13,2	45	16,9	123	9,1	55	15,3	153	10,7	40	12,3
25 bis unter 30	259	22,2	63	23,7	309	22,8	71	19,8	235	16,5	68	20,9
30 bis unter 40	393	33,6	88	33,1	423	31,2	81	22,6	530	37,2	78	24,0
40 bis unter 50	157	13,4	19	7,1	178	13,1	71	19,8	212	14,9	50	15,4
50 bis unter 60	68	5,8	12	4,5	135	9,9	20	5,6	85	6,0	23	7,1
60 und älter	25	2,1	7	2,6	46	3,4	8	2,2	41	2,9	9	2,8
Gesamt	1 168	100	266	100	1 357	100	359	100	1 425	100	325	100
Mittel- wert (Std)	32,5 (10,5)		30,8 (10,6)		33,9 (11,7)		32,3 (12,1)		33,4 (11,2)		31,9 (12,4)	

Anlage 1 (Kapitel 4: Prozessdatenanalyse)

Alter kategorisiert	Nov 16–Okt 17		Nov 17–Okt 18		Nov 18–Okt 19			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %	Abs.	in %
In der WVZ								
unter 14	1	0,2	2	2,2	7	1,4		
14 bis unter 18	17	3,4	6	6,5	40	7,7		
18 bis unter 21	45	9,0	8	8,7	33	6,4		
21 bis unter 25	90	18,0	11	12,0	67	13,0		
25 bis unter 30	114	22,8	12	13,0	105	20,3		
30 bis unter 40	149	29,8	36	39,1	159	30,8		
40 bis unter 50	56	11,2	12	13,0	69	13,3		
50 bis unter 60	17	3,4	5	5,4	26	5,0		
60 und älter	11	2,2	0	0,0	11	2,1		
Gesamt	500	100	92	100	517	100		
Mittelwert (Std)	30,9 (10,6)	31,3 (10,3)	31,3 (11,4)	31,0 (13,6)	31,0 (10,9)	31,3 (12,2)		

Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen

Wohnzufriedenheit und Sicherheit im Leipziger Osten

Postalische Befragung im September 2020

Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

Zunächst einige technische Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens.

Die folgenden Fragen sind nur Beispiele, die nicht mit dieser Befragung in Zusammenhang stehen.

Bei diesem Fragetyp sind mehrere Antworten möglich. Dabei geht es nur darum, ob die jeweilige Antwortmöglichkeit zutrifft.

Was tun Sie gern in Ihrer Freizeit? (Mehrfachantworten möglich)
<input type="checkbox"/> Fernsehen
<input type="checkbox"/> Bücher lesen
<input checked="" type="checkbox"/> sich mit Freunden treffen
<input type="checkbox"/> Sport treiben
<input checked="" type="checkbox"/> ein Hobby betreiben
<input checked="" type="checkbox"/> etwas mit der Familie unternehmen

Bei dem folgenden Antworttyp kreuzen Sie bitte auf einer Linie diejenige Variante an, die Ihrer Meinung entspricht.

Wie stark würde Sie die Erhöhung der Benzinpreise stören?					
gar nicht	weniger	eher weniger	eher stark	stark	sehr stark
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bei einer weiteren Antwortvariante bilden mehrere Aussagen einen Block. Bitte kreuzen Sie auf der jeweiligen Antwortzeile jenes Kästchen an, das Ihrer Meinung entspricht.

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu bzw. <u>nicht</u> zu?						
	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Es hat sich für mich als gut erwiesen, selbst Entscheidungen zu treffen, anstatt mich auf das Schicksal zu verlassen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Ich übernehme gern Verantwortung.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Erfolg ist oft weniger von Leistung, sondern vielmehr vom Glück abhängig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls Sie eine Antwort korrigieren wollen, malen Sie bitte das falsche Kästchen aus und kreuzen Sie das richtige Kästchen neu an.

Wie stark würde Sie die Erhöhung der Benzinpreise stören?					
gar nicht	weniger	eher weniger	eher stark	stark	sehr stark
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie eine Frage nicht beantworten können oder nicht antworten möchten, dann gehen Sie bitte einfach zur nächsten Frage über. Zunächst einige Fragen zur Ordnung und Sicherheit in Ihrem Wohnviertel.

1. Wie lange wohnen Sie schon in diesem Wohnviertel?

weniger als ein Jahr

ein bis fünf Jahre

fünf bis zehn Jahre

über zehn Jahre

2. Wie gern wohnen Sie hier?

sehr ungerne	ungerne	eher ungerne	eher gerne	gerne	sehr gerne
<input type="checkbox"/>					

3. Was waren die Gründe für den Zuzug in Ihr jetziges Wohnviertel? (Mehrfachantworten möglich)

Es war leicht, eine Wohnung zu finden.

Günstige Miete.

Zum Partner/Partnerin gezogen.

Das Wohnviertel gefällt mir.

Freunde, Familie wohnen hier.

Sonstiges:

4. Haben Sie die Absicht in den **nächsten 12 Monaten** aus Ihrem Wohnviertel wegzuziehen?

Ja, habe ich.

Nein, habe ich **nicht**.

Vielleicht.

Weiß nicht.

Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen

5. Wie sicher fühlen Sie sich im Allgemeinen...						
	sehr un- sicher	un- sicher	eher un- sicher	eher sicher	sicher	sehr sicher
a) auf dem Weg von Ihrer Wohnung bis zur nächsten Straßenbahn- bzw. Bushaltestelle?	<input type="checkbox"/>					
b) in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Ihrem Wohnviertel?	<input type="checkbox"/>					
c) in Kneipen oder Bars in Bereich der Eisenbahnstraße?	<input type="checkbox"/>					
d) im Rabet?	<input type="checkbox"/>					

6. Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Wohnviertel?						
	sehr unsicher	unsicher	eher unsicher	eher sicher	sicher	sehr sicher
a) tagsüber	<input type="checkbox"/>					
b) nachts	<input type="checkbox"/>					

7. Was unternehmen Sie selbst für Ihre Sicherheit? (Mehrfachantworten möglich)
<input type="checkbox"/> Unauffälliges Verhalten, Konfrontation vermeiden.
<input type="checkbox"/> Nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße gehen.
<input type="checkbox"/> Nachts bestimmte Straßen und Plätze meiden.
<input type="checkbox"/> Maßnahmen zur Selbstverteidigung, z. B. Pfefferspray oder Besuch eines Selbstverteidigungskurses.
<input type="checkbox"/> Einbruchssicherung in der Wohnung.
<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Nichts Besonderes.

Die folgende Liste bezieht sich auf das Verhalten von Personen sowie auf Dinge, die so in Ihrem Wohngebiet auftreten könnten. Wir würden gerne Folgendes dazu wissen:

8. Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten folgende Sachverhalte in Ihrem Wohnviertel wahrgenommen?						
	nie	selten	eher selten	eher oft	oft	sehr oft
a) Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen	<input type="checkbox"/>					
b) Öffentlicher Konsum illegalisierter Drogen	<input type="checkbox"/>					
c) Demolierte Haltestellen, Briefkästen, Papierkörbe	<input type="checkbox"/>					
d) Lärm auf der Straße (z. B. durch Betrunkene, laute Musik)	<input type="checkbox"/>					
e) Streitereien oder Schlägereien zwischen Personen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>					

9. Wie stark stören bzw. würden Sie die angesprochenen Sachverhalte in Ihrem Wohnviertel stören?						
	gar nicht	kaum	eher nicht	eher stark	stark	sehr stark
a) Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen	<input type="checkbox"/>					
b) Öffentlicher Konsum illegalisierter Drogen	<input type="checkbox"/>					
c) Demolierte Haltestellen, Briefkästen, Papierkörbe	<input type="checkbox"/>					
d) Lärm auf der Straße (z. B. durch Betrunkene, laute Musik)	<input type="checkbox"/>					
e) Streitereien oder Schlägereien zwischen Personen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>					

Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen

10. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu bzw. nicht zu?						
	stimme über- haupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Meine Nachbarn sind immer bereit einander zu helfen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Meine Nachbarschaft ist eng verbunden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Den Menschen in meiner Nachbarschaft misstraue ich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Die Menschen in meiner Nachbarschaft streiten sich sehr oft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Die Menschen in meiner Nachbarschaft teilen die gleichen Werte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Ist Ihnen persönlich in den letzten 12 Monaten eines der folgenden Ereignisse zugestoßen?				
Ich wurde ...	Nein	Ja, in der Waffenver- botszone	Ja, woanders in meinem Wohnviertel	Ja, woanders außerhalb meines Wohnviertels
a) ... von jemandem geschlagen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) ... sexuell belästigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) ... mit einer Waffe bedroht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) ... angepöbelt/beleidigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) ... bestohlen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) ... Opfer eines Einbruchs.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g) Sonstige negative Ereignisse: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Haben Sie diese Handlungen gegen Sie angezeigt?

Ja, alle. Bitte weiter mit Frage 15.

Ja, aber **nicht** alle.

Nein, ich habe die Handlung(en) gegen mich **nicht** angezeigt.

13. Warum haben Sie die Handlung(en) **nicht** angezeigt? (Mehrfachantworten möglich)

Es war mir zu zeitaufwendig.

Es war mir zu bürokratisch.

Es bringt sowieso nichts.

Ich hatte Angst vor dem Täter/der Täterin.

Ich wollte **nicht** vor Gericht als Zeuge/-in geladen werden.

Der Schaden war **nicht** so groß.

Die Straftat war **nicht** so schwer.

Ich fürchtete unliebsame Fragen.

sonstiger Grund:

14. Seit Einführung der Waffenverbotszone hat sich meine Bereitschaft eine Straftat anzuzeigen erhöht.

stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen in den nächsten 12 Monaten Folgendes passieren könnte?						
Dass ich ...	sehr unwahr- schein- lich	unwahr- schein- lich	eher unwahr- schein- lich	eher wahr- schein- lich	wahr- schein- lich	sehr wahr- schein- lich
a) ... von jeman- dem geschlagen werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) ... sexuell belästigt werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) ... mit einer Waf- fe bedroht werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) ... angepöbelt/ beleidigt werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) ... bestohlen werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) ... Opfer eines Einbruchs werde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g) Sonstige negative Ereig- nisse: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Im Folgenden interessiert uns Ihre Meinung zur Tätigkeit der Polizei.

16. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Sicherheit zu bzw. nicht zu?						
	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Die Polizei unternimmt alles, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Die Stadt Leipzig unternimmt alles, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Drogenaufklärung muss intensiver in den Schulen durchgeführt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Jugendliche müssen frühzeitig gefördert werden, damit sie nicht auf die schiefe Bahn geraten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Die Videokameras an öffentlichen Orten erhöhen die Sicherheit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Wie häufig sehen Sie die Polizei, Mitarbeiter/-innen des Ordnungsamts (Polizeibehörde) oder der Sächsischen Sicherheitswacht in Ihrem Wohnviertel?						
	mehrmals täglich	täglich	einmal pro Woche	einmal pro Monat	seltener als einmal pro Monat	nie
a) Polizeibehörde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
b) Polizei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
c) Sächsische Sicherheitswacht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

18. Wünschen Sie sich mehr oder weniger Polizei, Ordnungsamt (Polizeibehörde) oder Sächsische Sicherheitswacht in Ihrem Wohnviertel oder finden Sie es ausreichend, wie es ist?

	Ich wünsche mir mehr.	Es ist ausreichend.	Ich wünsche mir weniger.
a) Polizeibehörde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Polizei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Sächsische Sicherheitswacht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Die folgende Liste enthält einige Anschauungen und Standpunkte. Kreuzen Sie bitte bei jeder Aussage an, wie sehr Sie zustimmen oder **nicht** zustimmen. Beziehen Sie sich bitte auf die Polizeiarbeit in Ihrem Wohnviertel.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Ich finde es gut, dass es in der Eisenbahnstraße einen eigenen Polizeiposten für das Wohnviertel gibt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Ich fände es gut, wenn der Polizeiposten im Wohnviertel 24 Stunden geöffnet ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Aufgrund der häufigen Anwesenheit von Polizei habe ich den Eindruck, dass es hier gefährlich ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Ich fühle mich sicherer, wenn ich sehe, dass die Polizei Kontrollen durchführt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Ich fühle mich durch Großkontrollen der Polizei verunsichert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) Wenn mir etwas zustößt, vertraue ich stets darauf, dass die Polizei mir hilft.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen

20. Die folgende Liste enthält einige Anschauungen und Standpunkte über die Arbeitsweise der Polizei.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen freundlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen kompetent.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Die Polizei sollte mehr Befugnisse bekommen, um für Sicherheit zu sorgen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Die Polizei sollte härter durchgreifen, um ernst genommen zu werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf Ihren selbst erfahrenen Kontakt zur Polizei in Ihrem Wohnviertel. Bitte kreuzen Sie für die jeweiligen Aussagen an, wie häufig Sie in den **letzten 12 Monaten** von den folgenden Ereignissen betroffen waren.

	einmal	zweimal	dreimal	mehr als dreimal	nie
a) Durchsuchung Ihrer Kleidung und mitgeführten Sachen.	<input type="checkbox"/>				
b) Ausweiskontrolle.	<input type="checkbox"/>				
c) Beschlagnahmung von Gegenständen.	<input type="checkbox"/>				
d) Sonstiges: _____	<input type="checkbox"/>				

22. Haben Sie in den **letzten 12 Monaten** in Ihrem Wohnviertel mit polizeilichen Handlungen Erfahrungen gemacht, die Sie als ungerecht empfunden haben?

Ja, habe ich.

Nein, habe ich **nicht**. Bitte weiter mit Frage 25.

23. Fühlten Sie sich im Zusammenhang mit dieser polizeilichen Handlung aufgrund einer der folgenden Eigenschaften ungerecht behandelt? (Mehrfachantwort möglich)

Geschlecht

Sexuelle Orientierung

Ethnische Zugehörigkeit

Religiosität

Behinderung

Sonstiges:

24. Haben Sie sich über das Vorgehen der Polizei beschwert?

Ja, habe ich.

Nein, habe ich **nicht**.

Die folgende Aussage bezieht sich auf die Einrichtung der Waffenverbotszone um die Eisenbahnstraße im November 2018. Dazu würden wir gern Ihre Meinung erfahren.

25. Haben Ihrer Meinung nach Straftaten seit der Waffenverbotszone in Ihrem Wohnviertel eher zugenommen oder eher abgenommen?					
	stark zugenommen	zugenommen	konstant geblieben	abgenommen	stark abgenommen
a) tagsüber	<input type="checkbox"/>				
b) nachts	<input type="checkbox"/>				

26. Fühlen Sie sich heute insgesamt sicherer als vor Einführung der Waffenverbotszone oder eher unsicherer, wenn Sie allein in Ihrem Wohnviertel unterwegs sind?				
viel unsicherer	unsicherer	konstant geblieben	sicherer	viel sicherer
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Wie oft waren Sie in den letzten 12 Monaten in der Eisenbahnstraße?					
mehrmals täglich	täglich	mehrmals die Woche	mehrmals im Monat	einmal im Monat	seltener als einmal im Monat
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die Einrichtung der Waffenverbotszone um die Eisenbahnstraße im November 2018. Bitte kreuzen Sie bei jeder Aussage an, ob Sie dieser zustimmen oder **nicht** zustimmen.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Die Waffenverbotszone erhöht meine persönliche Sicherheit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Ich finde es schlecht, dass die Waffenverbotszone eingeführt wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Die Waffenverbotszone führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Ich fühle mich unsicher in meinem Wohnviertel, seit die Waffenverbotszone eingeführt wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Die Waffenverbotszone fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) Hauptsächlich die Waffenverbotszone führt verstärkt zu einem schlechteren Ruf der Eisenbahnstraße.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g) Ich fühle mich über die Waffenverbotszone gut informiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Versuchen Sie in der Regel den Besuch der Eisenbahnstraße zu vermeiden?

Ja, versuche ich.

Nein, versuche ich **nicht**.

Nun noch einige Fragen zu ihren allgemeinen Einschätzungen ...

30. Häufig werden die Begriffe „links“ und „rechts“ verwendet, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?

links						rechts
<input type="checkbox"/>						

31. Jetzt wüssten wir gerne Ihre Meinung zu den folgenden Behauptungen. Bitte kreuzen Sie je nach dem Grad Ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung eine der sechs Möglichkeiten an.

	stimme über- haupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Heute ändert sich alles so schnell, dass man oft nicht weiß, woran man sich halten soll.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass ich nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß was los ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anlage 2 (Kapitel 5): Fragebogen

32. Was halten Sie von folgenden Meinungen?						
	stimme über- haupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
a) Zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben kann, gehört disziplinierter Gehorsam der Autorität gegenüber.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Die derzeitige Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglicher scheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Im Allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden sie wählen?	
<input type="checkbox"/> CDU/CSU	<input type="checkbox"/> AfD
<input type="checkbox"/> SPD	<input type="checkbox"/> FDP
<input type="checkbox"/> Bündnis 90/Die Grünen	<input type="checkbox"/> Die Linke
<input type="checkbox"/> Piraten	<input type="checkbox"/> Die Partei
<input type="checkbox"/> Sonstige: _____	
<input type="checkbox"/> Ich würde nicht wählen	

Zum Schluss noch einige Fragen zu Ihrer Person.

34. Sind Sie ...

weiblich.

männlich.

divers.

35. Wie alt sind Sie?

___ Jahre alt.

36. Bitte geben Sie ihre Staatsangehörigkeit an. (Mehrfachnennung möglich)

37. Wenn Sie einer Religion angehören, würde Sie diese bitte nennen?

38. Welchen höchsten schulischen Abschluss haben Sie?

39. Welche der folgenden Angaben trifft für Sie hauptsächlich zu? Kreuzen Sie bitte nur eine Antwortmöglichkeit an.

Erwerbstätige/-r (auch Auszubildende/-r, geringfügig Beschäftigte/-r, Wehrdienstleistende/-r)

Beschäftigt in einer Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahme, in einem Ein-Euro-Job, in Altersteilzeit, zeitweise freigestellt (z. B. Mutterschutz, Elternzeit)

Arbeitslose/-r, Arbeitssuchende/-r bzw. in einer Umschulungsmaßnahme befindlich

Rentner/-in oder Pensionär/-in (Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrente)

Student/-in oder Schüler/-in

Etwas anderes (z. B. Hausfrau/Hausmann)

Wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Mithilfe bei der Durchführung unserer Untersuchung.

Falls Sie Anregungen für uns haben oder Bemerkungen zum Problem der Kriminalität und zur Wohnzufriedenheit in Ihrem Wohnviertel, dann können Sie diese bitte hier notieren.

Nochmals vielen Dank für Ihre Mithilfe. Senden Sie nun bitte den ausgefüllten Fragebogen in dem beigelegten Freiumschlag an uns zurück.

Tabelle 1: Sicherheitsmaßnahmen

Maßnahme	von ... der Befragten getroffen
Unauffälliges Verhalten, Konfrontation vermeiden	59,3 %
Nachts bestimmte Straßen und Plätze meiden	45,1 %
Einbruchssicherung in der Wohnung	22,3 %
Nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße gehen	13,4 %
Maßnahmen zur Selbstverteidigung	9,3 %
Sonstiges	11,0 %
Nichts Besonderes	30,3 %

Tabelle 2: Viktimisierungserwartung

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen in den nächsten 12 Monaten folgendes passieren könnte?	MW (SD)	Sehr unwahrscheinlich	Unwahrscheinlich	Eher unwahrscheinlich	Eher wahrscheinlich	Wahrscheinlich	Sehr wahrscheinlich
Von jemandem geschlagen werden	1,87 (1,04)	48,3 %	25,9 %	18,8 %	4,7 %	1,6 %	0,6 %
Sexuell belästigt werden	2,47 (1,64)	42,0 %	17,5 %	15,1 %	10,8 %	6,2 %	8,4 %
Mit einer Waffe bedroht werden	1,95 (1,07)	44,5 %	27,6 %	19,6 %	5,5 %	2,1 %	0,6 %
Angepöbelt/beleidigt werden	3,19 (1,41)	14,5 %	18,0 %	25,1 %	25,7 %	10,3 %	6,5 %
Bestohlen werden	2,91 (1,31)	16,7 %	21,6 %	30,6 %	19,7 %	8,0 %	3,5 %
Opfer eines Einbruchs werden	2,80 (1,40)	18,7 %	23,8 %	24,9 %	19,8 %	7,4 %	5,4 %
Sonstige negative Ereignisse	3,02 (1,90)	33,7 %	14,6 %	12,6 %	13,1 %	8,0 %	18,1 %
Gesamt (MW)	2,60 (1,40)	31,2 %	21,3 %	21,0 %	14,2 %	6,2 %	6,2 %

Tabellen 3.1–3.4 und Tabelle 4: Prüfung des Filter-Fehlers zu den Fragen 25 und 26

Da bei der Konstruktion des Fragebogens leider ein Filter bei der falschen Frage eingeführt wurde, füllten nur knapp 50 % der Befragten die Fragen zum veränderten Sicherheitsgefühl und der Straftatenveränderung aus. Es kann aber ausgeschlossen werden, dass bestimmten Gruppen systematisch diese Fragen nicht beantwortet haben. Dies lässt sich anhand der Tab. 3.1–3.3 feststellen, da keine großen Verteilungsunterschiede zwischen der gesamten Stichprobe und den Befragten bezüglich der Fragen 25 und 26 auftreten.

Tabelle 3.1: Verteilung der Bildung bei Filterfrage 25

	Univariat	Straftaten- veränderung tagsüber	Straftaten- veränderung nachts	Sicherheits- gefühl Ver- änderung
Ohne Abschluss	0,3 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Volks- und Haupt- schulreife	3,5 %	3,6 %	3,6 %	3,6 %
Mittlere Reife	15,9 %	13,5 %	14,1 %	13,6 %
Fachhochschulreife	6,5 %	5,6 %	5,6 %	5,3 %
Hochschulreife	73,7 %	77,2 %	76,7 %	77,5 %
Gesamt	627	303	305	338

Tabelle 3.2: Verteilung des Alters bei Filterfrage 25

	Univariat	Straftaten- veränderung tagsüber	Straftaten- veränderung nachts	Sicherheits- gefühl Ver- änderung
Jünger als 20	0,9%	0,3%	0,3%	0,3%
20 bis jünger als 25	15,8%	16,5%	16,4%	15,6%
25 bis unter 30	27,5%	32,3%	31,8%	31,8%
30 bis unter 35	17,8%	19,0%	18,9%	18,5%
35 bis unter 40	9,8%	9,8%	10,1%	9,4%
40 bis unter 45	4,6%	3,2%	3,1%	3,4%
45 bis unter 50	1,5%	1,3%	1,3%	1,1%
50 bis unter 55	3,4%	3,5%	3,5%	3,4%
55 bis unter 60	4,9%	6,0%	6,0%	5,7%
60 bis unter 65	3,7%	1,6%	1,9%	2,0%
65 bis unter 70	2,8%	0,9%	0,9%	1,7%
70 bis unter 75	2,3%	2,5%	2,8%	2,6%
75 bis unter 80	1,8%	0,9%	0,9%	1,7%
80 u. ä.	3,2%	2,2%	2,2%	2,8%
Gesamt	652	316	318	352

Tabelle 3.3: Verteilung des Geschlechts bei Filter Frage 25

	Univariat	Straftaten- veränderung tagsüber	Straftaten- veränderung nachts	Sicherheits- gefühl Ver- änderung
männlich	47,7%	50,3%	50,3%	51,3%
weiblich	51,1%	48,7%	48,7%	47,6%
divers	1,2%	0,9%	0,9%	1,1%
Gesamt	650	316	318	351

Tabelle 3.4: Wahrnehmung Straftatenveränderung (Frage 25)

Haben Ihrer Meinung nach Straftaten seit der WVZ in Ihrem Wohnviertel eher zugenommen oder eher abgenommen?	MW (SD)	Stark zugenommen	Zugenommen	Unverändert	Abgenommen	Stark abgenommen
Tagsüber	3,08 (0,57)	1,6%	4,1%	83,3%	7,2%	3,8%
Nachts	2,98 (0,56)	2,2%	8,4%	80,3%	7,5%	1,6%
Gesamt	3,03 (0,565)	1,9%	6,3%	81,8%	7,4%	2,7%

Tabelle 4: Veränderung Sicherheitsgefühl seit Einführung WVZ nach Geschlecht (Frage 26)

Fühlen Sie sich heute insgesamt sicherer als vor Einführung der WVZ oder eher unsicherer, wenn Sie allein in Ihrem Wohnviertel unterwegs sind?	MW (SD)	Viel unsicherer	Unsicherer	Unverändert	Sicherer	Viel sicherer
Männer	2,92 (0,75)	5,0%	13,3%	71,1%	6,1%	4,4%
Frauen	2,92 (0,61)	3,0%	13,2%	73,7%	9,6%	0,6%
Gesamt	2,92 (0,68)	4,0%	13,6%	72,2%	7,6%	2,5%

Tabelle 5: Zeit in Eisenbahnstraße

	mehrmals täglich	täglich	mehrmals die Woche	mehrmals im Monat	einmal im Monat	weniger als einmal im Monat
Wie oft waren Sie in den letzten 12 Monaten in der Eisenbahnstraße?	29,3%	19,7%	27,0%	13,5%	4,3%	6,1%

Tabelle 6: Meiden der Eisenbahnstraße

	Nein, versuche ich nicht	Ja, versuche ich
Versuchen Sie in der Regel den Besuch der Eisenbahnstraße zu vermeiden?	77,7 %	22,3 %

Tabelle 7: Aussagen WVZ

Aussagen zur WVZ	MW (SD)	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die WVZ erhöht meine persönliche Sicherheit.	2,60 (1,54)	32,9 %	20,5 %	17,7 %	15,2 %	6,4 %	7,2 %
Ich finde es schlecht, dass die WVZ eingeführt wurde.	3,54 (1,85)	20,3 %	16,0 %	14,4 %	13,2 %	13,2 %	23,0 %
Die WVZ führt zu einer Verringerung der Kriminalität in der Eisenbahnstraße und den angrenzenden Stadtteilen.	2,54 (1,32)	27,5 %	24,0 %	25,9 %	14,3 %	5,3 %	3,1 %
Ich fühle mich unsicher in meinem Wohnviertel, seit die WVZ eingeführt wurde	2,52 (1,28)	25,0 %	29,9 %	24,7 %	13,1 %	4,4 %	2,9 %
Die WVZ fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße	2,55 (1,36)	29,6 %	23,0 %	21,5 %	16,5 %	6,3 %	3,2 %
Hauptsächlich die WVZ führt verstärkt zu einem schlechteren Ruf der Eisenbahnstraße.	3,92 (1,58)	10,1 %	12,2 %	15,4 %	23,3 %	19,2 %	19,8 %
Ich fühle mich über die WVZ gut informiert.	3,22 (1,43)	14,0 %	21,8 %	21,5 %	20,8 %	17,3 %	4,6 %

Tabelle 8: Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ

Aussagen zur Polizei I	MW (SD)	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Ich finde es gut, dass es in der Eisenbahnstraße einen eigenen Polizeiposten für das Wohnviertel gibt.	4,51 (1,32)	5,9%	6,4%	9,8%	18,7%	26,8%	32,4%
Ich fände es gut, wenn der Polizeiposten im Wohnviertel 24 Stunden geöffnet ist.	4,24 (1,57)	7,5%	9,2%	12,2%	22,7%	19,3%	29,0%
Aufgrund der häufigen Anwesenheit von Polizei habe ich den Eindruck, dass es hier gefährlich ist.	3,44 (1,51)	13,1%	17,0%	18,8%	24,6%	17,4%	9,0%
Ich fühle mich sicherer, wenn ich sehe, dass die Polizei Kontrollen durchführt.	3,44 (1,78)	20,9%	15,8%	12,6%	15,8%	18,3%	16,5%
Ich fühle mich durch Großkontrollen der Polizei verunsichert.	3,53 (1,70)	15,3%	18,7%	14,4%	17,6%	17,4%	16,7%
Wenn mir etwas zustößt, vertraue ich stets darauf, dass die Polizei mir hilft.	3,78 (1,55)	10,9%	12,6%	15,6%	22,8%	24,2%	13,9%

Tabelle 9: Generelle Einstellung zur Polizei

Aussagen zur Polizei I	MW (SD)	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen freundlich.	4,00 (1,32)	4,4 %	11,6 %	14,3 %	30,3 %	28,1 %	11,5 %
Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen kompetent.	3,79 (1,34)	6,6 %	12,3 %	18,1 %	30,1 %	24,7 %	8,2 %
Die Polizei sollte mehr Befugnisse bekommen, um für Sicherheit zu sorgen.	3,07 (1,91)	31,9 %	15,9 %	14,5 %	8,3 %	10,3 %	19,2 %
Die Polizei sollte härter durchgreifen, um ernst genommen zu werden.	2,92 (1,91)	37,5 %	13,8 %	12,1 %	9,3 %	10,1 %	17,1 %
Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein.	4,13 (1,45)	7,4 %	7,1 %	14,6 %	25,9 %	26,2 %	19,0 %

Tabelle 10: Als unfair empfundene Erfahrungen mit der Polizei

	Nein, habe ich nicht	Ja, habe ich
Haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem Wohnviertel mit polizeilichen Handlungen Erfahrungen gemacht, die Sie als ungerecht empfunden haben?	75,0 %	25,0 %

Tabelle 11: Gründe für unfaire Behandlung

Grund für unfaire Behandlung	In Relation zu Personen, welche Angaben unfair empfundene Erfahrungen mit der Polizei gemacht zu haben
Geschlecht	21,4 %
Sexuelle Orientierung	3,4 %
Ethnische Zugehörigkeit	43,5 %
Religiosität	16,3 %
Sonstiges	36,3 %

Tabelle 12: Wohnzufriedenheit

	MW (SD)	Sehr ungerne	Ungern	Eher ungerne	Eher gerne	Gern	Sehr gerne
Wie gern wohnen Sie hier?	4,70 (1,20)	1,7 %	4,4 %	10,7 %	16,4 %	39,6 %	27,2 %

Tabelle 13: Die Absicht wegzuziehen

	Nein, habe ich nicht	Ja, habe ich	Vielleicht	Weiß nicht
Haben Sie die Absicht in den nächsten 12 Monaten aus Ihrem Wohnviertel wegzuziehen?	58,6 %	14,1 %	19,6 %	7,7 %

Tabelle 14: Aussagen Nachbarschaft

Aussagen zur Nachbarschaft	MW (SD)	Stimme voll und ganz zu	Stimme zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Meine Nachbarn sind immer bereit einander zu helfen.	4,46 (1,18)	2,2%	4,8%	10,2%	28,3%	34,7%	19,8%
Meine Nachbarschaft ist eng verbunden.	3,34 (1,31)	8,7%	18,6%	29,9%	22,5%	15,3%	5,0%
Den Menschen in meiner Nachbarschaft misstrauere ich.	2,29 (1,17)	27,0%	45,8%	19,2%	9,8%	3,7%	1,6%
Die Menschen in meiner Nachbarschaft streiten sich sehr oft.	2,44 (1,2)	22,4%	38,8%	21,1%	11,2%	4,5%	2,0%
Die Menschen in meiner Nachbarschaft teilen die gleichen Werte.	3,37 (1,18)	7,0%	16,3%	25,8%	36,2%	11,4%	3,3%

Tabelle 15: Wahrnehmung von Incivilities

Wahrnehmung	MW (SD)	Nie	Selten	Eher selten	Eher oft	Oft	Sehr oft
Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen	5,24 (1,09)	0,5 %	3,1 %	4,1 %	14,1 %	20,3 %	58,0 %
öffentlicher Konsum illegalisierter Drogen	3,54 (1,54)	11,7 %	15,9 %	21,7 %	20,2 %	18,2 %	12,5 %
Demolierte Haltestellen, Briefkästen, Papierkörbe.	3,23 (1,38)	8,5 %	25,5 %	27,9 %	17,3 %	13,3 %	7,4 %
Lärm auf der Straße (z. B. durch Betrunkenene, laute Musik)	4,28 (1,32)	1,5 %	9,4 %	18,4 %	23,5 %	25,5 %	21,8 %
Streitereien oder Schlägereien zwischen Personen in der Öffentlichkeit	3,06 (1,35)	11,1 %	26,9 %	28,2 %	17,3 %	10,8 %	5,7 %

Tabelle 16: Störung an Incivilities

Störung	MW (SD)	Gar nicht	Kaum	Eher nicht	Eher stark	Stark	Sehr stark
Abfall auf Gehwegen oder in Grünanlagen	4,82 (1,22)	0,8 %	5,2 %	7,8 %	22,5 %	25,1 %	38,6 %
öffentlicher Konsum illegalisierter Drogen	3,91 (1,71)	9,1 %	16,8 %	17,9 %	15,1 %	12,5 %	28,6 %
Demolierte Haltestellen, Briefkästen, Papierkörbe.	4,22 (1,42)	2,9 %	11,6 %	16,1 %	23,2 %	23,0 %	23,3 %
Lärm auf der Straße (z. B. durch Betrunkenene, laute Musik)	4,15 (1,39)	2,5 %	11,1 %	19,7 %	24,6 %	20,4 %	21,8 %
Streitereien oder Schlägereien zwischen Personen in der Öffentlichkeit	4,68 (1,29)	1,7 %	6,0 %	9,3 %	22,9 %	25,4 %	34,7 %

Tabelle 17: Viktimisierungserwartung nach Wohnort

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen in den nächsten 12 Monaten folgendes passieren könnte?	Ort						
		Sehr unwahrscheinlich	Unwahrscheinlich	Eher unwahrscheinlich	Eher wahrscheinlich	Wahrscheinlich	Sehr wahrscheinlich
Von jemandem geschlagen werden	A	45,6 %	26,3 %	19,8 %	6,1 %	1,5 %	0,7 %
	I	53,2 %	25,2 %	17,1 %	2,3 %	1,8 %	0,5 %
Sexuell belästigt werden	A	40,3 %	19,1 %	15,2 %	11,5 %	6,8 %	7,1 %
	I	45,0 %	14,5 %	15,0 %	9,5 %	5,0 %	10,9 %
Mit einer Waffe bedroht werden	A	43,7 %	25,0 %	21,6 %	6,1 %	2,9 %	0,7 %
	I	46,2 %	32,6 %	15,8 %	4,5 %	0,5 %	0,5 %
Angepöbelt/beleidigt werden	A	13,8 %	18,2 %	26,9 %	23,1 %	11,7 %	6,3 %
	I	15,8 %	17,6 %	21,6 %	30,6 %	7,7 %	6,8 %
Bestohlen werden	A	16,2 %	19,1 %	30,5 %	21,1 %	9,0 %	4,1 %
	I	17,6 %	26,1 %	30,6 %	17,1 %	6,3 %	2,3 %
Opfer eines Einbruchs werden	A	17,3 %	22,4 %	23,4 %	22,0 %	9,3 %	5,6 %
	I	21,3 %	26,2 %	27,6 %	15,8 %	4,1 %	5,0 %
Sonstige negative Ereignisse	A	30,3 %	15,2 %	13,6 %	13,6 %	9,1 %	18,2 %
	I	40,3 %	13,4 %	10,4 %	11,9 %	6,0 %	17,9 %
Gesamt (MW)	A	29,6 %	20,8 %	21,6 %	14,8 %	7,2 %	6,1 %
	I	34,2 %	22,2 %	19,7 %	13,1 %	4,5 %	6,3 %

Tabelle 18: Aussagen zur WVZ nach Wohnort

Aussagen zur WVZ	Ort	Stimme über- haupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die WVZ erhöht meine persönliche Sicherheit.	A	30,4 %	20,5 %	18,8 %	14,7 %	7,2 %	8,4 %
	I	37,7 %	20,6 %	15,7 %	16,1 %	4,9 %	4,9 %
Ich finde es schlecht, dass die WVZ eingeführt wurde.	A	22,0 %	17,3 %	15,8 %	11,9 %	13,1 %	20,0 %
	I	17,1 %	13,5 %	11,7 %	15,8 %	13,5 %	28,4 %
Die WVZ fördert eine positive Entwicklung der Eisenbahnstraße	A	27,4 %	24,0 %	21,2 %	17,8 %	6,4 %	3,2 %
	I	33,5 %	21,1 %	22,0 %	14,2 %	6,0 %	3,2 %

Erläuterung zu Rekodierungen (Tab. 19.1–19.6)

Bildung

Tab. 19.1 ist zu entnehmen, dass die höchsten Bildungsabschlüsse sehr ungleich verteilt sind. Da so keine aussagekräftigen Werte in der bi- und multivariaten Analyse erhalten werden können wurde entschieden die Bildungsvariable binär zu kodieren. Um eine möglichst gleiche Verteilung der Werte bei gleichzeitiger Beibehaltung der Abstufung zu erzielen, wurden die Abschlüsse in „niedrigere Bildung“ (ohne Abschluss, Volks- und Hauptschulabschluss und Mittlere Reife) sowie „höhere Bildung“ (Fachhochschulreife und Hochschulreife) unterteilt. Die binäre Verteilung findet sich in Tab. 19.2.

Tabelle 19.1: Häufigkeitsverteilung des höchsten Bildungsabschlusses

Höchster Bildungsabschluss	absolut	relativ	relativ ohne fehlende Werte
ohne Abschluss	2	0,3 %	0,3 %
Volks- und Hauptschulabschluss	22	3,3 %	3,5 %
Mittlere Reife	100	15,1 %	15,9 %
Fachhochschulreife	41	6,2 %	6,5 %
Hochschulreife	462	69,8 %	73,7 %
Fehlender Wert; nicht zuordnungsbar	35	5,3 %	–
Gesamt	662	100,0 %	100,0 %

Tabelle 19.2: Häufigkeitsverteilung des höchsten Bildungsabschlusses nach Rekodierung

Höchster Bildungsabschluss	absolut	relativ	relativ ohne fehlende Werte
niedrigere Bildung (ohne Abschluss bis Mittlere Reife)	124	18,7 %	19,8 %
höhere Bildung (Fachhochschulreife und höher)	503	76,0 %	80,2 %
Fehlender Wert; nicht zuordnungsbar	35	5,3 %	–
Gesamt	662	100,0 %	100,0 %

Wohndauer

Tabelle 19.3: Häufigkeitsverteilungen zur Wohndauer und ihre Rekodierung

Wohndauer	absolut	relativ	umcodiert in	Anteil
weniger als 1 Jahr	62	9,4 %	0	77,6 %
1 bis 5 Jahre	320	48,3 %		
5 bis 10 Jahre	131	19,8 %		
mehr als 10 Jahre	148	22,4 %	1	22,4 %
Gesamt	661	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ

Die Variable Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ setzt sich aus den fünf Variablen V19A, V19B, V19D, V19E und V19F zusammen. Für die fünf Variablen wurde mithilfe einer Faktorenanalyse ein Index gebildet. In Tab. 19.4 sind die entsprechenden Ladungen auf die Komponente sowie das Cronbachs Alpha aufgelistet. Das Item V19C (aufgrund der häufigen Anwesenheit von Polizei habe ich den Eindruck, dass es hier gefährlich ist) wurde aufgrund der geringen Ladung und eines schlechteren Cronbachs Alpha nicht mit einbezogen. Alle beibehaltenen Items laden relativ stark auf die Komponente, der Cronbachs Alpha Wert ist mit 0,86 sehr gut und ließe sich durch Löschen eines Items nicht weiter verbessern.

Tabelle 19.4: Ladung auf Hauptkomponente und Cronbachs Alpha der Variable Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ

Item	Ladung auf Hauptkomponente
V19A: Ich finde es gut, dass es in der Eisenbahnstraße einen eigenen Polizeiposten für das Wohnviertel gibt.	,89
V19B: Ich fände es gut, wenn der Polizeiposten im Wohnviertel 24 Stunden geöffnet ist.	,83
V19D: Ich fühle mich sicherer, wenn ich sehe, dass die Polizei Kontrollen durchführt.	,87
V19E: Ich fühle mich durch Großkontrollen der Polizei verunsichert. (Umgepolt)	,74
V19F: Wenn mir etwas zustößt, vertraue ich stets darauf, dass die Polizei mir hilft.	,68
Cronbachs Alpha	,86

Generelle Einstellungen zur Polizei

Die Variable generelle Einstellungen zur Polizei setzt sich aus den vier Variablen V20A, V20B, V20C und V20D zusammen. Für die vier Variablen wurde mit Hilfe einer Faktorenanalyse ein Index gebildet. In Tab. 19.5 sind die entsprechenden Ladungen auf die Komponente sowie das Cronbachs Alpha aufgelistet. Das Item V20E (Die Polizei sollte häufiger zu Fuß unterwegs sein) wurde aufgrund der geringen Ladung und eines schlechteren Cronbachs Alpha nicht mit einbezogen. Alle beibehaltenen Items laden stark auf die Komponente, der Cronbachs Alpha Wert ist mit 0,9 sehr gut und ließe sich durch Löschen eines Items nicht weiter verbessern.

Tabelle 19.5: Ladung auf Hauptkomponente und Cronbachs Alpha der Variable Aussagen zur Polizei generell

Item	Ladung auf Hauptkomponente
V20A: Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen freundlich.	,87
V20B: Im Allgemeinen sind die meisten Polizist/-Innen kompetent.	,87
V20C: Die Polizei sollte mehr Befugnisse bekommen, um für Sicherheit zu sorgen.	,91
V20D: Die Polizei sollte härter durchgreifen, um ernst genommen zu werden.	,88
Cronbachs Alpha	,90

Incivilities, Viktimisierung und Viktimisierungserwartung

Für die Incivilities wurde ein Index nach dem Rekodierungsvorschlag von Lüdemann gebildet (Lüdemann 2005). Dabei wurde zunächst das Produkt aus Wahrnehmung und Störung der Incivilities gebildet. Anschließend wurde über alle Formen der Incivilities hinweg ein Mittelwert für jede Person berechnet.

Die Variable Viktimisierung wurde binär in nicht viktimisiert oder mindestens eine Form von Viktimisierung in den letzten 12 Monaten erlebt, kodiert. Für die Viktimisierungserwartung wurde der Mittelwert aus allen Formen der Viktimisierungserwartung gebildet.

Anomia

Die Variable Anomia setzt sich aus den vier Variablen V31A–V31D zusammen (Gümüs et al. 2014). Für die vier Variablen wurde mit Hilfe einer Faktorenanalyse ein Index gebildet. In Tab. 19.6 sind die entsprechenden Ladungen auf die Komponente sowie das Cronbachs Alpha aufgelistet. Alle Items laden in einem relativen starken, ähnlichen Maß auf die Komponente, der Cronbachs Alpha Wert ist mit 0,89 sehr gut und ließe sich durch Löschen eines Items auch nur minimal verbessern. Auf Grund der geringen Anzahl der Items wurde hier darauf verzichtet.

Tabelle 19.6: Ladung auf Hauptkomponente und Cronbachs Alpha der Variable Anomia

Item	Ladung auf Hauptkomponente
V31A: Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.	,81
V31B: In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	,89
V31C: Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass ich nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	,90
V31D: Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß was los ist.	,90
Cronbachs Alpha	,89

Tab. 20.1–20.3: Deskriptive Beschreibung der Variable Wohndauer

Tabelle 20.1: Alter nach Wohndauer

Altersgruppen	Gesamt	Bis einschließlich 10 Jahre	Über 10 Jahre
Jünger als 20	0,9 %	1,0 %	0,7 %
20 bis jünger als 25	15,8 %	19,8 %	2,1 %
25 bis 30	27,5 %	34,6 %	2,7 %
30 bis 35	17,8 %	21,5 %	4,8 %
35 bis 40	9,8 %	10,1 %	8,9 %
40 bis 45	4,6 %	3,8 %	7,5 %
45 bis 50	1,5 %	1,2 %	2,7 %
50 bis 55	3,4 %	2,0 %	8,2 %
55 bis 60	4,9 %	2,0 %	15,1 %
60 bis 65	3,7 %	1,6 %	11,0 %
65 bis 70	2,8 %	1,0 %	8,9 %
70 bis 75	2,3 %	0,4 %	8,9 %
75 bis 80	1,8 %	0,4 %	6,8 %
80 u. ä.	3,2 %	0,8 %	11,6 %
Insgesamt	652	506	146

Die verringerte Anzahl n lässt sich auf individuelle Ausfälle zurückführen. Die Kategorien reichen bis knapp unter den jeweiligen maximalen Schwellenwert.

Tabelle 20.2: Geschlecht nach Wohndauer

	Gesamt	Bis einschließlich 10 Jahre	Über 10 Jahre
männlich	47,7 %	46,2 %	52,7 %
weiblich	51,1 %	52,6 %	45,9 %
divers	1,2 %	1,2 %	1,4 %
Gesamt	650	504	146

Die verringerte Anzahl n lässt sich auf individuelle Ausfälle zurückführen.

Tabelle 20.3: Bildung nach Wohndauer

	Gesamt	Bis einschließlich 10 Jahre	Über 10 Jahre
Ohne Abschluss	0,3 %	0,0 %	0,1 %
Volks- und Hauptschulreife	3,5 %	1,4 %	11,0 %
Mittlere Reife	15,9 %	10,4 %	36,0 %
Fachhochschulreife	6,5 %	4,9 %	12,5 %
Hochschulreife	73,7 %	83,1 %	39,7 %
Gesamt	627	491	136

Die verringerte Anzahl n lässt sich auf individuelle Ausfälle zurückführen.

Anlage 3 (Kapitel 7: ExpertInneninterviews)

ExpertInnenleitfaden

Leitfadeninterview

Rahmendaten notieren:

Geschlecht: _____

Alter: _____

Berufsstellung des Gesprächspartners: _____

Ort _____

Zeitraum _____

Verlauf _____

Besonderheiten _____

Wahrnehmungen des Interviewers/der Interviewerin

Bevor wir auf den Bereich der Waffenverbotszone zu sprechen kommen, möchte ich etwas in die Vergangenheit zurück. Ich möchte gern mit einer biographischen Frage beginnen. Es gibt ja bei jeder Person einen Punkt, an dem man sich entscheidet, was man einmal machen möchte, wo man arbeitet/welcher Beschäftigung man nachgeht. Mich interessiert, wie das bei Ihnen ist.

Seit wann sind Sie hier im Bereich der Eisenbahnstraße tätig? Gab es einen bestimmten Grund für diese Standortwahl?

Nun möchte ich gerne mit Ihnen über Ihre persönlichen Eindrücke bezüglich der Eisenbahnstraße sprechen.

Was halten Sie davon, dass die Eisenbahnstraße in den Medien teilweise als gefährlichste Straße Deutschlands diskutiert wird?

Wenn Sie nun an die Zeit vor November 2018, also vor Einführung der Waffenverbotszone, zurückdenken, wie hätten Sie die Sicherheitslage in diesem Gebiet eingeschätzt?

Als im November 2018 die Waffenverbotszone im Bereich der Eisenbahnstraße zwischen Rosa-Luxemburg-Straße, in den umliegenden Straßen sowie im Rabet eingeführt wurde, wie sind Sie dieser Eröffnung gegenübergestanden?

Nun besteht die Waffenverbotszone ja schon einige Zeit. Haben Sie persönlich in diesem Zeitraum Veränderungen wahrgenommen?

Haben Sie seit der Eröffnung der Waffenverbotszone Veränderungen in ihrem Viertel bemerkt?

Sollte die WVZ Ihrer Meinung nach bestehen bleiben oder wieder abgeschafft werden?

Im Folgenden würde ich gerne mehr über die Beurteilungen der WVZ aus der Perspektive und der Arbeitsweise Ihrer Einrichtung erfahren.

Können Sie mir zunächst einige Merkmale der Personen/Klientel nennen, welche Ihre Einrichtung hauptsächlich besuchen? (Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnort auf Eisi etc.)

Wenn Sie nun an die Art und Weise Ihrer Tätigkeit denken, haben Sie den Eindruck, dass diese sich durch die Einrichtung der Waffenverbotszone verändert hat?

Wie hat sich der Personenkreis, für den Sie tätig sind, bezüglich zur der WVZ geäußert?

Hat sich der Meinung ihrer Klienten nach die Kontrolltätigkeit der Polizei seit der Einrichtung der WVZ geändert?

Würden Sie aus der Sicht Ihrer Einrichtung sagen, dass sich seit Einführung der WVZ die Sicherheit und das allgemeine Zusammenleben in Ihrem Gebiet verändert haben?

Damit sind meine Fragen beantwortet. Ich möchte aber, sofern Sie es wünschen, gerne Ihnen das letzte Wort überlassen.

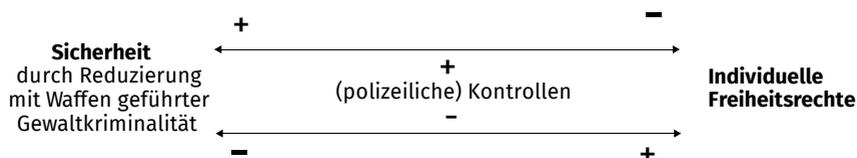
Gibt es im Zusammenhang dessen, was wir besprochen haben, Gedanken, die Sie noch einmal besonders hervorheben möchten? Oder Aspekte, die Ihnen wichtig erscheinen, die wir bislang nicht thematisiert haben?

Ich danke Ihnen für das Gespräch!

Anlage 4 (Kapitel 8) Zusammenfassung des Ergebnisberichts zur Evaluierung WVZ Eisenbahnstraße

Voraussetzungen

1. Der Basiszusammenhang



Polizeiliche Kontrollen verbinden die beiden Güter. Je nachdem, welches Gut gestärkt wird, entstehen Opportunitätskosten aus dem anderen, vorausgesetzt Kontrolle wirkt. (Abschn. 8.1 und 6.6)

2. Die Übertragung der Annahme des „tipping point“ (Schwellenwert) auf Kriminalitätsverläufe geht davon aus, dass frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden müssen, die den Kriminalitätsverlauf unter einen bestimmten Schwellenwert drücken. Die Überschreitung eines „tipping point“ führt zu exponentiellem Wachstum (Abschn. 4.5).

3. Sonderrechte für polizeiliche Kontrollen können in demokratischen Gesellschaften nur mit einer temporären Legitimation rechnen (Abschn. 1.4).

4. Die Einrichtung einer WVZ sollte deshalb aus einer dynamischen Perspektive eingeschätzt werden. In dem Maß, in dem mit Waffen geführte Gewalt zurückgeht, sollten bürgernahe polizeiliche und kommunale Ordnungskräfte gestärkt und sukzessive auf soziale Integration gestützte zivile Formen informeller Sozialkontrolle gefördert werden. (Abschn. 6.6 und 8.5).

Die Einschränkungen der Ergebnisse im Hinblick auf eine Wirkungsevaluierung sind erläutert in den Abschnitten 1 sowie 4.5; 5.7 und 7.6.

Vergleichsdaten (zeitlich/räumlich)	Gegenstand der Analyse	Ergebnisse	Zusammenfassende Folgerungen
<p>Ja, jedoch nur zwei Zeiträume vor der Einrichtung der WZ; Einschätzung der Daten (Abschn. 4,5)</p>	<p>Kriminalitätsaufkommen</p>	<p>Kein einheitliches Bild des Kriminalitätsverlaufs: gesunken: Diebstahl unter erschwerenden Bedingungen (deutlich), Raubdelikte (leicht) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (leicht); gestiegen: gefährliche und schwere Körperverletzung, vorsätzliche und einfache Körperverletzung und Rauschgiftdelikte;</p> <p>es ergeben sich Zusammenhänge mit Kontrollen (Bereitschaftspolizei) der WZ; je mehr Kontrollen desto weniger:</p> <p><i>mittlerer statistischer Zusammenhang:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Straftaten gegen die persönliche Freiheit, • <i>geringer statistischer Zusammenhang:</i> • Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz, • Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, • Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge, • Beleidigung, • Diebstahl unter erschwerenden Umständen und • Diebstahl ohne erschwerende Umstände. 	<p>Zwei Sachverhalte sind zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die absolute Veränderung von Delikthäufigkeit und • der Zusammenhang von Kontrollen und Delikt-häufigkeit. <p>1. Alltagsnahe Kriminalitätserfahrungen der Wohnbevölkerung resultieren vornehmlich aus Eigentumsdelikten.</p> <p>2. Es lassen sich negative statistische Zusammenhänge zwischen polizeilichen Kontrollen in der WZ und verschiedenen Rohheitsdelikten nachweisen.</p> <p>Ob es sich dabei um Kausalzusammenhänge handelt, bleibt aufgrund der Datenlage zwar hypothetisch, ist aber zum jetzigen Stand die plausibelste Interpretation.</p> <p>3. Es sind keine statistisch gesicherten Ergebnisse zu einer Kriminalitätsverdrängung vorhanden.</p> <p>Insgesamt kann ein Mix aus Effekten angenommen werden, die interpretierbar sind als zeitverzögerte Effekte, Strohfuefereffekte, Verdrängung von der WZ in die Umgebung und gegenläufige Effekte zwischen Kontrollen und Straftaten. (Abschn. 4,3, 4,4 und 8,2).</p> <p>Darüber hinaus bildet der Nachweis von präventiven Wirkungen infolge polizeilicher Kontrollen ein generelles Forschungsdesiderat.</p>

Prozessdaten

Vergleichsdaten (zeitlich/räumlich)	Gegenstand der Analyse	Ergebnisse	Zusammenfassende Folgerungen
<p>Nein; Einschätzung der Daten (Abschn. 5.7, 7.6)</p>	<p>Sicherheits- empfinden</p>	<p>Das Sicherheitsempfinden ist insgesamt hoch. Es zeigen sich keine Besonderheiten: Tagsüber ist das Sicherheitsempfinden höher als nachts; weibliche und ältere Befragte weisen ein geringeres Sicherheitsempfinden auf als männliche und jüngere. In der Selbsteinschätzung der Befragten hat sich das Sicherheitsempfinden seit Einführung der WZ nicht verändert.</p> <p>Die Höhe des Sicherheitsempfindens der Befragten in der WZ und außerhalb unterscheidet sich nur geringfügig.</p> <p>Eine bedeutsame Einflussgröße auf das Sicherheitsempfinden ist die Viktimisierungserwartung (Abschn. 5.2 und 8.3). Jeweils ca. ein Drittel der Befragten hält es zumindest für eher wahrscheinlich, in den nächsten 12 Monaten Opfer eines Einbruchs oder bestohlen zu werden und ein Viertel hält in diesen Kategorien sexuelle Belästigung für wahrscheinlich. Darüber hinaus rechnen ca. 40 % der Befragten eher mit der Wahrscheinlichkeit, angepöbelt oder beleidigt zu werden. Auch wenn direkte Vergleichsdaten fehlen, sind diese Nennungen deutlich höher als im <i>Deutschen Viktimisierungssurvey 2017</i>. Es wird ein gemäßigtes Vermeidverhalten angegeben, das nachts höher ist, als tagsüber. Ausgeprägt sind unauffälliges Verhalten und Konfrontation vermeiden (über 50 %) sowie nachts bestimmte Straßen und Plätze meiden (45 %). Demgegenüber unternimmt ca. 1/3 der Befragten nichts Besonderes. (Abschn. 5.3.1.2)</p>	<p>1. Das Sicherheitsgefühl hat sich infolge der Einrichtung der WZ (aus den Befragungsdaten und den ExpertInneninterviews hervorgehend) nicht verändert.</p> <p>2. Maßgeblich haben, den Meinungen der Befragten zufolge, die in den letzten Jahren stattgefundenen Veränderungen der Eisenbahnstraße das Sicherheitsempfinden erhöht. Durch Zuzug und Belebung des öffentlichen Raums (kulturelle, gastronomische Einrichtungen) sind Zufluchtsorte entstanden und hat sich die soziale Kontrolle erhöht.</p>

Befragungsdaten

Vergleichsdaten (zeitlich/räumlich)	Gegenstand der Analyse	Ergebnisse	Zusammenfassende Folgerungen
<p>Nein; Einschätzung der Daten (Abschn. 5.7, 7.6)</p>	<p>Akzeptanz der WVZ</p>	<p>Hinsichtlich der Akzeptanz der WVZ zeigt sich eine Polarisierung unter den Befragten u. a. zwischen Langzeitbewohnern und Zugezogenen. Ca. 1/5 der Befragten befürwortet die WVZ. Dennoch wird eingeschätzt, dass die Alltagskriminalität unverändert hoch ist (vor allem Eigentumsdelikte) und das Image des Viertels unter der WVZ leidet. Vor allem jüngere Befragte beklagen ein Racial Profiling der polizeilichen Kontrollen. Die Bereitschaftspolizei wird als unnahbar, verunsichernd und fremd wahrgenommen. Die WVZ wird vor allem von jüngeren Personen und Studentinnen, mit und ohne Migrationshintergrund, vermehrt abgelehnt. Diese Gruppen kritisieren damit einhergehende Stigmatisierungen und einen staatlichen Machtausbau. Auch Personen aus älteren Altersgruppen kritisieren die WVZ jedoch im Hinblick auf wenig im Alltag spürbare Verringerung des Kriminalitätsaufkommens und verbreiteter Ordnungsstörungen. (vgl. 6.2–6.4, 7.5)</p> <p>Als besonders problematisch im Hinblick auf die WVZ wird unveränderte „organisierte Kriminalität“ und Drogenkriminalität bezeichnet. Während Ersteres vor allem Empörung hervorruft, zumeist aber von keiner direkten Betroffenheit berichtet wird, beeinträchtigt Letzteres (Drogenkriminalität), insbesondere junge Familien mit Kindern.</p>	<p>3. Hinsichtlich der Akzeptanz der WVZ ist in den Befragungsdaten eine Polarisierung erkennbar. Die statistischen Gruppen lassen sich nur tendenziell beschreiben (mittleres höheres Alter, in Familien mit Kindern lebend, Langzeitbewohner, erwerbstätig) akzeptieren eher die WVZ, jüngere vor allem studentische BewohnerInnen lehnen die WVZ vermehrt ab.</p> <p>4. Diese Konstellation macht sich in Bezug auf die Nichtakzeptanz der WVZ durch diese sozio-demographischen Gruppen bemerkbar: Einerseits ist es die wahrgenommene Wirkungslosigkeit der polizeilichen Aktivität hinsichtlich materieller und sozialer Incivilities (6.3–6.4, 7.5) und andererseits Machtausbau des Staats, Stigmatisierung des Viertels, Racial Profiling infolge WVZ (6.2, 7.5).</p>

Befragungsdaten

Vergleichsdaten (zeitlich/räumlich)	Gegenstand der Analyse	Ergebnisse	Zusammenfassende Folgerungen
ja, aber aus retrospektiven, subjektiven Einschätzungen folgend Dateneinschätzung (siehe 7.6)	Kriminalitätsaufkommen Sicherheitsempfinden Akzeptanz der WZ	<p>Im Bereich der Eisenbahnstraße sind Faktoren vorhanden, welche das Sicherheitsempfinden von Frauen, MigrantInnen, älteren Personen negativ beeinflussen.</p> <p>Das sind Catcalling, das Auftreten von Unsicherheiten aufgrund wahrgenommener kultureller Differenzen sowie die Gefährdung von FahrradfahrerInnen durch schnelle Autos.</p> <p>Personen mittleren Alters und SeniorInnen, unabhängig vom Migrationshintergrund beurteilen die Verbreitung materieller und sozialer Incivilities negativ.</p> <p>Demgegenüber wird berichtet, dass jüngere Personen mit und ohne Migrationshintergrund, insbesondere StudentInnen, aber auch Personen mittleren Alters den Bereich der WZ nicht als überdurchschnittlich gefährlich wahrnehmen.</p> <p>Von jüngeren, studentischen Personen werden Polizeikräfte, welche im Viertel als unnahbar auftretend wahrgenommen werden, als Unsicherheitsfaktor beurteilt.</p> <p>Während eine erhöhte Polizeipräsenz von migrantischen Jugendlichen anfangs zu Verunsicherungen führte (siehe Abschn. 7.4.2), sind diese in ihrer Wahrnehmung später wieder zurückgegangen.</p> <p>Junge MigrantInnen beurteilen einerseits den Versuch die Kriminalität zu bekämpfen als positiv. Andererseits entstehen Verunsicherungen durch mögliche mit der WZ einhergehende Stigmatisierungen.</p>	<p>5. Die hohe Zustimmung, die der inzwischen geschlossene Polizeiposten in der Eisenbahnstraße erhält, weist auf ein hohes generelles Vertrauen in eine bürgernahe Polizei hin (8.4).</p> <p>6. In einem hohen Maße geht aus den Befragungsdaten und den Experteninterviews der Wunsch nach einer erhöhten Präsenz bürgernaher Polizei hervor (Polizeiposten, Fußstreifen sowie aktives Ordnungsamt).</p>

Daten aus Experteninterviews

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Evaluierungskomponenten	24
Abbildung 2: Beschilderung der WVZ	40
Abbildung 3: Das Gebiet der WVZ (aus: Flyer der PD Leipzig, Referat 3)	41
Abbildung 4: Straftaten je 1 000 EinwohnerInnen im Zeitverlauf	46
Abbildung 5: Körperverletzungen je 1 000 EinwohnerInnen im Zeitverlauf	47
Abbildung 6: Kontrollaktivität in der WVZ im Zeitverlauf	49
Abbildung 7: Vom Ordnungsamt und der Polizei beschlagnahmte Gegenstände	51
Abbildung 8: Rohheitsdelikte innerhalb und außerhalb der WVZ und Kontrollaktivität im Zeitverlauf	54
Abbildung 9: Tatörtlichkeiten der Rohheitsdelikte innerhalb und außerhalb der WVZ im Zeitverlauf	58
Abbildung 10: Straftaten im öffentlichen Raum im Zeitverlauf	60
Abbildung 11: Straftaten nach Tatörtlichkeiten im Zeitverlauf	61
Abbildung 12: Kausalmodell als Grundlage für die Itemverwendung zum Sicherheitsempfinden als Bestandteil einer Kriminalitätseinstellung	83
Abbildung 13: Getroffene Sicherheitsmaßnahmen	89
Abbildung 14: Viktimisierungserwartung in den nächsten 12 Monaten	90
Abbildung 15: Wahrnehmung Straftatenveränderung nach Geschlecht und Zeitpunkt	92
Abbildung 16: Veränderung des Sicherheitsempfindens nach Geschlecht	92
Abbildung 17: Häufigkeit des Besuchs der Eisenbahnstraße	94
Abbildung 18: Vermeiden des Besuchs der Eisenbahnstraße	95
Abbildung 19: Aussagen zur WVZ	96
Abbildung 20: Aussagen zur Polizei im Zusammenhang mit der WVZ	99
Abbildung 21: Generelle Einstellungen zur Polizei	100
Abbildung 22: Als ungerecht erlebte Erfahrungen mit polizeilichen Handlungen	102
Abbildung 23: Gründe für als ungerecht erlebte Behandlungen	103
Abbildung 24: Wohnzufriedenheit	104
Abbildung 25: Absicht wegzuziehen	105
Abbildung 26: Einschätzungen der Nachbarschaft	106
Abbildung 27: Wahrnehmung von Incivilities	108

Abbildung 28: Störung an Incivilities	109
Abbildung 29: Viktimisierungserwartung innerhalb und außerhalb der WVZ	113
Abbildung 30: Einschätzungen zur WVZ	114
Abbildung 31: Interaktion zwischen Ordnungspräferenz und Wahrnehmung von Incivilities	126

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Demographische Struktur (EinwohnerInnen und Anteil Männer/Frauen)	36
Tabelle 2:	Demographische Struktur (Alter)	36
Tabelle 3:	Familienstand	36
Tabelle 4:	Bildung (Angaben in Prozent)	37
Tabelle 5:	Einkommen (Auswahl/Angaben in Prozent)	37
Tabelle 6:	Parteienpräferenzen (Wahl zum Sächsischen Landtag 2019)	39
Tabelle 7:	Wanderungen	39
Tabelle 8:	Registrierte Opfer nach Nationalität und Geschlecht	63
Tabelle 9:	Registrierte TäterInnen nach Nationalität und Geschlecht	64
Tabelle 10:	Stichprobengröße (außerhalb der WVZ)	74
Tabelle 11:	Stichprobengröße (innerhalb WVZ)	75
Tabelle 12:	Grundgesamtheit	76
Tabelle 13:	Verteilung der Stichprobengröße ohne stichprobenneutrale Ausfälle	77
Tabelle 14:	Sprache	78
Tabelle 15:	Erwerbstätigkeit	78
Tabelle 16:	Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten	86
Tabelle 17:	Sicherheitsgefühl in verschiedenen Situationen	87
Tabelle 18:	Sicherheitsgefühl tagsüber/nachts	88
Tabelle 19:	Häufigkeit des Kontakts zur Polizei	102
Tabelle 20:	Sozio-demographische Struktur	111
Tabelle 21:	Vergleich Sicherheitsempfinden nach Zeitpunkt und Ort	112
Tabelle 22:	Veränderung des Sicherheitsempfindens seit Einführung der WVZ	115
Tabelle 23:	Kontakt zur Polizei und als unfair empfundene Erfahrung nach Wohnort	116
Tabelle 24:	Bivariate Analyse des Sicherheitsempfindens	119
Tabelle 25:	Bivariate Analyse der Akzeptanz der WVZ	122
Tabelle 26:	Multivariate Modelle zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden	124
Tabelle 27:	Multivariate Modelle zum Sicherheitsempfinden tagsüber	128
Tabelle 28:	Multivariate Modelle zum Sicherheitsempfinden nachts	130
Tabelle 29:	Multivariate Modell zur Akzeptanz der WVZ	132

Tabelle 30: Multivariate Modelle zum situationsspezifischen Sicherheitsempfinden inkl. Einstellung zur Polizei	134
Tabelle 31: Multivariate Modell zur Akzeptanz der WVZ inkl. Einstellung zur Polizei	136
Tabelle 32: Bivariate Analyse der unabhängigen Variablen kontrolliert mit Wohndauer	138
Tabelle 33: Übersicht zu den befragten Institutionen und deren Kontaktgruppen	163

Bisher erschienene Titel der „Rothenburger Beiträge“

Band 1

Kriminalitätswahrnehmung und Lebenszufriedenheit

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Hoyerswerda

Joachim Burgheim & Anton Sterbling (1999)

ISBN 3-00-004558-9

Band 2

Studium im Spannungsfeld zwischen Hochschule und Beruf

Beiträge zum I. Hochschuldidaktischen Kolloquium an der Fachhochschule für Polizei Sachsen

Anton Sterbling (1999)

ISBN 3-00-004559-7

Band 3

Modernisierungsprobleme und Ungleichzeitigkeiten des Denkens in Ost und West

Anton Sterbling (2000)

ISBN 3-00-004860-9

Band 4

Subjektive Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz

Joachim Burgheim & Anton Sterbling (2000)

Unter Mitarbeit von Hans-Dieter Wiesner

ISBN 3-00-005428-6

Band 5

Lern und Wissenstransfer unter besonderer Berücksichtigung didaktischer und fachdidaktischer Fragen

Beiträge zum II. Hochschuldidaktischen Kolloquium an der Fachhochschule für Polizei Sachsen

Anton Sterbling (2000)

ISBN 3-00-006182-7

Band 6

Drogenkriminalität und Ansätze zur Bekämpfung

Seminararbeiten zu ausgewählten Aspekten Organisierter Kriminalität

Joachim Burgheim & Karoline H. Starkgraff (2000)

ISBN 3-00-006622-5

Band 7

**Der Aufbruch Europas ins 21. Jahrhundert und die Hochschul-
ausbildung der Polizei**

Festschrift für Wolfgang Geierhos zum 60. Geburtstag

Wilfried Thewes, Anton Sterbling & Joachim Burgheim (2000)

ISBN 3-00-006623-3

Band 8

Autonomie der Hochschule

Überlegungen zum Studium an einer Bedarfshochschule

Anton Sterbling (2000)

ISBN 3-00-006621-7

Band 9

**Soziale Kompetenz als Schlüsselqualifikation des modernen
Polizeiberufes**

Wilfried Thewes, Joachim Burgheim & Anton Sterbling (2001)

ISBN 3-00-007632-8

Band 10

Kultur in Grenzräumen

Anton Sterbling (2001)

ISBN 3-00-008230-1

Band 11

Polizei gestern, heute und morgen - Aufgaben und Ausbildung

Wolfgang Geierhos, Joachim Burgheim, Anton Sterbling (2002)

Festschrift zum 60. Geburtstag von Herrn Polizeipräsident a. D.

Prof. Dr. Wilfried Thewes

ISBN 3-980821-90-0

Band 12

Qualitätsmessung und Qualitätssicherung

Bürgerfreundlichkeit der Polizei & Evaluation der Hochschulausbildung
Ergebnisse empirischer Untersuchungen (2002)

Anton Sterbling (Hrsg.)

ISBN 3-980821-91-9

Band 13

Görlitzer Lehrerbefragung über Gewalt an Schulen

Anton Sterbling unter Mitarbeit von Marianne Sterbling (2002)

ISBN 3-980821-92-7

Band 14

Die Erweiterung der Europäischen Union

Perspektiven und Aufgaben (2003)

Eberhard Kühne (Hrsg.)

ISBN 3-980821-93-5

Band 15

Innere Sicherheit

Aktuelle Tendenzen und Zielstellungen im Kontext einer Landespolizei

Dieter Müller (Hrsg.) (2003)

ISBN 3-980821-94-3

Band 16

Soziologische Wortmeldungen

Zu Migration und Integration, Ost- und Südosteuropa, Gewalt an Schulen
und Polizeiwissenschaften

Anton Sterbling (2003)

ISBN 3-980821-95-1

Band 17

Nochmals Hoyerswerda

Lebensqualität und subjektive Sicherheit – eine Wiederholungs-
untersuchung

Anton Sterbling & Joachim Burgheim (2004)

ISBN 3-980821-96-X

Band 18

Am Scheideweg?

Beiträge zur Weiterentwicklung der Polizeiausbildung
und zu Präventionsanliegen

Anton Sterbling (Hrsg.) (2004)

ISBN 3-980821-97-8

Band 19

Aktuelle Forschungen zur Polizei

Forschungsergebnisse aus Projekten für und über die Polizei

Karlhans Liebl (2004)

ISBN 3-980821-98-6

Band 20

10 Jahre Fachhochschule für Polizei Sachsen

Beiträge zur Geschichte der Hochschule und zur aktuellen
wissenschaftlichen Diskussion

Wolfgang Geierhos & Eberhard Kühne (Hrsg.) (2004)

ISBN 3-980821-99-4

Band 21

Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Aktuelle Aufgaben für Ausbildung und Strafverfolgung

Referate der Arbeitstagung vom Oktober 2003 in Rothenburg/O. L.

Eberhard Kühne & Karlhans Liebl (Hrsg.) (2004)

ISBN 3-938015-00-4

Band 22

Zuwanderung und Integration

Aktuelle Tendenzen und Probleme der Migrationspolitik
im Kontext der sächsischen Polizei

Klemens H. Schrenk (Hrsg.) (2005)

ISBN 3-938015-01-2

Band 23

Panik

Ein vernachlässigtes Phänomen?

Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2005)

ISBN 3-938015-02-0

Band 24

**Die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas
Eine konfliktträchtige Gruppe?**

Ralph Klein (2005)

ISBN 3-938015-03-9

Band 25

Die Zusammenarbeit zwischen Schutz- und Kriminalpolizei

Vorurteile, Defizite und Wertungen

Sandra Geithner, Thomas Geithner, Karlhans Liebl, Dana Ulbricht (2005)

ISBN 3-938015-04-7

Band 26

**Handlungsorientierte Lehr- und Lernformen und Probleme
der Modularisierung**

Didaktische und fachdidaktische Fragen

Anton Sterbling (Hrsg.) (2005)

ISBN 3-938015-05-5

Band 27

Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz

Ergebnisse empirischer Untersuchungen

Anton Sterbling & Joachim Burgheim (2005)

ISBN 3-938015-06-3

Band 28

Suchtprävention bei Jugendlichen in Sachsen

Tina Schmutzler (2006)

ISBN 3-938015-07-1

Band 29

Polizeiberuf und Transfersgesellschaft

Motive, Entscheidungsgründe und Einflüsse bei der Berufswahl

Karlhans Liebl (Hrsg.) (2006)

ISBN 3-938015-08-X

Band 30

Vernehmungen in schwierigen polizeilichen Feldern

Erkenntnisse, Forschungsfragen, Legalitätsprobleme

Karlhans Liebl (Hrsg.) (2006)

ISBN 3-938015-09-8

Band 31

Wildunfälle

Praxisrelevanz und Präventionsansätze

Dieter Müller (Hrsg.) (2006)

ISBN 3-938015-10-1

Band 32

Europäische Entwicklungen

Zeitfragen, soziologische Stellungnahmen

Anton Sterbling (2006)

ISBN 3-938015-11-X

Band 33

Junge Fahrer

Unfallrisiken und Präventionsansätze

Dieter Müller (Hrsg.) (2007)

ISBN 978-3-938015-12-4

Band 34

Sprachführer für Polizeibeamte

Deutsch – Französisch

Joachim Schubert & Kerstin Steinberg-Rahal (Hrsg.) (2007)

Übersetzt von René Caron

ISBN 978-3-938015-13-1

Band 35

Modernisierung der Polizeiausbildung

Allgemeine und hochschuldidaktische Fragen

Ralph Berthel & Anton Sterbling (Hrsg.) (2007)

ISBN 978-3-938015-14-8

Band 36

**Aufgabenfelder der Präventionsarbeit und empirische
Präventionsforschung**

Anton Sterbling (Hrsg.) (2007)

ISBN 978-3-938015-15-5

Band 37

Amok

Phänomen und Worst Case

Werner Reuter & Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-16-2

Band 38

Cannabis – gefährliches Rauschgift oder harmlose Pflanze?

Betrachtung einer schier endlosen Diskussion über die Legalisierung
der umstrittensten illegalen Droge dieser Zeit

Ines Niemann & Thomas Menzer (2008)

ISBN 978-3-938015-17-9

Band 39

Sprachführer für Polizeibeamte

Deutsch – Englisch – Polnisch

Joachim Schubert & Kerstin Steinberg-Rahal (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-18-6

Band 40

Sprachführer für Polizeibeamte

Deutsch – Tschechisch – Russisch

Joachim Schubert & Kerstin Steinberg-Rahal (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-19-3

Band 41

Fahreignung und Fahr(un-)sicherheit

Neue Untersuchungsansätze zu zwei Kernthemen der Verkehrssicherheit

Dieter Müller (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-20-9

Band 42

**Demokratiefragen, politische Kultur und intellektuelle Reflexion
im europäischen Horizont**

Anton Sterbling, Hubert Orłowski, Matthias Theodor Vogt (Hrsg.)
(2008)

ISBN 978-3-938015-21-6

Band 43

**Der Einfluss von Bestrafung auf soziales Austausch- und
Verteilungsverhalten**

Anke Müller (2008)

ISBN 978-3-938015-22-3

Band 44

Mediation und Polizei

Paul Senghaus (Hrsg.) (2010)

ISBN 978-3-938015-23-0

Band 45

Polizei und Soziale Arbeit

Dieter Müller (Hrsg.) (2009)

ISBN 978-3-938015-24-7

Band 46

Wirtschaftskriminalität und die Rolle der Strafverfolgungsorgane

Beiträge der Fachtagung im November 2007 in Rothenburg/O.L.

Karlhans Liebl & Eberhard Kühne (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-25-4

Band 47

**Internationale Zusammenhänge und Erfahrungen
der Weiterentwicklung der Polizeiausbildung**

Beiträge zum X. Hochschuldidaktischen Kolloquium
an der Hochschule der Sächsischen Polizei

Anton Sterbling (Hrsg.) (2008)

ISBN 978-3-938015-26-1

Band 48

Entwicklungen der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität

Zehn Jahre Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz
1998–2008

Anton Sterbling (2008)

ISBN 978-3-938015-27-8

Band 49

Informationen und Wissen in der Polizei erfolgreich managen

Grundlagen, Tendenzen, Herausforderungen

Eberhard Kühne (2009)

ISBN 978-3-938015-28-5

Band 50

Polizeiwissenschaftliches Studium im 21. Jahrhundert

Kritische Bestandsaufnahme und Visionen

Ralph Berthel & Eberhard Kühne (Hrsg.) (2009)

ISBN 978-3-938015-29-2

Band 51

Fürsorge – Gesundheitsfürsorge in der sächsischen Polizei

Werner Reuter & Dieter Naumann (Hrsg.) (2009)

ISBN 978-3-938015-30-8

Band 52

Stadionsicherheit und Panik II

Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2009)

ISBN 978-3-938015-31-5

Band 53

Polizei in der demokratischen Gesellschaft

Klemens H. Schrenk (Hrsg.) (2010)

ISBN 978-3-938015-32-2

Band 54

Fragen der Sicherheit in unsicheren Zeiten

Lokale Befunde und internationale Entwicklungszusammenhänge

Anton Sterbling (2010)

ISBN 978-3-938015-33-9

Band 55

**Der Studiengang Bachelor of Arts (B. A.) – Polizeivollzugsdienst –
an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg/OL.**

Von der Idee zum Studiengang

Ralph Berthel (Hrsg.) (2010)

ISBN 978-3-938015-34-6

Band 56

**Sonderkommissionen – Beiträge zur Arbeit in kriminalpolizeilichen
Sonderkommissionen. Teil I**

Ralph Berthel (Hrsg.) (2011)

ISBN 978-3-938015-35-3

Band 57

**Sonderkommissionen – Beiträge zur Arbeit in kriminalpolizeilichen
Sonderkommissionen. Teil II**

Ralph Berthel (Hrsg.) (2011)

ISBN 978-3-938015-36-0

Band 58

**Modularisiertes Studium – Herausforderungen an Studierende
und Lehrende**

Kolloquium am 5.10.2010 zur Eröffnung des Bachelorstudienganges

Ralph Berthel & Eberhard Kühne (Hrsg.) (2011)

ISBN 978-3-938015-37-7

Band 59

Berufsethik

Seminarergebnisse

Uwe Mader & Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2011)

ISBN 978-3-938015-38-4

Band 60

Sozialer Wandel, Korruption, Hypotheken der Vergangenheit

Unter besonderer Berücksichtigung Südosteuropas

Anton Sterbling (2011)

ISBN 978-3-938015-39-1

Band 61

**Herausforderungen der Demokratie, Rolle der Intellektuellen,
Aufgaben der Wissenschaft**

Anton Sterbling (2012)

ISBN 978-3-938015-40-7

Band 62

Viktimisierung im Freistaat Sachsen

Untersuchung zum Dunkelfeld im Jahre 2010

Karlhans Liebl (2012)

ISBN 978-3-938015-41-4

Band 63

Polizei und Soziale Arbeit – Sucht und Suchtprävention

Teil II

Dieter Müller (2013)

ISBN 978-3-938015-42-1

Band 64

**Görlitzer Bürgerbefragung 2012 zur subjektiven Sicherheit
und Lebensqualität**

Anton Sterbling (2013)

ISBN 978-3-938015-43-8

Band 65

Die Freiheit des Wortes.

Wissenschaft und demokratische Gesellschaft

Festschrift anlässlich des 60. Geburtstages

von Herrn Prof. Dr. Anton Sterbling

Dirk Dalberg (2013)

ISBN 978-3-938015-44-5

Band 66

Führungswissenschaft

Aspekte und Impulse zeitgemäßen Führens

Clauss-Siegfried Grommek (2014)

ISBN 978-3-938015-45-2

Band 67

**Regionale Viktimisierung, Kriminalitätsfurcht
und Anzeigeverhalten im Freistaat Sachsen**

Detailauswertung einer Dunkelfeldbefragung für das Jahr 2010

Karlhans Liebl (Hrsg.) (2014)

ISBN 978-3-938015-46-9

Band 68

Polizeiarbeit, Identitätsfragen, Vielfalt der Moderne

Gesammelte Aufsätze 2012/13

Anton Sterbling (2014)

ISBN 978-3-938015-47-6

Band 69

Verkehrssicherheitsarbeit

Dieter Müller (Hrsg.) (2014)

ISBN 978-3-938015-48-3

Band 70

Polizei im digitalen Zeitalter

Teil I

Ralph Berthel (Hrsg.) (2014)

ISBN 978-3-938015-49-0

Band 71

Polizei im digitalen Zeitalter

Teil II

Ralph Berthel (Hrsg.) (2014)

ISBN 978-3-938015-50-6

Band 72

**Polizeiwissenschaft, Sprachwissenschaft
und Sozialwissenschaften**

Fragen der disziplinären Identität und Interdisziplinarität

Anton Sterbling (2014)

ISBN 978-3-938015-51-3

Band 73

Kriminalität im Marktkontext

Eine institutionentheoretische Untersuchung zu sozialen Ursachen
wirtschaftlichen Handelns

Eckhard Burkatzki (2015)

ISBN 978-3-938015-52-0

Band 74

Forschungen zur Wirtschaftskriminalität

Neue Überlegungen und Befunde

Eberhard Kühne & Karlhans Liebl (Hrsg.) (2015)

ISBN 978-3-938015-53-7

Band 75

Polizei zwischen Wissenschaft und Reformdruck

Festschrift zum 20. Jahrestag der Gründung der Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH)

Dirk Dalberg, Clauss Grommek, Eberhard Kühne, Karlhans Liebl,
Dieter Müller, Paul Senghaus, Anton Sterbling, Axel Teichmann (Hrsg.)
(2014)

ISBN 978-3-938015-54-4

Band 76

Subjektive Sicherheit in einem Grenzland

Untersuchung zu Sicherheitsaspekten in der Verwaltungsgemeinschaft
Rothenburg-Hähnichen in der Oberlausitz

Karlhans Liebl (Hrsg.) (2015)

ISBN 978-3-938015-55-1

Band 77

Verkehrssicherheitsarbeit

Teil II

Dieter Müller (Hrsg.) (2015)

ISBN 978-3-938015-56-8

Band 78

Sicherheit und Lebensqualität im Landkreis Görlitz

Ergebnisse einer Bürgerbefragung

Anton Sterbling (2015)

ISBN 978-3-938015-57-5

Band 79

Kultur und Interkulturalität

Banat, Donaauraum, Balkanimpressionen

Anton Sterbling (2015)

ISBN 978-3-938015-58-2

Band 80

Amok II

Das Unfassbare bewältigen

Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2015)

ISBN 978-3-938015-59-9

Band 81

Polizei im digitalen Zeitalter

Teil III

Ralph Berthel (Hrsg.) (2016)

ISBN 978-3-938015-60-5

Band 82

**Gegenüberstellung verschiedener Sanktionsmöglichkeiten
bei straffällig gewordenen Jugendlichen, deren erzieherische
Konzepte und Wirkungen sowie Resozialisierungschancen**

Annabel Windisch / Melissa Otto (2016)

ISBN 978-3-938015-61-2

Band 83

Mantrailing

Fakten und Fiktionen

Leif Woitke (Hrsg.) (2016)

ISBN 978-3-938015-62-9

Band 84

Dunkelfeld in Sachsen

Replikationsuntersuchung zu Delikten und Viktimisierungen
im Jahr 2013

Karlhans Liebl (2016)

ISBN 978-3-938015-63-6

Band 85

Migration und Asyl

Moralischer Anspruch und praktische Bewältigung

Dirk Mathias Dalberg (Hrsg.) (2016)

ISBN 978-3-938015-64-3

Band 86

**Vergleichende Regionalanalysen des Dunkelfeldes in Sachsen
im Jahr 2013**

Karlhans Liebl (Hrsg.) (2017)

ISBN 978-3-938015-65-0

Band 87

Sicherheitsanliegen des Handwerks im Landkreis Görlitz

Anton Sterbling (Hrsg.) (2016)

ISBN 978-3-938015-66-7

Band 88

**Minderheitenfragen, kulturelle Institutionen
und Minderheitenliteratur**

Anton Sterbling (2017)

ISBN 978-3-938015-67-4

Band 89

Zum aktuellen Stand des Versammlungsrechts

Verfassungsrechtliche Vorgaben, versammlungsgesetzliche Ausgestaltung,
behördliche und polizeiliche Anwendung

Henning Schwier (Hrsg.) (2017)

ISBN 978-3-938015-68-1

Band 90

Arzneimittelkriminalität in Deutschland

Umfang der gefälschten Arznei-, Potenz- und Dopingmittel
im Hell- und Dunkelfeld

Karlhans Liebl (2017)

ISBN 978-3-938015-69-8

Band 91

Verkehrssicherheitsarbeit

Teil III

Dieter Müller (Hrsg.) (2017)

ISBN 978-3-938015-70-4

Band 92

**Islamistischer Terrorismus und die Herausforderungen
für die Polizeien**

Ralph Berthel & Stefan Goertz (Hrsg.) (2018)

ISBN 978-3-938015-71-1

Band 93

Sanktionserwartungen im Vergleich

Untersuchung zu Schwereinschätzungen und Sanktionsforderungen
der Justiz, Polizei und Bevölkerung

Karlhans Liebl (2018)

ISBN 978-3-938015-72-8

Band 94

Verkehrssicherheitsarbeit

Teil IV

Dieter Müller (Hrsg.) (2018)

ISBN 978-3-938015-73-5

Band 95

Opferbetreuung und Notfallseelsorge

Horst Brandt & Clauss-Siegfried Grommek (Hrsg.) (2018)

ISBN 978-3-938015-74-2

Band 96

Herausforderung Terrorismus

**Erscheinungsformen, Ziele, Wahrnehmung, Prävention
und Opferbetreuung**

Dirk Mathias Dalberg (Hrsg.) (2018)

ISBN 978-3-938015-75-9

Band 97

**Einführung in die Grundlagen der Soziologie für das Polizeistudium
und ähnliche Studiengänge**

Band I: Grundlagenband

Anton Sterbling (2019)

ISBN 978-3-938015-76-6

Band 98

**Einführung in die Grundlagen der Soziologie für das Polizeistudium
und ähnliche Studiengänge**

Band II: Weiterführende Exkurse

Anton Sterbling (2019)

ISBN 978-3-938015-77-3

Band 99

Polizeirecht im Wandel

Tagungsband zur Konferenz am 19. und 20. November 2018
in Schmochtitz bei Bautzen

Henning Schwier (Hrsg.) (2019)

ISBN 978-3-938015-78-0

Band 100

Die Zukunft der Polizeiarbeit – die Polizeiarbeit der Zukunft

Festschrift aus Anlass des 25. Jahrestages der Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH) – Teil I

Eberhard Kühne (Hrsg.) (2019)

ISBN 978-3-938015-79-7

Band 101

Die Zukunft der Polizeiarbeit – die Polizeiarbeit der Zukunft

Festschrift aus Anlass des 25. Jahrestages der Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH) – Teil II

Eberhard Kühne (Hrsg.) (2019)

ISBN 978-3-938015-80-3

Band 102

**Katastrophen und ihre Bewältigung – Individuelles Leid
und staatliches Handeln**

Berliner Erfahrungen

Horst Brandt (2020)

ISBN 978-3-938015-81-0

Band 103

Verkehrssicherheitsarbeit

Teil V

Dieter Müller (Hrsg.) (2020)

ISBN 978-3-938015-82-7

Band 104

Kriminalistik und Kriminologie in der VUCA-Welt

Teil I: Lage, Herausforderungen, Lösungsansätze

Ralph Berthel (Hrsg.) (2020)

ISBN 978-3-938015-83-4

Band 105

Kriminalistik und Kriminologie in der VUCA-Welt

Teil II: Kriminalität und digitaler Raum, Gefahren für den Rechtsstaat

Ralph Berthel (Hrsg.) (2020)

ISBN 978-3-938015-84-1

Band 106

Kriminalistik und Kriminologie in der VUCA-Welt

Teil III: Ermittlungen

Ralph Berthel (Hrsg.) (2020)

ISBN 978-3-938015-85-8

Band 107

Polizeidienst in Krisenzeiten

Beschäftigtenbefragung zur Corona-Pandemie in der Polizei Sachsen

Christoph Meißelbach, Reinhold Melcher, Marcel Schöne,

Tom Thieme (2021)

ISBN 978-3-938015-86-5

Band 108

Verkehrssicherheitsarbeit

Teil VI

Dieter Müller (Hrsg.) (2021)

ISBN 978-3-938015-87-2

Die Leipziger Waffenverbotszone

Die Waffenverbotszone Eisenbahnstraße Leipzig ist die erste und bisher einzige Waffenverbotszone Sachsens. Die vorliegende Arbeit geht aus einem Projekt hervor, das anderthalb Jahre nach der Einrichtung der Waffenverbotszone begann, um deren Auswirkungen zu untersuchen. Im Einzelnen wurden der Kriminalitätsverlauf, die Akzeptanz der Waffenverbotszone und das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung betrachtet. Erhoben wurden Daten sowohl für das Areal der Waffenverbotszone als auch für die beiden Ortsteile, über die sie sich erstreckt. Methodisch stützt sich das Projekt auf eine Prozessdatenanalyse, eine postalische Bevölkerungsbefragung und Expertenbefragungen. Daraus ist eine umfängliche Beschreibung der Situation in den beiden Ortsteilen und der Waffenverbotszone Eisenbahnstraße entstanden, die Einblicke in die spezifische Kriminalitätsbelastung und deren Veränderung sowie die Beurteilung der Waffenverbotszone in der Wahrnehmung der Bevölkerung gewährt. Zudem werden neben einer kritischen Bewertung der Anlage solcher Evaluierungsprojekte auch Vorschläge für künftige Projekte dieser Art unterbreitet sowie ein Szenario vorgestellt, das helfen kann, die Probleme der beiden Ortsteile langfristig zu lösen.

Die Autorinnen und Autoren:

Das Autorenkollektiv besteht neben dem Studienleiter Prof. Dr. Kurt Mühler (Professor im Ruhestand, Institut für Soziologie, Universität Leipzig) aus studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig.